



Wolfgang Hoss

Von der kapitalistischen zur sozialistischen
Marktwirtschaft

Band 2

Modell einer sozialistischen Marktwirtschaft

Auf der Suche nach neuen Wegen

Version Dezember 2004

(Band 1 Grundwidersprüche der kapitalistischen Marktwirtschaft.
Theorie der langen Konjunkturzyklen)

Inhaltsverzeichnis

1. Kernpunkte der Sozialismuskonzeption von Marx und Engels	5
1.1 Erste Vorgabe, Aufhebung der Warenproduktion	5
1.2 Vorgaben zum sozialistischen Eigentum, zur Rolle des Staates und zur Planwirtschaft	7
1.3 Zur Rolle des Geldes.....	16
1.4 Vorgaben zur Wertbildung.....	23
1.5 Vorgaben zur Verteilung.....	27
1.6 Hauptkritik an Marxens Vorgaben	31
1.6.1 Fehleinschätzung der Rolle des Marktes im Sozialismus	31
1.6.2 Ungeklärte Wert- und Preisbildung in Marxens Sozialismuskonzeption	33
2. Werttheoretische Mängel als Hauptgrund für das ökonomische Scheitern des letzten Sozialismusversuchs	37
2.1 Konsequenzen des ‚unersetzlichen‘ Profits und ‚unersetzlichen‘ Wertgesetzes im Sozialismus.....	37
2.2 Wie können die werttheoretischen Probleme gelöst werden?	42
3. Symbiose zwischen Markt- und Planwirtschaft durch das Globalzuteilungssystem	47
3.1 Überblick	47
3.2 Grundsätze der globalen Produktions- und Verteilungsplanung	52
3.2.1 Allgemeines.....	52
3.2.2 Globalzuteilungen für Produktionsmittelkäufe an die Kombinate	57
3.2.3 Globale Einkommenszuteilungen.....	61
3.2.4 Erste Aufteilung der Globalsumme für den öffentlichen Sektor.....	63
3.3 Aufhebung der Warenproduktion durch das Zuteilungssystem.....	65
3.4 Wert- und Preisbildung im Zuteilungssystem	67
3.5 Negation des Profitziels.....	73
3.6 Grundziele der sozialistischen Produktion	77
3.7 Marktwirtschaftliche Selbstregulation im Globalzuteilungssystem	78
3.8 Prinzip der planmäßigen Regelung der gesamtwirtschaftlichen Zirkulationsprozesse	81
3.9 Eigentumsverhältnisse	83
4. Näheres zur volkswirtschaftlichen Globalplanung.....	89
4.1. Planung des Gesamtprodukts	89
4.1.1 In einer reinsozialistischen geschlossenen Volkswirtschaft	89
4.1.2 Globale Produktionsplanung in einer offenen Volkswirtschaft mit sozialistischem und privatem Sektor.....	94
4.2 Festlegung des Steuer- und Abgabenaufschlags	109
4.3 Näheres zur planmäßigen Regelung der gesamtwirtschaftlichen Zirkulationsprozesse	111

4.4 Globale Wachstumsplanung	118
4.4.1 Planung maximalen volkswirtschaftlichen Wachstums	118
4.4.2 Langsamwachstumsplanung im Interesse des Umweltschutzes	121
4.4.3 Sonderfälle der globalen Staatsplanung	123
5. Rückführung der Kosten auf die aufgewandte Arbeitszeit	124
6. Näheres zur Selbstregulation ohne Wertgesetz und Profit	128
6.1 Preisangleichungsmechanismus.....	128
6.2 Vergleich zwischen Selbstregulation in der Warenwirtschaft und im Zuteilungssystem	132
7. Maß der Leistung des sozialistischen Betriebskollektivs.....	137
7.1 Steigerung der Arbeitsproduktivität als Erfolgsmaß	137
7.2 Prämie Steigerung der Arbeitsproduktivität.....	148
7.3 Nachfrageanpassungsprämie	152
7.4 Realproduktermittlung	155
7.5 Erweitertes Nachfragegesetz	158
7.6 Persönlicher Leistungslohn	167
8. Sicherung der Arbeitsplätze durch das Zuteilungssystem	168

1. Kernpunkte der Sozialismuskonzeption von Marx und Engels

1.1 Erste Vorgabe, Aufhebung der Warenproduktion

In seiner Schrift "Kritik des Gothaer Programms" sagt Marx:



"Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus;

Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, (LH 01 MEW Bd.19, S.19/20).

Und wenig später zum Charakter der Arbeitskraft:



"Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. Inhalt und Form sind verändert, weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit und weil

andererseits nichts in das Eigentum der einzelnen übergehen kann außer individuellen Konsumtionsmitteln. Was aber die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht hier dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andren ausgetauscht." (S.20)....

Marx sagt also, daß zwar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft die Konsumtionsmittel nach wie vor nach den Prinzipien des Warenaustauschs verteilt werden, daß aber die Produzenten ihre Produkte nicht mehr austauschen. Sie tauschen ihre Arbeitskraft gegen Konsumtionsmittel, aber nicht ihre Produkte gegen andere Produkte gleichen Werts. Der Austausch der Arbeitsprodukte wiederum ist das Wesensmerkmal der Warenproduktion. Wird er aufgehoben, dann wird auch die Warenproduktion aufgehoben. Engels sagt dies in "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" direkt:



"Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt ..." (LH 02 MEW Bd.19, S. 226).

Wer die Warenproduktion als Grundlage der sozialistischen Produktion voraussetzt, sollte sich also nicht auf Marx und Engels berufen. Marxisten, die unterstellen, daß die Ablösung der privaten durch die staatliche Warenproduktion eine Forderung Marxens sei, verfälschen seine Lehre in diesem zentralen Punkt wissentlich oder unwissentlich grundsätzlich. Allerdings, die

Konkretisierung der Eigentumsformen, die die Warenproduktion negieren, haben Marx und Engels künftigen Generationen überlassen. Wieso und in welcher Hinsicht werden Warenproduktion und Warenaustausch durch das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln aufgehoben? Zu bedenken ist auch, daß Marx darauf hingewiesen hat, daß durch eine neue Produktionsweise immer auch progressive Elemente der alten übernommen werden, daß also die alte Praxis und die alten ökonomischen Verhältnisse durch eine soziale Revolution niemals vollständig über den Haufen geworfen werden können. Es fragt sich also: Welches sind die konkreten Formen des gesellschaftlichen Eigentums, die die Warenproduktion negieren, und welche Elemente der alten Produktionsweise werden durch die neue übernommen? Das Problem löst sich durch Gründung autonomer Genossenschaften unmittelbar und ohne weiteres noch nicht. Auch Genossenschaften können - ganz wie Familienunternehmen, Aktiengesellschaften oder staatliche Betriebe - ihre Produkte verkaufen und Produkte gleichen Werts kaufen, so daß zunächst noch nicht zu sehen ist, wie durch das genossenschaftliche Eigentum als besondere Form des gesellschaftlichen Eigentums der Warenaustausch aufgehoben werden kann. Der Warenaustausch ist in der Geldwirtschaft durch zwei getrennte und sich ergänzende Transaktionen gekennzeichnet, erstens, Tausch der neuen Ware W gegen die Geldsumme G , symbolisch $W - G$, und zweitens, Tausch des Geldes G des gleichen Produzenten gegen andere Waren, und zwar gegen Produktionsmittel und Konsumtionsmittel, symbolisch $G - W$. Im Resultat beider Transaktionen wird die neu produzierte Ware gegen Waren anderer Art aber gleichen Werts ausgetauscht, symbolisch $W - G - W$. Wieso aber wird dieser Austausch mit dem Übergang zum sozialistischen gesellschaftlichen Eigentum aufgehoben?

Das Problem löst sich überraschend. Näheres siehe Abschnitt 3.3.

1.2 Vorgaben zum sozialistischen Eigentum, zur Rolle des Staates und zur Planwirtschaft

Marx und Engels waren nicht der Meinung, daß die Widersprüche der Warenwirtschaft durch das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln gelöst werden können:



"Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften und Trusts noch die in Staatseigentum hebt die Kapitaleigenschaften der Produktivkräfte auf. Bei den Aktiengesellschaften und Trusts liegt dies auf der Hand. Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußern Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben. Aber auf der Spitze schlägt es um. Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung. Diese Lösung kann nur darin liegen, daß die gesellschaftliche Natur der modernen Produktivkräfte tatsächlich anerkannt, daß also die Produktions- Aneignungs- und Austauschweise in Einklang gesetzt wird mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktionsmittel. Und dies kann nur dadurch geschehen, daß die Gesellschaft offen und ohne Umwege Besitz ergreift von den jeder andren Leitung außer der ihrigen erwachsenen Produktivkräften." (LH 03 MEW Bd.19, S. 222).

Die kapitalistische Produktionsweise soll also nicht durch das staatliche Eigentum, sondern durch Besizergreifung der Produktivkräfte durch die Gesellschaft, mit anderen Worten, durch das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln aufgehoben werden. Allerdings hat diese in einen "dialektischen Widerspruch" verpackte Aussage Engels Mißverständnissen Tür und Tor geöffnet. Es ist schon verwunderlich, daß die Verstaatlichung der Produktionsmittel nicht die Lösung des Konflikts ist, und dies wiederum doch. Aus Marxens Formulierung "Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus", geht hingegen zweifelsfrei hervor, daß die Grundlage der sozialistischen Produktion das genossenschaftliche Eigentum an den Produktionsmittel sein soll, daß also die Betriebskollektive und damit nicht zentrale Staatsorgane das grundsätzliche Verfügungsrecht über die Produktionsmittel und Entscheidungsrecht bei der Planung und Leitung der Produktion erhalten sollen. Die

sozialistischen Betriebe sollen, nach Marxens Modell, eindeutig als souveräne, in ökonomischer und politischer Hinsicht selbständige Körperschaften konstituiert werden, was unter anderem indirekt aus folgendem Zitat hervorgeht.



"Die Pariser Kommune sollte selbstverständlich allen großen gewerblichen Mittelpunkten Frankreichs zum Muster dienen. Sobald die kommunale Ordnung der Dinge einmal in Paris und den Mittelpunkten zweiten Ranges eingeführt war, hätte die alte zentralistische Regierung auch in den Provinzen der Selbstregierung der Produzenten weichen müssen. ...

(LH 04 MEW, Bd.17, S.339).

Die sozialistischen Betriebe sollen also nicht einer Zentralregierung untergeordnet werden, sondern sie sollen sich selbst regieren, oder, wie wir heute sagen würden, sich selbst verwalten. Die Selbstregierung der Produzenten in politischer Hinsicht schließt natürlich die Planung und Leitung der eigenen Produktion ein.

Und weiter:



"Wenn aber die genossenschaftliche Produktion nicht eitel Schein und Schwindel bleiben, wenn sie das kapitalistische System verdrängen, wenn die Gesamtheit der Genossenschaften die nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan regeln, sie damit unter ihre eigene Leitung nehmen und der beständigen Anarchie und den periodisch wiederkehrenden Konvulsionen, welche das unvermeidliche Schicksal der kapitalistischen Produktion sind, ein Ende machen soll - was wäre das andere, meine Herren, als der Kommunismus, der >>mögliche<< Kommunismus?" (LH 05 MEW Bd. 17, S.343).

Die Rede ist in den Marxziten von der Regelung der Produktion nach einem gemeinsamen Plan sich selbst regierender Genossenschaften, und nicht von einem detaillierten Natural-Produktionsplan der Staatszentrale. Eingriffe einer zentralen staatlichen Behörde in die Produktionsplanung der Betriebe in irgend einer Form hat er damit zwar nicht ausgeschlossen, aber er hat damit auch nicht einen möglichst allumfassenden und detaillierten Naturalproduktionsplan einer Staatszentrale gefordert. Ein detaillierter Naturalproduktionsplan einer Zentralbehörde würde dem Geist der Schrift "Der Bürgerkrieg in Frankreich" bzw. der durch Marx dort beschriebenen sozialistischen Kommunalverfassung vielmehr in keiner Weise entsprechen. Marx sagt dort:



"Das bloße Bestehen der Kommune führte, als etwas Selbstverständliches, die lokale Selbstregierung mit sich, aber nun nicht mehr als Gegengewicht gegen die, jetzt überflüssig gemachte, Staatsmacht."

Und etwas weiter oben:



"Die Kommunalverfassung würde in Gegenteil dem gesellschaftlichen Körper all die Kräfte zurückgegeben haben, die bisher der Schmarotzerauswuchs >>Staat<<, der von der Gesellschaft sich nährt und ihre freie Bewegung hemmt, aufgezehrt hat".

(LH 06 MEW. Bd.17, S. 341).

Vom Staat als Übervater der Planung und Leitung der Produktion und der politischen Leitung in allen gesellschaftlichen Angelegenheiten ist hier bestimmt nicht die Rede. Allerdings wird der Staat, auch in ökonomischer Hinsicht, nicht über Nacht vollständig überflüssig werden. Trotz Selbstverwaltung der Betriebe ist zentralstaatliche Volkswirtschaftsplanung in einer bestimmten Form nicht nur möglich, sondern in der Zukunft auch dringend nötig. Im Abschnitt 3. wird gezeigt, mit welchen Prinzipien weitestgehende Autonomie konzernähnlicher Betriebsvereinigungen mit zentralstaatlicher Produktions- und Verteilungsplanung widerspruchsfrei in Einklang gebracht werden kann, und zwar mit einer Planung, die den Markt als Regulator der Naturalproduktionspläne der Betriebe konsequent einschließt.

Die "Selbstregierung der Produzenten", mit anderen Worten, die Autonomie der Betriebe und ihrer Vereinigungen, steht zwar in diametralem Gegensatz zur zentralen staatlichen Leitung und Lenkung der Produktion, aber sie schließt eine starke Zentralregierung keineswegs aus.



„Die wenigen, aber wichtigen Funktionen, welche dann noch für eine Zentralregierung übrigblieben, sollten nicht, wie dies absichtlich gefälscht worden, abgeschafft, sondern an kommunale, d.h. streng verantwortliche Beamte übertragen werden. Die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern im Gegenteil organisiert werden durch die Kommunalverfassung; sie sollte eine Wirklichkeit werden durch die Vernichtung jener Staatsmacht, welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab, aber unabhängig und überlegen sein wollte gegenüber der Nation, an deren Körper sie doch nur ein Schmarotzerauswuchs war."

(LH 07 MEW, Bd.17, S.340)

Also nicht die zentralstaatliche Leitung schlechthin soll aufgegeben werden, sondern die Entscheidungsbefugnisse sollen zwischen Staat, Kommunen und Genossenschaften nach zutiefst demokratischen Prinzipien aufgeteilt werden. Der Verzicht der Staatszentrale auf Aufgaben, die auf Grundlage des Wissens und der Erfahrungen von Millionen Fachleuten und Spezialisten der Betriebe und Kommunen besser gelöst werden können, erhöht die ökonomische Effizienz der sozialistischen Wirtschaft, und zwar gerade deshalb, weil zentralstaatliche Reglementierungen der Betriebe und ihrer Fachleute vermieden werden. Aber damit wird nicht ausgeschlossen, daß die autonomen sozialistischen Produzenten und Kommunen einige sehr wichtige Funktionen der gesellschaftlichen Planung und Leitung auf eine starke Zentralmacht übertragen.

Versucht man Marxens Anschauungen zur Rolle des sozialistischen Staates in der Übergangsetappe nachzuvollziehen, dann denke man z.B. an folgenden Ausspruch:



"Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats". (LH 08 Karl Marx, MEW Bd.19, S.28).

In der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus soll der Staat also nicht aufgehoben werden, sondern durch eine "Diktatur des Proletariats", d.h. durch eine Diktatur der Mehrheit des Volkes über die Minderheit ersetzt werden, und eine solche "Diktatur", die bisher nirgendwo realisiert war, wäre eine zutiefst demokratische Staatsform.

Die Mehrheit kann über die Minderheit herrschen, auch dann, wenn eine starke Zentralmacht fortbesteht. Handelt die Staatszentrale im Auftrag und Interesse der Mehrheit des Volkes, dann widerspricht eine solche Staatsform nicht den Prinzipien einer wirklichen Demokratie.

Marx fordert in "Der Bürgerkrieg in Frankreich" keine Verfügungs- und Entscheidungsrechte der Partei- und Staatszentrale in allen Angelegenheiten der Politik und Wirtschaft, sondern Konzentration von Entscheidungsrechten in den Händen der Staatszentrale nur in wenigen aber wichtigen Angelegenheiten, durch Beamte, die den Kommunen unterstellt und diesen streng rechenschaftspflichtig gemacht werden sollen, gewählte Beamte, die durch allgemeines Stimmrecht, durch Volks- oder Bürgerentscheide jederzeit instruiert oder auch abgesetzt werden können, während andererseits der allgemeine Ersatz der sehr weitgehenden Stimmrechte des in Kommunen konstituierten Volkes durch hierarchische Investituren bzw. durch eine fest installierte Vertreter- und Beamtenherrschaft dem Geist der sozialistischen

Demokratie grundsätzlich widersprechen würde. Marx fordert damit erstaunlich radikale Demokratisierungen des politischen Entscheidungsrechts durch die sozialistische Revolution.

Den Funktionären und hohen Beamten des Staates müssen zwar unmittelbar nach der sozialistische Revolution große Teile ihrer Entscheidungsmacht genommen werden, aber die völlige Abschaffung des Staates auf einen Schlag ist in der realen Welt nicht möglich und sinnvoll. Durch die sozialistische Revolution muß zwar der Abbau der Staatsorgane in Gang gesetzt werden - der jahrtausende währende Entdemokratisierungsprozeß durch ständigen Ausbau der zentralen Staatsmacht muß umgekehrt werden in eine fortschreitende Demokratisierung. Große Schritte auf diesem Weg sind historisch notwendig geworden, aber die sofortige vollständige Abschaffung aller Staatsorgane und der gesamten Zentralmacht in unserer Zeit oder in naher Zukunft ist, wie gesagt, kein realistisches Ziel.

Im krassen Gegensatz zum genossenschaftlichen bzw. betriebskollektiven Eigentum nach Marxens Vorgabe steht das zentralstaatliche Eigentum an den Produktionsmitteln nach Lenins Paradigma. In seiner Schrift "Staat und Revolution" sagt Lenin:



"Ein geistreicher Sozialdemokrat der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bezeichnete die Post als Muster sozialistischer Wirtschaft. Das ist durchaus richtig. Gegenwärtig ist die Post ein Betrieb, der nach dem Typ des staatskapitalistischen Monopols organisiert ist. Der Imperialismus verwandelt nach und nach alle Trusts in Organisationen ähnlicher Art. Über den >>einfachen<< Werktätigen, die schuften und darben, steht hier die gleiche bürgerliche Bürokratie. Doch der Mechanismus der gesellschaftlichen Wirtschaftsführung ist hier bereits fertig vorhanden. Man stürze die Kapitalisten, man breche mit der eisernen Faust der bewaffneten Arbeiter den Widerstand dieser Ausbeuter, man zerschlage die bürokratische Maschinerie des modernen Staates - und wir haben einen vom >>Schmarotzer<< befreiten technisch hochentwickelten Mechanismus vor uns, den die vereinigten Arbeiter sehr wohl selbst in Gang bringen können, indem sie Techniker, Aufseher, Buchhalter anstellen und ihrer aller Arbeit, wie die Arbeit aller 'Staats'beamten überhaupt, mit dem Arbeitslohn bezahlen. Das ist die konkrete, praktische Aufgabe, die in Bezug auf alle Trusts sofort ausführbar ist, wobei die Werktätigen von der Ausbeutung befreit und die Erfahrungen verwertet werden, die bereits die Kommune (insbesondere auf dem Gebiet des Staatsaufbaus) praktisch zu machen begann. Unser nächstes Ziel ist, die gesamte Volkswirtschaft nach dem Vorbild der Post zu organisieren, und zwar so, daß die unter der Kontrolle und Leitung des bewaffneten Proletariats stehenden Techniker, Aufseher, Buchhalter sowie alle beamteten Personen ein dem >>Arbeiterlohn<< nicht übersteigendes Gehalt

beziehen. Das ist der Staat, das ist die ökonomische Grundlage des Staates, wie wir ihn brauchen." (LH 09 Lenin, Werke Bd.25, Dietz Berlin, S.339/340).

Im Gegensatz zu Lenins monströsem Staatstrusts mit zentralstaatlicher Planung und Leitung der Produktion nach dem Vorbild des kapitalistischen Monopols bzw. der Post des bürgerlichen Staates nach einer Idee eines Sozialdemokraten, würden mit dem genossenschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln nach Marxens Vorgabe weitestgehend autonome Betriebe und Genossenschaften entstehen, die die nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan regeln sollen, dessen Grundlage nicht die Bevormundung der Betriebe durch die Staatszentrale sein würde. Für Lenin ist das zentralstaatliche Eigentum Grundlage der sozialistischen Produktion, d.h. der Staat erhält nach seinem Paradigma extreme Verfügungs- und Entscheidungsrechte im Wirtschaftsleben bis hin zu den Einzelheiten der betrieblichen Produktionsorganisation, Marx hingegen setzt genossenschaftliches bzw. betriebskollektives Eigentum und damit freie Unternehmen als Grundlage der sozialistischen Wirtschaft voraus.

Mit der fortschreitenden Komplizierung der Produktionssysteme im Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution wird die Leitungstätigkeit in den großen Wirtschaftssystemen immer aufwendiger und uneffektiver. Marxens Eigentumsvorgabe entspricht den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution, d.h. der Vereinfachung der Leitungssysteme. Lenins zentralstaatliches Eigentum, d.h. das detaillierte allumfassende Verfügungs- und Entscheidungsrecht der Partei- und Staatszentrale in einem einzigen Riesenstaatstrust, führt hingegen zur künstlichen Vergrößerung der Leitungssysteme und zur zusätzlichen Komplizierung und Bürokratisierung der Wirtschaftsleitung, sowie zur staatlichen Bevormundung der Fachleute und Spezialisten der Betriebe. Eine Verringerung der Arbeitsproduktivität im Vergleich zum Privatkapitalismus ist damit vorprogrammiert. Das zentralstaatliche Eigentum an den Produktionsmitteln erzeugt, wie es die Erfahrung zeigt, eine bürokratische, ziemlich unproduktive Wirtschaftsorganisation, welche die Initiative und Schöpferkraft der Betriebskollektive bzw. der Werktätigen hemmt. Das genossenschaftliche Eigentum, d.h. das souveräne Verfügungs- und Entscheidungsrecht der sozialistischen Unternehmen, befreit die Betriebskollektive und ihre Fachleute hingegen von der staatlichen Bevormundung und gibt ihnen freie Hand für schöpferische Initiativen.

Marx und Engels nannten als historische Voraussetzung für die sozialistische Revolution eine hochentwickelte kapitalistische Produktionsweise mit hohem Anteil an Lohnarbeitern an der arbeitenden Bevölkerung. Sie waren der Meinung, daß die sozialistische Revolution in einem einzigen Land allein nicht erfolgreich sein könne, sondern in mehreren großen kapitalistischen Ländern gleichzeitig vor sich gehen müsse (siehe z.B. Grundsätze des Kommunismus, MEW

Bd.4, S.374, 19.Frage). Lenin glaubte Marx und Engels in diesem Punkt widerlegen zu können, d.h. er hielt die sozialistische Revolution im halbfeudalen Agrarland Rußland als erstem Land der Erde für möglich. Die allgemeine Berechtigung dieser Strategie in der konkreten revolutionären Situation in seinem Land zur damaligen Zeit sei dahingestellt, doch seine Versuche nach der Oktoberrevolution die Warenwirtschaft zu ersetzen, trafen ihn unvorbereitet. Nach seinen schnellen und gründlichen Mißerfolgen in dieser Hinsicht setzte er mit der Neuen Ökonomischen Politik die Förderung der kleinen kapitalistischen Warenwirtschaft als nächstes Ziel der sozialistischen Revolution. Die kleine kapitalistische Warenproduktion sollte anschließend so schnell wie möglich durch die große staatskapitalistische Warenproduktion ersetzt werden. Lenin schrieb in seiner Invektive "Über >linke< Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit" gegen Kritiker aus den eigenen Reihen folgendes:



„Wenn die von uns angeführten Worte ein Lächeln hervorrufen, so ruft die Entdeckung der >linken Kommunisten<, daß der Sowjetunion angesichts einer >rechtsbolschewistischen Abweichung< eine >Evolution zum Staatskapitalismus< drohe, schon geradezu homerisches Gelächter hervor. Da haben sie uns aber wirklich einen Schreck eingejagt! Und mit welchem Eifer wiederholen die >linken Kommunisten< sowohl in Thesen als auch in Artikeln diese schreckliche Entdeckung. Sie haben nicht daran gedacht, daß der Staatskapitalismus ein Schritt vorwärts wäre gegenüber der jetzigen Lage der Dinge in unserer Sowjetrepublik. Hätten wir in etwa einem halben Jahr den Staatskapitalismus errichtet, so wäre das ein gewaltiger Erfolg und die sicherste Garantie dafür, daß sich in einem Jahr der Sozialismus bei uns endgültig festigt und unbesiegbar wird. ... "Wie? In der sozialistischen Sowjetrepublik soll der Übergang zum Staatskapitalismus ein Schritt vorwärts sein? ... Und das wäre kein Verrat am Sozialismus?" (LH 10 Lenin Werke Bd.27, S.327).

Lenin setzte also die Errichtung eines staatskapitalistischen Riesenmonopols auf Basis des grundsätzlichen Verfügungs- und Entscheidungsrechts der Partei- und Staatszentrale zum ökonomischen Ziel der sozialistischen Revolution. Marx hingegen forderte, insbesondere im höheren Alter in seiner Schrift "Der Bürgerkrieg in Frankreich", das genaue Gegenteil, nämlich sich selbstregierende Genossenschaften, autonome Kommunen und lokale Selbstregierung, bei nur wenigen, aber wichtigen Funktionen für die Zentralregierung. Marx forderte also eine weit über die bürgerlich-parlamentarische Demokratie hinausgehende Dezentralisierung der politischen Entscheidungsbefugnisse, bzw. sehr weitgehende Entscheidungsrechte des in sozialistischen Kommunen und Genossenschaften konstituierten Volkes, während durch Lenins Modell die Macht der Staatszentrale im Vergleich zum bürgerlichen Staat sogar noch vergrößert wird.

Der Privatkapitalismus hat bis heute überlebt, Lenins Staatskapitalismus ist zusammengebrochen. Der leninistische Riesenstaatstrust entsprach nicht der historischen Notwendigkeit in unserer Zeit, er war nicht die Basis der neuen Ökonomie, die das Überleben der Menschheit garantieren kann, er war nicht die ökonomische Grundlage einer neuen, höherorganisierten, von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Gesellschaft; und er wurde errichtet mit grausamen Methoden der Gewalt, die Millionen Opfer gefordert haben.



Aber im Gegensatz zu Lenins ökonomischer Lehre war seine politische Strategie überaus erfolgreich. Lenins konsequenter Kampf gegen den sozialdemokratischen Opportunismus, sein mutiger Kampf gegen die alte Staatsmacht, seine Lehre von der Notwendigkeit der Erkämpfung der zentralen Staatsmacht und dem Aufbau einer straff organisierten Partei bei gleichzeitig weitgehender Selbstorganisation der Arbeiter, Bauern und Soldaten durch das russische Rätssystem (Sowjets), das Stellen der Macht- und Eigentumsfrage, seine eindeutige Parteinahme für die Interessen des Volkes führten trotz der denkbar ungünstigen ökonomischen Voraussetzungen zu großartigen Siegen des russischen Volkes über die Konterrevolutionäre und die imperialistischen Interventen während und unmittelbar nach der Oktoberrevolution. Die imperialistischen Großmächte unterstützten die weißgardistischen Generäle und ihre Armeen mit Geld und Waffen, im Februar 1918 eröffnete das kaiserliche Deutschland die militärische Intervention gegen Sowjetrußland - Frankreich, Großbritannien, Japan und die USA und insgesamt 14 imperialistische Mächte schlossen sich an. Wie konnte dem russischen Volk im halbfeudalen, ökonomisch rückständigen, durch den Krieg zerrütteten Agrarland der Sieg über den Weltimperialismus gelingen? Es gibt nur eine Erklärung. Lenins politische Strategie in Zusammenspiel mit der Selbstorganisation des Volkes in den Sowjets, die Ermutigung der Arbeiter und Bauern durch Lenins Autorität, die anfängliche Übereinstimmung der Ziele der Staatszentrale mit den Interessen der großen Mehrheit des Volkes wie z.B. das Dekret über den Frieden mit Aufruf an alle Arbeiter der kriegführenden Länder zur Beendigung des Kriegs, das Dekret über den Grund und Boden mit entschädigungsloser Enteignung des gesamten Gutsbeitzerlandes und kostenlose Übergabe an die armen Bauern, der vollständige Schuldenerlaß für die Bauern, und letztlich der Glaube an die Möglichkeit einer besseren Welt, haben dieses Wunder vollbracht.

Heute ist Lenins erfolgreiche politische Lehre ins Abseits geraten. Die postmoderne Beliebigkeit der Meinungen und politischen Ziele der Linken führen zu einem "unermeßlich reichhaltigen Meinungschaos". Das zusätzliche Gerede von der Gemeinsamkeit aller Menschen der Erde, von Ausbeutern und Ausgebeuteten, von Unterdrückern und Unterdrückten, von Hungernden und Milliardären, gehören heute zu den wichtigsten ideologischen Stützen der alten, in die

Katastrophe führenden Ordnung. Nichts ist daher heute wichtiger als die Rückbesinnung auf Lenins politische Lehre.

Und trotz der grundlegenden Mängel der ökonomischen Theorie Lenins hat der Ersatz des Privateigentums an den Produktionsmitteln durch das leninistische zentralstaatliche Eigentum auch große soziale Fortschritte mit sich gebracht wie z.B. sichere Arbeitsplätze, Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, der Massenbankrotte und der Überproduktionskrisen, größere soziale Sicherheit, gleichmäßigere Verteilung des Reichtums im Vergleich zum Privatkapitalismus, eine gewisse Förderung des Gemeinschaftsdenkens u.a. Und was wäre gewesen, wenn in der weltrevolutionären Situation zum Ende des 1. Weltkriegs in Rußland nicht Lenins, sondern Marxens ökonomisches Modell zum Vorbild genommen worden wäre? Lenins Sozialismusversuch hat, trotz aller Unzulänglichkeiten, wertvolle praktische Erfahrungen gebracht, die durch keine Theorie ersetzt werden können. Um es mit den Worten des früheren nikaraguanischen Kulturministers Ernesto Cardenal zu sagen: "Nur Irrtümer bringen die Entwicklung voran." Die Höherentwicklung des Lebens auf der Erde, auch die Höherentwicklung der ökonomischen Systeme, wäre ohne die Trial and error Methode nicht möglich gewesen. Was wir jetzt aus praktischer Erfahrung wissen, oder wissen können, wenn wir es wollen, war zu Lenins Zeiten sehr schwer zu erkennen und hätte ohne praktische Erfahrungen nicht sicher geklärt werden können.

1.3 Zur Rolle des Geldes



Marx und Engels waren, wie gesagt, der Ansicht, daß die Warenwirtschaft bereits in der niederen Entwicklungsphase der sozialistischen Gesellschaft aufgegeben und durch eine neue Produktions- und Verteilungsweise auf Basis des genossenschaftlichen Eigentums ersetzt werden muß. Würde man aber, wie Marx und Engels es forderten, das Geld als Tauschmittel und Wertmaß sofort bzw. unmittelbar nach der sozialistischen Revolution abschaffen, dann wäre die sozialistische Revolution in historisch kurzer Zeit eine Utopie. Die Realisierung der sozialistischen Produktions- und Verteilungsweise müßte in diesem Fall in eine ferne Zukunft verschoben werden, in eine Zeit, in der es vielleicht keine Menschen mehr auf der Erde geben würde. Andererseits stellt die Beibehaltung des Geldes in der niederen Phase der sozialistischen Gesellschaft eine Abweichung von der Theorie Marxens dar, die gründlich zu bedenken ist.

Engels schrieb im Antidürring, Dritter Abschnitt, Sozialismus:



"Aber im Verkehr zwischen den Kommunen und ihren Mitgliedern ist das Geld gar kein Geld, fungiert es gar nicht als Geld. Es dient als reines Arbeitszertifikat, es konstatiert, um mit Marx zu reden, <<nur den individuellen Anteil des Produzenten an der Gemeinarbeit und seinen individuellen Anspruch auf den zur Konsumtion bestimmten Teil des Gemeinprodukts<<, und ist in dieser Funktion <<ebensowenig 'Geld' wie etwa eine Theatermarke<<"

(LH 11 MEW Bd.20, S. 282, Marxzitate im Engelszitat siehe Anmerkungen MEW, Bd.23, S.109 und 110).

Zur Rolle der Arbeitszertifikate als Geldersatz sagt Marx:



"Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der andren zurück" (LH 12 MEW, Bd.19, S. 20).

Die unmittelbar nach ihrer Fertigstellung in den gesellschaftlichen Fonds gelieferten Konsumtionsmittel sollen also nach Marxens Vorstellungen durch die Konsumenten nicht mit

Geld, sondern mit Arbeitszertifikaten gekauft werden, die ihrem Besitzer jeweils eine bestimmte geleistete Arbeitszeit bescheinigen. Der Wert und Preis der Konsumtionsmittel müßte damit direkt durch die verbrauchte Arbeitszeit ausgedrückt werden. Ein Konsumtionsmittel kostet dann soundso viel Stunden und tauscht sich gegen Arbeitszertifikate gleichen Stundenbetrags.

Wenn aber der Lohn durch die Arbeitszeitdauer bestimmt werden würde, dann könnte bei gleicher Arbeitszeit kein unterschiedlicher Lohn gezahlt werden, denn es wäre eine offenkundig merkwürdige Zeitmessung, wenn man dem Arbeiter A für eine Stunde geleistete Arbeit z.B. 1,4 Stunden Arbeitszeit, und dem Arbeiter B für ebenfalls 1 Stunde Arbeitszeit 0,7 Stunden Arbeitszeit bescheinigen würde. Die Konsequenz der Abschaffung des Geldes und der Entlohnung in Arbeitszeitbescheinigungen wäre also u.a. auch die Abschaffung der Leistungslöhne. Obwohl die kommunistische Gesellschaft in ihrer ersten Entwicklungsphase noch größtenteils mit den Rechtsvorstellungen der alten Gesellschaft behaftet sein würde, müßte dem besten Elektronik-Ingenieur der gleiche Lohn wie dem faulsten und ungeschicktesten ungelernete Arbeiter gezahlt werden, wenn letzterer gleichlang gearbeitet hat. Wenn man also das Geld durch Arbeitszertifikate ersetzen und trotzdem den Leistungslohn beibehalten will, dann muß man in der Theorie einen Trick anwenden - d.h. man muß die Zeit dehnen lassen - stauchen für den faulen, und strecken für den fleißigen Arbeiter. Engels versucht über diesen Widerspruch in seinem Modell hinweg zu täuschen, indem er sagt:



"Allerdings kann, nach Herrn Dührings Theorie, auch in der Wirtschaftskommune nur die verwendete Arbeitszeit den Wert der wirtschaftlichen Dinge messen, aber hierbei wird die Arbeitszeit eines jeden von vornherein völlig gleichzuachten sein, alle Arbeitszeit ist ausnahmslos und prinzipiell vollkommen gleichwertig, und zwar ohne daß man einen Durchschnitt zu nehmen hätte. Und nun halte man gegen diesen radikalen Gleichheitssozialismus die nebelhafte Vorstellung von Marx, als sei die Arbeitszeit jemandes an sich mehr wert als die einer anderen Person, weil darin mehr durchschnittliche Arbeitszeit verdichtet sei, eine Vorstellung, in der ihn die überkommene Denkweise der gelehrten Klassen befangen hält, der es als eine Ungeheuerlichkeit erscheinen muß, die Arbeitszeit des Karrenschiebers und die des Architekten als ökonomisch völlig gleichwertig anzuerkennen!" (LH 13 MEW Bd.20, S.185). Und weiter: "Wie löst sich nun die wichtige Frage der höhern Löhung der zusammengesetzten Arbeit? In der Gesellschaft von Privatproduzenten bestreiten die Privatleute oder ihre Familien die Kosten der Ausbildung des gelernten Arbeiters; den Privaten fällt daher auch zunächst der höhere Preis der gelernten Arbeitskraft zu: der geschickte Sklave wird teurer verkauft, der geschickte Lohnarbeiter höher gelohnt. In der sozialistische organisierten Gesellschaft bestreitet die Gesellschaft diese Kosten, ihr gehören daher auch die

Früchte, die erzeugten größern Werte der zusammengesetzten Arbeit. Der Arbeiter selbst hat keinen Mehranspruch." (LH 14 MEW Bd.20, S.187).

Wenn aber keinem Arbeiter ein Mehranspruch für höhere Arbeitsleistungen zustehen soll, dann ist es Engels, der einen radikalen Lohnleichheits-Sozialismus einführen will. Die vollständige Abschaffung des Leistungslohnprinzips bereits in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, welche unausweichlich werden würde, wenn das Geld durch Arbeitszeitzertifikate ersetzt werden würde, ist aber tatsächlich ein politisches Umding. Durch Invektiven versucht Engels über den Widerspruch in seinem eigenen Modell, über die "Zeitdilatation in Wechselwirkung mit der persönlichen Arbeitsleistung" hinwegzutäuschen.

Zur Rolle des Geldes in der Wirtschaftskommune sagt Engels:



"Es kann hiermit durch jedes beliebige Zeichen ersetzt werden, wie Weitling es durch ein <<Kommerzbuch<< ersetzt, worin auf der einen Seite die Arbeitsstunden und auf der andern die dafür bezogenen Genüsse abgestempelt werden. Kurz, es fungiert im Verkehr der Wirtschaftskommunen mit ihren Mitgliedern als das

Owensche >>Arbeitsstundengeld<<, ... Wenn das Metallgeld also schon im Verkehr der Wirtschaftskommune mit ihren Mitgliedern nicht als Geld fungiert, sondern als verkleidete Arbeitsmarke, so kommt es noch weniger zu seiner Geldfunktion im Austausch zwischen den Wirtschaftskommunen." (LH 15 MEW, Bd.20, S.282).

Engels fällt hier nicht nur in den utopischen Sozialismus zurück, sondern er weicht auch prinzipiell von Marxens Aussage im obigen Zitat (LH01) ab. Marx sagt dort unmißverständlich, daß die sozialistischen Genossenschaften (Wirtschaftskommunen) ihre Produkte nicht austauschen. Engels hingegen will den Austausch zwischen den Wirtschaftskommunen lediglich ohne Geld abwickeln lassen. An anderer Stelle im Anti-Dühring wird die Widersprüchlichkeit der Ansichten Engels in Bezug auf den Austausch im Sozialismus noch deutlicher:



"Die materialistische Anschauung der Geschichte geht von dem Satz aus, daß die Produktion, und nächst der Produktion der Austausch ihrer Produkte, die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist; daß in jeder geschichtlich auftretenden Gesellschaft die Verteilung der Produkte, und mit ihr die soziale Gliederung in Klassen oder Stände, sich danach richtet, was und wie produziert und wie das Produzierte ausgetauscht wird." (LH 16

Friedrich Engels, MEW Bd.20, S. 248).

Er widerspricht er sich auch in diesem Punkt an anderer Stelle selbst, indem er sagt, daß Produktion auch ohne Austausch stattfinden kann:



"Produktion kann stattfinden ohne Austausch, Austausch - eben weil von vornherein nur Austausch von Produkten - nicht ohne Produktion". (LH 17 MEW Bd.20, S.136).

In typischen urgesellschaftlichen Gemeinschaften tauschen die Produzenten (Sippenmitglieder) ihre Produkte nicht aus. Die Sammel- und Jagdprodukte werden den Mitgliedern des Gemeinwesens nach den Bedürfnissen des einzelnen und den Möglichkeiten der Produktion nach gemeinschaftlichen Übereinkünften zugeteilt. Wertgleicher Produktaustausch findet im Urkommunismus also nicht statt. Und auch in der antiken und feudalistischen auf Eigenproduktion für den Eigenbedarf gegründeten Gesellschaft spielt der Austausch nur eine untergeordnete Rolle. Der Austausch der Produkte nach Engels erster Aussage ist also offenbar nicht Grundlage jeder, sondern nur Grundlage der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Der Austausch darf nicht mit der Verteilung, also mit der Distribution im allgemeinen gleichgesetzt werden. Die Aufhebung des Warenaustauschs ist notwendige Bedingung für die Aufhebung der Warenproduktion, und da letztere im wesentlichen durch den wertgleichen Tausch der Arbeitsprodukte definiert ist, kann in der logischen Konsequenz der Warenaustausch nicht beibehalten werden, wenn die Warenproduktion beseitigt werden soll. Engels Sozialismustheorie ist also in Bezug auf den Austausch der Produkte und die Rolle des Geldes widersprüchlich und unausgereift.

Bei Marx sind diese, den Austausch betreffenden Widersprüche, meines Wissens nirgendwo anzutreffen. Warum aber greift auch Marx in der Geldfrage auf den utopischen Sozialismus zurück? Eine Erklärung dafür gibt Engels in der gleichen Schrift auf der nächsten Seite:



"Also weder im Austausch zwischen der Wirtschaftskommune und ihren Mitgliedern noch in dem zwischen den verschiedenen Kommunen kann das Gold, das >>von Natur Geld ist<<, dahin kommen, diese seine Natur zu verwirklichen. Trotzdem schreibt ihm Herr Dühring vor, auch in der >>Sozialität<< Geldfunktionen zu vollziehn. Wir müssen uns also nach einem andern Spielraum für diese Geldfunktion umsehn. Und dieser Spielraum existiert. Herr Dühring befähigt zwar jeden zur >>quantitativ gleichen Konsumtion<<, aber er kann niemanden dazu zwingen. Im Gegenteil, er ist stolz darauf, daß in seiner Welt jeder mit seinem Gelde machen kann, was er will. Er kann also nicht verhindern, daß die einen sich einen kleinen Geldschatz zurücklegen, während die andern mit dem ihnen gezahlten Lohn nicht auskommen. Er macht dies sogar unvermeidlich, indem er das Gemeineigentum der

Familie im Erbrecht ausdrücklich anerkennt, woraus sich dann weiter die Verpflichtung der Eltern zur Erhaltung der Kinder ergibt. Damit aber bekommt die quantitativ gleiche Konsumtion einen gewaltigen Riß. Der Junggesell lebt herrlich und in Freuden von seinen acht oder zwölf Mark täglich, während der Witwer mit acht unmündigen Kindern damit kümmerlich auskommt. Andererseits aber läßt die Kommune, indem sie Geld ohne weiteres in Zahlung nimmt, die Möglichkeit offen, daß dies Geld anders als durch Arbeit erworben sei. Non olet. Sie weiß nicht, woher es kommt. Hiermit sind aber alle Bedingungen gegeben, um das Metallgeld, das bisher nur die Rolle der Arbeitsmarke spielte, in wirkliche Geldfunktion treten zu lassen. Es liegen vor die Gelegenheit und das Motiv, einerseits zur Schatzbildung, andererseits zur Verschuldung. Der Bedürftige borgt beim Schatzbildner. Das geborgte Geld, von der Kommune in Zahlung genommen für Lebensmittel, wird damit wieder, was es in der heutigen Gesellschaft ist, gesellschaftliche Inkarnation der menschlichen Arbeit, wirkliches Maß der Arbeit, allgemeines Zirkulationsmittel. Alle 'Gesetze und Verwaltungsnormen' der Welt sind ebenso ohnmächtig dagegen, wie gegen das Einmaleins oder gegen die chemische Zusammensetzung des Wassers. Und da der Schatzbildner in der Lage ist, vom Bedürftigen Zinsen zu erzwingen, so ist mit dem als Geld fungierenden Metallgeld auch der Zinswucher wiederhergestellt. Soweit haben wir nur die Wirkungen der Beibehaltung des Metallgeldes betrachtet innerhalb des Geltungsbereichs der Dühringschen Wirtschaftskommune. Aber jenseits dieses Bereichs geht die übrige verworfne Welt einstweilen ihren alten Gang ruhig weiter. Gold und Silber bleiben, auf dem Weltmarkt, Weltgeld, allgemeines Kauf- und Zahlungsmittel, absolut gesellschaftliche Verkörperung des Reichtums. Und mit dieser Eigenschaft des edlen Metalls tritt vor die einzelnen Wirtschaftskommunisten ein neues Motiv zur Schatzbildung, zur Bereicherung, zum Wucher, das Motiv, sich gegenüber der Kommune und jenseits ihrer Grenzen frei und unabhängig zu bewegen und den aufgehäuften Einzelreichtum auf dem Weltmarkt zu verwerten. Die Wucherer verwandeln sich in Händler mit dem Zirkulationsmittel, in Bankiers, in Beherrscher der Produktion und damit in Beherrscher der Produktionsmittel, mögen diese auch noch jahrelang dem Namen nach als Eigentum der Wirtschafts- und Handelskommune fungieren. Damit sind aber die in Bankiers übergegangnen Schatzbildner und Wucherer auch die Herren der Wirtschafts- und Handelskommune selbst." (LH 18 MEW Bd.20, S.283/284).

Engels war also der Meinung, daß mit der Beibehaltung des Geldes die Restauration des großen privaten Geldkapitals nicht verhindert werden kann, und daß das in diesem Fall wiedererstehende private Finanzkapital die sozialistischen Genossenschaften bzw. Wirtschaftskommunen zwangsläufig zersetzen würde. Die Erfahrungen in den leninistischen Staaten haben aber gezeigt, daß der Staat das private Finanzkapital ohne Schwierigkeiten niederhalten konnte, solange er es wollte. Und außerdem besteht für den Praktiker, wie gesagt, kein Zweifel, daß mit der Forderung der Abschaffung des Geldes als Voraussetzung für die

sozialistische Produktionsweise die sozialistische Revolution in die ferne Zukunft verschoben werden müßte. Es fragt sich daher, ob das Geld in der niederen Phase der sozialistischen Wirtschaft als Wertmaß und Verteilungsmittel beibehalten werden kann, und ob die anderen grundsätzlichen Vorgaben Marxens dennoch durch die sozialistische Revolution in naher Zukunft realisiert werden können. Es stellt sich also die Frage, ob der Warenaustausch und die Warenproduktion und ihre Grundgesetze in naher Zukunft aufgehoben werden können, obwohl das Geld als Wertmaß und Verteilungsmittel weiterhin genutzt wird, und zwar vielleicht sogar in überaus vorteilhafter Weise für die sozialistische Gesellschaft. Hierzu mehr im Abschnitt 3.

In den leninistischen Staaten hat die Forderung Marxens zur Abschaffung des Geldes im Sozialismus dazu geführt, daß seine Theorie in diesem Punkt insgeheim als philosophische Spielerei, als irrealer Utopie abgetan wurde. Die Praktiker haben intuitiv erkannt, daß sich die hochentwickelte moderne Wirtschaft, mindestens in naher Zukunft, nicht ohne finanzielle Mittel organisieren läßt. Außerdem führte dies dazu, daß auch die Prämisse "Aufhebung der Warenproduktion" als ähnliche Fiktion verworfen wurde. Forschungsaufgaben zur Aufhebung der Warenproduktion bei Beibehaltung des Geldes schienen sich damit zu erübrigen.

Die sofortige Abschaffung des Geldes durch die sozialistische Revolution ist keineswegs nötig. Es ist erstens, nicht einzusehen, warum die sozialistische Revolution erfolgreich sein, das Weltfinanzkapital besiegen und die Weltprobleme lösen kann, daß aber andererseits die überlegenen Errungenschaften nicht gegen das private Finanzkapital dauerhaft verteidigt werden können, obwohl durch die Revolution die kapitalistischen Eigentumsformen, das industrielle Kapital in der Groß- und Massenproduktion sowie die großen Privatbanken bereits abgeschafft wurden. Und zweitens, ist das Geld in seinem Wesen keine besondere Ware, sondern eine Information über den Tauschwert eines Produkts, verbunden mit der weiteren Information, daß der Besitzer des Geldstücks das gesellschaftlich anerkannte Recht besitzt, es jederzeit gegen jedes beliebige gleichwertige Produkt tauschen zu dürfen. Die Existenz des Geldes ist damit nicht unbedingt und unter allen Umständen an die Existenz von Waren gebunden. Marxens Geldtheorie entspricht dem Entwicklungsstand der Geldform, die sich zu seiner Zeit herausgebildet hatte. Zu seiner Lebenszeit war das Geld noch eine besondere Ware, die sich jederzeit gegen jede andere Ware gleichen Werts austauschen ließ. Das Edelmetallgeld stand im Mittelpunkt seiner Geldtheorie. Heute aber hat sich das edelmetallungebundene Geld allgemein durchgesetzt. Ein Geldstück ohne Edelmetall- und ohne jede Warendeckung ist offenbar in keiner Weise mehr eine Ware, die den gleichen Wert besitzt, wie das Produkt, gegen das es getauscht werden kann. Es zeigt sich, daß das Geldstück in seinem Wesen ein Informationsträger und keine Ware ist, wenn auch in der Entwicklungsgeschichte der Geldformen zunächst bestimmte Waren Träger der Wert- und Tauschberechtigungsinformation

waren. Und wenn es Geld ohne Warenkörper geben kann, warum dann nicht auch Geldwirtschaft ohne Warenwirtschaft? Unter welchen ökonomischen Umständen und Voraussetzungen Geldwirtschaft ohne Warenwirtschaft möglich und zweckmäßig ist, wird sich im 3. Abschnitt zeigen.

1.4 Vorgaben zur Wertbildung

Kommentar: Seite: 21



Marx versteht unter dem allgemeinen Begriff Wert ohne zusätzliche Erläuterungen im Kontext stets den Wert der Ware bzw. ihren Tauschwert. Solange nur die Warenwirtschaft betrachtet wird, gibt es in dieser Hinsicht keine Probleme.

Betrachtet man hingegen die Wertbildung sowohl in der Warenwirtschaft als auch in der nächst höheren Stufe, der sozialistischen Wirtschaft (Sozialwirtschaft), dann ist dies eine Begriffsbestimmung, die Anlaß zu theoretischen Fehlern geben kann. Engels schrieb im Anti-Dühring folgendes:



"Der einzige Wert, den die Ökonomie kennt, ist der Wert von Waren." (LH 19 MEW, Bd.20, S.285).

Eine solche Gleichsetzung des Werts im allgemeinen mit dem Warenwert (Tauschwert) ist nicht nur fehlerhaft, sondern sie führt in der Sozialismustheorie zu grundsätzlichen Widersprüchen. Engels kommt mit dieser Definition prompt zu einem absurden Ergebnis, d.h. er schreibt dem sozialistischen Arbeitsprodukt keinen Wert beliebiger Art zu. Er sagt:



"Die Gesellschaft schreibt also unter obigen Voraussetzungen "[sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel gesetzt hat, W.H.]" den Produkten auch keine Werte zu. Sie wird die einfache Tatsache, daß die hundert Quadratmeter Tuch meinetwegen tausend Arbeitsstunden zu ihrer Produktion erfordert haben, nicht in der schielenden und sinnlosen Weise ausdrücken, sie seien tausend Arbeitsstunden wert." (Seite 288).

Wenn die sozialistischen Produkte keinen Wert irgend einer Art besitzen würden, also nicht nur keinen Warenwert, sondern auch keinen individuellen Wert und auch keinen Gebrauchswert, dann würde sich eine sozialistische Werttheorie erübrigen. Allerdings sagt Engels unmittelbar vor dem letzten Zitat:



"Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit. Die in einem Produkt steckende Menge gesellschaftlicher Arbeit braucht dann nicht erst auf einem Umweg festgestellt zu werden; die tägliche Erfahrung

zeigt direkt an, wieviel davon im Durchschnitt nötig ist. Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte, in hundert Quadratmeter Tuch von bestimmter Qualität stecken. Es kann ihr nicht einfallen, die in den Produkten niedergelegten Arbeitsquanta, die sie alsdann direkt und absolut kennt, noch fernerhin in einem nur relativen, schwankenden, unzulänglichen, früher als Notbehelf unvermeidlichen Maß, in einem dritten Produkt auszudrücken und nicht in ihrem natürlichen, adäquaten, absoluten Maß, der Zeit." (Seite 288).

Die im Produkt enthaltene Arbeitszeit soll also nach Engels Vorstellungen sehr wohl ermittelt werden. Da es nicht mehr die gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit, sondern die individuell durch den jeweiligen Produzenten verausgabte Arbeitszeit sein muß, ist es richtig, daß das sozialistische Produkt keinen Warenwert mehr besitzt. Natürlich, unter der Voraussetzung, daß der Wert mit dem Warenwert gleichgesetzt wird, besitzen die sozialistischen Produkte keinen Wert, aber es muß unbedingt hinzugefügt werden, daß sie zwar keinen Warenwert, aber durchaus Gebrauchswert und individuellen Wert besitzen. Wenn Engels im Zitat nur einen einzigen Wert kennt, den Warenwert, dann scheint er gelegentlich sehr vergeßlich zu sein. Marx hingegen unterscheidet stets, außer dem Gebrauchswert, auch die Begriffe individueller Wert und Warenwert.



"Der wirkliche Wert einer Ware ist aber nicht ihr individueller, sondern ihr gesellschaftlicher Wert, d.h. er wird nicht durch die Arbeitszeit gemessen, die sie im einzelnen Fall dem Produzenten tatsächlich kostet, sondern durch die gesellschaftlich zu ihrer Produktion erheischte Arbeitszeit." (LH 20 Das Kapital, Erster Band, Seite 336).

Im Zitat unterscheidet Marx also den Warenwert und den individuellen Wert; und im ersten Band des Kapitals definiert er den Gebrauchswert der natürlichen und der Arbeitsprodukte. In Marxens Aussagen findet man keine widersprüchliche Anwendungen der Begriffe Warenwert, individueller Wert und Gebrauchswert. Klar ist auch, daß nach Marxens Theorie die Wertbestimmung durch die Arbeitszeit im Sozialismus nicht abgeschafft, sondern wichtiger werden soll, denn je. Er sagt:



"Zweitens bleibt, nach Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, aber mit Beibehaltung gesellschaftlicher Produktion, die Wertbestimmung vorherrschend in dem Sinn, daß die Regelung der Arbeitszeit und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter die verschiedenen Produktionsgruppen, endlich die Buchführung hierüber, wesentlicher denn je wird." (LH 21 Das Kapital, Dritter Band, S.859, Dietz Verlag Berlin).

Allerdings sagt Marx im Zitat nicht, daß die Wertbestimmung **des Produkts** durch die Arbeitszeit wichtiger wird denn je, so daß Unklarheiten entstehen und unter Umständen zu Konfusionen führen können.

"Für die Aufwenderfassung in einer Gesellschaft ohne Warenproduktion verwendet Marx gelegentlich den Begriff >>Wertbestimmung<<, der nicht selten zu Irritationen geführt hat. ... Die Wertbestimmung bzw. die Wertrechnung sollte durch die Zeitrechnung ersetzt werden". (LH 22 Horst Richter, Ist die Marxsche Theorie der Warenproduktion und des Werts vereinbar mit einer sozialistischen Marktwirtschaft?, Beitrag im Sammelband "Ist sozialistische Marktwirtschaft möglich?", S.21, GNN Verlag Sachsen/Berlin, 2001).

Es sollte also unmißverständlich gesagt werden, daß die Arbeit in jedem ökonomischen System Produktenwert erzeugt, und zwar, erstens, Gebrauchswert in allen Produktionsweisen, zweitens, Gebrauchswert und Warenwert in der Warenwirtschaft, der durch die gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit bestimmt wird, und drittens, Gebrauchswert und individuellen Wert in der sozialistischen Wirtschaft, der durch die individuell zur Herstellung des Produkts aufgewandte Arbeitszeit bestimmt wird.

Ersetzt man Marxens Arbeitszertifikate durch gewöhnliches Geld, dann kann der Wert und Preis der Produkte der sozialistischen Betriebe wie bisher in Geldeinheiten dargestellt werden, und wenn der Wert im Geldmaß außerdem auf die im Einzelfall aufgewandte Arbeitszeit zurück geführt wird, dann können Marxens Vorgaben auch ohne Abschaffung des Geldes weitestgehend realisiert werden.

Zunächst stellt sich aber die Frage, ob es in der Wirtschaftspraxis überhaupt möglich ist, die im Produkt enthaltene Arbeitszeit zu ermitteln. Es ist zwar jedem Betrieb möglich, die neu aufgewandte Arbeitszeit pro Stück zu ermitteln, aber keinem Betrieb ist die in den gekauften und verbrauchten Produktionsmitteln enthaltene Arbeitszeit bekannt. Der Wert im Arbeitszeitmaß wird in der Praxis nicht ermittelt, und es ist verblüffend, daß weder Marxisten noch ihre Gegner das Problem der Arbeitszeitermittlung aufgegriffen haben. In der Wirtschaftspraxis haben sich Preiskalkulationen in Form von Kostenrechnungen durchgesetzt. Damit stellt sich die nächste Frage - es fragt sich, ob es möglich ist, einen Zusammenhang zwischen den pro Produkteinheit aufgewandten Kosten und der aufgewandten Arbeitszeit herzustellen. Meines Erachtens ist dies möglich. Im Abschnitt 3.4 wird eine Methode der Preisbildung im Sozialismus vorgestellt, deren Grundlage die wie üblich ermittelten betrieblichen Kosten sind; und die Kosten werden nach einer neuen Methode der

Volkswirtschaftsplanung (Globalplanung) in mehr oder weniger guter Näherung auf die aufgewandte Arbeitszeit zurückgeführt.

1.5 Vorgaben zur Verteilung

Zur Verteilung der Konsumtionsmittel im Sozialismus sagt Marx:



"In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen - erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!" (LH 23 MEW Bd.19, S.21).

Die Verteilung des produzierten Reichtums nach den Bedürfnissen wird nach Marxens Theorie also erst in einer höheren Entwicklungsstufe der sozialistischen Gesellschaft möglich werden. Aber die Warenproduktion soll, wie gesagt, sofort aufgehoben werden (siehe Abschnitt 1.1). Wer Marxens Theorie der sozialistischen Produktionsweise weiterentwickeln will, muß demnach ein ökonomisches Modell entwerfen, in welchem die Warenproduktion durch eine neue Organisationsform ersetzt wird, und zwar ohne sofortige Einführung der Verteilung nach den Bedürfnissen.



In den urkommunistischen Gemeinschaften werden die Produkte der Jagd- und Sammelwirtschaft zunächst in einen Gemeinschaftsfonds geliefert (sie werden z.B. auf Rastplätzen oder Siedlungsplätzen vor den Sippenmitgliedern ausgebreitet) und danach nach gemeinschaftlichen Übereinkünften aufgeteilt, und zwar einerseits nach den Bedürfnissen (z.B. mehr Nahrungsmittel für erwachsene Männer und weniger für Frauen und Kinder) und andererseits natürlich auch nach den Möglichkeiten. Bei den wenigen Produkten der Jagd- und Sammelwirtschaft der Urzeit und der Kleinheit der Gemeinwesen, der Sippen und Stämme, war die Zuteilung der Naturalien nach gemeinschaftlichen Übereinkünften kein größeres organisatorisches Problem.

Die Zuteilungen aus dem Gemeinschaftsfonds sicherten das Leben des einzelnen Jägers und Sammlers sehr viel besser, als die Versorgung nur durch eigene Jagd- und Sammelprodukte. Hatte z.B. ein Jäger oder eine kleinere Gruppe gerade Jagdglück, welches zu einem gewissen Überschuß über den eigenen Bedarf führte, und teilten sie ihr Produkt mit anderen Mitgliedern der Gemeinschaft, dann hatten sie selbstverständlichen Anspruch auf Zuteilungen aus dem

gesellschaftlichen Fonds in Zeiten von Jagd- und Sammelpech. In schlechten Zeiten, bei ungünstigen Umweltbedingungen, konnte das Überleben einzelner Jäger und Sammler, und sogar das der ganzen Gemeinschaft, vom Teilen der Nahrung, also vom System der Naturalienzuteilung aus dem gesellschaftlichen Fonds, abhängen. Die Zweckmäßigkeit im Überlebenskampf hat also das urkommunistische Prinzip der Zuteilung des produzierten Reichtums nach gesellschaftlichen Übereinkünften hervorgebracht.

In unserer Zeit hat sich eine Situation eingestellt, in welcher das Überleben der Weltgesellschaft im 21. Jahrhundert und in der Zeit danach, insbesondere infolge des Überwachstums der Weltbevölkerung der Weltproduktion, in Frage gestellt ist. Ähnlich wie eine urgesellschaftliche Gemeinschaft sitzt heute die ganze Weltgesellschaft im Kampf ums Überleben in einem Boot. Die Produktivkraft der Arbeit hat heute einen solchen Höhegrad erreicht, daß im Durchschnitt Reichtum für alle nicht nur in ausreichender Menge, sondern auch mit einem beträchtlichen Luxus für einen großen Teil der Weltbevölkerung produziert werden kann. Bei sinnvoller Verteilung des Reichtums nach gesellschaftlichen Übereinkünften wäre daher das exponentielle Wachstum der Weltproduktion überhaupt nicht mehr erforderlich.

Natürlich ist eine globale Gleichverteilung keine realistische und nötige Forderung für das 21. Jahrhundert - es muß nicht gleichverteilt, sondern sinnvoll verteilt werden. Doch die Verteilung nach den Gesetzen der Warenproduktion führt naturwüchsig zu extremer Ungleichverteilung, zu Milliarden auf der einen Seite, und Millionen Hungertoden und Milliarden Armen auf der anderen Seite.

Es liegt daher nahe, daß der Reichtum in der Zukunft wieder nach dem natürlichsten Prinzip, also durch Zuteilungen nach gesellschaftlichen Übereinkünften, und damit nichtkapitalistisch verteilt werden muß. Bei der heutigen Riesenzahl der Erzeugnistypen und der großen Bevölkerungszahl der modernen Volkswirtschaften wäre jedoch die Naturalienverteilung nach gesellschaftlichen Übereinkünften ein organisatorisch und ökonomisch nicht zu bewältigendes Problem. Sozial gerechte und ökonomisch sinnvolle Geldzuteilungen nach gesellschaftlichen Übereinkünften hingegen sind, auf der richtigen Eigentumsgrundlage, durchaus möglich. Näheres siehe 3. Abschnitt.

Zunächst soll noch auf eine Vorgabe Marxens zur makroökonomischen Verteilung des Gesamtprodukts in der sozialistischen Gesellschaft hingewiesen werden. In der oben genannten Schrift kritisiert er den Programmwurf der künftigen vereinigten sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands. Unter anderem nimmt er im Punkt 3. Stellung zu folgendem Text des Programms: "Die Befreiung der Arbeit erfordert die Erhebung

der Arbeitsmittel zu Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gerechter Verteilung des Arbeitsertrags". Dazu sagt Marx u.a.



"Was ist 'Arbeitsertrag'? Das Produkt der Arbeit oder sein Wert? und im letzteren Fall, der Gesamtwert des Produkts oder nur der Wertteil, den die Arbeit dem Wert der aufgezehrten Produktionsmittel neu zugesetzt hat? Was ist gerechte Verteilung? Behaupten die Bourgeois nicht, daß die heutige Verteilung 'gerecht' ist? Und ist sie in der Tat nicht die einzige 'gerechte' Verteilung auf Grundlage der heutigen Produktionsweise? Werden die ökonomischen Verhältnisse durch Rechtsbegriffe geregelt, oder entspringen nicht umgekehrt die Rechtsverhältnisse den ökonomischen? Haben nicht auch die sozialistischen Sektierer die verschiedensten Vorstellungen über 'gerechte' Verteilung?" (LH 24 MEW, Bd.19, S.18).

Der Begriff "gerechte Verteilung" ist also nicht mehr als eine Phrase, solange er nur als Worthülse in den Raum gestellt wird und nicht mehr dazu gesagt wird. Daher sagt Marx zur Verteilung des Gesamtprodukts der genossenschaftlichen Produktion folgendes:



"Nehmen wir zunächst das Wort 'Arbeitsertrag' im Sinne des Produkts der Arbeit, so ist der genossenschaftliche Arbeitsertrag das gesellschaftliche Gesamtprodukt. Davon ist abzuziehen:

Erstens: Deckung zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel.

Zweitens: zusätzlicher Teil für Ausdehnung der Produktion.

Drittens: Reserve- oder Assekuranzfonds gegen Mißfälle, Störungen durch Naturereignisse etc. Diese Abzüge vom 'unverkürzten Arbeitsertrag' sind eine ökonomische Notwendigkeit, und ihre Größe ist zu bestimmen nach vorhandenen Mitteln und Kräften, zum Teil durch Wahrscheinlichkeitsrechnung, aber sie sind in keiner Weise aus der Gerechtigkeit kalkulierbar. Bleibt der andere Teil des Gesamtprodukts, bestimmt, als Konsumtionsmittel zu dienen.

Bevor es zur individuellen Teilung kommt, geht hiervon ab:

Erstens: die allgemeinen, nicht direkt zur Produktion gehörigen Verwaltungskosten.

Zweitens: was zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist, wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen ect.

Drittens: Fonds für Arbeitsunfähige ect., kurz, für, was heute zur sog. offiziellen Armenpflege gehört.

Erst jetzt kommen wir zu der 'Verteilung', die das Programm, unter Lassaleschem Einfluß, bornierter Weise allein ins Auge faßt, nämlich an den Teil der Konsumtionsmittel, der unter die individuellen Produzenten der Genossenschaft verteilt wird." (LH 25 MEW Bd.19, S.18/19).

Marx beschreibt im Zitat seine Vorstellungen zur makroökonomischen Verteilung. Das Gesamtprodukt wird demnach, ausgedrückt in heute üblichen Begriffen, wie folgt aufgeteilt:

1. Mittel für den Produktionsmittelverbrauch und das Wachstum der Produktion und des produktiven Vermögens
2. Reserve- und Versicherungsfonds
3. Mittel für die öffentliche Verwaltung
4. Mittel für öffentliche Einrichtungen, Bildungs-, Gesundheitssysteme usw.
5. Mittel für soziale Sicherungssysteme
6. Mittel für die individuelle Konsumtion der Arbeiter, Angestellten und Beamten (Löhne und Gehälter)

Zusammengefaßt müssen demnach durch den sozialistischen Staat, erstens, Mittel für den Produktionsmittel- und Lohnverbrauch des Unternehmensektors, zweitens, Mittel für den zentralen Staatshaushalt und für die Kommunen, und drittens, für soziale Sicherungssysteme, z.B. Renten, Krankengeld, Sozialhilfe, bereit gestellt werden.

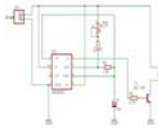
1.6 Hauptkritik an Marxens Vorgaben

1.6.1 Fehleinschätzung der Rolle des Marktes im Sozialismus



Zu Marxens Lebenszeit war die Kybernetik als Wissenschaft noch nicht geboren, die Naturwissenschaftler, Philosophen und Politökonomen hatten die große Bedeutung der Regelmethode für die lebenden Systeme im allgemeinen und für die Wirtschaftssysteme im besonderen noch nicht erkannt. In unserer Zeit aber ist

der Siegeszug der Kybernetik, der Automaten, Roboter und Computer, nicht mehr zu übersehen, und es ist unmittelbar einsichtig geworden, daß kybernetische Methoden auch zur Beschreibung der großen ökonomischen Systeme herangezogen werden müssen - es müssen



insbesondere die Strukturen der Volkswirtschaftssysteme mit ihren Teilsystemen als Blockschaltbilder dargestellt und die ökonomischen Prozesse größtenteils als Regelvorgänge beschrieben werden. Heute wissen wir, daß in allen kybernetischen Systemen, also auch in

Wirtschaftssystemen, Störungen und Regelabweichungen prinzipiell nicht ausgeschlossen werden können, sondern daß es darauf ankommt, den unvermeidlichen Abweichungen der Regelgrößen von den Sollgrößen möglichst wirkungsvoll entgegen zu steuern. Die Zielstellung der Wirtschaftspolitik der ehemaligen sozialistischen Länder Störungen in der Volkswirtschaft von vornherein auszuschließen, war daher ein fundamentaler Fehler, obwohl dieses Ziel, im Gegensatz zu anderen Maßnahmen, mit Berechtigung aus Marxens Vorgaben abgeleitet wurde.

Etwas einseitig und meines Erachtens nicht ganz korrekt formulierte Ota Sik die Kritik an Marxens Vorgabe wie folgt:



"So gelangte er [Marx, W.H.] zu dem Schluß, daß in einer sozialistischen Wirtschaft der Markt zu beseitigen und durch eine planmäßige Entwicklung der Produktions- und Güterverteilung zu ersetzen sei." (LH 26 Sik, Ota, Die sozialgerechte

Marktwirtschaft, S. 27, Freiburg im Breisgau 1990).



Marx hat dies meines Wissens zwar so nicht gesagt, aber allem Anschein nach hat er die Rolle des Marktes im Sozialismus tatsächlich falsch eingeschätzt. Es

wird immer offenkundiger, daß auch in der sozialistischen Wirtschaft die Regelmechanismen des Marktes genutzt werden müssen. Das heißt aber nicht, daß gesamtwirtschaftliche Planung aufgegeben werden muß, sondern nur, daß die progressiven Elemente der marktwirtschaftlichen Selbstregulation ins System der Volkswirtschaftsplanung

integriert und damit eine Symbiose zwischen Markt- und Planwirtschaft hergestellt werden muß.
Hierzu mehr im Abschnitt 3.

1.6.2 Ungeklärte Wert- und Preisbildung in Marxens Sozialismuskonzeption

Nach Marxens Modell sollte bereits in der ersten Phase des Sozialismus das Geld durch Arbeitszertifikate ersetzt werden:



„Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der andren zurück" (LH 27 MEW, Bd.19, S.20).

Die unmittelbar nach ihrer Fertigstellung in den gesellschaftlichen Fonds gelieferten Konsumtionsmittel sollten also - und zwar, wie gesagt, bereits in der ersten Phase der sozialistischen Entwicklung - nicht mit Geld, sondern mit Arbeitszertifikaten gekauft werden, die ihrem Besitzer jeweils eine bestimmte geleistete Arbeitszeit bescheinigen. Ein Konsumtionsmittel kostet dann soundso viel Stunden und tauscht sich gegen Arbeitszertifikate gleichen Stundenbetrags. Damit müßte eine völlig neue, nichtmonetäre arbeitszeitbestimmte Preisbildung eingeführt werden. Aber alle theoretischen Probleme dieser ökonomischen Revolution überläßt Marx ungeklärt zukünftigen Generationen. Auch die Wertbildung im Sozialismus im allgemeinen läßt Marx weitestgehend ungeklärt. Zwar sagt er:



"Zweitens bleibt, nach Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, aber mit Beibehaltung gesellschaftlicher Produktion, die Wertbestimmung vorherrschend in dem Sinn, daß die Regelung der Arbeitszeit und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter die verschiedenen Produktionsgruppen, endlich die Buchführung hierüber, wesentlicher denn je wird." (LH 28 Das Kapital, Dritter Band, S.859).

Aber er sagt nicht „Bestimmung des Werts des Produkts“ und erklärt in keiner Weise, wie dieser Wert ermittelt werden soll. Auch die Theoretiker der ehemaligen leninistischen Länder haben die Unklarheiten nicht beseitigt – das Preisbildungschaos wurde beispielsweise in der DDR nie beseitigt. Der Rückfall zur Preisbildung der Warenmärkte war daher vorprogrammiert.

Der utopische Sozialismus will das Geld über Nacht aus der Welt schaffen, aber es ist natürlich richtig, daß in der realen Welt von heute, in der heutigen Wirtschaftspraxis und auch in der nächsten Zukunft das Geld als Wertmaß und Verteilungsmittel erhalten werden muß. Damit stellt sich für die Wert- und Preisbildung im Sozialismus das Problem, wie der in Geldeinheiten ausgedrückte individuelle Wert der Produkte auf die individuell aufgewandte Arbeitszeit zurückgeführt werden kann.

Die individuell durch den Herstellerbetrieb aufgewandten Kosten $c+v$ werden in der Praxis ermittelt, für diesen Teil ist die Ermittlung des individuellen Werts im Geldmaß also kein Problem. Aber nach Marxens Theorie gilt für den Wert der Ware w die Formel $w = c + v + m$, d.h. der Wertteil m (Mehrwert) kommt zu den Kosten $c+v$ hinzu. Würde man voraussetzen, daß in der sozialistischen Wirtschaft als Geldwirtschaft der Mehrwert oder Profit m und damit das Ausbeutereinkommen nicht mehr anfällt, dann würde die Wertformel $w=c+v+m$ die Form $w = c + v$ annehmen, d.h. der Wert würde damit allein durch die betrieblichen Kosten bestimmt werden. Damit würde kein Wertteil zur Reproduktion des notwendigen Produkts für die öffentliche Verwaltung, für gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgaben und für die sozialen Sicherungssysteme (sozialwirtschaftliche Dienste) anfallen. Eine solche Wert- und Preisbildung wäre offensichtlich ein Unding.

Marx hat in seiner Werttheorie die Steuern und Abgaben an den Staat als Teil des Mehrprodukts ausgewiesen, und das Mehrprodukt bzw. den Mehrwert hat er als Ausbeutereinkommen definiert.



„Wie am Schluß des vorigen Kapitels herorgehoben, unterstellen wir hier, wie überhaupt in diesem ganzen ersten Abschnitt, daß die Summe des Profits, die auf ein gegebenes Kapital fällt, gleich ist der gesamten Summe des vermittelst dieses Kapitals in einem gegebenen Zirkulationsabschnitt produzierten Mehrwerts. Wir sehn also einstweilen davon ab, daß dieser Mehrwert einerseits sich spaltet in verschiedene Unterformen: Kapitalzins, Grundrente, Steuern etc., ...“

(LH 29 Das Kapital, Dritter Band, S.59)

Sind die Steuern und Abgaben Teil des Mehrwerts (nach Marxens Definition), dann repräsentieren sie einen Teil des Ausbeutereinkommens, und zwar denjenigen Teil, der dem Staat zufällt. Die Sache läuft dann darauf hinaus, daß der bürgerliche Staat die Steuern und Abgaben ausschließlich für Unterdrückungsmaßnahmen verwendet, die für eine von Ausbeutung und Unterdrückung befreite Gesellschaft insgesamt unnötig sind. Es ist zwar richtig, daß Regierung, Polizei, Justiz, Armee des bürgerlichen Staats Unterdrückungsfunktionen

übernehmen müssen, aber es ist ebenso richtig, daß der bürgerliche Staat auch notwendige Gemeinschaftsaufgaben übernimmt, z.B. Straßenbau, Bau von Deichen zum Hochwasserschutz, Feuerwehr, Schulbildung usw. Für Marxens theoretisches System zu seiner Zeit war die obige Abstraktion bzw. Vereinfachung (Steuern als Teil des Mehrwerts bzw. Profits) zweckmäßig, heute aber ist sie nicht mehr hinreichend. Marx hat den notwendigen Teil des Produkts des Lohnarbeiters für Gemeinschaftsaufgaben unter den Tisch fallen lassen, so daß nach seiner Wertformel eine Preisbildung ohne Mehrwert bzw. Gewinn ein Unding wäre. Durch Marxens Vorarbeit ist damit keine Lösung für eine Non-Profit-Preisbildung in der sozialistischen **Geld**wirtschaft in Abhängigkeit von der aufgewandten Arbeitszeit in Sicht.

$$y=c+v+st$$

Sagt man hingegen, daß sich der individuelle Wert des Produkts im Sozialismus aus den Wertteilen $y=c+v+st$ zusammensetzt, mit dem Symbol st für den Wertteil Steuern und Abgaben bzw. Aufwendungen für sozialwirtschaftliche Dienste bzw. Gemeinschaftsaufgaben, dann ist das „Unding“ der Preisbildung allein durch die betrieblichen und öffentlichen Kosten ohne Mehrwert oder Gewinn sofort verschwunden. Der Wertteil st ermöglicht den vollständigen und beständigen Ersatz der über die betrieblichen Kosten des Unternehmens hinaus anfallenden gesellschaftlichen Kosten.

Bezeichnet man den individuellen Wert mit Y und den betrieblichen Produktionsmittelverbrauch (Produktionsmittelkosten) mit C_C und den Lohnverbrauch (Lohnkosten) mit C_V und den Aufschlag für notwendige sozialwirtschaftliche Dienste mit ST , dann gilt $Y = C_C + C_V + ST$. Die betrieblichen Kosten sind $C_K = C_C + C_V$, so daß auch $Y = C_K + ST$ gilt. Der individuelle Wert des sozialistischen Produkts wird damit also durch die betrieblichen Kosten C_K und den Aufschlag für sozialwirtschaftliche Dienste ST bestimmt, wobei letzterer administrativ vorgegeben wird und Ähnlichkeit zu den Steuern und Abgaben des bürgerlichen Staates besitzt. Der Aufschlagsatz $st' = \frac{ST}{C_K}$ kann durch den Staat so festgelegt werden, daß alle Ausgaben für sozialwirtschaftliche Dienste, einschließlich Sozialleistungen und Sozialeinkommen wie Renten, Krankengeld usw., beständig aus den Produktverkäufen im Wert von $Y = C_K + ST$ ersetzt werden können.

Damit werden das Gewinnssystem und die Preisbildung auf den Warenmärkten aufgehoben. Gewinnmaximierung kann natürlich nicht mehr Grundziel der Produktion der sozialistischen Betriebe sein, wenn prinzipiell kein Gewinn mehr anfällt. Und der Preis wird damit allein durch die betrieblichen Kosten und den administrativ vorgegebenen Aufschlag ST bestimmt, so daß Angebot und Nachfrage auf dem Markt keinen Einfluß mehr auf den Preis besitzen. Die

Betriebe werden streng verpflichtet, ihre Produkte nur zum gesellschaftlichen Kostenpreis

$Y = C_K + ST$ zu verkaufen.

Damit wird erst der Anfang für die Theorie der Wert- und Preisbildung im Sozialismus gesetzt.

Die Theoretiker müssen das neue ökonomische System erst entwickeln und allseitig bedenken.

Auch für die Rückführung der individuellen Kosten auf die individuell aufgewandte Arbeitszeit ergeben sich auf dieser Basis neue, sehr viel bessere Voraussetzungen.

2. Werttheoretische Mängel als Hauptgrund für das ökonomische Scheitern des letzten Sozialismusversuchs

2.1 Konsequenzen des „unersetzlichen“ Profits und „unersetzlichen“ Wertgesetzes im Sozialismus



Viele Linke sind der Meinung, daß das Profitsystem in der sozialistischen Wirtschaft unbedingt genutzt werden muß, und daß es darauf ankommt, die sozialen Mißstände, die das Profitsystem im Kapitalismus hervorbringt, durch staatliche Umverteilungen abzumildern oder auszugleichen. Es ist zwar richtig, daß das Ziel "Profitmaximierung" eine starke ökonomische Triebkraft darstellt, wenn sich aber das Einkommen des Betriebskollektivs sowohl aus Lohn als aus Gewinn zusammensetzt, und wenn die im Privatkapitalismus durch das Profitsystem entstehende ungleichmäßige Verteilung in der Volkswirtschaft durch ein Umverteilungssystem des Staates weitgehend ausgeglichen werden soll, dann wird die ursprünglich starke Triebkraft "Bereicherung durch Profitmaximierung" sofort wieder abgeschwächt. Die Bürokraten des Staates, die den Gewinn umverteilen, entscheiden dann über den Gewinn der einzelnen Unternehmen genommen oder gegeben wird. Wenn der Profit durch den Staat im großem Umfang umverteilt wird, dann muß der Staat im allgemeinen Prinzip den Betrieben, welche die höchsten Gewinne realisieren, einen großen Teil des Gewinns nehmen, und den Betrieben mit den größten Verlusten einen großen Teil davon geben. Und damit wäre nicht der realisierte Profit, und auch nicht der Lohn, sondern die „sozial gerechte“ Festlegung des verfügbaren Einkommens durch die Bürokraten des Staates die wirkliche Einkommenquelle der „Lohnarbeiterkapitalisten“. Wird hingegen Betrieben mit ungünstigen Bedingungen, ansonsten zu Verlusten und zu Bankrotten führen würden, kein Gewinn anderer Betriebe in großen Mengen zugeteilt, dann drohen Massenbankrotte und Massenarbeitslosigkeit. Die starke Triebkraft "Bereicherung des Kapitalbesitzers durch Profitmaximierung" geht also teilweise verloren, wenn sozial gerecht und arbeitsplatzsichernd durch den Staat umverteilt wird.

Zu welchen Konfusionen die Umverteilung des Gewinns durch den Staat und seine Verwandlung in Lohn führen kann, verdeutlicht auch die folgende Überlegung. Nehmen wir an, die Arbeiter und Angestellten des Unternehmens erhalten einen Teil ihres Einkommens durch Leistungslöhne, und einen anderen Teil durch Gewinnauszahlungen. Sie beziehen also sowohl Einkommen als Lohnarbeiter, den Leistungslohn, als auch als Kapitalisten, den Profit. Eine neue soziale Klasse oder Schicht wird damit geboren, die „Lohnarbeiterkapitalisten“. Der Lohnarbeiterkapitalist steigert, unter sonst gleichen Umständen, seinen Profit, indem er seinen Lohn drückt, oder er steigert seinen Lohn, indem er seinen Profit drückt. Sein Gesamteinkommen, der "Lohnprofit", ändert sich nicht, wenn der Profit oder der Lohn in der

aktuellen Periode höher oder niedriger ausfallen. Der Lohnarbeiterkapitalist würde in diesem Fall nur einen Teil seines Einkommens von der linken in die rechte Tasche stecken. Hat der Betrieb p in der Periode i z.B. ein Einkommen von $N=40\text{Mill.DM}$ produziert, und setzt sich das Einkommen zunächst aus dem Lohn $L=20\text{Mill.DM}$, den Steuern und Abgaben $ST=10\text{Mill.DM}$, und dem Profit $M=10\text{Mill.DM}$ zusammen, dann beträgt das verfügbare Einkommen für die Arbeiter und Angestellten zunächst $N_{\text{verfügbar}} = L + M = 20 + 10 = 30\text{Mill.DM}$. Würde Lohn im Betrag von $L=25\text{Mill.DM}$ ausgezahlt werden, also ein höherer Lohn, dann würde der Gewinn auf $M=5\text{Mill.DM}$ sinken. Aber das verfügbare Einkommen bliebe das gleiche, nämlich $N_{\text{verfügbar}} = L + M = 25 + 5 = 30\text{Mill.DM}$. Die Reduzierung des Gewinns M ist in diesem Fall für die Arbeiter und Angestellten also völlig bedeutungslos, denn sie erhalten als verfügbares Einkommen in jedem Fall die Summe von 30Mill.DM . In einem solchen System würde nicht wirklich Profit aufgeteilt werden, sondern es würde in Wirklichkeit das produzierte Gesamteinkommen von $N=40\text{Mill.DM}$ aufgeteilt werden. Den einen Teil des produzierten Einkommens N würde das Betriebskollektiv, und den anderen Teil der Staat als Steuern und Abgaben erhalten, darunter die Abgaben zur Gewinnumverteilung. Bei höheren Steuern und Abgaben von z.B. $ST=15\text{Mill.DM}$, sinkt das verfügbare Einkommen des Betriebskollektivs im Beispiel auf $N_{\text{verfügbar}} = N - ST = 40 - 15 = 25\text{Mill.DM}$. Muß der Betrieb einen noch größeren Teil an den Staat abgeben, zur Umverteilung an andere Betriebe, dann sinkt das verfügbare Einkommen des Betriebskollektivs noch weiter. Der Gewinn wäre daher für den "Lohnarbeiterkapitalisten" nur eine Fiktion, sehr wichtig hingegen ist für ihn die Steuer- und Abgabenbürokratie und die „Gewinnumverteilungsbürokratie“. Im Wirrwarr der Steuerbürokratie kommt es für das Betriebskollektiv darauf an, hervorragende Spezialisten der "Steuerdeutung" und der Beamtenbeeinflussung zu beschäftigen. Die Betriebe hingegen, die Verluste realisieren, benötigen Spezialisten der Subventionsbürokratie. Das verfügbare Einkommen des "versagenden" Betriebs könnte durchaus üppig ausfallen, wenn diese Spezialisten gute Arbeit geleistet haben. Nach welchen Regeln soll einem Unternehmen A, welches ein höheres Einkommen pro Arbeitskraft produziert hat als ein anderes, durch den Staat "Gewinn" in welcher Höhe genommen werden, so daß das verfügbare Einkommen des erfolgreichen Unternehmens A sinkt, und nach welchen Regeln soll einem "versagenden" Unternehmen B in welcher Höhe Geld zugeteilt werden, so daß das verfügbare Einkommen steigt? Der Bürokrat im Apparat - der Beamtenfürst, oder der Richter, oder der Politfürst, oder der Kennziffernbürokrat - oder alle miteinander und gegeneinander - müssen entscheiden. Durch die Vermischung von Lohn und Profit und Umverteilung des „Profits“ durch den Staat wird daher nur zusätzliche Bürokratie produziert, welche die ursprüngliche mächtige Triebkraft „Bereicherung des privaten Kapitalbesitzers durch Profitmaximierung“ abschwächt.



Auch der Konkurrenzkampf als Druckmittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität wird abgeschwächt, wenn die Unternehmen, welche Verluste realisieren, durch den Staat subventioniert werden. Arbeitslosigkeit kann damit zwar verhindert werden, aber die "positive" Wirkung des Konkurrenzkampfes wird durch die "soziale Hängematte" aufgehoben. Und wenn die Triebkräfte der kapitalistischen Produktion, also die Jagd nach Profit und der Konkurrenzdruck, nur abgeschwächt werden, dann entsteht natürlich keine überlegene Ökonomie, sondern im Gegenteil, die Arbeitsproduktivität wird im Vergleich zum gewöhnlichen privaten Räuberkapitalismus gedrückt. Die Praxis in den ehemaligen leninistischen Ländern hat diese theoretische Erwartung bestätigt. Das alte Grundziel der Produktion, die Profitmaximierung, und eine neue hochproduktive und sozial gerechte Ökonomie vertragen sich nicht.

Oder durch welches Wunder soll die neue, die sozialistische Ökonomie, der alten, der kapitalistischen Ökonomie überlegen gemacht werden, wenn alle Grundprinzipien der alten Ökonomie übernommen werden, und wenn nur durch eine zusätzliche Verteilungsbükratie die alte Triebkraft abgeschwächt wird?

In "Vorwärts und vergessen" sagt Sahra Wagenknecht, in ihrem Disput mit Jürgen Elsässer, folgendes:



"Notwendig zur Lösung der weltweiten Probleme ist der Bruch mit der Profitlogik, der den Bruch mit den ihr zugrundeliegenden Strukturen kapitalistischer, privatwirtschaftlich betriebener Produktion voraussetzt. (S.68) Und diese Erfahrung besagt, daß die detaillierte Festlegung der Produktionsziele durch eine

Zentralbehörde allenfalls in extensiven Aufbauphasen möglich und praktikabel ist, daß sie unter der Bedingung einer modernen hochproduktiven Wirtschaft jedoch unausweichlich dazu führt, daß 1. an den Bedürfnissen vorbei produziert wird und 2. den einzelnen Betrieben jeder Anreiz für eine Effektivierung der Produktion fehlt. Aus Einsicht in diese Tatbestände war speziell in der DDR der sechziger Jahre die Diskussion um ein "Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" entstanden. Im konkreten sollten vor allem die Konsumgüterproduktion wieder von den Rückkopplungsmechanismen des Marktes abhängig und damit an den konkreten Bedürfnissen – die einzuschätzen eben keine Zentralbehörde in der Lage ist – orientiert werden. Das heißt: Die Betriebe erhielten erhöhte Entscheidungsspielräume, wurden von der Erfüllung abstrakter Plankennziffern auf Erwirtschaftung von Gewinn umgestellt und hatten sich mit ihren Produkten gegen konkurrierende Betriebe auf dem Markt zu behaupten. Damit wurde das Wertgesetz tatsächlich wieder zum Regulator des Austausches und der Preisgestaltung; es allein gewährleistet

immerhin ein Interesse der Betriebe an der Erhöhung ihrer Produktivität. Von dem auf diesem Weg zusätzlich erwirtschafteten Gewinn sollten dann allerdings nicht nur die Betriebsleiter, sondern im besonderen die Belegschaften profitieren – eben entsprechend ihrem Leistungsanteil." (LH 30 Sahra Wagenknecht, Jürgen Elsässer, Vorwärts und vergessen?, S.68 und S.72, Hamburg 1996).

Sahra Wagenknecht fordert also, daß die Profitlogik in der sozialistischen Wirtschaft aufgegeben werden soll, und daß der Gewinn, mit anderen Worten der Profit, maximiert und teilweise den Lohnarbeitern zugute kommen soll. Der Profit soll maximiert, aber die Profitlogik soll aufgegeben werden. Aber wie sollen auf der Basis des Profitsystems die Widersprüche des Systems gelöst und nicht nur abgeschwächt oder vernebelt werden? Es geht hier nicht um Wortklaubereien, sondern um Klarheit in den ökonomischen Grundprinzipien einer epochemachenden Gesellschaftsordnung, und Unklarheiten in den Grundlagen können zum Scheitern des ganzen ökonomischen und politischen Systems führen.

Auch auf Basis des Gruppeneigentums können die Widersprüche des Profitsystems nicht gelöst werden. Für diese These liefert insbesondere das ehemalige jugoslawische Arbeiterselbstverwaltungs-System eine handfeste Bestätigung. Im Zuge der damaligen Reformen erhielten die ehemals nach sowjetischem Vorbild zentralstaatlich verwalteten Unternehmen den Status autonomer Warenproduzenten, die sich im freien Spiel der Marktkräfte behaupten sollten. Den sogenannten "Grundorganisationen der assoziierten Arbeit GOAA" wurde 1961 das Rechte der freien Verfügung über das produzierte Einkommen (nach Abzug der Steuern und Sozialabgaben) eingeräumt, sowohl in Bezug auf die persönlichen Einkommen der Beschäftigten, als auch in Bezug auf die einzubehaltenden Fondsmittel. Das bisher akkumulierte Kapitalvermögen wurde den Arbeitern und Angestellten durch den Staat zunächst gegen Zinsen und später ganz ohne Auflagen zur Verfügung gestellt. Die allgemeinen staatlichen Investitionsfonds und Vorgaben der Investitionen durch den Staat wurden abgeschafft. Die GOAA waren damit unabhängige Warenproduzenten auf Basis einer ungewöhnlichen Form des Gruppeneigentums. Aber die Reformen, durch welche die "sozialistische Produktionsweise" grundsätzlich verbessert werden sollten, brachten rundum enttäuschende Ergebnisse.

"Trotz der besonders günstigen Umstände, die möglicherweise das Datenmaterial der Jahre 1952-62 beeinflussen, und trotz gewisser positiver Anzeichen während der >arbeiterselbstverwalteten Marktwirtschaft< - die Gesamtergebnisse der Reformen sind recht enttäuschend, nicht nur unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten: Verlangsamung des Wachstums, begleitet von galoppierender Preisinflation und wachsender Arbeitslosigkeit, die

auch mit der Öffnung der Grenzen für den massiven Migrationsstrom nach Westeuropa nicht eingedämmt werden konnte, wachsende öffentliche Unzufriedenheit, besonders unter den Arbeitern. Zur ersten offenen politischen Artikulation der wachsenden Spannungen kam es 1968, als die Arbeiter drohten, die Studentenproteste in Belgrad zu unterstützen. Darauf folgte 1970-71 der nationalistische Ausbruch in Kroatien, der nicht nur an sich, sondern auch wegen seiner Folgewirkungen für andere Teile des Landes gefährlich war. Die Einsicht, daß zwischen den negativen wirtschaftlichen Ergebnissen und den politischen Unruhen ein Zusammenhang bestand, hatte sich soweit durchgesetzt, daß die herrschende Elite die Notwendigkeit, daß man vom reinen marktsozialistischen Weg abweichen mußte, anerkannte." (LH 31 Brus, Laski, Von Marx zum Markt, Marburg 1990, S.127/128).

In einer in der Zeitschrift Gledista 1986 geführten Debatte wurde folgendes Resümee gezogen:

"Nach der eingehenden Erörterung aller unserer Wirtschaftsreformen von 1986 zu urteilen, herrschte in dieser Frage doch weitgehend Konsens. Versagt habe demnach die Funktionsweise des Marktes im allgemeinen und die des Kapitalmarkts im besonderen." (LH 32 Brus, Laski, Von Marx zum Markt, Marburg 1990, S. 130).

Auch Jugoslawien hat die Tatsache anerkennen müssen, daß Warenproduzenten mit Entwicklungsrückständen großen Benachteiligungen und ökonomischen Existenzproblemen ausgesetzt sind. Die ökonomischen Probleme rückständiger Produzenten mit den ungünstigeren natürlichen und/oder historischen Ausgangsbedingungen werden auf Grundlage des Profitsystems in der Regel größer und nicht kleiner, unabhängig davon, ob ihre Eigentumsgrundlage privates oder irgend eine Form des Gruppeneigentums ist. Es versagt aber nicht der Markt, also nicht der Ort, an welchem Anbieter und Nachfrager, Verkäufer und Käufer aufeinandertreffen, sondern es versagt die alte Produktionsweise, also die Warenwirtschaft mit ihrem Wert- und Preisbildungssystem. Die höherentwickelten Produzenten der reichen Industrieländer drücken mit ihren billigen und zumeist auch besseren Waren den Wert und Preis auf einem freien gemeinsamen Markt, und zwar größtenteils sogar unter die Kosten der Durchschnittsproduzenten des niedriger entwickelten Landes. Damit können letztere keinen Profit produzieren und stehen in der Warenwirtschaft vor dem Bankrott. Ein Großteil der Produzenten der Entwicklungsländer lebt am Rande des ökonomischen Ruins, oder wird hoffnungslos marginalisiert. Not und Elend und Hungersnöte breiten sich aus, deren Hauptursache der Tausch der Waren zu ihrem Wert ist. Es versagt die alte Wert- und Preisbildung der Warenmärkte und es versagt das Gewinnprinzip.

2.2 Wie können die werttheoretischen Probleme gelöst werden?

Der Wert einer beliebigen Ware w setzt sich in jedem warenproduzierenden System aus dem Wert der verbrauchten Produktionsmittel c und dem neu produzierten Wert n zusammen. Es gilt also:

$$w = c + n \quad \text{Hauptwertteile der Ware allgemein}$$

Im Unterschied zum einfachen Warenproduzenten aber muß der Kapitalist einen Teil des Neuwerts n mit seinen Lohnarbeitern teilen. Der nach der Lohnzahlung (Wertteil v) verbleibende Rest des Neuwerts n ist der Mehrwert bzw. der Gewinn m des Kapitalisten. Es gilt:

$$w = c + v + m \quad \text{Wertteile der kapitalistisch produzierten Ware, Marxsche Grundform}$$

Die Wertteile $c+v$ kennzeichnen den Kapitalverbrauch C_K , mit anderen Worten, die Kosten:

$$C_K = c + v \quad \text{Kapitalverbrauch bzw. Kosten}$$

Die Summe $v + m$ entspricht dem Neuwert bzw. dem produzierten Einkommen n . Somit gilt:

$$n = v + m \quad \text{Neuwert bzw. produziertes Einkommen}$$

Den sozial besonders wichtigen Wertteil v in Warenform nennt Marx auch "notwendiges Produkt", notwendig zur Reproduktion der Arbeitskraft des Lohnarbeiters und des Lebens seiner Familienangehörigen. Der Rest des Produkts in Warenform ist das Mehrprodukt (Wertteil m). Das Mehrprodukt (Mehrwert bzw. Gewinn des Kapitalisten) hat Marx als Ausbeutereinkommen definiert.

Das notwendige Produkt des Arbeiters des warenproduzierenden Sektors (Volkswirtschaft ohne Staatssektor) wird aber meines Erachtens den Tatsachen entsprechend nicht vollständig durch die Existenzmittel des Arbeiters und seiner Familienmitglieder repräsentiert - die Arbeiter können langfristig nicht leben ohne Infrastrukturen im Wirtschaftssystem, z.B. nicht ohne Verkehrswege auf denen ihre Existenzmittel sowie die Produktionsmittel zur Herstellung der Existenzmittel transportiert werden. Ebenso sind öffentliche Informationssysteme lebensnotwendige Einrichtungen, auch mindestens ein Teil der Organe der öffentlichen

Ordnung und Verwaltung und ihre Dienstleistungen sind für das gesellschaftliche Leben notwendige Einrichtungen. Ebenso leisten die Arbeiter und Angestellten der Versorgungssysteme für das Alter, im Krankheitsfall oder bei ständiger Arbeitsunfähigkeit notwendige gesellschaftliche Arbeit.

Wenn man sagt, daß sich das notwendige Produkt aus den Wertteilen $v+st$ zusammensetzt, also aus dem Nettolohn v und den Steuern und Abgaben st des Unternehmens, dann kommt man den Verhältnissen in der realen Welt näher als bei Definition des Mehrprodukts als Summe von Nettogewinn und Steuern und Abgaben. Die Steuern und Abgaben senken den Gewinn des Kapitalisten und stellen daher Kosten C_K und damit keinen Gewinn m dar. Aus Sicht des Kapitalisten gehen die Steuern und Abgaben, genau so wie die Lohnkosten, seinem Gewinn verloren. Also in logischer Konsequenz stellen Steuern und Abgaben für den Kapitalisten Kosten dar. Daher der ständige Kampf des Kapitalisten um möglichst niedrige Steuern und Abgaben, während er seinen Gewinn, umgekehrt, ständig vergrößern will.

Die öffentlichen Dienste werden in den kapitalistischen Staaten durch Steuern und Abgaben finanziert, und mindestens zum großen Teil stellen die Steuern und Abgaben notwendige Existenzmittel der ganzen Gesellschaft dar. Die notwendigen Steuern und Abgaben st kann man "Wertteil zur Deckung der Kosten der sozialwirtschaftlichen Dienste" oder der "öffentlichen Kosten" nennen.

Marx hat die Steuern und Abgaben in seinen Wertformeln nicht gesondert ausgewiesen. Für sein theoretisches System in der damaligen Zeit war diese Abstraktion zweckmäßig. Heute aber ist es wichtig geworden, den Wertteil st in die werttheoretischen Überlegungen mit einzubeziehen. In diesem Fall bezeichnen v den Nettolohn, m den Gewinn („Nettogewinn“), und st die Steuern und Abgaben. Es gilt damit symbolisch:

$$w=c+v+st+m$$

Wertteile der kapitalistisch produzierten Ware, erweiterte Grundform

c	Wert der gekauften und verbrauchten Produktionsmittel
v	Nettolohn
st	Steuern und Abgaben
m	Gewinn

Würde der Wert und Preis des Produkts allein durch die betrieblichen Kosten $c+v$ und die öffentlichen Kosten st bestimmt werden, so daß $y = c + v + st$ gilt, dann würde er keinen Mehrwert bzw. Gewinn m enthalten. Trotzdem könnten die Produktionsmittel- und Lohnkosten der Unternehmen und die Kosten der öffentlichen Dienste voll und ganz gedeckt werden. Der Gewinn wäre also zur Reproduktion des Gesamtprodukts und des gesellschaftlichen Lebens überflüssig, wenn das ökonomische System auf einer solchen Wert- und Preisbildungsmethode basieren würde.

$$y=c+v+st$$

Wertteile des Produkts der sozialistischen Wirtschaft

Der Wert **ohne Mehrwert** (ohne Gewinn) erhalte im folgenden das Symbol Y , der Produktionsmittelverbrauch das Symbol C_C , der Lohnverbrauch das Zeichen C_V und der „Steuer- und Abgabenaufschlag“ das Zeichen ST . Damit gilt:

$$Y=C_C+C_V+ST$$

Wert des Produkts der sozialistischen Wirtschaft

Setzen wir voraus, daß alle ökonomischen Grundvoraussetzungen für ein Non-Profit-System (Sozialwirtschaft) bedacht worden sind, und daß geklärt werden soll, wovon die Kosten und Preise im neuen System abhängig sein sollen. Eine Orientierung finden wird zunächst bei Marx:



"Gesellschaftliche Produktion vorausgesetzt, bleibt die Zeitbestimmung natürlich wesentlich. Je weniger Zeit die Gesellschaft bedarf, um Weizen, Vieh ect. zu produzieren, desto mehr Zeit gewinnt sie zu anderer Produktion, materieller oder geistiger. ... Ökonomie der Zeit, darein löst sich schließlich alle Ökonomie auf. Ebenso muß die Gesellschaft ihre Zeit zweckmäßig einteilen, ... wie der Einzelne seine Zeit richtig einteilen muß, um sich Kenntnisse in angemessenen Proportionen zu erwerben oder um den verschiedenen Anforderungen an seine Tätigkeit Genüge zu leisten. Ökonomie der Zeit, sowohl wie planmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion, bleibt also erstes ökonomisches Gesetz auf Grundlage der gemeinschaftlichen Produktion."

(Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, S. 89)

Meines Erachtens besteht kein Zweifel, daß die aufgewandte Arbeitszeit der Non-Profit-Preisbildung zugrunde liegen muß. Aber es besteht auch kein Zweifel, daß die Geldwirtschaft

noch lange Zeit erhalten bleiben muß. Also muß der Wert der Produkte sowohl in Geldeinheiten als auch in Zeiteinheiten dargestellt werden. Zeit ist Geld - mit anderen Worten, es muß eine Methode gefunden werden, mit welcher sich Arbeitszeit in Geld umrechnen läßt, und umgekehrt.

Nehmen wir an, in einer Volkswirtschaft wurde in der Jahresperiode ein Gesamtarbeitszeitaufwand von $t_n = 40 \text{ Mrd.h}$ und ein produziertes Volkseinkommen von

$N = 2000 \text{ Mrd.DM}$ ermittelt. Das Verhältnis dieser beiden Größen ist die Kennziffer $w_G = \frac{t_n}{N}$. Im

Beispiel hat sie den Betrag $w_G = \frac{t_n}{N} = \frac{40 \text{ Mrd.h}}{2000 \text{ Mrd.DM}} = 0,02 \text{ h/DM}$. Sie sagt aus, daß 0,02 Stunden

Arbeitszeit einen Neuwert (Einkommen) von 1DM produziert haben. Sie kann marxistisch bestimmter Geldwert genannt werden.

Wurde in einem Betrieb zur Herstellung eines Produkts von z.B. $\hat{t}_n = 16 \text{ h}$ eigene Arbeitszeit aufgewandt, dann wurde, beim gleichen Geldwert, ein individueller Neuwert von

$$\hat{N} = \frac{\hat{t}_n}{w_G} = \frac{16 \text{ h}}{0,02 \text{ h/DM}} = 800 \text{ DM produziert.}$$

Für diesen Wertteil N ist die Umrechnung von Arbeitszeit in Geld oder von Geld in Arbeitszeit kein prinzipielles, sondern nur ein Gewöhnungsproblem.

Aber keinem Betrieb ist die in den gekauften und verbrauchten Produktionsmittel enthaltene Arbeitszeit bekannt. Damit kann die Preisformel nur in der Form $p = \hat{C}_c + \frac{\hat{t}_n}{w_G}$ dargestellt werden (hierin bedeuten \hat{C}_c Produktionsmittelstückkosten, \hat{t}_n Stückzeit).

Die in den gekauften und verbrauchten Produktionsmitteln enthaltene Arbeitszeit ist, wie gesagt, keinem Betrieb bekannt, aber es ist bekannt, daß in jedem gekauften Produktionsmittel der Neuwert des Zulieferers enthalten ist. Wenn daher alle Betriebe ihren eigenen Zeitaufwand ermitteln und den Preis immer nach der Formel $p = \hat{C}_c + \frac{\hat{t}_n}{w_G}$ berechnen, dann wird nach einigen Perioden auch der gesamte Produktionsmittelverbrauch, der sich ja letztlich aus lauter Neuwerteilen zusammensetzt, durch die aufgewandte Arbeitszeit bestimmt.

Es ist aber möglich, daß eine solche direkt arbeitszeitbestimmte Preisbildung in der Praxis eine Vielzahl von Problemen aufwerfen würde, und es ist deshalb meines Erachtens besser, wenn

erstens, der Preis mit Hilfe der gewöhnlichen Kostenrechnungen und der oben genannten Formel $Y = C_c + C_v + ST$ ermittelt wird, und wenn **zweitens**, die Kosten indirekt auf die individuell aufgewandte Arbeitszeit zurückgeführt werden. Näheres siehe Abschnitt 5.

3. Symbiose zwischen Markt- und Planwirtschaft durch das Globalzuteilungssystem

3.1 Überblick

Das Scheitern des Sozialismusversuchs in den leninistischen Ländern ist ein untrügliches Zeichen für fundamentale Widersprüche im damals praktizierten System der zentralen Planwirtschaft. Insbesondere beim Vergleich der beiden deutschen Staaten kommt man nicht umhin festzustellen, daß die spontanen Regelmechanismen der kapitalistischen Marktwirtschaft in der BRD zu höherer Arbeitsproduktivität geführt haben, als die in der DDR angewandten Methoden der zentralen Planung, wenn auch die Ausgangsbedingungen im Osten Deutschlands sehr viel schlechter waren. Die Reformen in den sechziger Jahren in der DDR im Zuge der Einführung des Neuen Ökonomischen Systems gingen zwar in die richtige Richtung, doch die Dogmatiker gewannen wieder die Oberhand, bevor die Probleme in Theorie und Praxis zufriedenstellend gelöst werden konnten. Aber auch in den auf Privateigentum gegründeten Marktwirtschaften türmen sich Großprobleme wie Massenarbeitslosigkeit, Überproduktionskrisen, wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen, Raubbau in der Land- und Forstwirtschaft und der Fischerei, Hungersnöte und soziales Chaos in Entwicklungsländern, Zerstörungen natürlicher Lebensgrundlagen durch wirtschaftliches Überwachstum u.a. Die Grundwidersprüche der kapitalistischen Produktionsweise verschärfen sich offenbar tatsächlich in ihrer späten Entwicklungsphase und bestätigen damit Marxens Voraussage.

Zur Lösung der Probleme beider Systeme, also sowohl der kapitalistischen Marktwirtschaft als auch der Planwirtschaft sowjetischen Typs, wird im folgenden, zunächst im Überblick, ein neuartiges Verteilungssystem antizipiert, welches Globalzuteilungssystem GZS genannt werden kann. Nach dem ersten Grundsatz des Systems geben die Produktionsbetriebe ihre gesamten Einnahmen aus Produktverkäufen an den Staat ab. Alle anderen Steuern und Abgaben an den Staat und die Kommunen entfallen damit. Die Betriebe erhalten ihre finanziellen Mittel für Produktionsmittelkäufe und Löhne nicht mehr durch Einnahmen aus Produktverkäufen, sondern durch planmäßige Zuteilungen aus dem Gemeinschaftsfonds ihrer Unternehmenvereinigung VSU (sozialistischer Konzern, Kombinat, Genossenschaftsvereinigung) , und die VSU erhält ihre finanziellen Mittel durch Zuteilungen aus dem staatlichen Fonds nach einem volkswirtschaftlichen Plan. Aber, und das ist entscheidend, die Gelder werden den Unternehmenvereinigungen ohne staatliche Planvorgaben zu ihren Produktionsprogrammen zur Verfügung gestellt, sondern nur mit der allgemeinen Maßgabe, daß das Grundziel ihrer Produktion die Befriedigung der zahlungsfähigen Nachfrage auf dem Markt nach eigenständiger Marktforschung und eigenen

Entscheidungen sein muß. Die Regelmechanismen des Marktes können auf diese Weise auch weiterhin voll genutzt werden, dies allerdings im Rahmen der Globalzuteilungen nach dem Volkswirtschaftsplan.

Die sozialistischen Konzerne und ihre Betriebe werden damit als freie, sich selbst verwaltende Wirtschaftseinheiten konstituiert, die frei über die Produktionsmittel und die zugeteilten finanziellen Mittel verfügen, und die über ihre Produktionspläne unabhängig vom Staat entscheiden können. Das allgemeine Ziel "Befriedigung der Nachfrage auf dem Markt" wird ihnen allerdings als gesellschaftliche Pflicht vorgegeben, und sie können letztlich nur diejenigen finanziellen Mittel verausgaben, die ihnen als Globalsummen durch den Volkswirtschaftsplan zugeteilt wurden.

Im Zuge der Globalzuteilung die Unternehmenvereinigung VSU wird durch die staatliche Plankommission nur vorgegeben, welcher Teil für Löhne und Gehälter und welcher für Produktionsmittelkäufe verwendet werden muß. Über alle anderen Verwendungspositionen entscheidet die VSU eigenständig und eigenverantwortlich und damit unabhängig vom Staat, also z.B. auch über Investitionen in bestimmte Produktionslinien und Projekte. Dem Staat hingegen wird das Recht der Einflußnahme auf die Naturalpläne der Betriebe, auf die Verwendung der finanziellen Mittel der Unternehmenvereinigungen im einzelnen, sowie das Recht der Produktionsleitung prinzipiell entzogen. Er spezialisiert sich vielmehr auf die Planung des Gesamtprodukts der sozialistischen Wirtschaft im reinen Geldbetrag und die globale Verteilung der Finanzen (siehe Abschnitt 3.2), sowie die Steuerung und Regelung der gesamtwirtschaftlichen Zirkulationsprozesse (siehe Abschnitte 3.8 und 4.3).

Vor der Zuteilung der Globalsumme an das Kombinat ermitteln dessen Betriebe zunächst den zur Befriedigung der prognostizierten Nachfrage voraussichtlich erforderlichen Finanzbedarf für Produktionsmittelkäufe und Löhne, das Kombinat beziffert dann den Gesamtfinanzbedarf und beantragt bei der staatlichen Plankommission eine Zuteilung in dieser Höhe, und die staatliche Plankommission gleicht danach die tatsächlichen Zuteilungen an die Kombinate so ab, daß die geplante volkswirtschaftliche Gesamtausgabensumme nicht überschritten wird.

Die monetären Rahmenbedingungen, insbesondere die Grobverteilung der Finanzen, werden im Zuteilungssystem also im volkswirtschaftlichen Maßstab geplant, aber die Naturalproduktionspläne werden allein durch die Nachfrage auf dem Markt (Marktforschung der Betriebe) bestimmt. Markt- und Planwirtschaft können auf diese Weise in Einklang gebracht werden.

Auch Subventionen und andere Umverteilungen des bürgerlichen Staates stellen Zuteilungen dar, die mit den Regeln des Warenaustauschs nichts zu tun haben, aber eben Zuteilungen in einer großen Zahl von Einzelfällen mit speziellen Zweckbindungen, die durch staatliche Institutionen vorgeschrieben werden, und für die meist langwierige und aufwendige Prüfungsverfahren erforderlich sind. Diese alten Geldzuteilungsmethoden führen daher zur Komplizierung und zur Bürokratisierung des Verteilungssystems. Sie erhöhen die Kosten der Verteilungsmaßnahmen, blähen den Staat auf und überfordern ihn schließlich mit wachsendem Umfang der Umverteilungen.

Voraussetzung für das oben skizzierte hierarchische Zuteilungssystem ist das betriebskollektive Eigentum an den Produktionsmitteln und das Volkseigentum an den Produkten der sozialistischen Konzerne und ihrer Betriebe. Der Konzernstatus hat sich insbesondere in der Groß- und Massenproduktion als produktivste Organisationsform erwiesen. In den restlichen Produktionszweigen, in welchen sich im ökonomischen Konkurrenzkampf die kleinen und mittleren privaten Warenproduzenten durchgesetzt haben, sind grundsätzliche Änderungen der Eigentumsverhältnisse nicht erforderlich. Dort, wo die kleine private Warenproduktion die höhere Arbeitsproduktivität entwickelt, sollte sie durch den sozialistischen Staat gefördert werden. Im Modell bestehen daher betriebskollektives und genossenschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln, Volkseigentum an Produkten und finanziellen Mitteln, sowie Privateigentum an Produktionsmitteln pluralistisch nebeneinander.

Mit dem Übergang zum Globalzuteilungssystem wird allerdings auch die Wert- und Preisbildung grundlegend verändert. Der Wert des Produkts Y setzt sich dann nur noch aus den betrieblichen Kosten C_K und dem Abgabenaufschlag ST zusammen. Der Abgabenaufschlag ST wird durch eine politische Entscheidung so bestimmt, daß durch ihn alle im öffentlichen Sektor und in den sozialen Sicherungssystemen anfallenden Kosten (Sektor sozialwirtschaftliche Dienste) gedeckt werden können. Wenn z.B. die planmäßigen Gesamtkosten des sozialistischen Unternehmensektors $C_K=4000\text{Mrd.DM}$ betragen, und wenn zur Deckung der Ausgaben des öffentlichen Sektors ein Gesamtaufschlag von $ST=1000\text{Mrd.DM}$ erhoben werden soll, dann wird allen sozialistischen Betrieben ein einheitlicher Kostenaufschlagsatz von $st' = \frac{ST}{C_K} = \frac{1000\text{Mrd.DM}}{4000\text{Mrd.DM}} = 0,25 = 25\%$ vorgeschrieben.

Der Wert des Produkts Y berechnet sich demzufolge nach der Formel $Y = C_K + ST$ bzw. $Y = C_K \cdot (1 + st')$. Damit fällt der Wertanteil Gewinn M nach Steuern nicht mehr an, es gilt nicht mehr $Y = C_K + ST + M$, sondern nur noch $Y = C_K + ST$. Mit der Einführung einer solchen Kostenpreisbildung (betriebliche und anteilige öffentliche Kosten) wird daher das Profitziel

aufgehoben (siehe Abschnitt 3.5). Nicht mehr der Profit, nicht mehr das Einkommen des Kapitalbesitzers, sondern der für die Gemeinschaft mit dem Arbeitszeitaufwand t produzierte Naturalreichtum Q und damit die Arbeitsproduktivität $\varphi = \frac{Q}{t}$ sollen maximiert werden. Das Ziel "Maximierung des Profits" kann im Globalzuteilungssystem also durch das Ziel "Reallohnmaximierung durch maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität" ersetzt werden. Erfolge der Betriebe in dieser Hinsicht können durch hohe Prämien belohnt werden, die um so höher bemessen werden können, um so mehr die Arbeitsproduktivität durch das Betriebskollektiv gesteigert wurde. Also nicht mehr Bereicherung des Kapitalbesitzers, sondern Bereicherung des Betriebskollektivs durch Reallohnmaximierung infolge maximaler Steigerung der Arbeitsproduktivität, ist dann Grundziel der Produktion.

Allerdings ist die Messung der Arbeitsproduktivität ein Problem. In den ehemaligen sozialistischen Ländern gab es in diesem Punkt keinen Konsens. Die ökonomische Forschung sollte also in diesem Punkt intensiviert werden. Näheres siehe Abschnitt 7.

Es gibt keinen Grund der kapitalistischen Marktwirtschaft eine Überlegenheit über alle solidarischen Systeme für alle Zeiten zuzuschreiben. Ein Verzicht auf neue Sozialismuskonzeptionen wäre vielmehr fatal. Hartmut Nehring formuliert die Folgen einer Resignation wie folgt:

"Dem Sozialismus die Fähigkeit zu eigener Gesellschaftsbildung abzusprechen heißt im Grunde, der Menschheit die Fähigkeit zu einer planvollen, gerechten, letztlich vernünftigen Gemeinschaft abzusprechen." (LH 33 Nehring, Hartmut, Von vorn beginnen, aber nicht bei Null, Beitrag in "Deutsche Zeitschrift für Philosophie", Heft 11, 1990, S. 1103).



Ernest Mandel schlägt anstelle des praktizierten Naturalienzuteilungssystems der leninistischen Länder ein modifiziertes System der planmäßigen gesamtwirtschaftlichen Naturalienzuteilung vor, in welchem nationale und internationale Delegiertenkongresse, sowie Delegiertenräte kleinerer Sektoren, eine entscheidende Rolle spielen sollen (LH 34 Ernest Mandel, Zur Verteidigung der sozialistischen Planwirtschaft. Eine Kritik des Marktwirtschaftlichen Sozialismus, Oktober-Texte 2, S.29/30, zuerst erschienen in der Zeitschrift Inprekorr, Nr. 200, Februar 1988).

Daß Mandels Vorschläge bei der grundsätzlich gleichen Zielstellung, nämlich der planmäßigen Naturalienzuteilung, den nächsten Sozialismusversuch so beeinflussen, daß sie zu ganz anderen, ökonomisch hochproduktiven Verhältnissen führen, halte ich für eine Illusion. In der DDR gab es vor der großen Wende einen zentralen Artikelkatalog mit etwa 100Millionen

verschiedenen Erzeugnissen. Die planmäßige Produktion und Zuteilung der riesigen Vielfalt der verschiedenen Erzeugnisse in der richtigen Menge durch eine Zentralbehörde und durch untergeordnete Staatsorgane hat sich in der Praxis als ökonomisch unvorteilhaft erwiesen. Die gesamtwirtschaftliche Planung der Produktion und Verteilung **in Naturalform** in hochentwickelten modernen Volkswirtschaften ist hochgradig unproduktiv und im Detail auch gar nicht möglich – sie muß meines Erachtens prinzipiell aufgegeben werden.



Grundsätzlich den richtigen Weg zur Lösung der Probleme zeigt meines Erachtens Dr. phil. Horst Müller (Nürnberg) von der Initiative für Praxisphilosophie in seiner Schrift "Sozialwirtschaft als Alternative zur Kapitalwirtschaft", Internetadresse <http://www.praxisphilosophie.de/kapsozwi.doc>, LH 35 .

3.2 Grundsätze der globalen Produktions- und Verteilungsplanung

3.2.1 Allgemeines



Im Globalzuteilungssystem GZS planen die Betriebe und ihre Vereinigungen (sozialistische Konzerne, Genossenschaftsvereinigungen) Sortiment und Menge der Erzeugnisse, wie gesagt, konsequent entsprechend der Nachfrage auf dem Markt und damit in dieser Hinsicht vollständig unabhängig vom Staat. Aber die gesamtwirtschaftliche Planung wird deshalb nicht aufgegeben, sondern sie wird durch eine globale monetäre Rahmenplanung ersetzt. Zunächst erstellt eine zentrale staatliche Behörde für den sozialistischen Unternehmenssektor einen Arbeitszeitplan, und läßt im einfachsten Fall den Planbetrag des Gesamtprodukts $Y = C_C + C_V + ST$ mit der Rate der Arbeitszeit wachsen. War das Gesamtprodukt des sozialistischen Unternehmenssektors der Vorperiode z.B. $Y_0 = 5000 \text{ Mrd.DM}$, und soll die neu aufgewandte Arbeitszeit von $t_{n0} = 40 \text{ Mrd.h}$ auf $t_{n1} = 40,8 \text{ Mrd.h}$ und damit um 2% wachsen, dann kann im einfachsten Fall ein Wachstum des Gesamtprodukts um 2% auf $Y_1 = 5100 \text{ Mrd.DM}$ eingeplant werden.



Der Wert des Gesamtprodukts Y setzt sich aus den Komponenten C_{C1} (Produktionsmittelverbrauch bzw. Produktionsmittelkosten), und C_{V1} (Lohnverbrauch bzw. Lohnkosten) und ST_1 (Aufschlag auf die betrieblichen Kosten bzw. öffentliche Kosten) zusammen. Es gelten die Beziehungen $Y_1 = C_{C1} + C_{V1} + ST_1$ (Gesamtprodukt), $C_K = C_C + C_V$ (betriebliche Kosten), und $N = C_V + ST$ (Neuwert bzw. produziertes Einkommen). Nehmen wir in einem Beispiel an, daß die Produktionsmittelkosten des sozialistischen Unternehmenssektors des Vorjahres $C_{C0} = 3000 \text{ Mrd.DM}$ und die Lohnkosten $C_{V0} = 1000 \text{ Mrd.DM}$ und damit die betrieblichen Gesamtkosten $C_{K0} = C_{C0} + C_{V0} = 4000 \text{ Mrd.DM}$ und der Aufschlag auf die betrieblichen Kosten $ST_0 = 1000 \text{ Mrd.DM}$ und damit der produzierte Neuwert $N_0 = C_{V0} + ST_0 = 2000 \text{ Mrd.DM}$ betragen haben, und daß die Gesamtarbeitszeit des sozialistischen Unternehmenssektors vom Vorjahresbetrag $t_{n0} = 40 \text{ Mrd.h}$ um 2% auf $t_{n1} = 40,8 \text{ Mrd.h}$ anwachsen soll. Wird im nächsten Jahr der Planbetrag des Neuwerts (Gesamteinkommens) um 2% auf $N_1 = 2000 \cdot 1,02 = 2040 \text{ Mrd.DM}$ erhöht, dann hält der Staat den marxistisch bestimmten

$$\text{Geldwert } w_G = \frac{t_n}{N} = \frac{t_{n0}}{N_0} = \frac{t_{n1}}{N_1} = \frac{40 \text{ Mrd.h}}{2000 \text{ Mrd.DM}} = \frac{40,8 \text{ Mrd.h}}{2040 \text{ Mrd.DM}} = 0,02 \text{ h/DM} \text{ laut Plan konstant,}$$

und damit wird der planmäßige Neuwertbetrag $N_1 = C_{V1} + ST_1 = \frac{t_{n1}}{w_{G1}}$ durch die Arbeitszeit t_n

bestimmt. Bei gegebenem Planbetrag der Gesamtarbeitszeit t_n und des Geldwerts w_G steht demnach der planmäßige Neuwertbetrag $N = C_V + ST$ fest, so daß bei einer Vergrößerung des Lohnverbrauchs (Lohnkosten) C_V der Aufschlag für den öffentlichen Sektor ST um den gleichen Betrag verringert werden muß, und umgekehrt.

Nachdem die staatliche Plankommission in Abhängigkeit vom Wachstum der Arbeitszeit den Neuwertbetrag des neuen Planjahres berechnet hat, kann der Planbetrag des Gesamtprodukts

nach der Formel $Y_1 = \frac{t_{n1}}{n'_1 \cdot w_{G1}} = \frac{40,8 \text{ Mrd.h}}{0,4 \cdot 0,02 \text{ h/DM}} = 5100 \text{ Mrd.DM}$ berechnet werden. Bei

konstantem Geldwert w_G und konstanter Neuertrate n' ändert sich also der Planbetrag des Gesamtprodukts Y mit der gleichen Rate wie die neu aufgewandte Arbeitszeit t_n . Die Erfahrung zeigt, daß die volkswirtschaftliche Neuertrate n' sich von einem Jahr zum anderen und auch in der langfristigen Tendenz nur relativ geringfügig ändert, und daß sie daher in der ersten Näherung als eine Konstante behandelt werden kann. Ist die Neuertrate n' konstant, dann

wächst, wie gesagt, auch der Gesamtwert $Y = \frac{t_n}{n' \cdot w_G}$ mit der Rate der Arbeitszeit, falls der

Geldwert $w_G = \frac{t_n}{N}$ konstant gehalten wird, falls also der planmäßige Neuwertbetrag N nach der

Beziehung $N = \frac{t_n}{w_G}$ mit $w_G = \text{konst.}$ berechnet wird.

Damit kann die staatliche Plankommission ohne jede Kenntnis des Wachstums der Einzelerzeugnisse das Wachstum des Gesamtprodukts der sozialistischen Wirtschaft Y planmäßig bestimmen.

Man kann einwenden, daß in diesem System insbesondere die Vorhersage der Neuertrate

$n' = \frac{N}{Y}$ (bzw. der Produktionsmittelverbrauchsrate $c' = \frac{C_C}{Y} = 1 - n'$) und damit auch die

Vorhersage des Wertbetrags des Gesamtprodukts $Y = \frac{t_n}{n' \cdot w_G} = C_C + C_V + ST$ große

Ungenauigkeiten aufweisen kann. Aber Abweichungen der Istbeträge von den Planbeträgen stellen ohnehin normale Vorgänge dar. Wenn die Istbeträge $Y = C_C + C_V + ST$ kleiner ausfallen als die Planbeträge, dann wird in den Unternehmenvereinigungen Geld freigesetzt, es bildet sich eine Geldreserve, die Ausgleichfunktionen erfüllt, was keineswegs systemgefährdend sein dürfte. Wenn die Istbeträge umgekehrt größer ausfallen als die Planbeträge, so daß mehr Geld

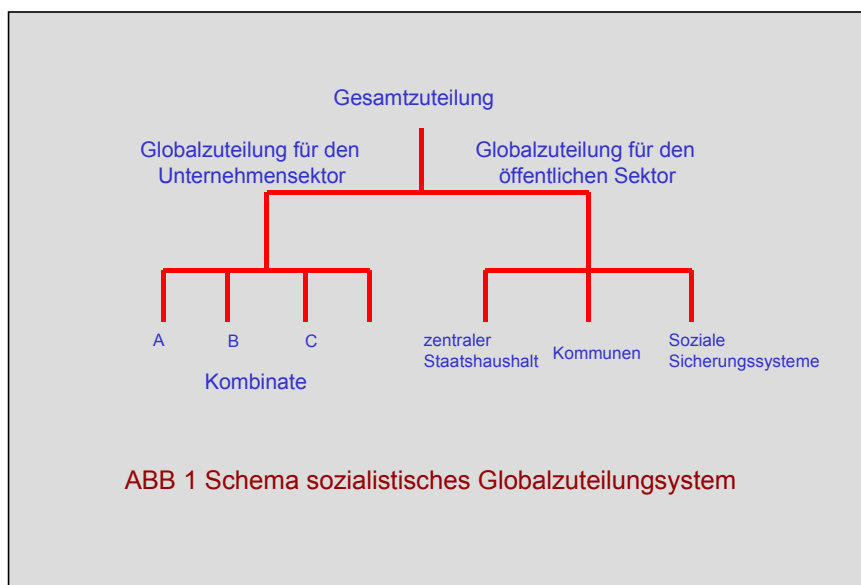
benötigt wird als planmäßig zugeteilt wurde, dann können zunächst Geldreserven der Unternehmenvereinigung abgebaut werden, und falls diese nicht ausreichen, können durch die zuständige zentrale staatliche Behörde jederzeit Plankorrekturen vorgenommen werden, d.h. der Staat kann jederzeit die Globalzuteilung an eine VSU oder an alle VSU erhöhen. Falls die der staatlichen Zentrale zufließenden Gelder und deren Geldreserve hierfür nicht ausreichen, kann Buchgeld oder Bargeld geschöpft werden. Die Geldschöpfung erfüllt in diesem Fall nur ihren normalen Zweck, d.h. sie stellt damit nur die tatsächlich erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung. Im Globalzuteilungssystem ist es nicht schwierig Abweichungen der realisierten monetären Wertbeträge von den Planbeträgen durch Auf- oder Abbau von Geldreserven oder durch Geldschöpfung auszugleichen. Wird die Nachfrage im Verhältnis zum Angebot durch Geldschöpfung gestärkt, dann führt dies im neuen Preisbildungssystem nicht zu steigenden Preisen bzw. nicht zu Inflationen, weil die Preise prinzipiell bei Übernachfragen nicht erhöht und bei Überangeboten nicht gesenkt werden dürfen. Wenn sich die Kosten nicht ändern, dann dürfen die Preise nicht verändert werden, der Wert des Erzeugnisses ändert sich nur, wenn der Arbeitszeitaufwand sich ändert, jedenfalls im volkswirtschaftlichen Durchschnitt, falls das Gesamtprodukt der sozialistischen Wirtschaft sich nur dann relevant ändert, wenn sich die insgesamt aufgewandte Arbeitszeit nicht ändert.

Abweichungen der Planbeträge von den Istbeträgen infolge von volkswirtschaftlichen Zirkulationsstörungen (Überangebote oder Übernachfragen), sind, wie gesagt, ebenfalls unvermeidliche Vorgänge, aber im Globalzuteilungssystem ist es möglich, Differenzen zwischen produziertem und nachgefragtem Gesamtwert wirkungsvoll entgegen zu steuern. Näheres siehe Abschnitte 3.8 und 4.3.

Ausgehend vom globalen Produktionsplan, dessen Wachstumsbetrag, wie gesagt, im wesentlichen durch das planmäßige Arbeitszeitwachstum bestimmt werden kann, erstellt die zuständige staatliche Behörde einen Gesamteinnahmenplan. Im Globalzuteilungssystem müssen die sozialistischen Betriebe ihre Einnahmen aus Produktverkäufen vollständig an den Staat abgeben. Haupteinnahmequelle der staatlichen Zentrale werden damit die Einnahmen der sozialistischen Unternehmen aus Produktverkäufen. Nehmen wir im Beispiel an, daß die planmäßigen Gesamteinnahmen E_1 der staatlichen Zentrale mit dem Umsatz V_1 des sozialistischen Unternehmenssektors und dieser mit dem Gesamtprodukt Y_1 übereinstimmen, so daß Gesamteinnahmen im Betrag von $E_1 = 5100\text{Mrd.DM}$ eingeplant wurden. Natürlich wird mit dieser Annahme abstrahiert und vereinfacht, es kommt hier jedoch nur darauf an, darauf hinzuweisen, daß, ausgehend vom Produktions- und Umsatzplan, ein Gesamteinnahmenplan erstellt werden soll und kann.

Nach dem Einnahmenplan kann der globale Gesamtausgabenplan erstellt werden. Im Beispiel soll kein Geld geschöpft werden, und die Geldreserve der Zentrale soll unverändert bleiben, so daß mit Gesamtausgaben im Betrag von $A_1 = 5100\text{Mrd.DM}$ gerechnet werden kann. Im nächsten Schritt kann entschieden werden, welchen Teil davon der sozialistische Unternehmensektor als Globalzuteilung erhalten soll, bzw. erhalten muß, um den Produktionsplan realisieren zu können. Wenn im Beispiel für den Unternehmensektor $A_{\text{zu}}^{\text{US}} = 4180\text{Mrd.DM}$ eingeplant wurden, dann verbleiben für den öffentlichen Sektor noch $A_{\text{zu}}^{\text{ST}} = 920\text{Mrd.DM}$.

Anschließend werden die finanziellen Mittel für den Unternehmensektor durch die staatliche Plankommission als Globalbeträge, also ohne Vorgaben zu Menge und Sortiment der Erzeugnisse, auf die sozialistischen Unternehmenvereinigungen (Kombinate, Genossenschaftsvereinigungen) aufgeteilt. Einen schematischen Überblick über das Globalzuteilungssystem gibt **ABB 1**.



Jedem Kombinat wird nur vorgegeben, welcher Teil der Globalzuteilung für Produktionsmittelkäufe bzw. für den Produktionsmittelverbrauch, und welcher Teil für Löhne und Gehälter verwendet werden muß. Über alle anderen Verwendungspositionen entscheiden die Kombinate und ihre Betriebe eigenverantwortlich und völlig unabhängig vom Staat. Die Betriebe werden jedoch verpflichtet, mit ihren Plänen und ihrer Produktion bestmöglich zur

Befriedigung der zahlungsfähigen Nachfrage auf dem Markt beizutragen; und sie werden für schnelle Anpassungen der Produktion an die Nachfrage durch Nachfrageanpassungsprämien belohnt. Die Befriedigung der Nachfrage und damit der Kundenwünsche ist zweites Grundziel der sozialistischen Produktion (neben der möglichst schnellen Steigerung der Arbeitsproduktivität - dem ersten Grundziel), und überdurchschnittliche Leistungen bei der Anpassung der Produktion an die Nachfrage sollen durch angemessene Prämien für das Betriebskollektiv belohnt werden (Erfolgsmaße und Leistungsanreize für die sozialistischen Betriebe siehe Abschnitte 7.1 und 7.3).

3.2.2 Globalzuteilungen für Produktionsmittelkäufe an die Kombinate

Nach der Festlegung der Gesamtzuteilung für Produktionsmittelkäufe an den sozialistischen Unternehmensektor soll diese Summe, wie gesagt, durch die staatliche Plankommission, auf die Unternehmenvereinigungen (Kombinate, Genossenschaftsvereinigungen) jeweils als eine Globalsumme aufgeteilt werden. Beträgt die Zuteilung für Produktionsmittelkäufe an ein Kombinat z.B. 10Mrd.DM, und kann es über diese Mittel frei verfügen, dann besteht bereits ein großer Spielraum zur Lenkung der Finanzen in die Produktionslinien der wachsenden Nachfrage, und zum Abzug aus den Linien der sinkenden Nachfrage.

Zunächst können die Betriebe im Zuge ihrer Produktionsplanung den zur Befriedigung der prognostizierten Nachfrage voraussichtlich erforderlichen Finanzbedarf für Produktionsmittelkäufe und Löhne ermitteln, das Kombinat beziffert dann den Gesamtfinanzbedarf und beantragt bei der staatlichen Plankommission eine Zuteilung in dieser Höhe. Die staatliche Plankommission gleicht danach die Anträge so ab, daß die geplante volkswirtschaftliche Gesamtausgabensumme nicht überschritten wird.

Zweck der Globalzuteilungen der finanziellen Mittel an die sozialistischen Unternehmenvereinigungen VSU (Kombinate, Genossenschaftsvereinigungen) durch die staatliche Plankommission ist es, bestmögliche Rahmenbedingungen für die nachfragegerechte Produktion zu schaffen. Die staatliche Zentrale gibt also die finanziellen Rahmenbedingungen vor, nicht jedoch die Einzelheiten zur Verwendung der Gelder. Sie überläßt die Naturalproduktionsplanung den Kombinat und ihren Betrieben. Sie koordiniert die makroökonomische Verteilung des Volkseigentums, und teilt jeweils nur eine zweckungebundene Gesamtsumme zu. Danach geht sie die Verteilung der finanziellen Mittel innerhalb der Kombinate und Betriebe nichts mehr an. Souveräne Eigentümer der zugeteilten Geldmenge sind die sozialistischen Betriebe und ihre Vereinigungen.

Die Globalsumme, die insgesamt für den sozialistischen Unternehmensektor zur Verfügung gestellt werden soll, wird, wie gesagt, durch den Volkswirtschaftsplan festgelegt. Nehmen wir an, durch den zentralen Plan wurde ein Gesamtprodukt von $Y_1 = C_{C_1} + N_1 = 5100$ Mrd.DM eingeplant, bei einem Produktionsmittelverbrauch des Unternehmensektors von $C_{C_1} = 3060$ Mrd.DM und einem planmäßigen Einkommen von $N_1 = 2040$ Mrd.DM. Die

Produktionsmittelkäufe K_C können vom Produktionsmittelverbrauch C_C ganz beträchtlich abweichen, falls die Produktion nominal wächst. Das Wachstum der Arbeitszeit und des Gesamtprodukts nominal betrage im Beispiel laut Plan 2%. Die Statistiken vorbildlicher

Volkswirtschaften (z.B. Bundesrepublik Deutschland) zeigen, daß das produktive Vermögen $P_c(t)$ im Durchschnitt mit etwa der gleichen Rate wie die Produktion wächst. War der Wert des produktiven Vermögens (Bauten, Ausrüstungen, Materialvorräte) des Unternehmenssektors am Ende des Vorjahres z.B. $P_c(t_0) = 5000 \text{ Mrd.DM}$, dann kann mit einem Zuwachs um etwa $\Delta P_{c1} = 5000 \cdot 0,02 = 100 \text{ Mrd.DM}$ gerechnet werden. Der Vermögenszuwachs ΔP_c ist Teil des produzierten Volkseinkommens N . Im Beispiel schluckt er, beim volkswirtschaftlichen Wachstum von 2%, also voraussichtlich etwa 100Mrd.DM des Volkseinkommens.

Für Produktionsmittelkäufe des Unternehmenssektors gilt die Näherungsformel $K_{c1} = C_{c1} + \Delta P_{c1}$. Es müssen demnach für den Unternehmenssektor für Produktionsmittelkäufe etwa $K_{c1} = C_{c1} + \Delta P_{c1} = 3060 + 100 = 3160 \text{ Mrd.DM}$ eingeplant werden. Die Ausgaben für Produktionsmittelkäufe A_{c1} können in der Näherung mit den zugehörigen Käufen gleichgesetzt werden, so daß dem Unternehmenssektor etwa $A_{c1} = K_{c1} = 3160 \text{ Mrd.DM}$ für Käufe von Bauten, Ausrüstungen, Material, Roh-, Hilfs-, Brennstoffen, produktiven Dienstleistungen wie Transportdienstleistungen, Mieten, Telekommunikationsleistungen, juristische Dienstleistungen und dergleichen zugeteilt werden müssen. Der planmäßige Produktionsmittelverbrauch hingegen beträgt nur $C_{c1} = 3060 \text{ Mrd.DM}$.

Die Geldzuteilung für den Zuwachs des produktiven Vermögens ΔP_c muß, im Gegensatz zur Zuteilung für den Produktionsmittelverbrauch, wie gesagt, dem Volkseinkommen entnommen werden - sie mindert daher die Löhne des Unternehmenssektors oder die Löhne des öffentlichen Sektors oder die Sozialeinkommen oder die finanziellen Mittel der Kommunen oder des zentralen Staatshaushalts. Den weitaus größten Teil des Zuwachses des produktiven Vermögens beansprucht der Zuwachs des Anlagevermögens, also der Bauten und Ausrüstungen. Wird zu wenig Geld für den Zuwachs des Anlagevermögens zur Verfügung gestellt, dann wird die Modernisierung der Produktionsanlagen schwer gestört. Komplexe



Modernisierungen von Produktionsanlagen eines Betriebes ermöglichen zumeist eine ganz enorme Steigerung der Arbeitsproduktivität, und es werden im Zuge der Modernisierung häufig auch die neuesten Technologien und Erzeugnisse in die Produktion eingeführt. Damit ist die Modernisierung der Produktionsanlagen auch eine überaus wichtige Voraussetzung für Einführungen preiswerter Erzeugnisse hoher Qualität in die Produktion, darunter solche mit Weltniveau. Um so mehr billige Erzeugnisse von hoher Qualität im Weltvergleich in der Volkswirtschaft hergestellt werden, um so günstiger ist dies für den Export. Ein größerer Export bringt größere Deviseneinnahmen und ermöglicht damit eine bessere Nutzung der internationalen Arbeitsteilung. Die verstärkte Nutzung der

internationalen Arbeitsteilung wiederum steigert die Arbeitsproduktivität in der Volkswirtschaft zusätzlich. In "Anatomie einer Pleite", S. 15, Hrsg. Friedrich-Ebert Stiftung, Forum Berlin (LH 36), beschreibt Prof. Dr. Claus Krömke die Konsequenzen der mangelnden Bereitstellung finanzieller Mittel für die Modernisierung der Produktionsanlagen in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.

Stellt man dem Betriebskollektiv eine hohe Prämie für eine hohe Steigerung der Arbeitsproduktivität in Aussicht, dann hat es ein brennendes Interesse die Arbeitsproduktivität auch tatsächlich möglichst schnell zu steigern. Stimmt aber die Finanzplanung nicht, dann wird die hierfür nötige Modernisierung und die damit mögliche Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Geldmangel verhindert.

Prinzipielle Finanzierungsquelle für den Ersatz der verschlissenen Produktionsanlagen und Ausrüstungen ohne Modernisierungen, also ohne Verbesserungen der alten Anlage-Produktionsmittel, sind die Abschreibungen. Die Abschreibungen sind Teil des Produktionsmittelverbrauchs und damit kein Teil des produzierten Einkommens. Für den rechtzeitigen Ersatz der verschlissenen Anlage-Produktionsmittel sind hinreichend große Abschreibungssätze erforderlich. Höhere Abschreibungssätze erhöhen zwar die Kosten und Preise der Produkte, aber sie ermöglichen auch einen schnelleren Ersatz der alten Bauten, Maschinen und anderen technologischen Ausrüstungen.

Die finanziellen Mittel für den Zuwachs der Anlage-Produktionsmittel (über den Ersatz hinaus), darunter für den Wertzuwachs durch Modernisierungen, müssen letztlich, wie gesagt, dem produzierten Einkommen entnommen werden. Diese Geldausgaben mindern daher die Konsumtion der privaten und öffentlichen Haushalte. Aber der für eine beschleunigte Modernisierung der Produktionsanlagen nötige Konsumverzicht ist nur ein kurzfristiger, denn langfristig wächst dadurch das reale Volkseinkommen schneller, so daß auch die realen Löhne und Gehälter, die Sozialeinkommen und die Mittel für die öffentlichen Haushalte schneller wachsen können.

Mit dem Globalzuteilungssystem steht dem sozialistischen Staat ein Methode zur Verfügung, welche die finanzielle Versorgung der sozialistischen Kombinate und Genossenschaftsvereinigungen in den richtigen Proportionen möglich macht, und zwar ohne übermäßigen Arbeitsaufwand und ohne Bürokratie. Einige hundert Globalbeträge für ebenso viele sozialistische Konzerne zu korrigieren, hin und her zu rechnen, abzustimmen und erneut abzustimmen, um Überschreitungen der insgesamt möglichen Ausgabensumme zu verhindern, ist eine lösbare Aufgabe, im Gegensatz zu gesamtwirtschaftlichen Abstimmungen von

hundertern Millionen konkreten Finanzpositionen für den Großteil aller Erzeugnisse einer modernen Volkswirtschaft. Die Aufteilungen der finanziellen Mittel auf die konkreten Produktionsprojekte sollte der sozialistische Staat daher auch aus diesem Grund den Kombinatn und ihren Betrieben überlassen.

3.2.3 Globale Einkommenszuteilungen



Außer der Globalzuteilung für den Produktionsmittelverbrauch bzw. für Produktionsmittelkäufe an den Unternehmensektor US können durch den Staatsplan folgende Einkommenszuteilungen an den sozialistischen Unternehmensektor US, an die öffentlichen Haushalte ST, und an die private Haushalte HS vorgegeben werden :

Teile der Einkommenszuteilung:

A_V^{Z-US} Löhne u. Gehälter Unternehmensektor

A_V^{Z-ST} Löhne u. Gehälter öffentlicher Sektor

A_S^{Z-ST} Zuteilung für Sozialeinkommen

A_n^{Z-ST} Zuteilung für Käufe des öffentlichen Sektors

ΔP_C^{US} Zuwachs produktives Vermögen Unternehmensektor

ΔH^{US} Zuwachs Erzeugnisvorräte Unternehmensektor

ΔG^{US} Zuwachs Geldvorräte Unternehmensektor

ΔG^{ST} Zuwachs Geldvorräte öffentlicher Sektor

ΔG^Z Zuwachs Geldvorräte Zentrale Z

(Die Vermögenszuwächse ΔP , ΔH und ΔG sind Wertteile des produzierten Einkommens N. Sie mindern das für Käufe individueller und öffentlicher Konsumtionsmittel zur Verfügung stehende Geld).

In dieser Form ist der Plan der globalen volkswirtschaftlichen Einkommenverteilung so übersichtlich, daß im Prinzip jedem Interessenten die Mitsprache möglich wird. Die Mitbestimmung des Volkes bei der Globalverteilung des Volkseigentums sollte allgemein durch die Verfassung garantiert werden. Es könnte unter Umständen im Grundgesetz festgelegt werden, daß der globale Verteilungsplan, also der Plan zur Grobverteilung des Volkseigentums, nur durch einen Volksentscheid in Kraft gesetzt werden kann. Erst dann wären die finanziellen Mittel aus dem Verkauf der Produkte der sozialistischen Unternehmen wirkliches Volkseigentum. Das Volk hätte Mitentscheidungsrechte, die das Eigentümerbewußtsein und das Verantwortungsbewußtsein für die ökonomisch effiziente und sozial gerechte Verteilung des Volkseigentums fördern würden. Durch die neuartige makroökonomische

Verteilungsplanung, durch die wenigen Positionen und die Transparenz des zentralen volkswirtschaftlichen Ausgabenplans im GZS, sowie durch das letztliche Entscheidungsrecht des Volkes, würde das Volkseigentum überhaupt erst zu einer realen Möglichkeit werden.

Die staatliche Plankommission legt die Globalsumme für Löhne des Unternehmensektors, wie gesagt, gesondert fest, d.h. es wird durch den Staat vorgegeben, welcher Teil der Gesamtzuteilung für Löhne verwendet werden muß. Liegt die Lohnzuteilung an den Unternehmensektor fest, dann könnte im einfachsten Fall jeder VSU (Kombinat, Genossenschaftsvereinigung) der Durchschnitts-Stundenlohn der sozialistischen Volkswirtschaft zugeteilt werden. In diesem Fall würden die Löhne makroökonomisch ideal gleichmäßig verteilt werden. Wenn sich in einem Land in der Vergangenheit in bestimmten Regionen oder Branchen große Unterschiede im Lohnniveau herausgebildet haben, und wenn mehrheitlich gefordert werden sollte, daß der Lohn makroökonomisch nicht gleichmäßig verteilt werden soll, daß also einzelne Unternehmenvereinigungen unterschiedliche Stundenlohnsätze nach bisherigem Muster erhalten sollen, dann kann dies im allgemeinen Prinzip natürlich akzeptiert werden. In Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften der VSUs und der Volkswirtschaftszentrale können dann unterschiedliche Stundenlohnzuteilungen für jede VSU ausgehandelt werden. Nur die planmäßige Gesamtlohnzuteilung an den Unternehmensektor darf nicht überschritten werden. Erhalten einige VSUs überdurchschnittliche Stundenlohnzuteilungen, dann müssen anderen VSUs unterdurchschnittliche Löhne zugeteilt werden.

Die Gewerkschaften sind im Modell als autonome Organisationen der Betriebe und ihrer Vereinigungen konstituiert. Ein Kotau der Gewerkschaftsfunktionäre vor den Spitzenfunktionären des Staates soll unter allen Umständen verhindert werden. Einheitsgewerkschaften, die, wie beispielsweise in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, in Desorganisationen der Werktätigen umfunktioniert wurden, um eine uneingeschränkte Herrschaft der "Volksvertreter" über das Volk zu sichern, würden der sozialistischen Demokratie zutiefst widersprechen. Die Verfassung des sozialistischen Staates sollte Klauseln enthalten, die von vornherein einer "Vertreterherrschaft" an Stelle der Volksherrschaft entgegen wirken.

Die Gewerkschaftsfunktionäre der VSU erhalten im Modell in den Verhandlungen mit der zuständigen staatlichen Zentrale zur Aufteilung der Löhne auf die einzelnen Unternehmenvereinigungen gleiche Rechte wie die Staatsfunktionäre - sie sind keine "Weisungsempfänger", sondern gleichberechtigte Verhandlungspartner. Planmäßig verteilt wird das Eigentum des Volkes, und nicht das Eigentum der Herren des Staates.

3.2.4 Erste Aufteilung der Globalsumme für den öffentlichen Sektor.

Durch den Volkswirtschaftsplan soll, wie gesagt, auch die Zuteilung an den öffentlichen Sektor zunächst als eine einzige Globalsumme A_{ZU}^{Z-ST} vorgegeben werden (Symbole siehe ABB 2). Ohne Berücksichtigung von internationalen Geldflüssen (geschlossene Volkswirtschaft), und ohne Berücksichtigung des Sektors "private Warenwirtschaft", setzen sich die Gesamtausgaben der Volkswirtschaftszentrale Z nur aus dieser Zuteilung an den öffentlichen Sektor A_{ZU}^{Z-ST} und der Zuteilung an den Unternehmensektor A_{ZU}^{Z-US} zusammen, so daß, bei gegebener Gesamtausgabensumme, eine Vergrößerung der Zuteilung an den öffentlichen Sektor zu einer gleich großen Verringerung der Zuteilung an den Unternehmensektor führt, und umgekehrt. Kriterien für die Festlegung der Globalsumme für den öffentlichen Sektor sind erstens, die Ausgaben des Vorjahres für diese Zwecke, und zweitens, eine politische Entscheidung darüber, wie sie verändert werden soll, ob sie größer oder kleiner werden soll.

Ein Teil der Globalsumme des öffentlichen Sektors, und zwar der Anteil A_V^{Z-ST} muß für Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes aufgewandt werden. Der Anteil A_S^{Z-ST} wird für Sozialeinkommen (Renten, Krankengelder-, Sozialhilfen usw.) eingeplant. Der Rest der Globalzuteilung an den öffentlichen Sektor, der Anteil $A_{\bar{n}}^{Z-ST}$, verbleibt für Zuteilungen an die Kommunen und den zentralen Staatshaushalt, für Käufe öffentlicher Güter aller Art bzw. für beliebige Käufe von Erzeugnissen und Dienstleistungen, sowie für eine etwaige Vergrößerung der Geldreserve ΔG^{Z-ST} des Sektors ST.

Liegt die Globalsumme für die Gesamtheit aller Kommunen, als Teil der Globalsumme des öffentlichen Sektors, im Planentwurf oder endgültig fest, dann können die Gelder eventuell nach einem Durchschnittssatz pro Einwohner auf nicht zu kleine und nicht zu große Kommunalverbände aufgeteilt werden. Die Aufteilregel wäre damit einerseits sehr einfach, andererseits aber würden durch eine solche makroökonomische Gleichverteilung die mitunter



sehr verschiedenen Bedingungen in den Kommunalverbänden nicht berücksichtigt werden. Zur Abhilfe könnten Verhandlungen zwischen den Kommunalverbänden und der Volkswirtschaftszentrale während der Phase der volkswirtschaftlichen Plandiskussion vorgesehen werden, innerhalb derer nicht, oder nur ausnahmsweise, Einzelheiten innerhalb der Kommunen geklärt werden sollen, sondern nur ein Verteilungsfaktor größer oder kleiner als 1 festzulegen wäre, mit welchem der Durchschnittssatz pro Einwohner multipliziert werden soll. Wenn z.B. für eine Großstadt als kommunaler Verband ein Verteilungsfaktor 1,2 festgelegt werden würde, und für

einen ländlichen Kommunalverband ein Faktor von 0,8, dann ergäbe sich für die Großstadt ein um 20% größerer Zuteilsatz pro Einwohner, und für den ländlichen Kommunalverband wäre er entsprechend kleiner. Ausgangspunkt für die Pläne der öffentlichen Haushalte wären bei Anwendung dieser Methode also Verhandlungen zwischen den Vertretern der Kommunalverbände und der Volkswirtschaftszentrale zur Festlegung des Verteilungsfaktors. Auch hier wird nicht staatliches, sondern Volkseigentum verteilt, so daß die Vertreter der Kommunalverbände in Verhandlungen und Beschlüssen gleiche Rechte wie die Vertreter der Zentrale erhalten sollten.

Im Globalzuteilungssystem zahlen die sozialistischen Unternehmen nur eine einzige Abgabe an den Staat, nämlich ihre gesamten Einnahmen aus Produktverkäufen. Damit entfallen alle anderen Steuern und Abgaben und mit ihnen das Steuer- und Abgabensystem des bürgerlichen Staates. Das komplizierte, bürokratische Steuer- und Abgabensystem des bürgerlichen Staates mit seinem Regelwarr wird damit durch ein radikal vereinfachtes System ersetzt.



Im bürgerlichen Staat ist eine radikale Vereinfachung des Steuer- und Zuteilungssystems nicht möglich. Der Kampf um finanzielle Mittel aus dem "Gemeinschaftsfonds" zwischen einzelnen Großbürgern, Kleinbürgern, Kapitalistengruppen und ihren Lobbyisten, der mit allen Mitteln geführt wird, einschließlich Korruption, Intrigen, Staatsstreiche, macht dies unmöglich.

Im sozialistischen Staat hingegen können mit der Aufhebung des bürgerlichen Steuer- und Abgabensystems überflüssig gewordenen Staatsorgane abgebaut werden. Der Staat verliert einen Teil seiner Überwachfunktionen, das Absterben bzw. die Verschlankung des Staats kann beginnen.

Nach der Zuteilung der Globalsumme an einen bestimmten Verband sozialistischer Kommunen verwandelt sich das Volkseigentum in kommunales Eigentum, also in Eigentum der Mitglieder der Kommunen. Diese Eigentumsform schließt das Mitbestimmungsrecht der Gemeindemitglieder, einschließlich Bürgerinitiativen, bei der Festlegung der einzelnen Verwendungspositionen im kommunalen Haushaltsplan ein. Das Recht der Mitbestimmung der Bürger bei der Aufteilung des kommunalen Eigentums wäre ein weiteres Wesensmerkmal der sozialistischen Demokratie.

3.3 Aufhebung der Warenproduktion durch das Zuteilungssystem

Im sozialistischen Zuteilungssystem GZS erhalten die Produzenten ihre finanziellen Mittel nicht mehr durch den Tausch ihrer Produkte gegen Geld, sondern durch Zuteilungen nach einem gesellschaftlichen Plan. Sie kaufen zwar nach wie vor Produktionsmittel und Konsumtionsmittel nach freier Entscheidung auf dem Markt, es gilt aus ihrer Sicht symbolisch, wie bisher, $G-W$, Kauf bzw. Tausch des Geldes G gegen Produktionsmittel und Konsumtionsmittel, aber sie erhalten ihre finanziellen Mittel für Produktionsmittelkäufe und Löhne durch Transaktionen, die mit dem Tausch Ware gegen Geld nichts zu tun haben. Im Zuteilungssystem entfällt also der Tauschakt $W-G$ aus Sicht der Betriebe. Damit wird der Warenaustausch $W-G-W$ aufgehoben. Die Produzenten tauschen ihre Produkte nicht mehr aus. Marxens Vorgabe wird damit erfüllt.

Und auch die sozialistische Gesellschaft betreibt im GZS keinen Warenaustausch. Sie verkauft zwar die Produkte der Unternehmen, bzw. die Verkäufer der sozialistischen Produktionsbetriebe und Handelsunternehmen verkaufen sie als Eigentum der Gesellschaft, es gilt symbolisch $W-G$, aber sie kauft keine Produkte irgend welcher Art. Die Arbeitsprodukte gehören der Gesellschaft unmittelbar nach ihrer Produktion und sie kann sie daher nicht kaufen. Sie kann nicht kaufen was ihr bereits gehört. Es entfällt der Tauschakt $G-W$. In jedem Fall also, sowohl aus Sicht der sozialistischen Betriebe, als auch aus Sicht der Gesellschaft, gilt nicht mehr $W-G-W$. Die allgemeine Formel des Warenaustauschs $W-G-W$ verliert damit insgesamt ihre Gültigkeit, die Warenproduktion wird aufgehoben.

Andererseits aber werden durch das monetäre Globalzuteilungssystem und die Produktionsplanung der Betriebe und Kombinate entsprechend der Nachfrage auf dem Markt die progressiven Elemente der Warenwirtschaft übernommen. Insbesondere das Geld als Wertmaß und Verteilungsmittel und das Ziel "Befriedigung der zahlungsfähigen Nachfrage auf dem Markt" sind Errungenschaften der bisherigen Produktivkräfteentwicklung, die bewahrt werden müssen.

Die DDR war übrigens von der auf den ersten Blick utopisch erscheinenden Aufhebung des Warenaustauschs gar nicht so weit entfernt. Einen Teil der finanziellen Mittel für Investitionen erhielten die Kombinate aus Abführungen ihrer Betriebe. Aber diese Übereignungen bedurften der staatlichen Genehmigung; die Gelder wurden damit durch den Staat indirekt zugeteilt. Ein anderer Teil der Einnahmen aus Produktverkäufen ging direkt an den Staat und wurde durch ihn umverteilt und damit den Kombinatens bzw. ihren Betrieben größtenteils ebenfalls zugeteilt, und zwar nach Regeln, die mit dem äquivalenten Tausch nichts mehr zu tun hatten, die aber zumeist den Zuteilungsmethoden des bürgerlichen Staats entlehnt waren, oder nach Regeln

des Kreditsystems, deren Schöpfer die Privatwirtschaft war. Bereits durch dieses, mit bürokratischen Regeln der alten Staatsform oder mit Regeln des Kreditsystems vermisches Zuteilungssystem wurde der Warenaustausch faktisch aufgehoben. Die VEB-Betriebe tauschten ihre Produkte nur noch dem Anschein nach aus.

3.4 Wert- und Preisbildung im Zuteilungssystem

Mit der Aufhebung der Warenwirtschaft und deren Ersatz durch die Zuteilungswirtschaft wird bereits in der ersten Phase der sozialistischen Entwicklung die Preisbildung durch das Wertgesetz aufgehoben. Die Produzenten tauschen ihre Produkte nicht mehr aus, und damit versagt das alte Preisbildungssystem. Nicht mehr der Warenwert, also nicht mehr die gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit, sondern der individuelle Wert, also die im Einzelfall aufgewandte Arbeitszeit, soll, nach Marxens Vorgabe, der Preisbildung im Sozialismus zugrunde gelegt werden. Außerdem besteht heute kein Zweifel mehr, daß das Geld zunächst noch als Wertmaß und Verteilungsmittel genutzt werden muß. In logischer Konsequenz dieser beiden Notwendigkeiten muß der Preis sowohl im Geldmaß als auch im Arbeitszeitmaß dargestellt, bzw. der Wert des Produkts im Geldmaß muß in proportionale Abhängigkeit zur aufgewandten Arbeitszeit gebracht werden. Darüber hinaus muß in der sozialistischen Wirtschaft ein Aufschlag ST für die Kosten des öffentlichen Sektors erhoben werden, der Ähnlichkeit zu den Steuern und Abgaben der Warenproduzenten besitzt. Andernfalls würden den Ausgaben der Kommunen, staatlichen Verwaltungen und sozialen Sicherungssysteme keine kostendeckenden Einnahmen gegenüberstehen.

Im neuen Wertbildungssystem ist es zweckmäßig, einen einzigen für alle Betriebe einheitlichen Aufschlagsatz st' auf die betrieblichen Kosten $C_K = C_c + C_v$ (C_c =Produktionsmittelkosten, C_v =Lohnkosten) zu erheben. Für den Wert Y des sozialistischen Produkts gilt damit die Formel $Y = C_K + ST$ bzw. $Y = C_K \cdot (1 + st')$, wobei das Symbol C_K die individuellen betrieblichen Kosten bezeichnet. Waren die Produktionsmittelkosten eines sozialistischen Betriebs zur Herstellung der Mengeneinheit des Produkts Y_1 z.B. $C_{c1} = 6\text{Mill.DM}$ und die Lohnkosten $C_{v1} = 2\text{Mill.DM}$, dann waren die Gesamtkosten $C_{K1} = C_{c1} + C_{v1} = 8\text{Mill.DM}$. Der Preis Y_1 muß dann um einen bestimmten Betrag ST_1 größer sein, als die Kosten C_{K1} , also größer als 8 Mill.DM.

Durch welche Umstände wird dieser Aufschlag ST auf die betrieblichen Kosten in der Sozialwirtschaft bestimmt? In einer geschlossenen rein sozialistischen Volkswirtschaft muß die Summe aller Aufschläge ST auf die Summe aller betrieblichen Kosten des Unternehmensektors C_K hinreichen, um die Ausgaben bzw. Kosten des öffentlichen Sektors decken zu können.

Wenn im gesamten sozialistischen Unternehmensektor Kosten von $C_K = 4000\text{Mrd.DM}$ angefallen sind, und wenn zur Versorgung des öffentlichen Sektors ein Aufschlag von

ST=1000Mrd.DM erforderlich ist, dann kann ein Aufschlagsatz auf die Kosten von

$$st' = \frac{ST}{C_K} = \frac{1000}{4000} = 0,25 = 25\% \text{ berechnet werden. Der individuelle Wert } Y \text{ der Produkte ist in}$$

diesem Fall um 25% größer als die betrieblichen Kosten C_K . Im Beispiel berechnet sich der Wert des Produkts unseres sozialistischen Produzenten p also zu

$$Y_1 = C_{K_1} + 0,25 \cdot C_{K_1} = 8 + 2 = 10 \text{ Mill.DM.}$$

Durch Umformung der Definitionsgleichung des Aufschlagsatzes $st' = \frac{ST}{C_K}$ erhält man

$$ST = st' \cdot C_K. \text{ Einsetzen in die Wertformel } Y = C_K + ST \text{ ergibt } Y = C_K \cdot (1 + st'). \text{ Und mit den}$$

Stückkosten \hat{C}_{K_j} für ein beliebiges Produkt j gilt der Preis p_j :

$$p_j = \hat{C}_{K_j} \cdot (1 + st')$$

FM1
Preis des Produkts j im Zuteilungssystem
 \hat{C}_{K_j} Stückkosten des Produkts j

Betragen die betrieblichen Stückkosten z.B. $\hat{C}_K = 16 \text{ DM/ Stck}$, dann berechnet sich der Preis des Produkts j , beim Aufschlagsatz $st'=0,25=25\%$, zu

$$p_j = \hat{C}_{K_j} \cdot (1 + st') = 16 \text{ DM/ Stck} \cdot 1,25 = 20 \text{ DM/ Stck.}$$

Mit der Formel $p_j = \hat{C}_{K_j} \cdot (1 + st')$ liegt zwar die neue Preisrechnung eindeutig fest, wie aber kann auf dieser Basis der Zusammenhang mit der aufgewandten Arbeitszeit hergestellt werden?

Bei Anwendung der Kostenpreisbildung $Y = C_K + ST$ (gesellschaftliche Kosten Y gleich betriebliche Kosten C_K plus anteilige öffentliche Kosten ST) kann der Wert des Gesamtprodukts (Wert des Gesamtprodukts gleich gesellschaftliche Gesamtkosten) wie folgt auf die Arbeitszeit zurückgeführt werden. Die staatliche Plankommission vergrößert (oder verkleinert) die planmäßigen gesellschaftlichen Gesamtkosten $Y = C_K + ST$ (also die betrieblichen Kosten C_K einschließlich öffentliche Kosten ST und damit das Gesamtprodukt) mit der Rate der Gesamtarbeitszeit. Damit wachsen auch die betriebliche Einzelkosten im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt mit der Rate der Arbeitszeit. Zunächst läßt die staatliche Plankommission zu diesem Zweck (nach dem ersten Grundsatz des neuen Globalplanungssystems) das Gesamteinkommen N der sozialistischen Wirtschaft mit der Rate

der Arbeitszeit t_n in der Jahresperiode wachsen, in dem sie den marxistisch bestimmten Geldwert $w_G = \frac{t_n}{N} \approx \frac{t}{Y}$ konstant hält. Der Neuwert $N = C_v + ST = \frac{t_n}{w_G}$ wächst damit proportional mit der Arbeitszeit t_n (wegen $w_G = \text{konst.}$). Und letztlich setzt sich auch der Produktionsmittelverbrauch C_c und der Gesamtwert des Produkts $Y = C_c + N$ aus lauter Neuwertanteilen zusammen, weil in jedem gekauften und verbrauchten Produktionsmittel der Neuwert des Zulieferers enthalten ist. Zwar nicht in jedem Einzelfall, aber doch im gesellschaftlichen Durchschnitt werden damit die Werte der Erzeugnisse der sozialistischen Unternehmen Y_j und damit die Kosten $Y_j = C_{Kj} + ST_j$ pro Erzeugnis (gesellschaftliche Kosten) auf die aufgewandte Arbeitszeit zurückgeführt. Mehr ist nicht nötig.

Die gesellschaftlichen Gesamtkosten Y setzen sich aus den Produktionsmittelkosten C_c , den Lohnkosten C_v und den öffentlichen Kosten ST zusammen. Es gilt $Y = C_c + C_v + ST$. Die Lohnkosten C_v als Komponente der gesellschaftlichen Gesamtkosten Y werden unmittelbar einsichtig durch die Zuteilung für Löhne A_V^{ZU} bestimmt. In den Kombinat und ihren Betrieben entsteht ein starker Druck, die Lohnzuteilung auch auszuzahlen und damit in Lohnkosten zu verwandeln.

Wie aber können die Produktionsmittelkosten C_c als weitere Komponente der gesellschaftlichen Gesamtkosten planmäßig vorherbestimmt werden? Eine beliebige Zuteilung für den Gesamtproduktionsmittelverbrauch A_C^{ZU} muß nicht zu einem gleich großen tatsächlichen Produktionsmittelverbrauch C_c führen. Die Produktionsmittelkosten können also nicht, wie die Lohnkosten, durch die Zuteilung bestimmt werden.

Nach der These von Adam Smith bestimmen die Lohnkosten den Wert des Gesamtprodukts, weil in jedem gekauften und verbrauchten Produktionsmittel des Produzenten p der Lohn des Produktionsmittel-Zulieferers und aller Zulieferer der Produktionsmittel-Zulieferer enthalten ist. Aber diese Behauptung wurde durch Marx widerlegt. Die Smith-Reihe hat einen prinzipiellen Fehler - nicht allein die Lohnkosten C_v , sondern der gesamte produzierte Neuwert N des Zulieferers ist im Produktionsmittelverbrauchs C_c des Produzenten p enthalten. Der Wert des Gesamtprodukts wird demnach durch die Summe aller Neuwertanteile bestimmt.

Indem im sozialistischen Globalzuteilungssystem der planmäßige Neuwertbetrag N mit der Rate des Arbeitszeitwachstum vergrößert wird, wird also letztlich auch der

Produktionsmittelverbrauch C_c und der Wert des Gesamtprodukts $Y = C_c + N$ proportional mit der Arbeitszeit vergrößert. Für den Produktionsmittelverbrauch gilt $C_c = Y - N$ mit $Y = \frac{N}{n'}$ und damit $C_c = \frac{N}{n'} - N$ bzw. $C_c = N \cdot \left(\frac{1}{n'} - 1 \right)$. Hierin bezeichnet n' die Neuwertrate, die auch die Produktionsmittelverbrauchsrate nach der Beziehung $c' = \frac{C_c}{Y} = 1 - n'$ festlegt. Wenn in die Formel zur Berechnung des Planbetrages des Produktionsmittelverbrauchs $C_c = N \cdot \left(\frac{1}{n'} - 1 \right)$ die realisierte Neuwertrate des Vorjahres $n' = \frac{N_0}{Y_0}$ eingesetzt wird, dann nimmt man nach der theoretischen Erwartung nur einen kleinen Fehler in Kauf, weil die volkswirtschaftliche Neuwertrate n' (und damit auch die Produktionsmittelverbrauchsrate $c' = 1 - n'$) innerhalb eines Jahres erfahrungsgemäß annähernd konstant bleibt.

Man kann einwenden, daß große Ungenauigkeiten in der Vorhersage der Neuwertrate nicht mit absoluter Sicherheit ausgeschlossen werden können. Aber dadurch wird nur die Genauigkeit der Rückführung des Werts des Gesamtprodukts auf die verausgabte Arbeitszeit beeinflusst. Eine Unbestimmbarkeit liegt nirgendwo in diesem Wirkungsmechanismus vor.

(Daß die Rückführung des Werts des Gesamtprodukts auf lauter Neuwertanteile korrekt ist, habe ich meines Erachtens durch die Reihenentwicklung im Abschnitt "Austausch zwischen Abteilung I und II der Volkswirtschaft" des Manuskripts "Grundwidersprüche der kapitalistischen Marktwirtschaft. Theorie der langen Konjunkturzyklen (Kondratieffwellen)" nachweisen können).

Nachdem der planmäßige Neuwertbetrag $N = \frac{t_n}{w_G}$ festgelegt wurde (Vergrößerung mit der Rate der Arbeitszeit), und nachdem die Lohnkosten C_v vorgegeben wurden, liegt auch der Aufschlag für die öffentlichen Kosten ST als dritte Komponente der gesellschaftlichen Gesamtkosten fest, denn es gilt $ST = N - C_v$. Eine Vergrößerung der Lohnkosten C_v verringert also (beim gegebenen Neuwert N , der durch das Arbeitszeitwachstum bestimmt wird) den Aufschlag für die öffentlichen Kosten ST . Zur Deckung der öffentlichen Kosten steht also relativ weniger Geld zur Verfügung, wenn die Lohnkosten erhöht werden.

Es läßt sich nachweisen, daß dann, wenn das Gesamteinkommen der sozialistischen Wirtschaft N durch die Arbeitszeit nach der Beziehung $N = \frac{t_n}{w_G}$ bestimmt wird, und wenn zur Herstellung

eines beliebigen Erzeugnisses j der gesellschaftliche Durchschnittslohn gezahlt wurde, und wenn auch der Aufschlagsatz auf die Lohnkosten $\rho = \frac{ST}{C_V}$ des Unternehmens p dem gesellschaftlichen Durchschnitt entspricht, daß dann der nach der Formel $p_j = \hat{C}_{K_j} \cdot (1 + st')$

berechnete Preis sich genau proportional mit der Stückzeit $\hat{t}_{n_j} = \frac{t_{n_j}}{q_j}$ ändert. Der Preis

$p_j = \hat{C}_{K_j} \cdot (1 + st')$ wird dann genau und allein durch die Stückzeit bestimmt). Da aber die Stundenlöhne zur Herstellung des Erzeugnisses j und der Aufschlagsatz ρ'_j der einzelnen Unternehmen über oder unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt liegen können, wird auf dieser Basis der Preis $p_j = \hat{C}_{K_j} \cdot (1 + st')$ nur im gesellschaftlichen Durchschnitt durch die pro Stück aufgewandte Arbeitszeit \hat{t}_{n_j} bestimmt.

Bei Einzelfertigungen in gesamtwirtschaftlicher Sicht (nur ein einziges Stück wird im Wirtschaftssystem hergestellt), die insbesondere in der Großproduktion häufig vorkommen, z.B. im Hochbau, Schiffbau, Großmaschinenbau, stimmt auch im kapitalistischen System der Warenwert mit dem individuellen Wert überein, d.h. der gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeitaufwand unterscheidet sich nicht vom individuellen Arbeitszeitaufwand, da ja kein anderes Unternehmen ein gleiches Produkt produziert. Die individuellen Kosten stimmen dann mit den gesellschaftlich durchschnittlich notwendigen Kosten überein. Der Überschuß des Preises über die individuellen Kosten hängt in solchen Fällen im wesentlichen von den Preisverhandlungen ab, also nicht zuletzt auch vom "Geschick" bzw. der "Skrupellosigkeit" den Kontrahenten zu übervorteilen. Gibt es keine gleichen Produkte für den Preisvergleich, dann entscheidet "der Ellenbogen" darüber, wie weit der Preis über den Kosten liegt. Also subjektive Umstände spielen im Preisbildungssystem der Warenwirtschaft eine große Rolle.

Im sozialistischen Preisbildungssystem wird der Preis immer durch die individuellen betrieblichen Kosten \hat{C}_K und den einheitlich vorgegebenen Aufschlagsatz st' für die öffentlichen Kosten nach der Formel $p = \hat{C}_K \cdot (1 + st')$ bestimmt. Subjektive Einflüsse werden also weitestgehend ausgeschaltet.

Ist die Stückzeit $\hat{t} = \frac{\hat{t}_n}{n'}$ bekannt, dann kann der individuelle Wert und Preis der einzelnen

Erzeugnisse auch nach der Formel $p = \frac{\hat{t}}{w_G} = \frac{\hat{t}_n}{n' \cdot w_G}$ direkt durch die aufgewandte Arbeitszeit

bestimmt werden (w_G bezeichnet hierin den marxistisch bestimmten Geldwert). Beträgt die Stückzeit z.B. $\hat{t} = 0,8 \text{ h/ Stck}$, dann berechnet sich der Preis, beim Geldwert von

$$w_G = 0,02 \text{ hDM}, \text{ zu } p = \frac{\hat{t}}{w_G} = \frac{0,8 \text{ h} \cdot \text{DM}}{\text{Stck} \cdot 0,02 \text{ h}} = 40 \text{ DM/ Stck}. \text{ Diese in jedem Einzelfall direkt}$$

durch die Arbeitszeit bestimmte Preisbildung weicht aber stark von den in der Praxis üblichen Preiskalkulation auf Basis von Kostenrechnungen ab. Wahrscheinlich wird man daher in der ersten Phase der Entwicklung der Sozialwirtschaft die Preisrechnung nach der Beziehung

$$p = \hat{C}_K \cdot (1 + st')$$

3.5 Negation des Profitziels

In der Warenwirtschaft bilden sich im Konkurrenzkampf zwischen den Produzenten und im Spiel von Angebot und Nachfrage in der Regel einheitliche Preise für gleiche Produkte heraus. Der Marktpreis ist für den Warenproduzenten gewissermaßen gegeben, und nur wenn es gelingt, die Kosten unter den Marktpreis zu drücken, wird Gewinn realisiert. Der Produzent mit den niedrigsten Kosten erzielt den größten Überschuß über die Kosten und damit den höchsten Gewinn. Auf Basis der Preisbildung durch das Wertgesetz und durch den einheitlichen Marktpreis für gleiche Produkte entsteht daher ein starker Druck zur Kostensenkung im Vergleich zur Konkurrenz (und nicht in jedem Fall zur absoluten Kostensenkung) und damit zur Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Im sozialistischen Zuteilungssystem GZS hingegen wird der Preis durch den individuellen Wert, also durch die betrieblichen und öffentlichen Kosten (betrieblichen Kosten und Steuer- und Abgabenaufschlag) bestimmt. Der Betrieb mit den höheren Kosten muß sein Produkt zu einem entsprechend höheren Preis anbieten und verkaufen. Es gilt die Preisformel $p = \hat{C}_K + \hat{S}T$.

Steigen die betrieblichen Kosten \hat{C}_K , dann steigt der Aufschlag $\hat{S}T = st' \cdot \hat{C}_K$ mit dem gleichen Prozentsatz wie die Kosten \hat{C}_K (innerhalb der Jahresperiode ist der Aufschlagsatz st' eine Konstante). Waren die betrieblichen Kosten anfänglich zum Beispiel $\hat{C}_K = 8 \text{ DM/Stck}$, dann muß, beim administrativ vorgeschriebenen Aufschlagsatz $st' = 0,25$, auf die betrieblichen Kosten ein Aufschlag von $\hat{S}T = 0,25 \cdot 8 \text{ DM/Stck} = 2 \text{ DM/Stck}$ erhoben werden. Steigen die betrieblichen Kosten auf $\hat{C}_K = 10 \text{ DM/Stck}$, dann steigt der Aufschlag von $\hat{S}T = 2 \text{ DM/Stck}$ auf $\hat{S}T = 0,25 \cdot 10 \text{ DM/Stck} = 2,50 \text{ DM/Stck}$. Der Aufschlag ST steigt also, wenn die Kosten steigen. Wäre er Gewinn, dann wäre der Betrieb mit den höchsten Kosten der erfolgreichste, nach dem Motto: um so fauler das Betriebskollektiv um so höher die Kosten und um so höher der Gewinn. Ziel der sozialistischen Betriebe wäre es dann mit möglichst hohen Kosten zu produzieren. Der Widersinn des Profitziels auf Grundlage dieser neuen Preisbildung ist also offensichtlich.

Das "Paradoxon" verschwindet aber sofort, wenn man erkennt, daß der "Gewinn" des sozialistischen Betriebs gar kein Gewinn mehr ist, sondern nur noch ein Steuer- und Abgabenaufschlag zur Deckung der öffentlichen Kosten. Der Aufschlag ST deckt in der Sozialwirtschaft also nur die Kosten des öffentlichen Sektors wie z.B. Löhne und Gehälter der

Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, Sozialeinkommen, öffentliche Verwaltungskosten, und seit wann stellen Löhne und Gehälter, Renten, Krankengeld usw. Gewinne dar? Nennt man den "Überschuß" über die Kosten der sozialistischen Unternehmen "Gewinn", dann ist der Begriff falsch definiert, man denkt dann noch in Kategorien der alten Ökonomie, obwohl sie im neuen ökonomischen System ihre Gültigkeit verloren haben.

Die sozialistischen Betriebe erhalten im GZS ihre finanziellen Mittel für Produktionsmittelkäufe und Löhne durch planmäßige Zuteilungen - Kapitalbesitzer, die ihr Geld nur zur Verfügung stellen, wenn sie Gewinne realisieren können, gibt es nicht mehr, so daß die Einkommenform "Gewinn" völlig überflüssig wird. Das Ziel "Maximierung des Gewinns" wird in der Sozialwirtschaft ersetzt durch das Ziel "maximale Steigerung des Reallohns durch maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität". Nicht mehr der Profit, nicht mehr das Einkommen und Vermögen des Kapitalbesitzers sollen maximiert werden, sondern der Reallohn des Betriebskollektivs durch maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität, d.h. die Steigerung der betrieblichen Arbeitsproduktivität soll durch reichlich bemessene Prämien für das Betriebskollektiv belohnt werden (siehe Abschnitt 7.). Kapital und Profit sind nicht mehr erforderlich - das kapitalistische System wird aufgehoben - und mit dem kapitalistischen System verschwindet auch das Einkommen des Kapitalisten, der Profit.

Viele Linke sind der Meinung, daß Wertgesetz und Profit in der sozialistischen Wirtschaft weiterhin genutzt werden müssen, und daß es darauf ankommt, die sozialen Mißstände, die das Profitsystem im Kapitalismus hervorbringt, durch staatliche Umverteilungen abzumildern oder auszugleichen. Es ist zwar richtig, daß das Ziel "Profitmaximierung" eine starke ökonomische Triebkraft darstellt, macht man aber das Betriebskollektiv zum Kapitalbesitzer, und wird einerseits nach Kapitalbesitz und Profitrate verteilt, und soll andererseits die dadurch entstehende ungleichmäßige Verteilung in der Volkswirtschaft durch ein Umverteilungssystem des Staates weitgehend ausgeglichen werden, dann wird die ursprünglich starke Triebkraft "Bereicherung durch Profitmaximierung" sofort wieder abgeschwächt. Die Bürokraten des Staates, die den Gewinn umverteilen, entscheiden dann über den Gewinn, der den einzelnen Unternehmen genommen oder gegeben wird. Wenn der Profit durch den Staat im großem Umfang umverteilt wird, dann muß der Staat im allgemeinen Prinzip den Betrieben, welche die höchsten Gewinne realisieren, einen großen Teil des Gewinns nehmen, und den Betrieben mit den größten Verlusten einen großen Teil davon geben. Die Mühe der Steigerung des Profits auf einen überdurchschnittlichen Betrag lohnt sich aber für den Betrieb nicht, wenn ihm ohnehin nur ein Profit in der Nähe des Durchschnitts zur eigenen Verfügung verbleibt. Die starke Triebkraft "Bereicherung des Kapitalbesitzers durch Profitmaximierung" geht also größtenteils verloren, wenn "sozial gerecht" und arbeitsplatzsichernd durch den Staat umverteilt wird .

Und durch welches Wunder soll die neue, die sozialistische Ökonomie, der alten, der kapitalistischen Ökonomie überlegen gemacht werden, wenn alle Grundprinzipien der alten Ökonomie übernommen werden, und wenn nur durch eine zusätzliche Verteilungsbürokratie die alte Triebkraft abgeschwächt wird?

Zu welchen Konfusionen die Umverteilung des Gewinns durch den Staat und seine Verwandlung in Lohn führen kann, verdeutlicht auch die folgende Überlegung. Nehmen wir an, die Arbeiter und Angestellten des Unternehmens erhalten einen Teil ihres Einkommens durch Leistungslöhne, und einen anderen Teil durch Gewinnauszahlungen in Abhängigkeit von ihrem Kapitalbesitz. Sie beziehen also sowohl Einkommen als Lohnarbeiter, den Leistungslohn, als auch als Kapitalisten, den Profit, welchen der Kapitalbesitz abwirft. Eine neue soziale Klasse oder Schicht wird damit geboren, die Lohnarbeiterkapitalisten. Der Lohnarbeiterkapitalist steigert, unter sonst gleichen Umständen, seinen Profit, indem er seinen Lohn drückt. Oder er steigert seinen Lohn, indem er seinen Profit drückt. Sein Gesamteinkommen, der "Lohnprofit", ändert sich nicht, wenn der Profit oder der Lohn in der Periode höher oder niedriger ausfallen. Der Lohnarbeiterkapitalist würde in diesem Fall nur einen Teil seines Einkommens von der linken in die rechte Tasche stecken. Hat das Unternehmen p in der Periode z.B. ein Einkommen von $N=40\text{Mill.DM}$ produziert, und setzt es sich zunächst aus dem Lohn $L=20\text{Mill.DM}$, den Steuern und Abgaben $ST=10\text{Mill.DM}$, und dem Profit $M=10\text{Mill.DM}$ zusammen, dann gilt zunächst $N = L + M + ST = 40\text{Mill.DM}$. Das für die Arbeiter und Angestellten verfügbare Gesamteinkommen beträgt dann $N_{\text{verfügbar}} = L + M = 20 + 10 = 30\text{Mill.DM}$. Würde Lohn im Betrag von $L=25\text{Mill.DM}$ ausgezahlt werden, dann würde der Gewinn auf $M=5\text{Mill.DM}$ sinken. Aber das verfügbare Einkommen bliebe das gleiche, nämlich $N_{\text{verfügbar}} = L + M = 25 + 5 = 30\text{Mill.DM}$. Die Reduzierung des Gewinns M ist in diesem Fall für die Arbeiter und Angestellten also völlig bedeutungslos, denn sie erhalten als verfügbares Einkommen in jedem Fall die Summe von 30Mill.DM .

Diese Verteilungsregel gilt natürlich nur dann, wenn der Staat keine höheren Steuern und Abgaben erhebt und keinen Gewinn umverteilt. Bei höheren Steuern und Abgaben, z.B. $ST=15\text{Mill.DM}$, sinkt das verfügbare Einkommen des Betriebskollektivs auf $N_{\text{verfügbar}} = N - ST = 40 - 15 = 25\text{Mill.DM}$. Muß der Betrieb außerdem einen Teil des Gewinns an den Staat abgeben, zur Umverteilung an andere Betriebe, dann sinkt das verfügbare Einkommens des Betriebskollektivs noch weiter. Sehr wichtig für das Einkommen der "Lohnarbeiterkapitalisten" ist daher die Steuer- und Abgabenbürokratie und die Gewinnumverteilungsbürokratie. Im Wirrwarr der Steuerbürokratie kommt es für das Betriebskollektiv darauf an, hervorragende Spezialisten der "Steuerdeutung" und

"Steuerhinterziehung" zu beschäftigen. Die Betriebe hingegen, die Verluste realisieren, benötigen Spezialisten der Subventionsbürokratie. Das verfügbare Einkommen des "versagenden" Betriebs kann durchaus üppig ausfallen, wenn diese Spezialisten gute Arbeit geleistet haben.

Nach welchen Regeln soll einem Unternehmen A, welches ein höheres Einkommen pro Arbeitskraft produziert als ein anderes, durch den Staat "Gewinn" in welcher Höhe genommen werden, so daß das verfügbare Einkommen des erfolgreichen Unternehmens A sinkt, und nach welchen Regeln sollen einem "versagenden" Unternehmen B in welcher Höhe Gelder zugeteilt werden, so daß das verfügbare Einkommen steigt? Der Bürokrat im Apparat oder der Beamtenfürst, oder der Richter, oder der Politfürst muß entscheiden. Durch die Vermischung von Lohn und Profit und Umverteilung des Profits durch den Staat wird daher nur zusätzliche Bürokratie produziert, welche die ursprüngliche mächtige Triebkraft, die Bereicherung des privaten Kapitalbesitzers durch Profitmaximierung, abschwächt.

Auch der Konkurrenzkampf als Druckmittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität wird abgeschwächt, wenn die Unternehmen, welche Verluste realisieren, durch den Staat subventioniert werden. Arbeitslosigkeit kann damit unter Umständen zwar verhindert werden, aber die "positive" Wirkung des Konkurrenzkampfes wird durch die "soziale Hängematte" aufgehoben. Und wenn die Triebkräfte der kapitalistischen Produktion, also die Jagd nach Profit und der Konkurrenzdruck, nur abgeschwächt werden, dann entsteht natürlich keine überlegene Ökonomie, sondern im Gegenteil, die Arbeitsproduktivität wird im Vergleich zum gewöhnlichen privaten Räuberkapitalismus gedrückt. Durch "sozialbürokratische" Maßnahmen des Staates können die Mißstände also nicht überwunden werden, sondern nur auf der Grundlage einer wirklich neuen Ökonomie mit neuen organisatorischen Grundsätzen.

3.6 Grundziele der sozialistischen Produktion



"Die Nützlichkeit eines Dings macht es zum Gebrauchswert. ... Bei Betrachtung der Gebrauchswerte wird stets ihre quantitative Bestimmtheit vorausgesetzt, wie Dutzend Uhren, Elle Leinwand, Tonne Eisen usw. ... Gebrauchswerte bilden den stofflichen Inhalt des Reichtums, welches immer seine gesellschaftliche Form sei."

Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, S.50

"Im Mittelpunkt der sozialistischen W. steht die Herstellung von Gebrauchswerten, die der immer besseren Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen dienen." (Ökonomisches Lexikon der DDR, Verlag die Wirtschaft, Berlin 1980, S.578)

Allgemeines Grundziel der sozialistischen Produktion sollte also die optimale Befriedigung der materiellen und kulturellen Lebensbedürfnisse aller Mitglieder der sozialistischen Gemeinschaft sein. Hierzu muß in einer gegebenen Arbeitszeit t ein möglichst großer Naturalreichtum bzw.

Gebrauchswert Q produziert werden, d.h. es muß die Arbeitsproduktivität $\varphi = \frac{Q}{t}$ maximiert

werden. Maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität ist daher das erste abgeleitete Grundziel der sozialistischen Produktion.

Außerdem folgt in der Geldwirtschaft aus dem allgemeinen Grundziel "optimale Befriedigung des Bedarfs" das Ziel, die zahlungsfähige Nachfrage möglichst schnell und vollkommen zu befriedigen. Optimale Anpassung der angebotenen Naturalmengen an die nachgefragten Mengen kennzeichnet das zweite abgeleitete Grundziel der sozialistischen Produktion.

Es soll also insgesamt in einer gegebenen Arbeitszeit t eine möglichst große Naturalmenge q mit möglichst hohem Gebrauchswert Q produziert, und damit die Arbeitsproduktivität maximiert werden, und die produzierten bzw. angebotenen Naturalmengen sollen möglichst schnell an die nachgefragten Naturalmengen angepaßt werden. (Ermittlung der Steigerung der Arbeitsproduktivität als Erfolgsmaß siehe Abschnitt 7.).

3.7 Marktwirtschaftliche Selbstregulation im Globalzuteilungssystem



Im kapitalistischen System fließen die Investitionen primär in die Produktionen der höchsten Profitrate. Entsteht in diesem System ein Überangebot an einem Produkt 1, z.B. Bremsmotoren, und eine Übernachfrage nach einem Produkt 2, z.B. Schrittmotoren, dann sinken, unter sonst gleichen Umständen, die Preise der

Bremsmotoren, und die Preise der Schrittmotoren steigen. Ceteris paribus sinken damit die Profitraten in der ersteren und steigen in der letzteren Produktion. Die kapitalistischen Unternehmer investieren dann verstärkt in die Schrittmotorenproduktion, und verringern die Investitionen in der Bremsmotorenproduktion. Die Investitionen fließen also verstärkt in die Produktion der größeren Profitrate und damit auch in die der größeren Nachfrage. Das Ziel "Profitmaximierung" enthält also indirekt das Ziel "Nachfragebefriedigung". Abweichungen des Angebots von der Nachfrage stellen Regelabweichungen dar, die in der kapitalistischen Marktwirtschaft im Normalfall selbsttätig ausgeglichen werden.

Entsteht im sozialistischen Zuteilungssystem ein Überangebot an Bremsmotoren und eine Übernachfrage nach Schrittmotoren, dann dürfen die Preise auf Grund dieser Vorgänge nicht geändert werden, d.h. die Preisbildung ist im neuen ökonomischen System unabhängig von Angebot und Nachfrage. Und Profit bzw. Gewinn fällt prinzipiell nicht mehr an. Da aber - nach dem zweiten, aus dem allgemeinen Grundziel abgeleitete Ziel der sozialistischen Produktion - die Produktion (das Angebot) möglichst schnell an die Nachfrage angepaßt werden soll, steigert das Schrittmotorenwerk mit der Übernachfrage seine Produktion, was durch eine reichliche Nachfrageanpassungsprämie belohnt wird. Das Bremsmotorenwerk hingegen wird seine Produktion infolge des Überangebots bzw. der mangelnden Nachfrage reduzieren und für diese Maßnahme eine Prämienzuteilung erhalten. (siehe Abschnitt 7.3). Das Resultat ist das gleiche wie im kapitalistischen System, die Produktion der stärkeren Nachfrage wächst, und die Produktion der verringerten Nachfrage geht zurück. Der Unterschied zum kapitalistischen System ist hauptsächlich der, daß die Nachfragebefriedigung unmittelbares Ziel der sozialistischen der Produktion ist, und daß die Preise nicht in Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage um den Wert schwanken, und daß die Anpassung nicht durch den Profit für den Kapitalbesitzer, sondern durch die Prämie für das Betriebskollektiv belohnt wird. Die Regelung der Produktion durch die Nachfrage wird dadurch nur direkter, schneller und sicherer. Der Umweg über Preisänderungen bei Nachfrageänderungen, die anschließend die Profitraten ändern, und die erst dann zu Anpassungsreaktionen führen, ist nicht mehr erforderlich. Im antizipierten sozialistischen Zuteilungssystem bleibt also die Selbstregulation durch die Marktkräfte nicht nur erhalten, sondern sie wird weiterentwickelt und verbessert.

Das Grundziel der kapitalistischen Produktion ist nicht Anpassung des Angebots an die Nachfrage, sondern Profitmaximierung; der Ausgleich von Angebot und Nachfrage ist nur indirektes Resultat des kapitalistischen Produktionsgrundziels. Es ist in diesem System möglich, daß sich eine Übernachfrage eingestellt hat, daß aber der Profit trotzdem sinkt, z.B. weil durch gewerkschaftliche Kämpfe der Lohn erhöht wurde, oder weil die Produktionsmittelkosten infolge von höheren Preisen der Zulieferprodukte gestiegen sind, ohne daß der Verkaufspreis des Produkts erhöht werden konnte. Der Profit sinkt in solchen Fällen, Kapital wird abgezogen, obwohl eine Übernachfrage besteht und die Produktion durch Kapitalzufuhr steigen müßte. Oder es kann sich umgekehrt ein Überangebot eingestellt haben, aber die Löhne und Produktionsmittelkosten sinken so, daß der Profit steigt. Kapital wird dann nicht abgezogen, sondern zugeführt, die Produktion wächst und das Überangebot wird vergrößert. Oder in machen Fällen ist die Nachfrage preisunabhängig. In solchen Fällen steigt die Profitrate nicht, wenn eine Übernachfrage entsteht, weil der Preis nicht steigt. Oder es besteht ein Überangebot, welches normalerweise den Preis drücken würde, aber der Preis steigt auf Grund von Kartellabsprachen. Es gibt also Fälle, in welchen der kapitalistische Mechanismus zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage zeitweilig oder ständig außer Kraft gesetzt wird.

In der sozialistischen Marktwirtschaft hingegen stellt sich bei einem festen Preis (solange sich der individuelle Wert bzw. die gesellschaftlichen Kosten nicht ändern, ändert sich, unabhängig von Angebot und Nachfrage, der Preis nicht) jeweils eine bestimmte Nachfrage ein. Ist die nachgefragte Menge auf dem Markt größer als die angebotene Menge, dann lenken die Kombinate und Betriebe entsprechend ihrem zweiten Produktionsgrundziel die Investitionen immer in die Produktion der Übernachfrage und steigern damit das Angebot solange, bis es mit der Nachfrage übereinstimmt. Da die Preise durch die gesellschaftlichen Kosten festgelegt sind, steigern Übernachfragen die Preise nicht, so daß die nachgefragte Menge infolge dessen nicht sinkt. Im marktsozialistischen System wird daher der Angleich allein durch Steigerung der Produktion (produzierte Mengen), also ohne Preissteigerungen und ohne dadurch verringerte nachgefragte Mengen bewerkstelligt. Die Nachfrage ist gegeben und das Angebot wird in jedem Fall möglichst schnell an die Nachfrage angepaßt.

Stellt sich umgekehrt, beim festen, von Angebot und Nachfrage unabhängigen Preis, ein Überangebot ein, dann wird die Produktion nach dem zweiten Produktionsgrundziel verringert. Die sozialistischen Unternehmen ziehen dann Investitionen aus der Produktion des Überangebots ab und verringern die Produktion und damit das Angebot solange, bis es wieder mit der Nachfrage übereinstimmt. Da das Überangebot die Preise nicht mehr drückt und infolge dessen die nachgefragte Menge nicht vergrößert wird, wird der Angleich allein durch

Verringerung der angebotenen Menge bewirkt. Auch in diesem Fall ist die Nachfrage gegeben, und das Angebot wird möglichst schnell an die Nachfrage angepaßt.

Durch das direkte Produktionsziel "Anpassung des Angebots an die Nachfrage" wird die marktwirtschaftliche Selbstregulation also vereinfacht und ausgeweitet. Außerdem bewegt sich der Regelvorgang im Rahmen der finanziellen Globalzuteilungen an die Kombinate durch den Volkswirtschaftsplan. Die Steuerung der makroökonomischen Prozesse liegt damit ganz in der Hand einer volkswirtschaftlichen Zentrale, während die mikroökonomischen Prozesse "spontan" durch die Marktkräfte geregelt werden.

3.8 Prinzip der planmäßigen Regelung der gesamtwirtschaftlichen Zirkulationsprozesse

Abweichungen der Regelgrößen von den Sollgrößen sind in allen kybernetischen Systemen, also auch in Wirtschaftssystemen, unvermeidliche Vorgänge. Aufgabe der Regelzentrale wirtschaftlicher Zirkulationsprozesse ist es, das gesamtwirtschaftliche monetäre Angebot (die Regelgröße) möglichst gut an die monetäre Gesamtnachfrage (die Sollgröße) anzupassen. Das sozialistische Zuteilungssystem bietet hierfür, im Vergleich zur kapitalistischen Warenwirtschaft, nicht nur radikal verbesserte Voraussetzungen, sondern die planmäßige Regelung der Zirkulationsprozesse wird durch die Prinzipien der globalen Produktions- und Verteilungsplanung auf Basis der neuen Wert- und Preisbildung überhaupt erst möglich.

In der Warenwirtschaft hingegen verhindert das Gesetz der Preisbildung durch Angebot und Nachfrage eine gezielte Veränderung des gesamtwirtschaftlichen Angebot-Nachfrage-Verhältnisses. Hat sich in einem Warenwirtschaftssystem z.B. infolge von gesamtwirtschaftlich unterdurchschnittlichen Anlageinvestitionen ein Gesamtüberangebot und damit eine Gesamtunternachfrage eingestellt, dann führen alle Methoden der Stärkung der monetären Nachfrage *ceteris paribus* (oder relativ zum Wert der Waren) zu steigenden Preisen im Verhältnis zum Wert der Waren. Die Preise der angebotenen Waren steigen dann relativ oder absolut zur monetären Nachfrage, so daß das Angebot-Nachfrage-Verhältnis letztlich unverändert bleibt. Durch Stärkung der monetären Nachfrage durch Maßnahmen des Staates kann das Überangebot daher nicht abgebaut werden. Der Staat kann zwar mit dieser oder jener Methode Geld in den Kreislauf pumpen (z.B. durch Geldschöpfung), aber auf einen monetären gesamtwirtschaftlichen Nachfrageschub folgen allgemeine Preissteigerungen auf dem Fuß, womit nicht nur die Gesamtnachfrage, sondern auch das Gesamtangebot nominal steigt. Abgesehen von einigen Oszillationen bleibt das Verhältnis von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage unverändert. Nur durch eine Massenbankrottelle riesigen Ausmaßes und damit durch massenhafte Kapitalvernichtungen kann in einer langwelligen Krisensituation in diesem ökonomischen System ein Überangebot in eine Übernachfrage umgewandelt werden (Mit jedem Bankrott wird das Angebot auf Null gesetzt, aber die Nachfrage nach Konsumtionsmitteln der ehemaligen Besitzer und Arbeiter und Angestellten geht, wenn auch in gemindertem Umfang, weiter. Ausführliche Darstellung des Krisenmechanismus siehe Band 1).

Im System der sozialistischen Kostenpreisbildung hingegen sind die Preise von Angebot und Nachfrage unabhängig. Der Preis des Gesamtprodukts $Y = \frac{t_n}{n \cdot w_G} = C_K \cdot (1 + st')$ kann durch

Änderungen des Geldwerts w_G (und davon abhängig, des Aufschlagsatzes st') unabhängig von

den globalen Geldzuteilungen A_{ZU} und damit unabhängig von der Hauptnachfragepotenz verändert werden. Geldwert w_G und Aufschlagsatz st' können durch den Staat nach der Versuch-Irrtum-Methode solange vergrößert oder verkleinert werden, bis sich deutliche Änderungen im Preisniveau und im Verhältnis von Angebot und Nachfrage zeigen. Beschreibung dieser Regelmethode im einzelnen siehe Abschnitt 4.3.

Noch wichtiger als die Regelung der Zirkulationsprozesse zur Vermeidung von Überproduktions- oder Übernachfragekrisen ist die gesamtwirtschaftliche Wachstumsplanung (das naturwüchsige exponentielle Wirtschaftswachstum führt langfristig in die Katastrophe. Siehe Band 1, Abschnitt "Das Gesetz des exponentiellen Wachstums des Kapitals"). Setzt man unveränderte Qualitäten aller Erzeugnisse j voraus, dann kann die Arbeitsproduktivität durch die Formel $\varphi = \frac{Y_r}{t}$ dargestellt werden. Hieraus folgt $Y_r = \varphi \cdot t$. Mit $t = \frac{t_n}{n'}$ gilt für das Realprodukt auch $Y_r = \varphi \cdot \frac{t_n}{n'}$. Demnach kann das reale Wachstum der Produktion Y_r , bei gegebener

Arbeitsproduktivität φ und Neuwertrate n' , planmäßig gedämpft werden, indem die Volkswirtschaftszentrale die Arbeitszeit t_n verkürzt. Im Zuteilungssystem bereitet eine solche Arbeitszeitverkürzung keine Probleme. Ob die Zuteilungen der Zentrale an die Kombinate



langsamer oder schneller wachsen, eine hinreichende finanzielle Versorgung der sozialistischen Kombinate und Betriebe ist immer möglich. Der Geldfonds des Volkes wirkt wie ein riesiger Speicher, wie ein großer „Stausee“, durch welchen große Schwankungen der Zuflüsse (Einnahmen) und Abflüsse (Ausgaben) ausgeglichen werden können. Auch Nullwachstum der volkswirtschaftlichen Produktion erzeugt daher keine Bankrotte und keine Massenarbeitslosigkeit. Mit der Arbeitszeitverkürzung sinkt die Arbeitsintensität und die Arbeitshetze, aber zur Existenznot der Produzenten führt das langsamere Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums im Zuteilungssystem nicht.

Im kapitalistischen System hingegen ist die gesamtwirtschaftliche Wachstumsplanung unmöglich. Das Grundziel Profitmaximierung der unabhängigen Warenproduzenten treibt unvermeidlich zu exponentiellem Wachstum und damit in die Überwachstumskatastrophe. Kurzzeitige Wachstumsunterbrechungen entstehen im kapitalistischen System nur durch Zirkulationsstörungen und führen zu Massenbankrotten und Vernichtungen von produktivem Kapital, Warenkapital und Geldkapital (durch Bankrotte wird produktives Kapital und Buchgeld vernichtet, oder z.B. auch durch einen Aktiencrash wird Geldvermögen vernichtet).

3.9 Eigentumsverhältnisse

Erinnern wir uns nochmals an das bereits mehrfach angeführte Marxzitat:

"Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus;....", Karl Marx, MEW. Bd.19, S.19

Die Produktionsmittel sollen nach Marxens Vorgaben also Eigentum sozialistischer Genossenschaften und damit nicht Eigentum des Staates sein. Es besteht kein Zweifel, daß das genossenschaftliche Eigentum, also das Verfügungs- und Entscheidungsrecht der Betriebskollektive und ihrer Leitungsorgane über die Produktionsmittel und finanziellen Mittel, eine sehr viel demokratischere Eigentumsform darstellt, als das zentralstaatliche Eigentum, also das grundsätzliche Verfügungs- und Entscheidungsrecht der Staatszentrale im Wirtschaftsbereich. Im Globalzuteilungssystem GZS erhält die Staatszentrale zwar das Recht und die Pflicht der gesamtwirtschaftlichen monetären Produktionsplanung, sowie das Recht der makroökonomischen Verteilungsplanung, aber das Recht der Einflußnahme auf die Naturalpläne der Betriebe und auf die Verwendung der finanziellen Mittel der Betriebe, sowie das Recht der Produktionsleitung wird ihr prinzipiell entzogen.

Mit der Übertragung solcher Verfügungs- und Entscheidungsrechte auf die Arbeiter, Ingenieure und Manager der Betriebe und die Mitglieder landwirtschaftlicher Genossenschaften hätte in den ehemals sozialistischen Ländern ein Demokratisierungsprozeß in der Wirtschaft in Gang gesetzt werden können, durch welchen die Initiative und Schöpferkraft der Betriebskollektive gefördert und von zahlreichen bürokratischen Hemmnissen befreit worden wäre. Und ausgehend von der Dezentralisierung und Demokratisierung in der Wirtschaft und dem Abbau überflüssiger Funktionen und Organe des Staates wäre auch das politische Leben "infiziert" worden. Den Partei- und Staatsfunktionären wäre damit allerdings der unberechtigte Teil ihrer Verfügungs- und Entscheidungsrechte genommen worden.

Die Produktionsmittel werden im Globalzuteilungssystem, wie gesagt, den Betriebskollektiven als Gemeinschaftseigentum übergeben. In der Massen- und Großproduktion ist diese Eigentumsform hochproduktiv. Aber in bestimmten Gewerben erzeugen die hohe Flexibilität der Entscheidungsfindung in kleinen warenproduzierenden Privatunternehmen, der hohe Zeitaufwand, das große Engagement und die intensive organisatorische und schöpferische Arbeit der Privatbesitzer sowie andere Umstände, eine höhere Arbeitsproduktivität, als sie in großen Konzernen für die gleiche Produktion möglich wäre. Die Millionen kleinen

Privatunternehmen liefern Erzeugnisse und Dienstleistungen, die von ganz erheblicher volkswirtschaftlicher Bedeutung sind, und die in den genannten Zweigen, Branchen, und Nischen mit höherer Arbeitsproduktivität als in großen Konzernen produziert werden können, jedenfalls in der Gegenwart und in der nahen Zukunft. In ihrer großen Zahl leisten die kleinen privaten Warenproduzenten einen wichtigen Beitrag für eine hohe volkswirtschaftliche Arbeitsproduktivität. Die kleinen privaten Warenproduzenten beschäftigen keine oder nur wenige Lohnarbeiter, so daß Ausbeutung der Lohnarbeit überhaupt nicht oder nur in geringem Umfang möglich ist. Die kleine private Warenproduktion sollte deshalb durch den sozialistischen Staat nicht behindert, sondern gefördert werden. Neben dem genossenschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln und Volkseigentum an den Produkten in der Zuteilungswirtschaft, sollte auch die kleine und möglicherweise auch ein Teil der mittelständischen privaten Warenproduktion noch lange Zeit erhalten bleiben.

Die Produktionsmittel gehören im sozialistischen Zuteilungssystem den Betriebskollektiven bzw. Genossenschaften, aber das Gesamtprodukt der sozialistischen Wirtschaft in Natural- und Geldform gehört unmittelbar nach der Produktion dem Volk. Erst mit der Zuteilung der Globalgeldbeträge an die sozialistischen Unternehmenvereinigungen VSU verwandelt sich das Volkseigentum in betriebskollektives Eigentum.

Nach den Globalzuteilungen aus dem gesamtgesellschaftlichen Fonds an die Kommunalverbände verwandelt sich dieses Vermögen in Eigentum der Mitglieder der Kommunen. In unserem Volkswirtschaftsmodell bestehen daher Volkseigentum, betriebskollektives bzw. genossenschaftliches Eigentum, kommunales Eigentum und kleines und mittleres Privateigentum "pluralistisch" nebeneinander.

Das sozialistische Globalzuteilungssystem kann zusammenfassend wie folgt beschrieben werden:

Die Volkswirtschaftszentrale überläßt den Betrieben und ihren Vereinigungen VSU die Erforschung der Nachfrage nach den Erzeugnissen der Volkswirtschaft in ihrer Riesenzahl (in der DDR gab es einen zentralen Artikelkatalog mit 100Millionen verschiedenen Erzeugnissen. Siehe Siegfried Wenzel, Plan und Wirklichkeit, St.Katharinen 1998, S.140, **(LH 37)**), die für das reibungslose Zusammenspiel der volkswirtschaftlichen Prozesse alle gleichermaßen wichtig sind, falls sie tatsächlich nachgefragt werden, und spezialisiert sich auf die monetäre Gesamtproduktionsplanung sowie die globale Verteilung der finanziellen Mittel. Damit entsteht eine ökonomisch hocheffiziente Arbeitsteilung zwischen den Kombinat und ihren Betrieben und der Volkswirtschaftszentrale. Widersprüche zwischen zentralstaatlicher Planung und

betrieblicher Planung können so vermieden werden. Die Volkswirtschaftsplanung wird in diesem System wichtiger denn je, aber sie widerspricht nicht mehr den progressiven Elementen der Marktwirtschaft. Die spontanen Kräfte der Marktregulierung, durch welche selbsttätig ein optimaler volkswirtschaftlicher Naturalplan als Summe der Pläne aller Betriebe entsteht, und durch welche optimale Allokationen der finanziellen Mittel und des Arbeitseinsatzes möglich werden, können in einem solchen ökonomischen System mindestens gleich gut wie in der privatkapitalistischen Wirtschaft genutzt werden, während andererseits der gemeinschaftlich produzierte Reichtum durch den volkswirtschaftlichen Ausgabenplan ökonomisch effizient und sozial gerecht nach demokratischen gesamtgesellschaftlichen Übereinkünften verteilt werden kann. Außerdem ist auf dieser Basis eine volkswirtschaftliche Wachstumsplanung möglich, die im Überlebenskampf der menschlichen Gesellschaft dringend notwendig geworden ist. In der kapitalistischen Wirtschaft hingegen wächst die Weltproduktion unregulierbar exponentiell, solange dies möglich ist.

Das Geld ist im neuen ökonomischen System, wie gesagt, unverzichtbar, aber das in Krisenzeiten überaus gefährliche Kreditsystem, durch welches die finanziellen Beziehungen enorm verkompliziert und verdunkelt werden, und durch welches heute ganze Länder in den Abgrund getrieben werden, wird nicht mehr gebraucht. Mit den Worten von Herbert Niemann gesagt, wird in der sozialistischen Wirtschaft das zinstragende Geldkapital überflüssig wie ein Kropf. (LH 38 Herbert Niemann, UTOPIE kreativ, Juli 1999, S.29). Durch die großen gemeinschaftlichen Geldfonds der sozialistischen Unternehmenvereinigungen VSU (Kombinate) können kurzzeitige Differenzen zwischen den Einnahmen und Ausgaben ihrer Betriebe hervorragend ausgeglichen werden, insbesondere dann, wenn dem Kombinat ein relativ großer Geldreservefonds zur Verfügung steht. Das sozialistische Geldzuteilungssystem, der "große Topf der Gemeinschaft", macht die privaten Kapitalsammelstellen i.w.S. und damit das bürgerliche Bankensystem überflüssig. Er stellt eine ideale Geldsammelstelle dar. Die Rückzahlung einer Zuteilung, vielleicht sogar noch mit Zinsaufschlägen, erübrigt sich, da mit dem Verkauf der Erzeugnisse und Dienstleistungen der sozialistischen Betriebe die finanziellen Mittel ohnehin in den zentralen volkswirtschaftlichen Fonds zurückfließen und den Kombinat im Rahmen des Plans wieder zugeteilt werden.

Da jedoch unmittelbar nach dem Übergang zur Sozialwirtschaft in den meisten oder allen Volkswirtschaften voraussichtlich ein Sektor privater Warenproduktion erhalten bleibt (kleine und mittlere Warenproduktion), wird das Kreditsystem nicht vollständig überflüssig. Der Erhalt eines möglicherweise staatlichen, herkömmlichen Bankensystems ist für diesen Sektor also möglicherweise noch notwendig. Die Einführung des Globalzuteilungssystem in der

sozialistischen Wirtschaft muß auch nicht zu grundlegenden Modifikationen oder zur Abschaffung des Sparkassensystems für private Haushalte führen.

Marx hat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich Geld nur unter ganz bestimmten ökonomischen bzw. sozialen Verhältnissen in Kapital verwandelt. Sowohl das Geldkapital im allgemeinen, als auch das Leihkapital werden überflüssig, wenn der Warenaustausch konsequent aufgehoben und durch das sozialistische Zuteilungssystem ersetzt wird. Geldkapital ist Geld, welches sich durch Ausbeutung von Lohnarbeit (durch Produktion von Mehrwert) in mehr Geld verwandelt (**LH 39** Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, S.161 ff, Verwandlung von Geld in Kapital, oder MEW Bd.23, S.161 ff). Wenn der Warenaustausch aufgehoben und das Profitziel durch das Ziel "Befriedigung der zahlungsfähigen Nachfrage" ersetzt wird, dann kann Geld prinzipiell nicht mehr als Geldkapital fungieren. **Das sozialistische Zuteilungssystem bewahrt also das Geld, aber nicht das Geldkapital.**

Mit der Herausbildung und dem Wachstum der Konzerne entstehen die Methoden der Naturalproduktionsplanung in hinreichend großen Systemen und damit die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für den Übergang zur Sozialwirtschaft naturwüchsig im Schoß der kapitalistischen Gesellschaft. Aber die Prinzipien der neuen Volkswirtschaftsplanung müssen durch theoretische Vorarbeiten geklärt werden - man kann in dieser Hinsicht keine Geschenke der Natur erwarten. Und ohne revolutionäre Änderungen der Eigentumsverhältnisse in den Produktionssystemen können die neuen Formen der Wirtschaftsorganisation nicht verwirklicht werden. Daß zu ihrer Realisierung ein harter Kampf erforderlich ist, versteht sich von selbst. Und die Hauptakteure in diesem Kampf können natürlich nicht die Nutznießer der alten Ordnung sein - der Klassenkampf ist also unverzichtbar.

Zur Klasse der Lohnarbeiter zählen natürlich nicht nur die unmittelbaren Produktionsarbeiter, nicht nur die Handarbeiter, sondern auch die Ingenieure, Technologen, Ökonomen und Manager der Betriebe, also die Kopfarbeiter, insofern ihr Haupteinkommen der Lohn (einschließlich Gehalt) ist. Auch die Arbeiter und Angestellten der warenproduzierenden Dienstleistungsunternehmen, z.B. auch die des Verkehrswesens, des Handels und der Banken, zählen im politökonomischen Sinn zur Klasse der Lohnarbeiter, also zum Proletariat.

Die kleinen Selbständigen, die keine Lohnarbeiter beschäftigen, darunter selbständige Bauern, Handwerker, Händler, gehören weder der Kapitalistenklasse noch der Arbeiterklasse an; aber sie stehen der Arbeiterklasse nahe, insbesondere deshalb, weil ihr Einkommen ganz oder zum großen Teil das Produkt ihrer eigenen Arbeit ist. Den kleinen Selbständigen droht ständig der "Abstieg" in die Arbeiterklasse (massenhafte Ruinierung von Kleinunternehmen ist ständiger

Begleiter der kapitalistischen Entwicklung). Sie sind von der Großbourgeoisie abhängig und werden durch diese reglementiert und in versteckten Formen ausgebeutet.

Andererseits nähern sich die kleinen Warenproduzenten mit wachsender Zahl der beschäftigten Lohnarbeiter dem Status des kapitalistischen Warenproduzenten, und es ist klar, daß es zwischen kleinen nichtkapitalistischen und kapitalistischen Unternehmen fließende Übergänge gibt.

Nicht zur Arbeiterklasse zählen auch die Beamten. Allerdings steht auch ein Teil der Beamten der Arbeiterklasse nahe, beispielsweise Beamte der Eisenbahnen, der Post, der Telekommunikationsunternehmen, oder ein Teil der Wissenschaftler staatlicher Institutionen, insbesondere dann, wenn sie Arbeiterfamilien entstammen, oder wenn sie vorübergehend als Arbeiter oder Angestellte gearbeitet haben.

Die große Mehrheit der Bevölkerung in den Industrieländern bilden in unserer Zeit die Lohnarbeiter, also die Arbeiter und Angestellten, darunter die hochqualifizierten Facharbeiter, Automateinrichter und Instandhalter, Elektronikfacharbeiter, Chemiker, Physiker, Mathematiker, Ingenieure und Wissenschaftler der Produktionsbetriebe aller Sektoren, der Industrie, der Landwirtschaft, des Verkehrswesens, des Handels und des restlichen Dienstleistungssektors. Und ein beträchtlicher Teil der kleinen Selbständigen stehen, wie gesagt, der Arbeiterklasse nahe. Der Anteil der Arbeiterklasse (Handarbeiter und Kopfarbeiter) und der ihr sehr nahestehenden Schichten liegt heute in den Industrieländern in der Nähe von 90% der erwerbstätigen Bevölkerung.

Die Großbourgeoisie hingegen, welche die Arbeiterklasse und die kleinen Selbständigen unterdrückt und den Löwenanteil des gemeinschaftlich produzierten Reichtums an sich reißt, stellt in allen kapitalistischen Ländern nur einen kleinen Bruchteil der Erwerbstätigen dar.

Die obige Skizzierung der Klassenverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft stützt sich im wesentlichen auf Marxens Theorie. Hinweise auf seine Aussagen zu diesem Thema im einzelnen findet man z.B. im Artikel "Die Klassenanalyse von Marx" von Wal Buchenberg in "Marxistische Blätter", Heft 2, 2002, S.65 ff, (**LH 40**). Unter anderem enthält dieser Artikel folgendes Marxzitat:



"Mit der Entwicklung der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise, wo viele Arbeiter an der Produktion derselben Ware zusammenarbeiten, muß natürlich das Verhältnis, worin ihre Arbeit unmittelbar zum Gegenstand der Produktion steht, sehr

verschieden sein. Z.B. die ... Handlanger in einer Fabrik haben nichts direkt mit der Bearbeitung des Rohstoffs zu tun. Die Arbeiter, die die Aufseher der direkt mit dieser Bearbeitung zu tun Habenden bilden, stehn einen Schritt weiter ab; der Ingenieur hat wieder ein andres Verhältnis und arbeitet hauptsächlich nur mit seinem Kopfe ect. Aber das Ganze dieser Arbeiter, die Arbeitsvermögen von verschiedenem Wert besitzen, ... produzieren das Resultat, das sich ... in Ware oder einem materiellen Produkt ausspricht; und alle zusammen ... sind die lebendige Produktionsmaschine dieser Produkte, wie sie, den gesamten Produktionsprozeß betrachtet, ihre Arbeit gegen Kapital austauschen und das Geld der Kapitalisten als Kapital reproduzieren, d.h. als sich verwertenden Wert, sich vergrößernden Wert.

Es ist eben das Eigentümliche der kapitalistischen Produktionsweise, die verschiedenen Arbeiten, also auch die Kopf- und Handarbeiten - oder die Arbeiten, in denen die eine oder die andre Seite vorwiegt, - zu trennen und an verschiedene Personen zu verteilen, was jedoch nicht hindert, daß das materielle Produkt das gemeinsame Produkt dieser Personen ist oder ihr gemeinsames Produkt in materiellen Reichtum vergegenständlicht; was andererseits ebenso wenig hindert oder gar nichts daran ändert, daß das Verhältnis jeder einzelnen dieser Personen das des Lohnarbeiters zum Kapital und in diesem eminenten Sinn das des produktiven Arbeiters ist. Alle diese Personen sind nicht nur unmittelbar in der Produktion von materiellem Reichtum beschäftigt, sondern sie tauschen ihre Arbeit unmittelbar gegen das Geld als Kapital aus und reproduzieren daher unmittelbar außer ihrem Salair (=Lohn) einen Mehrwert für den Kapitalisten. Ihre Arbeit besteht aus bezahlter Arbeit plus unbezahlter Surplusarbeit (=Mehrarbeit)." (Karl Marx, **LH 41** MEW Bd26.1, S.386f).

4. Näheres zur volkswirtschaftlichen Globalplanung

4.1. Planung des Gesamtprodukts

4.1.1 In einer reinsozialistischen geschlossenen Volkswirtschaft

Der Volkswirtschaftsplanung kann das Modell nach **ABB 2** zugrunde gelegt werden.

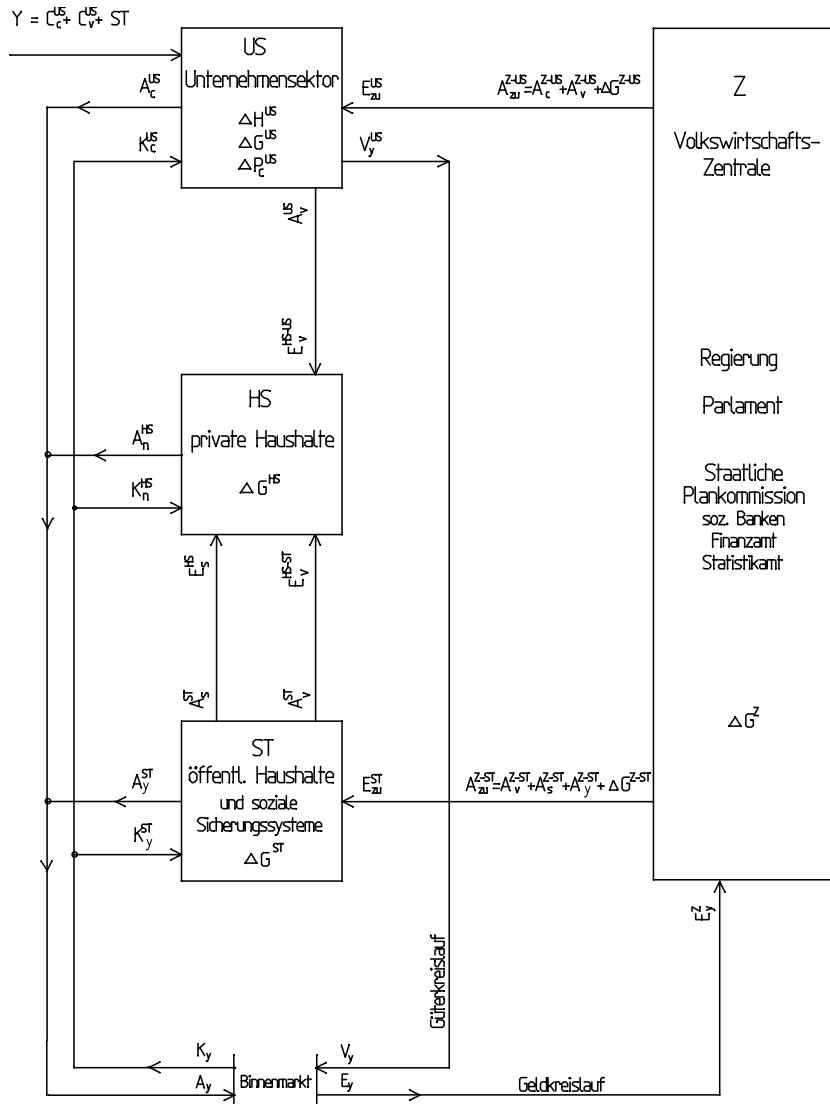


ABB2 Modell GM-Vs/g sozialistische Volkswirtschaft; geschlossenes System mit Sektorendifferenzierung (Güter- und Geldkreislauf)

Es werden die Hauptflußgrößen Y (Gesamtprodukt), C (Gesamtverbrauch), V (Gesamtumsatz), K (Gesamtkäufe), E (Gesamteinnahmen), und A (Gesamtausgaben) unterschieden. Die Verbindungslinien zwischen den Struktureinheiten US (Unternehmensektor), HS (Sektor private Haushalte), ST (Sektor öffentliche Haushalte), und Z (Volkswirtschaftszentrale) symbolisieren die Güter- und Geldflüsse zwischen den Teilsystemen. Die Zuflüsse vergrößern und die Abflüsse verkleinern die Erzeugnisbestände $H(t)$, die Geldbestände $G(t)$, und die fungierenden Bestände $P(t)$. Für den Zuwachs der Erzeugnisbestände gilt die Beziehung $\Delta H = Y - V$, für den Zuwachs der Geldbestände gilt $\Delta G = E - A$, und für den Zuwachs der fungierenden Bestände (Gebrauchsvermögen) gilt $\Delta P = K - C$ (Näheres siehe Band 1).

Der Produktionsmittelverbrauch, als Teil des Gesamtverbrauchs C , erhielt das Symbol C_c , und der Lohnverbrauch das Symbol C_v , und der Konsumtionsmittelverbrauch das Symbol C_n . Das Zeichen ST bezeichnet die Steuern und Abgaben. Der Wert des Gesamtprodukts ist $Y = C_c + C_v + ST$. In der folgenden Übersicht sind die wichtigsten Beziehungen im neuen System für die rein sozialistische Volkswirtschaft aufgelistet:

$Y = C_c + N$ $Y = C_c^{US} + C_c^{ST} + N$	Gesamtprodukt Form 1
$Y = C_c^{US} + C_v^{US} + ST$	Gesamtprodukt Form 2
$Y = C_K^{US} + ST$	Gesamtprodukt Form 3
$Y = C_K^{US} \cdot (1 + st')$	Gesamtprodukt Form 4 (Preis des Gesamtprodukts)
$C_K^{US} = C_c^{US} + C_v^{US}$	Kosten des Unternehmensektors
$st' = \frac{ST}{C_K^{US}}$	Aufschlagsatz (Steuer- und Abgabensatz)

$N = \frac{t_n}{w_G} = \frac{t_n^{US} + t_n^{ST}}{w_G}$	produziertes Nationaleinkommen
$N = C_V^{US} + ST - C_C^{ST}$ $N = C_V^{US} + ST - C_C^{ST} = \frac{t_n}{w_G}$	produziertes Nationaleinkommen
$N = Y - C_C^{US} - C_C^{ST}$	produziertes Nationaleinkommen
$ST = N - C_V^{US} + C_C^{ST}$	Aufschlag auf die Kosten des Unternehmensektors
$ST = C_C^{ST} + C_V^{ST} + C_G^{ST} + A_S^{ST} + \Delta P + \Delta H$	Aufschlag auf die Kosten des Unternehmensektors
$ST = K_C^{ST} + K_G^{ST} + A_V^{ST} + A_S^{ST} + \Delta P_{rest} + \Delta H$	Aufschlag auf die Kosten des Unternehmensektors
$K_y^{ST} = K_C^{ST} + K_G^{ST}$	Gesamtkäufe des Sektors ST
$w_G = \frac{t_n}{N}$	Geldwert
$t_n = N \cdot w_G$	Im produzierten Gesamteinkommen N enthaltene Arbeitszeit

Liste der Symbole:

Y Gesamtprodukt

N produziertes Gesamteinkommen (Neuwert)

w_G Geldwert

$t_n = t_n^{US} + t_n^{ST}$ Gesamtarbeitszeit in der sozialistischen Volkswirtschaft
(Gesamtarbeitszeit Unternehmensektor und Staatssektor)

C_c^{US} Produktionsmittelverbrauch des Unternehmensektors

C_v^{US} Lohnverbrauch des Unternehmensektors

C_K^{US} Kosten des Unternehmensektors

st' Aufschlagsatz ("Steuern und Abgabensatz")

ST Aufschlag auf die Kosten des Unternehmensektors

C_c^{ST} Produktionsmittelverbrauch des Sektors ST

C_v^{ST} Lohnverbrauch des Sektors ST

C_g^{ST} Verbrauch von Gütern der gemeinschaftlichen Nutzung

K_g^{ST} Käufe von Gütern der gemeinschaftlichen Nutzung des Sektors ST

K_c^{ST} Produktionsmittelkäufe für die eigene Arbeit des Sektors ST

K_y^{ST} Gesamtproduktkäufe des Sektors ST

A_s^{ST} Ausgaben des Sektors ST für Sozialeinkommen

ΔP Zuwachs des Gebrauchsvermögens aller Sektoren. Der Zuwachs des Gebrauchsvermögens (ohne Zuwachs des Sektors ST) enthält als wichtigsten Teil den Zuwachs des Anlagevermögens des Unternehmensektors ΔP_a^{US} , welcher neben dem Anlageproduktionsmittelverbrauch C_a^{US} Teil der Anlage-Investitionen des Unternehmensektors $K_a^{US} = C_a^{US} + \Delta P_a^{US}$ ist.

ΔP_{rest} restlicher Zuwachs des Gebrauchsvermögens (ohne Zuwachs des Sektors ST)

ΔH Zuwachs der Produktvorräte für den Verkauf insgesamt

Nach dem wichtigsten Prinzip der neuen Volkswirtschaftsplanung, welches Hauptbedingung der globalen Produktionsplanung genannt werden soll, wird der nominale Wert des Gesamtprodukts der sozialistischen Wirtschaft durch die aufgewandte Arbeitszeit $t = \frac{t_n}{n'}$ und den Geldwert w_G bestimmt. Es gilt:

$Y = \frac{t_n}{n' \cdot w_G} = C_c^{US} + C_v^{US} + ST$	<p>Hauptbedingung der globalen Produktionsplanung</p> $n' = \frac{N}{Y} = 1 - c'$
---	---

Ändert sich die durchschnittliche volkswirtschaftliche Neuertrate n' nicht oder nur unwesentlich, dann enthält die Formel des Gesamtprodukts $Y = \frac{t_n}{n' \cdot w_G}$ als einzige unabhängige Variable die Arbeitszeit t_n (der Geldwert $w_G = \frac{t_n}{N}$ wird im Globalzuteilungssystem normalerweise als eine Konstante vorgegeben). Damit hängt der Plan des Gesamtprodukts Y also nur noch vom Arbeitszeitplan ab.

Das produzierte Gesamteinkommen N ist Teil des Gesamtprodukts $Y = C_c + N$. Liegt der Geldwert w_G fest, dann ist das planmäßig zu produzierende Einkommen $N = \frac{t_n}{w_G}$ ebenfalls nur von der Arbeitszeit t_n abhängig. Da normalerweise der produzierte Wert mit der Rate der Arbeitszeit wachsen soll, gilt für den Plan des Gesamteinkommens normalerweise:

$N = \frac{t_n}{w_G} = C_v^{US} + ST - C_c^{ST}$	Hauptbedingung der globalen Einkommenplanung
--	---

Sieht der Plan in der Jahresperiode z.B. eine Gesamtarbeitszeit der sozialistischen Wirtschaft von $t_n = 50 \text{ Mrd.h}$ vor, und wurde der Geldwert auf $w_G = \frac{t_n}{N} = 0,025 \text{ h/DM}$ festgelegt, dann wird im Normalfall ein Gesamteinkommen im Betrag von $N = \frac{t_n}{w_G} = \frac{50 \text{ Mrd.h}}{0,025 \text{ h/DM}} = 2000 \text{ Mrd.DM}$ eingeplant. Wird eine volkswirtschaftliche Neuertrate von $n'=0,4$ prognostiziert, dann liegt auch der Planbetrag des Gesamtprodukts nominal mit

$$Y = \frac{t_n}{n' \cdot w_G} = \frac{50 \text{ Mrd.h}}{0,4 \cdot 0,025 \text{ h/DM}} = 5000 \text{ Mrd.DM} \text{ fest.}$$

Die Erzeugnisprogramme der Unternehmen werden hierbei durch den Staat in keiner Weise berücksichtigt. Die staatliche Plankommission mischt sich prinzipiell nicht in die konkrete Produktionsplanung der Betriebe ein.

4.1.2 Globale Produktionsplanung in einer offenen Volkswirtschaft mit sozialistischem und privatem Sektor

Bisher wurde der Volkswirtschaftsplanung ein Modell einer geschlossenen, reinsozialistischen Wirtschaft zugrunde gelegt; in der realen Welt spielen aber auch internationale Güter- und Geldflüsse eine wichtige Rolle, und darüber hinaus ist nicht zu erwarten, daß erstens, unmittelbar nach der sozialistischen Revolution alle Privatunternehmen der Volkswirtschaft aufgelöst, und daß zweitens, der Sozialismus in allen Ländern der Erde gleichzeitig erfolgreich sein wird. Es sollte also damit gerechnet werden, daß zunächst noch national und international private Warenwirtschaftssysteme fortbestehen werden. Im folgenden wird vorausgesetzt, daß eine offene Volkswirtschaft vorliegt, in welcher sowohl ein sozialistischer Sektor mit Zuteilungswirtschaft, als auch ein privater Sektor mit Warenwirtschaft gleichberechtigt nebeneinander existieren. Der Anteil des sozialistischen Sektors am volkswirtschaftlichen Gesamtprodukt soll in der Annahme der größere sein.

Es gibt gegenwärtig und sicher auch in der nächsten Zukunft eine Palette von Produkten, die durch einfache Warenproduzenten (Familienbetriebe ohne Lohnarbeiter) oder durch mittlere kapitalistische Unternehmen billiger produziert werden können, als durch die großen Unternehmenvereinigungen bzw. Konzerne. Die Konzerne sind zwar in der Groß- und Massenproduktion ökonomisch weit überlegen, aber es verbleiben spezielle Produktionen, die für kleine Privatunternehmen besser geeignet sind. Es gibt meines Erachtens keinen Grund dafür, die kleine private Warenproduktion dort, wo sie ökonomisch den Konzernen überlegen ist, nicht zuzulassen oder durch den sozialistischen Staat zu behindern. Produktive private Kleinunternehmen und möglicherweise ein Teil der mittelständischen Privatunternehmen sollten meines Erachtens noch lange Zeit durch den sozialistischen Staat gefördert werden. Man würde andernfalls nur eine wichtige volkswirtschaftliche Produktivkraft aus der Hand geben. Die Produktionsmittel der Konzerne und der großen Banken hingegen sollten vergesellschaftet werden. Damit wird die Herrschaft der reichen Oberschicht, der Oligarchie des Industrie- und Finanzkapitals und ihrer Vertreter im Staat gebrochen, die Staatsbeamten und Volksvertreter können tatsächliche Interessenvertreter der Mehrheit des Volkes werden, die Macht- und Eigentumsverhältnisse im Volkswirtschaftssystem werden damit bereits grundsätzlich verändert.

Ein Großteil der kleinen und mittleren Warenproduzenten steht im bürgerlichen Staat unter dem Diktat der reichen Oberschicht und großen Konzerne. Nach der Entmachtung der letzteren könnte der sozialistische Staat für die kleine und mittlere Warenproduktion sehr wahrscheinlich bessere Bedingungen schaffen, als dies im bürgerlichen Staat möglich ist.

Auch in Bezug auf die Regelung der volkswirtschaftlichen Zirkulationsprozesse stellt die kleine und mittlere Warenproduktion wahrscheinlich keine Gefahr dar. Auf Basis eines hinreichend großen Sektors der Zuteilungswirtschaft kann der Staat volkswirtschaftlichen Überproduktionserscheinungen jederzeit in beliebigem Umfang entgegenwirken. Entsteht ein allgemeines volkswirtschaftliches Überangebot, dann wirken Stärkungen der monetären Gesamtnachfrage im Verhältnis zum Gesamtangebot gleichermaßen günstig für die sozialistische wie für die kleine und mittlere Privatwirtschaft.

Also auch dann, wenn die Warenwirtschaft in ganz beträchtlichem Umfang erhalten bleibt, entsteht ein neuartiges gesamtwirtschaftliches System, falls die großen Konzerne vergesellschaftet und an deren Stelle Vereinigungen sozialistischer Unternehmen gegründet werden, die ihre finanziellen Mittel für Produktionsmittelkäufe und Löhne nach dem im Abschnitt 2. beschriebenen Globalzuteilungssystem erhalten.

Im Modell GM-Vsw/oSek nach **ABB 3** sind erstens, die internationalen Güter- und Geldflüsse, d.h. der Export V_{exp} und Import K_{imp} von Erzeugnissen und Dienstleistungen und die zugehörigen Finanzflüsse, zweitens, internationale Zuteilungen A_{zu}^{welt} und E_{zu}^{welt} , sowie ein sozialistischer Unternehmensektor US und ein privater Unternehmensektor UP einbezogen. Es wurde damit ein offenes sozialistisches Volkswirtschaftssystem mit einem Anteil privater Warenproduktion modelliert.

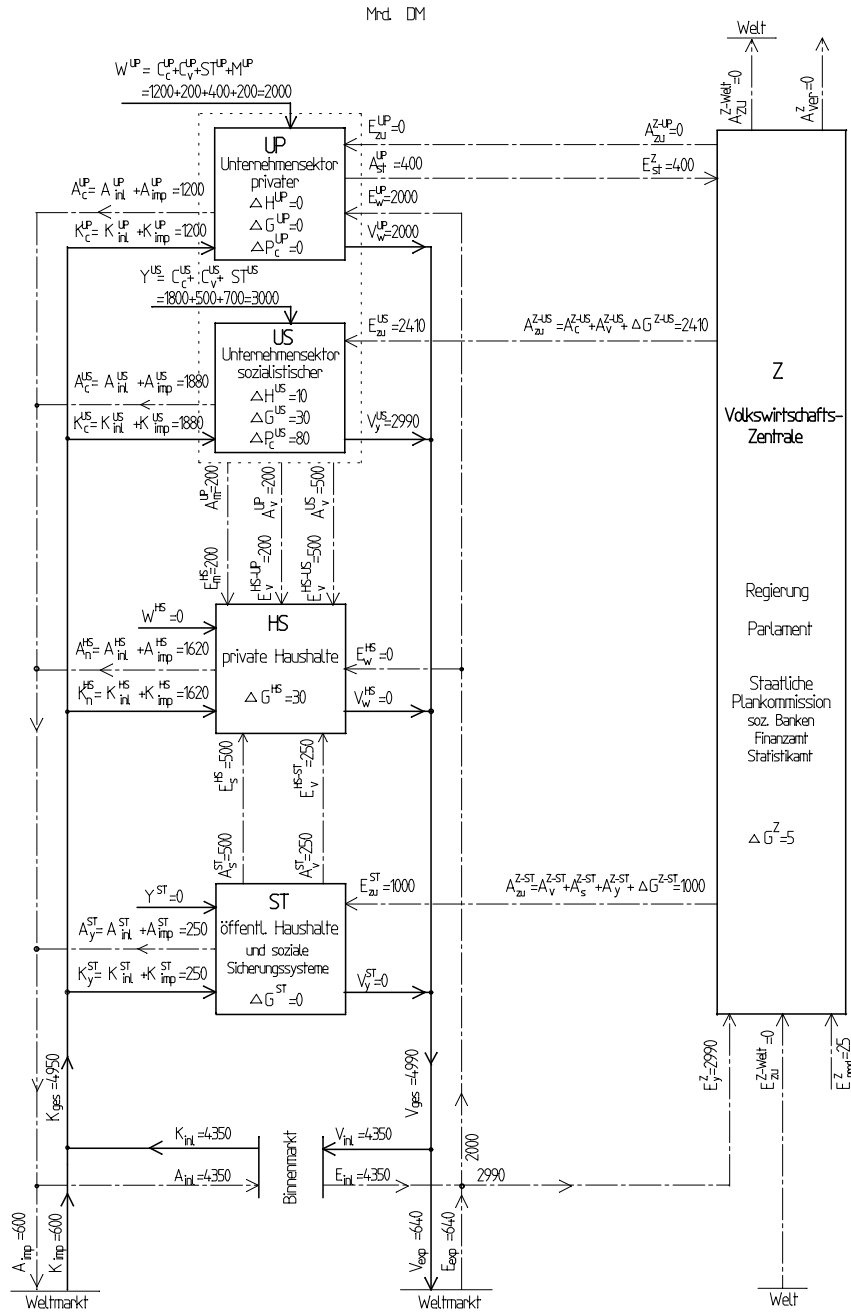


ABB3 Modell GM-Vsw/oSek sozialistische Volkswirtschaft mit Sektor "private Warenwirtschaft" offenes System

In der folgenden Liste sind alle Bedeutungen der Symbole des Modells GM-Vsw/oSek aufgeführt.

- W^{UP} Verkaufsprodukt privater Sektor (Warenprodukt)
- C_c^{UP} Produktionsmittelverbrauch privater Sektor
- C_u^{UP} Umlauf-Produktionsmittelverbrauch privater Sektor
- C_a^{UP} Anlage-Produktionsmittelverbrauch privater Sektor
- C_v^{UP} Lohnverbrauch (Netto) privater Sektor
- ST^{UP} Steuern und Abgaben privater Sektor
- M^{UP} Gewinn (Netto) privater Sektor

- Y^{US} Verkaufsprodukt sozialistischer Sektor
- C_c^{US} Produktionsmittelverbrauch sozialistischer Unternehmensektor
- C_v^{US} Lohnverbrauch (Netto) sozialistischer Unternehmensektor
- ST^{US} Aufschlag auf die Kosten des sozialistischen Unternehmensektors
- W^{HS} Verkaufsprodukt der privaten Haushalte (Warenprodukt)
- Y^{ST} Verkaufsprodukt des Staatssektors

- V_w^{UP} Produktverkäufe des privaten Unternehmensektors
- V_y^{US} Produktverkäufe des sozialistischen Unternehmensektors
- V_w^{HS} Produktverkäufe der privaten Haushalte (nichtgewerbliche Produktion)
- V_y^{ST} Produktverkäufe des Staatssektors
- V_{inl} Verkäufe inländischer Wirtschaftseinheiten an andere inländische Wirtschaftseinheiten (Binnenumsatz)
- V_{exp} Export (Erzeugnisse und Dienstleistungen) aller Sektoren
- V_{ges} Produktverkäufe aller Sektoren
- K_c^{UP} Produktkäufe privater Unternehmensektors
- K_{inl}^{UP} Käufe Privatsektor von anderen inländischen Wirtschaftseinheiten
- K_{imp}^{UP} Import (Erzeugnisse und Dienstleistungen) Privatsektor
- K_c^{US} Produktionsmittelkäufe sozialistischer Unternehmensektor

$K_{\text{ini}}^{\text{US}}$ Käufe soz. Unternehmensektor von anderen inländischen Wirtschaftseinheiten

$K_{\text{imp}}^{\text{US}}$ Import (Erzeugnisse und Dienstleistungen) sozialistischer

Unternehmensektors

K_n^{HS} Käufe durch private Haushalte

$K_{\text{ini}}^{\text{HS}}$ Käufe private Haushalte von anderen inländischen

Wirtschaftseinheiten

$K_{\text{imp}}^{\text{HS}}$ Import von Produkten (Erzeugnisse und Dienstleistungen) private

Haushalte

K_n^{ST} Käufe Staatssektor

$K_{\text{ini}}^{\text{ST}}$ Käufe Staatssektor von anderen inländischen Wirtschaftseinheiten

$K_{\text{imp}}^{\text{ST}}$ Import (Erzeugnisse und Dienstleistungen) Staatssektor

K_{ini} Käufe inländischer Wirtschaftseinheiten von anderen inländischen

Wirtschaftseinheiten (Binnenumsatz)

K_{imp} Import (Erzeugnisse und Dienstleistungen) durch alle Sektoren

K_{ges} Käufe aller Sektoren

$E_{\text{zu}}^{\text{UP}}$ Einnahmen des privaten Unternehmensektors durch Zuteilungen

E_{w}^{UP} Einnahmen des privaten Unternehmensektors aus Produktverkäufen

$E_{\text{zu}}^{\text{US}}$ Einnahmen des sozialistischen Unternehmensektors durch Zuteilungen

E_{w}^{HS} Einnahmen private Haushalte aus Produktverkäufen

$E_{\text{zu}}^{\text{ST}}$ Einnahmen des Staatssektors durch Zuteilungen

E_{ini} Einnahmen inländischer Wirtschaftseinheiten für Verkäufe an andere
inländische Wirtschaftseinheiten

E_{exp} Einnahmen aller Sektoren für exportierte Produkte

E_{y}^{Z} Einnahmen der Zentrale Z aus Produktverkäufen des sozialistischen
Sektors

E_{st}^{Z} Einnahmen Zentrale Z durch Steuern und Abgaben privater
Unternehmensektor

$E_{\text{zu}}^{\text{Z-Welt}}$ Einnahmen der Zentrale Z durch Zuteilungen von anderen Ländern

E_{prod}^Z Einnahmewachstum durch Geldschöpfung $E_{\text{prod}}^Z = G(t)_{\text{prod}} \cdot z_g$

$A_{\text{st}}^{\text{UP}}$ Steuern und Abgaben privater Unternehmensektor

A_{v}^{UP} Lohnausgaben privater Unternehmensektor

A_{m}^{UP} Gewinnauszahlungen privater Unternehmensektor an private Haushalte

A_{c}^{UP} Ausgaben für Produktkäufe privater Unternehmensektor

$A_{\text{inl}}^{\text{UP}}$ Ausgaben privater Unternehmensektor für Käufe von anderen
inländischen Wirtschaftseinheiten

$A_{\text{imp}}^{\text{UP}}$ Ausgaben privater Unternehmensektor für importierte Produkte

A_{c}^{US} Ausgaben sozialistischer Unternehmensektor für Produktkäufe

$A_{\text{inl}}^{\text{US}}$ Ausgaben sozialistischer Unternehmensektor für Käufe von anderen
inländischen Wirtschaftseinheiten

$A_{\text{imp}}^{\text{US}}$ Ausgaben sozialistischer Unternehmensektor für importierte
Produkte

A_{v}^{US} Ausgaben sozialistischer Unternehmensektor für Löhne und Gehälter

A_{n}^{HS} Ausgaben Sektor private Haushalte für Produktkäufe

$A_{\text{inl}}^{\text{HS}}$ Ausgaben Sektor private Haushalte für Käufe von anderen
inländischen Wirtschaftseinheiten

$A_{\text{imp}}^{\text{HS}}$ Ausgaben Sektor private Haushalte für importierte Produkte

A_{y}^{ST} Ausgaben des Staatssektors für Produktkäufe

$A_{\text{inl}}^{\text{ST}}$ Ausgaben des Staatssektors für Käufe von anderen inländischen
Wirtschaftseinheiten

$A_{\text{imp}}^{\text{ST}}$ Ausgaben des Staatssektors für importierte Produkte

A_{v}^{ST} Ausgaben des Staatssektors für Löhne und Gehälter

A_{s}^{ST} Ausgaben des Staatssektors für Sozialeinkommen

A_{inl} Ausgaben aller Sektoren für Käufe von anderen inländischen
Wirtschaftseinheiten

A_{imp} Ausgaben aller Sektoren für importierte Produkte

A_{ZU}^{Z-US} Zuteilung der Zentrale Z an sozialistischen Unternehmensektor

A_C^{Z-US} Zuteilung für Produktionsmittelkäufe der Zentrale Z an
sozialistischen Unternehmensektor

A_V^{Z-US} Zuteilung für Löhne und Gehälter der Zentrale Z an sozialistischen
Unternehmensektor

A_{ZU}^{Z-ST} Zuteilung der Zentrale Z an Staatssektor

A_V^{Z-ST} Zuteilung Löhne und Gehälter Zentrale Z an Staatssektor

A_S^{Z-ST} Zuteilung für Sozialeinkommen Zentrale Z an Staatssektor

A_n^{Z-ST} Zuteilung der Zentrale Z für Käufe des Staatssektors

A_{ZU}^{Z-Welt} Zuteilung an andere sozialistische Länder

A_{ver}^Z Geldvernichtung (Geldverschleiß)

ΔH^{UP} Zuwachs des Erzeugnisbestands privater Unternehmensektor

ΔG^{UP} Zuwachs des Geldbestands privater Unternehmensektor

ΔP_c^{UP} Zuwachs produktives Vermögen privater Unternehmensektor

ΔH^{US} Zuwachs des Erzeugnisbestands sozialistischer Unternehmensektor

ΔG^{US} Zuwachs des Geldbestands sozialistischer Unternehmensektor

ΔP_c^{US} Zuwachs produktives Vermögen sozialistischer Unternehmensektor

ΔG^{HS} Zuwachs des Geldbestands private Haushalte

ΔG^{ST} Zuwachs des Geldbestands des Staatssektors

ΔG^Z Zuwachs des Geldbestands der Volkswirtschaftszentrale Z

Die Einnahmen und Ausgaben der Volkswirtschaftszentrale Z können durch folgende globale Finanzbilanz erfaßt werden (die eingetragenen Zahlen entsprechen dem Beispiel nach ABB3):

Finanzbilanz der Zentrale Z (Plan)	
Einnahmen Mrd.DM	Ausgaben (Zuteilungen) Mrd.DM
$E_y^Z = 2990$ aus Produktverkauf <u>davon:</u> 2550Mrd.DM Landeswährung 440Mrd.DM Devisen $E_{st}^Z = 400$ Steuern und Abgaben der Privatwirtschaft $E_{prod}^Z = 25$ durch Geldschöpfung $E_{zu}^{welt} = 0$ Zuteilung von anderen Ländern	$A_C^{Z-US} = 1880$ Prod.M.. Sektor US <u>davon:</u> 480 Mrd.DM Landeswährung 400 Mrd.DM Devisen $A_V^{Z-US} = 500$ Löhne des Sektors US $A_V^{Z-ST} = 250$ Löhne und Gehälter Sektor ST $A_S^{Z-ST} = 500$ Sozialeinkommen $A_n^{Z-ST} = 250$ Käufe des Sektors ST <u>davon:</u> 210 Mrd.DM Landeswährung 40 Mrd.DM Devisen $A_{zu}^{Z-Welt} = 0$ Mrd.DM Zuteilungen an andere sozialistische Länder $\Delta G^{US} = 30$ Zuwachs Geldreserve US $\Delta G^{ST} = 0$ Zuwachs Geldreserve ST $\Delta G^Z = 5$ Zuwachs Geldreserve Z
3415	3415

Im Beispiel werden Einnahmen der Zentrale Z aus Produktverkäufen der sozialistischen Wirtschaft im Betrag von $E_y^Z = 2990$ Mrd.DM eingeplant, davon 2550 Mrd.DM in der Landeswährung, und Devisen im Wert von 440 Mrd.DM. Die Einnahmen durch Steuern und Abgaben des Privatsektors wurden auf $E_{st}^Z = 400$ Mrd.DM veranschlagt. Für die um 2% wachsende Güterzirkulation werden planmäßig $E_{prod}^Z = 25$ Mrd.DM durch Geldproduktion (Geldschöpfung) bereitgestellt. Die planmäßigen Gesamteinnahmen der Zentrale Z betragen damit $E^Z = E_y^Z + E_{st}^Z + E_{prod}^Z = 2990 + 400 + 25 = 3415$ Mrd.DM.

Der Ausgabenplan der Zentrale Z sieht eine Zuteilung an den sozialistischen Unternehmensektor US für Produktionsmittelkäufe im Betrag von $A_C^{Z-US} = 1880 \text{ Mrd.DM}$, davon 1480 Mrd.DM in Landeswährung und Devisen im Wert von 400 Mrd.DM, und eine Zuteilung für Nettolöhne und Gehälter an den gleichen Sektor im Betrag von $A_V^{Z-US} = 500 \text{ Mrd.DM}$ und eine Zuteilung zur Vergrößerung der Geldreserven des Unternehmensektors im Betrag von $\Delta G^{US} = 30 \text{ Mrd.DM}$ vor. Die Zuteilung der Zentrale Z an den sozialistischen Unternehmensektor US beträgt damit insgesamt

$$A_{ZU}^{Z-US} = A_C^{Z-US} + A_V^{Z-US} + \Delta G^{Z-US} = 1880 + 500 + 30 = 2410 \text{ Mrd.DM}.$$

Die planmäßige Zuteilung für den Staatssektor ST ist

$$A_{ZU}^{Z-ST} = A_V^{Z-ST} + A_S^{Z-ST} + A_n^{Z-ST} + \Delta G^{Z-ST} = 250 + 500 + 250 + 0 = 1000 \text{ Mrd.DM}, \text{ davon}$$

$A_V^{Z-ST} = 250 \text{ Mrd.DM}$ für Nettolöhne und Gehälter der Beschäftigten des Staatssektors, und

$A_S^{Z-ST} = 500 \text{ Mrd.DM}$ für Sozialeinkommen (Netto), und $A_n^{Z-ST} = 250 \text{ Mrd.DM}$ für Käufe des

Staatssektors ST, und $\Delta G^{ST} = 0$ für den Zuwachs der Geldreserve.

Der Finanzbilanz der Zentrale Z liegt folgende volkswirtschaftliche Aufkommen- und Verwendungsbilanz zugrunde:

Volkswirtschaftliche Aufkommen- und Verwendungsbilanz (Plan)	
Aufkommen Mrd.DM	Verwendung Mrd.DM
$Y^{US} = 3000$ Verkaufsprodukt US $C_u^{US} = 1650$ UPM-Verbrauch US $C_a^{US} = 150$ APM-Verbrauch US $C_v^{US} = 500$ Nettolohn US $ST^{US} = 700$ Kostenaufschlag $W^{UP} = 2000$ Verkaufsprodukt UP $C_u^{UP} = 1100$ UPM-Verbrauch UP $C_a^{UP} = 100$ APM-Verbrauch UP $C_v^{UP} = 200$ Nettolohn UP $ST^{UP} = 400$ Abgaben UP $M^{UP} = 200$ Nettogewinn UP $Y^{HS} = 0$ Verkaufsprodukt Sek. ST $W^{HS} = 0$ Warenprodukt Sek. HS $K_{imp} = 600$ Import von Gütern und Dienstleistungen	$K_{ges} = 4950$ Käufe aller Sektoren $K_c^{US} = 1880$ Mrd.DM $K_u^{US} = 1655$ $C_u^{US} = 1650$ $\Delta P_u^{US} = 5$ $K_a^{US} = 225$ $C_a^{US} = 150$ $\Delta P_a^{US} = 75$ $K_{inl}^{US} = 1520$ $K_{imp}^{US} = 360$ $K_c^{UP} = 1200$ $K_{inl}^{UP} = 1000$ $K_{imp}^{UP} = 200$ $K_n^{HS} = 1620$ $K_{inl}^{HS} = 1620$ $K_{imp}^{HS} = 0$ $K_n^{ST} = 250$ $K_{inl}^{ST} = 210$ $K_{imp}^{ST} = 40$ $\Delta H = 10$ Zuwachs Erzeugnisbestand $V_{exp} = 640$ Export von Gütern und Dienstleistungen
5600	5600

Das Gesamtprodukt Y_{ges} der Volkswirtschaft wird ermittelt, indem zum Umsatz V jedes Sektors die Änderung des Erzeugnisvorrats ΔH addiert wird. Es gilt:

$$Y_{ges} = Y^{US} + Y^{ST} + W^{UP} + W^{HS}$$

$$Y_{ges} = V^{US} + \Delta H^{US} + V^{UP} + \Delta H^{UP} + V^{ST} + \Delta H^{ST} + V^{HS} + \Delta H^{HS}$$

$$Y_{ges} = 2990 + 10 + 2000 + 0 + 0 + 0 + 0 + 0 = 5000 \text{ Mrd.DM}$$

Der Gesamtumsatz aller inländischen Wirtschaftseinheiten beträgt im Beispiel

$$V_{\text{ges}} = V^{\text{US}} + V^{\text{UP}} + V^{\text{ST}} + V^{\text{HS}} = 2990 + 2000 + 0 + 0 = 4990 \text{ Mrd.DM.}$$

Die gesamte Änderung des Erzeugnisvorrats ist damit

$$\Delta H_{\text{ges}} = \Delta H^{\text{US}} + \Delta H^{\text{UP}} + \Delta H^{\text{ST}} + \Delta H^{\text{HS}} = 10 + 0 + 0 + 0 = 10 \text{ Mrd.DM.}$$

Demzufolge gilt auch

$$Y_{\text{ges}} = V_{\text{ges}} + \Delta H_{\text{ges}} = 4990 + 10 = 5000 \text{ Mrd.DM.}$$

Addiert man also zum Gesamtumsatz V_{ges} die Gesamt-Erzeugnisbestandsänderung ΔH_{ges} , dann erhält man das Gesamtprodukt der Volkswirtschaft Y_{ges} .

Die Summe der Verkäufe inländischer Wirtschaftseinheiten an andere inländische Wirtschaftseinheiten V_{inl} (Binnenumsatz) ist immer identisch mit der Summe der Käufe inländischer Wirtschaftseinheiten von anderen inländischen Wirtschaftseinheiten K_{inl} . Verkauf-Kauf-Differenzen können demnach durch den Binnenumsatz nicht entstehen, es gilt immer $V_{\text{inl}} \equiv K_{\text{inl}}$. Aber die Verkäufe ins Ausland, also der Export V_{exp} , und die Käufe vom Ausland, also der Import K_{imp} , können unterschiedliche Beträge annehmen, so daß in diesem Teil Verkauf-Kauf-Differenzen zustande kommen können.

Die Bilanz aller Verkäufe und Käufe wird aber in jedem Fall zum Ausgleich gebracht, wenn zum Gesamtumsatz V_{ges} auf der linken Seite der Bilanz, der Import K_{imp} hinzu addiert wird, und wenn zu den Käufen K_{ges} auf der rechten Seite der Bilanz, der Export V_{exp} hinzugerechnet wird. Es gilt $V_{\text{ges}} + K_{\text{imp}} \equiv K_{\text{ges}} + V_{\text{exp}}$. Die Summe auf der linken Seite stimmt immer mit der Summe auf der rechten Seite überein.

Addiert man auf beiden Seiten dieser Verkauf-Kauf-Bilanz die Änderung des Erzeugnisvorrats ΔH_{ges} hinzu, dann erhält man $V_{\text{ges}} + \Delta H_{\text{ges}} + K_{\text{imp}} \equiv K_{\text{ges}} + \Delta H_{\text{ges}} + V_{\text{exp}}$. Und mit

$$Y_{\text{ges}} = V_{\text{ges}} + \Delta H_{\text{ges}} \text{ gilt damit auch } Y_{\text{ges}} + K_{\text{imp}} \equiv K_{\text{ges}} + \Delta H_{\text{ges}} + V_{\text{exp}}.$$

$$Y_{\text{ges}} = Y^{\text{US}} + W^{\text{UP}} + Y^{\text{ST}} + W^{\text{HS}} \text{ gilt auch:}$$

$Y^{\text{US}} + W^{\text{UP}} + Y^{\text{ST}} + W^{\text{HS}} + K_{\text{imp}} \equiv K_{\text{ges}} + \Delta H_{\text{ges}} + V_{\text{exp}}$	Gleichung der Aufkommen- und Verwendungsbilanz im System GM-Vws/o
---	---

Der letzte Ausdruck gibt die volkswirtschaftliche Aufkommen- und Verwendungsbilanz also in Form einer Gleichung an.

Das Gesamtprodukt der sozialistischen Wirtschaft soll im Beispiel laut Plan um 2% auf

$$Y^{US} = C_c + C_v + ST \\ = 1800 \text{ Mrd.DM} + 450 \text{ Mrd.DM} + 750 \text{ Mrd.DM} = 3000 \text{ Mrd.DM}$$

anwachsen. Für den sozialistischen Unternehmensektor wurde ein Produktionsmittelverbrauch von $C_c=1800$ Mrd.DM eingeplant, davon $C_u=1650$ Mrd.DM Umlauf-Produktionsmittelverbrauch (Vorleistungen), und $C_a=150$ Mrd.DM Anlage-Produktionsmittelverbrauch (Abschreibungen).

Der planmäßige Lohnverbrauch des sozialistischen Unternehmensektors US ist $C_v=500$ Mrd.DM (Netto). Der Aufschlag auf die Kosten des Sektors US ist $ST=700$ Mrd.DM. Der Aufschlagsatz

auf die Kosten beträgt damit $st' = \frac{ST}{C_c + C_v} = \frac{700}{1800 + 500} = 0,3043 = 30,43\%$. Den sozialistischen

Betrieben wird also im neuen Jahr für alle Preisrechnungen $p = \hat{C}_K \cdot (1 + st')$ der Aufschlagsatz von 30,43% vorgeschrieben.

Das Jahresprodukt des privaten Unternehmensektors UP ist

$W^{UP} = C_u + C_a + C_v + ST + M = 2000$ Mrd.DM. Sein Anteil am volkswirtschaftlichen Gesamtprodukt ist 40%. Der Anteil der sozialistischen Wirtschaft ist 60%.

Der prognostizierte Umlauf-Produktionsmittelverbrauch des Privatsektors ist $C_u=1100$ Mrd.DM, der Anlage-Produktionsmittelverbrauch $C_a=100$ Mrd.DM, der Lohnverbrauch $C_v=200$ Mrd.DM, die voraussichtlichen Steuern und Abgaben des Privatsektors sind $ST=400$ Mrd.DM, und der Nettogewinn ist $M=200$ Mrd.DM.

In der Annahme wurde durch den Staatssektor ST und die privaten Haushalte HS kein Verkaufsprodukt erzeugt, so daß $Y^{ST} + W^{HS} = 0$ gilt.

Zusammen mit dem Import aller Sektoren $K_{imp}=600$ Mrd.DM ergibt sich im Beispiel auf der linken Seite der Aufkommen- und Verwendungsbilanz eine Gesamtsumme von 5600 Mrd.DM.

Die Kaufsumme des sozialistischen Unternehmensektors ist $K^{US} = 1880$ Mrd.DM. Der Zuwachs des produktiven Anlagevermögens (Bauten, Ausrüstungen) des sozialistischen Unternehmensektors beträgt $\Delta P_a^{US} = 75$ Mrd.DM, und der Zuwachs der Materialvorräte ist laut Plan $\Delta P_u^{US} = 5$ Mrd.DM. Es wird demzufolge mit Umlauf-Produktionsmittelkäufen des Sektors US im Betrag von $K_u^{US} = C_u^{US} + \Delta P_u^{US} = 1650 + 5 = 1655$ Mrd.DM, und mit Anlage-

Produktionsmittelkäufen (Anlageinvestitionen) im Betrag von

$K_a^{US} = C_a^{US} + \Delta P_a^{US} = 150 + 75 = 225 \text{ Mrd. DM}$ gerechnet. Im Inland kaufen die sozialistischen

Unternehmen Produkte im Betrag von $K_{inl}^{US} = 1520 \text{ Mrd. DM}$, und der planmäßige Import von

Erzeugnissen und Dienstleistungen ist $K_{imp}^{US} = 360 \text{ Mrd. DM}$.

Die prognostizierten Käufe des privaten Unternehmenssektors sind $K^{UP} = 1200 \text{ Mrd. DM}$, davon

$K_{inl}^{UP} = 1000 \text{ Mrd. DM}$ im Inland und importierte Güter $K_{imp}^{UP} = 200 \text{ Mrd. DM}$.

Die privaten Haushalte kaufen Güter im Wert von $KHS = 1620 \text{ Mrd. DM}$, davon $K_{inl}^{HS} = 1420 \text{ Mrd. DM}$

im Inland, und nichts im Ausland.

Der Staatssektor kauft Güter im Wert von $K^{ST} = 250 \text{ Mrd. DM}$, davon $K_{inl}^{ST} = 210 \text{ Mrd. DM}$ im Inland

und $K_{imp}^{ST} = 40 \text{ Mrd. DM}$ im Ausland.

Die Inlandskäufe aller Sektoren sind $K_{inl} = 1520 + 1000 + 1620 + 210 = 4350 \text{ Mrd. DM}$, und die Käufe

insgesamt sind $K_{ges} = K_{inl} + K_{imp} = 4350 + 600 = 4950 \text{ Mrd. DM}$. Zusammen mit dem Zuwachs der

Erzeugnisvorräte $\Delta H = 10 \text{ Mrd. DM}$ und dem Export $V_{exp} = 640 \text{ Mrd. DM}$ ergibt sich damit auf der

rechten Seite der Bilanz die richtige Gesamtsumme von $4950 + 10 + 640 = 5600 \text{ Mrd. DM}$.

In der DDR sollten Produktion und Verteilung in Naturalform allumfassend durch eine staatliche Behörde geplant und damit Zirkulationsstörungen von vorn herein ausgeschlossen werden. Bei der Riesenzahl der Erzeugnistypen einer modernen Volkswirtschaft (etwa 100 Millionen in der DDR vor der Wende 1989) aber ist dies prinzipiell unmöglich. Die Vorgaben durch den zentralen Plan beschränkten sich daher in den letzten 10 bis 15 Jahren auch nur auf etwa 700 bis 800 zentral geplante Hauptpositionen an bestimmten Produktgruppen, die in den nachgeordneten Wirtschaftsorganen in Form einer Bilanzpyramide so gut wie möglich aufgefächert wurden (Siehe Siegfried Wenzel, Plan und Wirklichkeit, St. Katharinen 1998, S.140, (LH 42)). Im Globalzuteilungssystem GZS hingegen werden den Betrieben und Kombinatn durch den Staat prinzipiell keine Rohstoffe, Materialien und Ausrüstungen zugeteilt, und es werden den Betrieben und ihren Vereinigungen auch keine Programme für Menge und Art der Erzeugnisse vorgegeben. Die zentralstaatliche Naturalbilanzierung von Aufkommen und Verwendung und damit das Gerüst der Volkswirtschaftsplanung der leninistischen Länder wird damit vollständig aufgegeben.

Zu den sozialistischen Unternehmen und damit zum Sektor US zählen in unserem Modell auch alle sozialistischen Handelsunternehmen. Der Gesamtproduktionswert aller Unternehmen der Volkswirtschaft, also aller Erzeuger- und Handelsunternehmen, ist $\tilde{Y} = \tilde{Y}^E + \tilde{Y}^H$. (\tilde{Y}^E gleich Produktionswert der Erzeuger, \tilde{Y}^H gleich Produktionswert des Handels). Der Produktionswert der Erzeuger stimmt mit dem produzierten Wert der Erzeuger überein, so daß $\tilde{Y}^E = Y^E$ gilt. Aber die Handelsunternehmen produzieren selbst den Wert $Y^H = V^H + \Delta H^H - K_h^H$ (siehe Band 1, Abschnitt "Modell Handelsunternehmen WP – H"), und der Produktionswert des Handels ist $\tilde{Y}^H = V^H + \Delta H^H$. Für den Produktionswert \tilde{Y} aller Unternehmen, sowie für den produzierten Wert Y aller Unternehmen gelten die folgenden beiden Formeln:

$$\tilde{Y} = Y^E + V^H + \Delta H^H$$

$$Y = Y^E + V^H + \Delta H^H - K_h^H$$

Der Produktionswert aller Unternehmen ist demnach um den Wert der gekauften Handelsgüter K_h^H zu Einkaufspreisen (Wareneingang) größer als das produzierte Wert aller Unternehmen, d.h. er enthält den Wert der gekauften Handelsgüter K_h^H als Doppelzählung. Die Doppelzählung kann vermieden werden, indem die gekauften, für den Weiterverkauf bestimmten Handelsgüter zu Einkaufspreisen K_h (Wareneingang) nicht mitgezählt werden. Es wird dann nur der durch den Handel selbst produzierte Wert $Y^H = V^H + \Delta H^H - K_h^H$ berücksichtigt.

Solche Doppelzählungen entstehen nur, wenn mit den Lieferungen der Handelsgüter an den Handel Eigentumswechsel stattfinden. Die Produkte der sozialistischen Unternehmen sind unmittelbar nach ihrer Produktion Eigentum des Volkes, ebenso die finanziellen Mittel aus ihrem Verkauf, d.h. es findet mit der Lieferung der Handelsgüter durch die sozialistischen Erzeuger an den sozialistischen Handel gar kein Eigentumswechsel statt. Die neuen Erzeugnisse gehören dem Volk sowohl in den Lagern und Arbeitsstätten der Erzeuger, als auch in den Lagern und Regalen des sozialistischen Handels. Damit werden Verkäufe der Produkte der Erzeuger an den Handel überflüssig, und damit wird auch der zugehörige Zahlungsverkehr überflüssig. Mit dem Fortfall dieses Zahlungsverkehrs können Zirkulationskosten eingespart werden. Die Güterlieferungen müssen natürlich kontrolliert werden, auch die Lieferpapiere werden nicht überflüssig, wohl aber die Geldflüsse bzw. der Zahlungsverkehr zwischen sozialistischen Erzeugern und sozialistischen Handelsunternehmen. Wird dieser Zahlungsverkehr aufgehoben, dann kaufen die sozialistischen Handelsunternehmen keine Handelsgüter, sondern empfangen

Lieferungen von den Erzeugern oder von anderen sozialistischen Handelsunternehmen, es werden nur Güter von einem "Betriebsteil" an den anderen geliefert, bzw. die Güter werden mit der Lieferung an den sozialistischen Handel nur von einem Lager in ein anderes Lager der Gesellschaft transportiert. Die Bezahlung an die Lieferanten wird überflüssig. Für die sozialistische Gesellschaft sind Einnahmen für Lieferungen von Lagern der Erzeuger in Lager des Handels an sich nicht sinnvoll. Erst mit dem Verkauf der Handelsgüter an die Verbraucher (an Unternehmen und Haushalte) muß die sozialistische Gesellschaft Einnahmen realisieren, d.h. die Verkäufer des Handels verkaufen die Produkte an die Verbraucher als Eigentum der Gesellschaft, und die Einnahmen aus deren Verkauf werden sofort und vollständig auf gesellschaftlichen Konten gutgeschrieben (die durch die Betriebe geführt werden). Dadurch fallen in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen keine Doppelzahlungen an, und Zirkulationskosten können eingespart werden.

Die sozialistischen Handelsunternehmen bzw. ihre Vereinigungen erhalten von der Volkswirtschaftszentrale dann keine Zuteilungen für den Kauf von Handelsgütern, sie benötigen sie nicht, da sie keine Handelsgüter kaufen. Aber sie müssen Produktionsmittel kaufen, Bauten und Ausrüstungen, Büromaterial, Energie, Mieten zahlen usw., und sie müssen Löhne an ihre Arbeiter und Angestellten zahlen. Für diese Zwecke erhalten sie Globalzuteilungen von der Zentrale Z. Wie alle sozialistischen Unternehmen erhalten also auch die Handelsunternehmen Zuteilungen für Produktionsmittelkäufe und für Löhne, aber Zuteilungen für den Kauf von Handelsgütern können entfallen.

Wenn Käufe an Handelsgütern K_n^H durch den sozialistischen Handel von sozialistischen Erzeugern nicht mehr anfallen, dann stimmt der Produktionswert \tilde{Y} aller sozialistischen Unternehmen, einschließlich Handelsunternehmen, mit dem Wert des Gesamtprodukts Y überein, d.h. es fallen in den Statistiken keine Doppelzahlungen des produzierten Werts mehr an.

4.2 Festlegung des "Steuer- und Abgabenaufschlags"

Bei gegebener volkswirtschaftlicher Arbeitszeit t_n und gegebenem Geldwert w_G liegt im neuen System, wie gesagt, auch das planmäßig zu produzierende Einkommen in Geldform

$$N = \frac{t_n}{w_G} = C_V^{US} + ST - C_C^{ST} \text{ fest. Bei gegebenem Produktionsmittelverbrauch des Staates } C_C^{ST}$$

kann der Aufschlag ST für den öffentlichen Sektor in diesem Fall also nur vergrößert werden, indem die Lohnsumme C_V^{US} für den Unternehmensektor verkleinert wird. Wurde z.B. bei einem planmäßigen Gesamteinkommen (Neuwert) im Betrag von

$$N = \frac{t_n}{w_G} = \frac{50 \text{ Mrd.h}}{0,025 \text{ h/DM}} = 2000 \text{ Mrd.DM} \text{ nach einer } \mathbf{Variante A} \text{ ein Lohnverbrauch des}$$

Unternehmensektors von $C_V^{US} = 1000 \text{ Mrd.DM}$ festgelegt, dann verbleiben, beim

Produktionsmittelverbrauch des Staates $C_C^{ST} = 200$, noch "Steuern- und Abgaben" von

$$ST = N - C_V + C_C^{ST} = 1200 \text{ Mrd.DM.} \text{ Wurde außerdem ein Produktionsmittelverbrauch des}$$

Unternehmensektors von $C_C^{US} = 3000 \text{ Mrd.DM}$ eingeplant, dann berechnet sich der

$$\text{Aufschlagsatz zu } st' = \frac{ST}{C_C^{US} + C_V^{US}} = \frac{1200}{4000} = 0,30.$$

Soll der Aufschlag für den öffentlichen Sektor hingegen nach einer **Variante B** auf

$ST=1220 \text{ Mrd.DM}$ erhöht werden, dann muß der Lohnverbrauch auf $C_V=980 \text{ Mrd.DM}$ verringert

werden, wenn der Produktionsmittelverbrauch des Staates der gleiche bleibt und wenn der Geldwert nicht verändert wird, und wenn auch der Arbeitszeitplan der gleiche bleibt. Durch die Vergrößerung des Aufschlags auf $ST=1220 \text{ Mrd.DM}$ und Verkleinerung der Lohnkosten auf

$$C_V^{US} = N - ST + C_C^{ST} = 2000 - 1220 + 200 = 980 \text{ wird der planmäßig zu produzierende Neuwert}$$

$$N = \frac{t_n}{w_G} = C_V + ST - C_C^{ST} = 2000 \text{ Mrd.DM} \text{ nicht verändert, so wie dies bei der gegebenen}$$

Arbeitszeit $t_n = 50 \text{ Mrd.h}$ und beim festgelegten Geldwert $w_G = 0,025 \text{ h/DM}$ der Fall sein soll. Die

Lohnzuteilungen und Lohnkosten des Unternehmensektors sinken im Beispiel Variante B, wie

gesagt, auf $C_V^{US} = 980 \text{ Mrd.DM}$, und der Aufschlag auf die Kosten steigt auf $ST = 1220 \text{ Mrd.DM}$,

und demzufolge vergrößert sich der Aufschlagsatz auf

$$st' = \frac{ST}{C_C^{US} + C_V^{US}} = \frac{1220}{3000 + 980} = 0,3065 = 30,65\%.$$

Wenn der "Steuer- und Abgabenaufschlag" ST hingegen nach einer **Variante C** verringert wird, dann steigt die für den Unternehmenssektor zur Verfügung stehende Lohnsumme. Wird der Aufschlag z.B. auf $ST=1180\text{Mrd.DM}$ verringert, dann steigt der Lohn auf

$C_V = N - ST + C_C^{ST} = 2000\text{Mrd.DM} - 1180\text{Mrd.DM} + 200 = 1020\text{Mrd.DM}$, vorausgesetzt wieder, der Geldwert w_G und die Arbeitszeit t_n ändern sich nicht, so daß das produzierte Einkommen N das gleiche bleibt. Damit verkleinert sich der Aufschlagsatz auf

$$st' = \frac{ST}{C_C + C_V} = \frac{1180}{3000 + 1020} = 0,2935 = 29,35\%.$$

Also bei gegebener Arbeitszeit t_n und konstantem Geldwert w_G und damit bei gegebenem

Einkommen $N = \frac{t_n}{w_G}$ kann durch Änderungen des Aufschlagsatzes st' der Anteil des

Lohnverbrauchs C_V und des Aufschlags ST für den öffentlichen Sektor am produzierten Gesamteinkommen N beliebig variiert werden.

4.3 Näheres zur planmäßigen Regelung der gesamtwirtschaftlichen Zirkulationsprozesse

Die Kybernetik hat den Beweis erbracht, daß alle lebenden Systeme prinzipiell Störungen ausgesetzt sind, die zu unvermeidlichen Abweichungen der Regelgrößen von den Sollgrößen führen, und daß es die hohe Kunst der kybernetischen Systeme ist, diese Regelabweichungen durch geeignete Maßnahmen innerhalb der lebensnotwendigen Grenzen zu halten. Auch die Reproduktions- und Zirkulationsprozesse der Volkswirtschaftssysteme werden unablässig und unvermeidlich gestört. Sowohl die Nachfrage nach bestimmten Produkten als auch die volkswirtschaftliche monetäre Gesamtnachfrage kann nur mit einem mehr oder weniger großen Fehler vorherbestimmt werden. Es ist prinzipiell nicht möglich Zirkulationsstörungen vollständig zu vermeiden. Es müssen daher nicht, oder nicht in erster Linie, Methoden zur Vermeidung von Zirkulationsstörungen, sondern zur Regelung der Zirkulationsprozesse entwickelt werden.

"Real ist der ökonomische Prozeß seinem Wesen nach jedoch stochastisch, d.h. es ist nicht möglich, alle Faktoren, die diesen Prozeß beeinflussen, vorherzusehen."

LH 43 Brus, Laski, Von Marx zum Markt, S.65, Marburg 1990).

Während die Waren- und Geldzirkulation in den privatkapitalistischen Volkswirtschaften immer wieder durch allgemeine Überangebote bzw. durch zyklische Überproduktionskrisen mit ihren verheerenden sozialen Folgen schwer gestört wird, waren die zentralen Verwaltungswirtschaften sowjetischen Typs umgekehrt durch permanente Übernachfragen gekennzeichnet, die in massenhaft unbefriedigten Kaufwünschen, frühzeitigem Ausverkauf, Engpässen bzw. in allgemeiner "Mangelwirtschaft" ihren Ausdruck fanden.

Eine langwellige Wirtschaftskrise kann im privatkapitalistischen System letztlich nur durch eine Massenbankrottwelle in eine dauerhafte Übernachfrage umgewandelt werden (durch jeden vollständigen Bankrott wird das Angebot auf Null gesetzt, während die Nachfrage nach Konsumtionsmitteln in mehr oder weniger großem Umfang weiter gehen muß). Die Erfahrung von Jahrhunderten zeigt, daß es im privatkapitalistischen System keine wirklich wirkungsvollen wirtschaftspolitischen Maßnahmen gegen die zyklisch wiederkehrenden Krisen gibt. Theorien und Ideologien, welche diesen Erfahrungstatsachen widersprechen, ändern daran nicht das geringste.

Im staatssozialistischen System stand man hingegen der "Mangelwirtschaft" bzw. der permanenten Übernachfrage ziemlich hilflos gegenüber. János Kornai beschreibt die Planung in den ehemaligen staatssozialistischen Ländern zusammenfassend wie folgt:



"Zusammenfassend kann man sagen, daß die Ausarbeitung eines Plans ein gewaltiges Stück durch bürokratische Koordinierung geleistete, auf die ex ante Ausgleiche der Wirtschaftsprozesse abzielende Arbeit darstellt. Tausende und Abertausende von Funktionären im Parteiapparat, in der staatlichen Verwaltung, der Firmen- und genossenschaftlichen Verwaltung und den Massenbewegungen verhandeln, rechnen, verhandeln aufs neue und rechnen aufs neue, bis die Millionen Planaufgaben schließlich auf allen Ebenen erscheinen". (LH 44 Kornai, János, Das sozialistische System, S. 125, Baden-Baden 1995).

Diese Einschätzung ist m.E. durchaus richtig, d.h. die zentralstaatliche Planung sowjetischen Typs, also die staatliche Naturalproduktions- und Verteilungsplanung, war tatsächlich mit riesigem bürokratischem Aufwand verbunden. In der DDR z.B. waren in den achtziger Jahren 11 wirtschaftsleitende Ministerien mit der Produktion von Planaufgaben und anderen Eingriffen in die Leitung der Betriebe beschäftigt, welche die Initiative und Schöpferkraft der Betriebskollektive nur hemmen konnten. Und der ganze Riesenaufwand an Bürokratie hat nicht zu seinem eigentlichen Ziel, d.h. nicht zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage geführt, sondern er hat nur die "Überangebotskrisen" des privatkapitalistischen Systems durch permanente "Übernachfragekrisen" ersetzt. Die Gesamtkaufkraft war ständig größer als das Gesamtangebot.

Aber János Kornai sieht die Welt aus bürgerlicher Sicht, für ihn ist die gesamtgesellschaftliche Planung jeder Art ein für allemal gescheitert, und aus seiner Sicht verbleibt als Alternative nur die privatkapitalistische Warenproduktion. Für ihn erübrigt sich daher die Suche nach einer neuen Produktions- und Verteilungsweise. Für ihn sind die Entwicklungsunterschiede zwischen den Ländern des Ostens und fortgeschrittensten Ländern des Westens nur das Produkt des "Sozialismus" und die heutigen Schwierigkeiten in diesen Ländern sind nur dem "sozialistischen Erbe" geschuldet. Die Entwicklungsunterschiede zwischen der Dritten Welt und den Zentren des großen Kapitals, die jährlich Millionen Hungertoten und die 1 Milliarde Arbeitslosen und Marginalisierten, die Not und das Elend eines Großteils der Menschen der Erde bei gleichzeitigem Superluxus von wenigen Milliardären und Multimillionären, die schleichende Vernichtung unserer natürlichen Lebensgrundlagen durch das exponentielle Überwachstum, und die zyklischen Überproduktionskrisen und ihre verheerenden sozialen Wirkungen muß man nicht sehen, wenn man sie nicht sehen will.

Im Gegensatz zur Warenwirtschaft ist in der Zuteilungswirtschaft die Steuerung und Regelung der Zirkulationsprozesse prinzipiell möglich. In beiden Fällen, also sowohl bei allgemeinen

volkswirtschaftlichen Überangeboten als auch bei Übernachfragen, stehen in diesem System einfache und wirkungsvolle Regelmethode zur Verfügung. Das volkswirtschaftliche Hauptangebot Y (Gesamtprodukt) kann im Verhältnis zur Hauptnachfragepotenz A_{ZU} (Gesamtzuteilung an die Sektoren US und ST) jederzeit nach Belieben gestärkt oder geschwächt werden.

Im vorigen Abschnitt wurde der Anteil des Aufschlags ST und der Lohnkosten C_V^{US} am Gesamteinkommen N durch Vergrößerung oder Verkleinerung des Aufschlagsatzes st' bei konstantem Geldwert w_G variiert. Zur Stärkung oder Schwächung des Gesamtangebots Y im Verhältnis zur Gesamtnachfrage A_{ZU} hingegen kann der Geldwert $w_G = \frac{t_n}{N}$ planmäßig verändert werden.

Wenn ein allgemeines Überangebot abgebaut werden soll, dann kann die staatliche Plankommission einerseits die Gesamtzuteilung an die Sektoren und damit die Hauptnachfragepotenz A_{ZU} mit der Wachstumsrate der Arbeitszeit vergrößern, und andererseits den Preis des Gesamtprodukts und damit das Hauptangebot $Y = \frac{t_n}{n' \cdot w_G}$ durch Vergrößerung des Geldwerts w_G verkleinern. Nehmen wir im Beispiel an, der Geldwert des Vorjahres war $w_{G0} = 0,02 \text{ h/DM}$ und die aufgewandte Arbeitszeit war $t_{n0} = 40 \text{ Mrd.h}$ und die Neuwertrate $n'_0 = 0,4$. Die Planvorgabe für das Gesamtprodukt und damit das planmäßige Gesamtangebot war damit $Y_0 = \frac{t_{n0}}{n'_0 \cdot w_{G0}} = \frac{40 \text{ Mrd.h}}{0,4 \cdot 0,02 \text{ h/DM}} = 5000 \text{ Mrd.DM}$. Und die Gesamtzuteilung an den Unternehmenssektor und den Sektor ST soll $A_{ZU0} = 5000 \text{ Mrd.DM}$ betragen haben. Aber in der realen Welt habe sich ein deutliches gesamtwirtschaftliches Überangebot eingestellt.

Zur Gegensteuerung gegen das allgemeine Überangebot soll im folgenden Jahr der Geldwert auf $w_{G1} = 0,020196 \text{ h/DM}$ vergrößert werden. Laut Plan soll die Arbeitszeit vom Betrag des Vorjahres $t_{n0} = 40 \text{ Mrd.h}$ um 3% auf $t_{n1} = 41,2 \text{ Mrd.h}$ anwachsen, und laut Plan werde das Gesamtprodukt und damit das Hauptangebot, in Abhängigkeit von Arbeitszeit und Geldwert, auf $Y_1 = \frac{t_{n1}}{n'_1 \cdot w_{G1}} = \frac{41,2 \text{ Mrd.h}}{0,4 \cdot 0,020196 \text{ h/DM}} = 5100 \text{ Mrd.DM}$ festgelegt, d.h. es ist festgelegt worden, daß das Hauptangebot nur um 2% wachsen soll, während die Arbeitszeit laut Plan um 3% wächst. Also die Geldwertverringerung hat bewirkt, daß das planmäßige Gesamtprodukt

nominal langsamer als die Arbeitszeit, nämlich nur um 2% auf $Y_1 = 5100$ Mrd.DM anwächst, aber die Gesamtzuteilung wird mit der Rate der Arbeitszeit von $A_{zu0} = 5000$ Mrd.DM um 3% auf $A_{zu1} = 5150$ Mrd.DM vergrößert. Die Nachfrage wird also im Verhältnis zum Angebot um 50 Mrd.DM gestärkt.

Das produzierte Einkommen im Ausgangsjahr war $N_0 = \frac{t_{n0}}{w_{G0}} = \frac{40 \text{ Mrd.h}}{0,02 \text{ h/DM}} = 2000$ Mrd.DM.

Der Lohnverbrauch und die Lohnzuteilung an den Unternehmensektor habe $C_{v0} = 1000$ Mrd.DM betragen und der Produktionsmittelverbrauch des Sektors ST war

$C_{c0}^{ST} = 200$ Mrd.DM. Der Aufschlag auf die Kosten des Unternehmensektors war damit

$ST_0 = N_0 - C_{v0} + C_{c0}^{ST} = 2000 - 1000 + 200 = 1200$ Mrd.DM. Beim Produktionsmittelverbrauch

von $C_{c0} = 3000$ Mrd.DM war der Aufschlagsatz $st'_0 = \frac{ST_0}{C_{c0} + C_{v0}} = \frac{1200}{3000 + 1000} = 0,3$. Die

Lohnzuteilung werde um 3% auf $C_{v1} = 1030$ Mrd.DM erhöht und der

Produktionsmittelverbrauch wachse laut Plan wie das Gesamtprodukt um 2%, und zwar der

Produktionsmittelverbrauch des Staatsektors auf $C_{c1}^{ST} = 204$ Mrd.DM und der des

Unternehmensektors auf $C_{c1} = 3060$. Und da das Einkommen um 2% auf

$N_1 = \frac{t_{n1}}{w_{G1}} = \frac{41,2 \text{ Mrd.h}}{0,020196 \text{ h/DM}} = 2040$ Mrd.DM anwächst, beträgt der Aufschlag auf die Kosten

damit im nächsten Jahr $ST_1 = N_1 - C_{v1} + C_{c1}^{ST} = 2040 - 1030 + 204 = 1214$ Mrd.DM. Damit sinkt

der Aufschlagsatz auf $st'_1 = \frac{ST_1}{C_{c1} + C_{v1}} = \frac{1214}{3060 + 1030} = 0,2968$.

Auch die Zuteilung an den öffentlichen Sektor A_{st1}^{zu} kann mit der Rate des

Arbeitszeitwachstums vergrößert werden, auch dann, wenn der planmäßige Aufschlag ST mit größerer oder kleiner Rate als die der Arbeitszeit verändert wird. Man muß also den

Zuteilbetrag A_{st1}^{zu} an den Staatssektor vom Aufschlagbetrag ST unterscheiden.

Wenn die Ist-Einnahmen im neuen Jahr für die planmäßigen Zuteilungen nicht ausreichen sollten, dann können zuerst Geldreserven abgebaut werden, und falls diese nicht ausreicht, kann Geld geschöpft werden. Die planmäßigen Zuteilungen können daher auf jeden Fall

eingehalten werden. Die Geldschöpfung sichert in diesem Fall nur die notwendige Geldversorgung und führt nicht zu Preissteigerungen bzw. zu inflationären Tendenzen. Die Geldwerterhöhung hat vielmehr preissenkende Wirkungen.

Wenn hingegen eine gesamtwirtschaftliche Übernachfrage beobachtet wurde und abgebaut werden soll, dann kann, nachdem gleichen Schema durch Senkung des Geldwerts das Angebot (Gesamtprodukt) laut Plan mit einer größeren Rate als der der Arbeitszeit vergrößert werden, während andererseits die Nachfrage (Gesamtzuteilung) wieder mit der Rate der Arbeitszeit geändert wird.

Da der Staat nach der Versuch-Irrtum-Methode den Geldwert w_G beliebig erhöhen, und den Aufschlagsatz st' beliebig senken kann, sind beliebige Senkungen des Preisniveaus und damit des nominalen Angebots möglich, bei gleichen Globalzuteilungen an die beiden Sektoren und damit bei gleicher Hauptnachfragepotenz.

Senkt der sozialistische Staat den Geldwert w_G , um einer allgemeinen Übernachfrage entgegen zu steuern, dann steigen **bei konstanter Arbeitsproduktivität** und damit bei

konstanter Stückzeit \hat{t}_j die Preise $p_j = \frac{\hat{t}_j}{w_G}$. Bei gleichem nominalen Einkommen sinkt damit

das Realeinkommen der Werktätigen. Aber normalerweise steigt die Arbeitsproduktivität in jedem Jahr, und wenn daher der Geldwert nicht in zu großem Betrag gesenkt wird, dann sinken die Preise trotz der Geldwertsenkung, falls der Geldwert um einen kleineren Prozentsatz verringert wird, als die Arbeitsproduktivität steigt. Infolge einer Geldwertverringering steigt der

Wert des Gesamtprodukts Y **bei gleicher Gesamtarbeitszeit**, aber die Einzelpreise $p_j = \frac{\hat{t}_j}{w_G}$

bzw. $p_j = \hat{C}_{K_j} \cdot (1 + st')$ sinken, wenn die prozentuale Verringerung des Geldwerts w_G kleiner

bleibt als die Verringerung der Stückzeit \hat{t}_j . Die Abschöpfung der allgemeinen

volkswirtschaftlichen Übernachfrage durch Geldentwertung muß also nicht zu absoluten Preiserhöhungen der Einzelprodukte, und damit, bei konstantem nominalen Stundenlohn, auch nicht zu Reallohnsenkungen führen. Die Preise steigen bei moderaten Geldwertverringeringen zwar über den arbeitszeitbestimmten Wert, d.h. sie steigen relativ zum Wert; sie sinken aber absolut. Läßt also die Zentrale die Löhne mit der Rate der Arbeitszeit wachsen, und senkt sie den Geldwert nicht zu stark, dann sinken die Preise im Resultat gewöhnlicher Steigerungen der Arbeitsproduktivität. Damit steigen die Reallöhne, obwohl der nominale Wert des Gesamtprodukts Y durch Geldentwertung erhöht wurde. Moderate Geldwertverringeringen zur

Abschöpfung der Übernachfrage dürften daher der Volkswirtschaftszentrale keine politischen Probleme bereiten.

Durch Vergrößerungen oder Verkleinerungen des Geldwerts als Regelmaßnahmen bei permanenten volkswirtschaftlichen Übernachfragen oder Überangeboten, steigen die Preise im Zuteilungssystem GZS **planmäßig** über oder unter den individuellen Wert der Produkte. Der Preis des Warenprodukts hingegen schwankt in Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage **spontan** um den Wert. Er kann bei Überangeboten weit unter den Wert sinken, und bei Übernachfragen weit über ihn steigen.

Die Erfahrung mehrerer Jahrhunderte lehrt, daß in der kapitalistischen Warenwirtschaft die großen zyklischen Überproduktionskrisen nur durch Massenbankrottwellen und damit nur durch massenhafte Vernichtungen von produktivem Kapital, Warenkapital und Geldkapital überwunden werden können. Nur durch hinreichend viele Bankrotte entsteht im Wirtschaftssystem eine dauerhafte Übernachfrage (siehe Band 1). Bei konstantem Geldwert stellen sich massenhafte Preissenkungen (Deflationen) in Zeiten eines allgemeinen Überangebots (Überproduktionskrise) in der Warenwirtschaft spontan ein, und es ist eine Erfahrungstatsache, daß auch Deflationen die Krisenprobleme nicht lösen, sondern eher verschärfen. Allgemeine Preissenkungen führen also in der Warenwirtschaft nicht zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage aus gesamtwirtschaftlicher Sicht. Besteht ursprünglich infolge unterdurchschnittlicher Anlageinvestitionen ein allgemeines Überangebot, dann bleibt es solange erhalten, bis durch hinreichend viele Bankrotte eine allgemeine Übernachfrage entsteht. (Solange die Nachfrage nicht deutlich und dauerhaft anzieht, können die Unternehmen nicht überdurchschnittlich investieren und dadurch eine Übernachfrage erzeugen). Maßnahmen zur Stärkung der gesamtwirtschaftlichen monetären Nachfrage durch Geldproduktion (Geldschöpfung) führen in der Warenwirtschaft zwar zunächst zu einem inkrementalen Zuwachs der Nachfrage ΔD , aber diesem Zuwachs folgt ein Zuwachs des Angebots ΔS durch relative (relativ zum Warenwert) oder absolute Preiserhöhungen auf dem Fuß. Der Angebotszuwachs kann den Nachfragezuwachs sogar übersteigen. Die Preise (und damit das Angebot) können unter Umständen schneller steigen, als die zahlungsfähige Nachfrage, auch dann, wenn die zur Verfügung stehende Geldmenge sich in kurzer Zeit vervielfacht. Die Preisbildung in Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage, die sich in der Warenwirtschaft "naturgesetzlich" einstellt, verhindert also eine planmäßige Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage im Verhältnis zum Angebot. Die nominale Steigerung der Gesamtnachfrage bleibt in Bezug auf die insgesamt nachgefragten Naturalmengen wirkungslos, weil das nominale Gesamtangebot in der allgemeinen Regel mit gleichem Prozentsatz wie die nominale Gesamtnachfrage wächst. Ein gesamtwirtschaftliches Überangebot kann also, in der

Warenwirtschaft, auch durch Stärkung der zahlungsfähigen Nachfrage mittels Geldschöpfung nicht abgebaut werden.

Auch allgemeine Lohnerhöhungen führen in der heutigen Warenwirtschaft nur zu allgemein steigenden Preisen (Lohn-Preis-Spirale). Werden die Nominallöhne in allen Unternehmen erhöht, werden sie z.B. verdoppelt, dann steigen die Lohnkosten, ceteris paribus, gleichermaßen. Es steigen dann nicht nur die Lohnkosten eines beliebigen Unternehmens p , sondern auch die Lohnkosten aller Konkurrenten. Das Konkurrenzprinzip kann daher in einer solchen Situation steigende Preise nicht verhindern. In der Theorie muß, bei einer Verdoppelung der Nominallöhne, nach einigen Oszillationen, auch mit einer Verdoppelung der Konsumtionsmittelpreise gerechnet werden. Die Nominallohnerhöhungen führen damit nicht zu Reallohnerhöhungen. Trotz verdoppelter Löhne können die Arbeiter und Angestellten nur die gleichen Konsumtionsmittelmengen kaufen, wenn sich auch die Preise verdoppeln.

Auch dann, wenn die Preise infolge allgemeiner Lohnerhöhungen nicht steigen würden, würde die Konsumtionsmittelnachfrage im Wirtschaftssystem nicht relevant steigen. Das produzierte Einkommen N setzt sich nämlich in der Warenwirtschaft aus dem Lohnverbrauch C_v , den Steuern und Abgaben ST , und dem Gewinn M zusammen, so daß $N = C_v + ST + M$ gilt. Steigt der Lohn C_v , dann sinkt, bei gleichen Preisen und gleichem Gesamteinkommen N und gleichen Steuern- und Abgaben ST , der Gewinn der kapitalistischen Unternehmen M . Damit sinkt das Einkommen einer großen Zahl kleiner und mittlerer Selbständiger, wenn das Einkommen der Arbeiter und Angestellten, also der Lohn steigt. Wenn demnach bei steigenden Nominallöhnen die Preise nicht steigen würden, dann würde sich zwar das Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten und damit auch deren reale Konsumtionsmittelnachfrage vergrößern, aber die Konsumtionsmittelnachfrage der Lohnarbeiter beschäftigenden Selbständigen würde sinken, weil deren Gewinn und damit deren Realeinkommen sinken würde. In reichen kapitalistischen Ländern geht dann insbesondere die Luxus-Konsumtionsmittelnachfrage zurück. Unter sonst gleichen Umständen stärken also auch Reallohnerhöhungen die Gesamtkonsumtionsmittelnachfrage nicht oder nicht in bedeutendem Umfang.

Also auch allgemeine Lohnerhöhungen können gesamtwirtschaftliche Überangebote in der Warenwirtschaft nicht oder nicht wesentlich verringern. Der Kampf der Arbeiter und Angestellten um höhere Löhne ist ein Verteilungskampf, ein Kampf um einen höheren Anteil am produzierten Realeinkommen, aber kein Anti-Krisenprogramm. Höhere Löhne haben weder positive noch negative Wirkungen auf den Krisenverlauf.

4.4 Globale Wachstumsplanung

4.4.1 Planung maximalen volkswirtschaftlichen Wachstums

Die volkswirtschaftliche Arbeitsproduktivität ist, bei konstanten Erzeugnisqualitäten $\hat{Q} = \text{konst.}$, durch die Formel $\varphi = \frac{Y_r}{t}$ definiert. Durch Umformung erhält man $Y_r = \varphi \cdot t$. Die produzierte Menge bzw. das Realprodukt Y_r ist also nur von der Arbeitsproduktivität φ und von der aufgewandten Arbeitszeit t abhängig. Wenn also das Produktionswachstum maximiert werden soll, dann müssen diese beiden Größen maximiert werden.

Die insgesamt in der Volkswirtschaft neu aufgewandte Arbeitszeit t_n hängt erstens, von der Zahl der Erwerbstätigen, und zweitens, von der Arbeitszeit pro Erwerbstätigem ab.

Die Zahl der Erwerbstätigen kann schneller wachsen als die Bevölkerung, insbesondere dann, wenn sich die Altersstruktur günstig ändert, oder wenn aus der bisher nicht erwerbstätigen Bevölkerung Arbeitskräfte angeworben werden, wenn z.B. Frauenarbeit gefördert und der Anteil der Arbeit älterer Arbeitskräfte erhöht wird. Auch Verkürzungen der Ausbildungs- und Ausfallzeiten spielen eine Rolle. Oder es können durch Abbau von Bürokratie und durch Rationalisierungsmaßnahmen Arbeitskräfte in staatlichen Verwaltungen freigesetzt und im Unternehmensektor eingesetzt werden. Außerdem vergrößert sich der Arbeitszeitfonds, bei gleicher Gesamtzahl der Erwerbstätigen, mit der Arbeitszeit pro Kopf des Erwerbstätigen. Maximierung der volkswirtschaftlichen Produktion setzt also zunächst einen möglichst langen Arbeitstag und einen möglichst hohen Prozentsatz an Erwerbstätigen im Unternehmensektor voraus.

Der zweite Faktor der Wachstumsformel $Y_r = t \cdot \varphi$ ist, wie gesagt, die Arbeitsproduktivität φ . Eine erste Möglichkeit für deren Steigerung ist die Steigerung der Arbeitsintensität. Dieser Methode sind enge Grenzen gesetzt, weil die Intensität der Arbeit nicht ständig ohne Leistungsabfälle durch Überlastungen und schließlich durch gesundheitliche Schädigungen gesteigert werden kann.

Und zweitens steigt die Arbeitsproduktivität infolge technischer, technologischer und organisatorischer Fortschritte. Zum Beispiel die mikroelektronische Revolution hat gezeigt, daß durch technische Erfindungen und Innovationen die Arbeitsproduktivität in wenigen Jahren um ein Vielfaches gesteigert werden kann. Ähnliches gilt für den Übergang zur automatisierten Massenproduktion im allgemeinen. Im Vergleich zu älteren Produktionsweisen, beispielsweise

im Vergleich zur frühen feudalistischen Produktionsformen, sind durch den technischen Fortschritt Steigerungen der Arbeitsproduktivität vielleicht um das tausendfache möglich.

Es ist also klar, daß die weitaus wichtigste Methode zur Steigerung der Arbeitsproduktivität die schöpferische Arbeit mit dem Ziel der Modernisierung der Erzeugnisse, Technologien und Produktionsanlagen ist. Günstige Bedingungen für die schöpferische Arbeit der Arbeiter und Angestellten, darunter der Ingenieure, Erfinder und Entwicklungsteams, gehören daher zu den wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg des ökonomischen Systems. Natürlich spielen auch die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für erfolgreiche technische Innovationen eine wesentliche Rolle.

Auch ein gutes Bildungswesen und gute, praxisorientierte staatliche Forschungseinrichtungen leisten einen gewichtigen Beitrag zur Steigerung der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität.

Da das eigentliche Ziel des Reichtumswachstums die Steigerung der Konsumtionsmittelproduktion ist, muß der Produktionsmittelaufwand minimiert werden. Dazu gehört auch die Minimierung des Verwaltungsaufwands sowohl in den Unternehmen, als auch in den staatlichen und kommunalen Verwaltungen. Bürokratisierung steigert den Verwaltungsaufwand und senkt damit die volkswirtschaftliche Arbeitsproduktivität.

Weiterhin muß die finanzielle Versorgung aller Wirtschaftseinheiten gesichert werden. Zunächst muß genügend Geld für den öffentlichen Sektor, insbesondere für das Wachstum der volkswirtschaftlichen Infrastruktursysteme bereitgestellt werden, z.B. für das Wachstum der Verkehrssysteme, der Post, der Telekommunikation bzw. der öffentlichen Informationssysteme im allgemeinen, des Gesundheitswesens (Prophylaxe und schnelle Heilung verringern Arbeitszeitausfälle), der Sport- und Erholungseinrichtungen (zur Stärkung der Arbeitskraft) und anderes.

Zur Maximierung des Produktionswachstums sollte, wie gesagt, die Arbeitszeit im öffentlichen Sektor t_n^{ST} , also in der "allgemeinen Verwaltung" der sozialistischen Wirtschaft minimiert werden, um möglichst viel Arbeitszeit für den Unternehmensektor freizusetzen. Es sollte also die Arbeitszeit des Unternehmensektor $t_n^{US} = t_n - t_n^{ST}$ maximiert werden. Nehmen wir an, die Bevölkerung des Landes wächst nicht, aber es soll und kann die Zahl der Erwerbstätigen, unter anderem durch verstärkte Frauenarbeit, um 2% gesteigert werden. Darüber hinaus soll Arbeitszeit in den öffentlichen Verwaltungen eingespart werden, so daß insgesamt mit einer Vergrößerung der Arbeitszeit im Unternehmensektor um 5% gerechnet wird. Wenn die Arbeitszeit im Unternehmensektor laut Plan von $t_{n0} = 40$ Mrd.h um diese 5% auf $t_{n1} = 42$ Mrd.h

vergrößert werden soll, dann kann, bei einer Neuwertrate von $n' = 0,4$ und einem Geldwert von $w_G = 0,02h/DM$, mit einem Wachstum des Gesamtprodukts nominal auf

$$Y_1 = \frac{t_{n1}}{n \cdot w_G} = \frac{42 \text{ Mrd.h}}{0,4 \cdot 0,02h/DM} = 5250 \text{ Mrd.DM} \text{ gerechnet werden. Das planmäßige}$$

Gesamteinkommen beträgt damit $N_1 = \frac{t_{n1}}{w_G} = \frac{42 \text{ Mrd.h}}{0,02h/DM} = 2100 \text{ Mrd.DM}$. Der Wert des

Anlagevermögens soll im Beispiel am Ende des Vorjahres $P_a(t_0) = 8000 \text{ Mrd.DM}$ betragen haben. Damit muß ein Betrag von etwa $\Delta P_{a1} = 8000 \cdot 0,05 = 400 \text{ Mrd.DM}$ für das Wachstum des Anlagevermögens bereitgestellt werden. Vom produzierten Einkommen N geht also der individuellen Konsumtion ein hoher Betrag für das hohe Wachstum des Anlagevermögens des Unternehmensektors verloren. Wenn das nominale Wachstum des Gesamtprodukts und des Anlagevermögens im Vorjahr beträchtlich kleiner als 5% war, dann kann sich das gesteigerte nominale Wachstum eventuell durch notwendige Kürzungen der Nominallöhne bemerkbar machen. Da aber die Arbeitsproduktivität steigt, können die Reallöhne unter Umständen dennoch positiv wachsen. Nehmen wir an, es wird eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um

4% prognostiziert. Der Index der Steigerung der Arbeitsproduktivität soll also $I_{\varphi 1} = \frac{Y_{r1}}{Y_1} = 1,04$

betragen. Damit soll das Realprodukt auf $Y_{r1} = I_{\varphi 1} \cdot Y_1 = 1,04 \cdot 5250 = 5460 \text{ Mrd.DM}$ anwachsen.

Das Realprodukt der Vorperiode (Basisperiode) war im Beispiel $Y_{r0} = Y_0 = 5000 \text{ Mrd.DM}$. Geht

der Plan auf, dann wächst also die Produktion real um $\frac{Y_{r1}}{Y_{r0}} - 1 = \frac{5460}{5000} - 1 = 0,092 = 9,2\%$. Es geht

zwar eine große Summe für das Wachstum des produktiven Anlagevermögens verloren (400Mrd.DM), aber dafür wächst der produzierte reale Reichtum außerordentlich schnell (9,2%).

Der hohe Zuwachs des produktiven Vermögens führt zu einer schnelleren Erneuerung der Produktionsanlagen und ihrer Ausrüstungen wie z.B. Maschinen, Automaten, Fließreihen; und mit der Erneuerung der Produktionsanlagen werden gewöhnlich auch die neuesten Technologien und Organisationsformen eingeführt, und größtenteils die Produktionsprogramme auch auf die neuesten Erzeugnisse mit höherer Qualität umgestellt. Der ursprüngliche Einkommensverzicht, der die schnellere Erneuerung der Produktionsanlagen und Ausrüstungen ermöglicht, führt daher normalerweise zu einer beschleunigten Steigerung der Arbeitsproduktivität, was wiederum zu einer beschleunigten Steigerung des Realeinkommens führt.

4.4.2 Langsamwachstumsplanung im Interesse des Umweltschutzes

Die Fortsetzung des exponentiellen Wachstums bedroht heute unsere natürlichen Lebensgrundlagen in so dramatischem Ausmaß, daß bereits im 21. Jahrhundert die Existenz der Menschheit auf dem Spiel steht. Die Fortsetzung des exponentiellen Wachstums der Weltproduktion in unserer Zeit führt geradewegs in die Katastrophe (siehe Band 1).

Nehmen wir im folgenden an, daß in einem Großteil der Länder der Erde ein sozialistisches Zuteilungssystem noch vor dem Zusammenbruch der Weltwirtschaft durch das kapitalistische Überwachstum realisiert werden konnte - nehmen wir an, daß in einem der reichsten und am höchsten entwickelten sozialistischen Länder im Interesse der Verhinderung der Katastrophe in den folgenden Jahresperioden nur ein Wachstum der volkswirtschaftlichen Produktion um real 1% eingeplant wird.

Im Vorjahr (Basisjahr), dem 0. Jahr, soll das Gesamtprodukt $Y_{r0} = Y_0 = 5000$ Mrd.DM, und das Gesamteinkommen $N_0 = 2000$ Mrd.DM betragen haben. Der Geldwert soll $w_G = 0,02$ h/DM und die Gesamtarbeitszeit des Unternehmensektors $t_{n0} = 40$ Mrd.h betragen haben, bei einer

Neuertrate von $n' = \frac{N_0}{Y_0} = 0,4$.

Durch Umformung der Gleichung des Realprodukts $Y_{r1} = \varphi_1 \cdot \frac{t_{n1}}{n'_1}$ erhält man $t_{n1} = \frac{Y_{r1} \cdot n'_1}{\varphi_1}$.

Wenn demnach die Produktion real um 1% auf $Y_{r1} = 5050$ Mrd.DM anwachsen und die

Arbeitsproduktivität von $\varphi_0 = \frac{Y_{r0} \cdot n'_0}{t_{n0}} = \frac{Y_0 \cdot n'_0}{t_{n0}} = \frac{5000 \text{ Mrd.DM} \cdot 0,4}{40 \text{ Mrd.h}} = 50 \text{ DM/h}$ um 3% auf

$\varphi_1 = 50 \cdot 1,03 = 51,50 \text{ DM/h}$ steigen soll, dann muß die Arbeitszeit von $t_{n0} = 40$ Mrd.h auf

$t_{n1} = \frac{Y_{r1} \cdot n'_1}{\varphi_1} = \frac{5050 \text{ Mrd.DM} \cdot 0,4}{51,50 \text{ DM/h}} = 39,223 \text{ Mrd.h}$ verkürzt werden. Die Arbeitszeit muß dann also

um 1,94% negativ wachsen. Da der Geldwert konstant bleiben soll, wächst laut Plan auch das Gesamtprodukt nominal und das nominale Gesamteinkommen mit der gleichen Rate, also um 1,94% negativ. Das nominale Gesamtprodukt muß also auf $Y_1 = 5000 \cdot (1 - 0,0194) = 4903$ Mrd.DM und das nominale Einkommen auf $N_1 = 2000 \cdot (1 - 0,0194) = 1961,2$ Mrd.DM reduziert werden. Aber infolge der Steigerung der Arbeitsproduktivität sinken (beim konstanten Geldwert) die Preise.

Der planmäßige Preisindex beträgt $I_{p1} = \frac{Y_1}{Y_{r1}} = \frac{4903 \text{ Mrd.DM}}{5050 \text{ Mrd.DM}} = 0,97089$. Es werden also

allgemeine Preissenkungen in der Nähe von 2,91% erwartet. Infolge der Verkürzung der Arbeitszeit sinkt zwar das Nominaleinkommen auf $N_1 = 1961,2$ Mrd.DM, aber das Realeinkommen

steigt auf $N_{r1} = \frac{N_1}{I_{p1}} = \frac{1961,2 \text{ Mrd.DM}}{0,97089} = 2020 \text{ Mrd.DM}$. Die Begrenzung des realen

Produktionswachstum auf 1%, führt also zur Begrenzung des Wachstums des realen Einkommens auf 1%. Der Reichtum wächst damit zwar nicht so schnell, wie er wachsen könnte, aber die Menschen bewahren erstens, ihre natürlichen Lebensgrundlagen, und sie gewinnen durch die Verkürzung der Arbeitszeit Zeit und Muße für ein angenehmeres Leben.

Aus dem großen Topf des Volkes steht Geld für Produktionsmittelkäufe und Löhne für alle sozialistischen Unternehmen zu jeder Zeit zur Verfügung. Es entsteht daher infolge eines verlangsamten Produktionswachstums keine Arbeitslosigkeit. Im sozialistischen Zuteilungssystem führt das gedämpfte Produktionswachstum zur Arbeitszeitverkürzung pro Arbeitskraft, aber nicht zu Arbeitsplatzverlusten. Vollbeschäftigung ist immer gesichert.

Die Arbeiter und Angestellten der sozialistischen Betriebe werden nicht von den Furien der Konkurrenz gehetzt, und nicht durch einen erbarmungslosen Konkurrenzkampf zur Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen getrieben. Sie teilen den gemeinschaftlich produzierten Reichtum und leisten sich Beistand in der Not, und sie werden dadurch auch alle menschlich und moralisch reicher.

Die Motivation zur planmäßigen Verringerung des realen Wachstums in den reichsten Ländern ergibt sich, wie gesagt, in erster Linie aus dem Kampf der menschlichen Gesellschaft ums Überleben. Um so mehr die Massen die durch das Überwachstum verursachte ungeheure Gefahr erkennen, um so unüberhörbarer würde auf wirklich sozialistischer Grundlage die Forderung werden, das Produktions- und Bevölkerungswachstum planmäßig zu beschränken. Das kapitalistische System hingegen ist zur planmäßigen Beendigung des exponentiellen Wachstums nicht in der Lage. Das Profitsystem und die Konkurrenz treiben im Kapitalismus unvermeidlich zu exponentiellem Wachstum. Langsam- oder Nullwachstum stellt sich im kapitalistischen System als Katastrophe dar .

4.4.3 Sonderfälle der globalen Staatsplanung

In Sonderfällen, in denen die Nachfrage auf dem Markt das gesellschaftliche Bedürfnis offenkundig nicht richtig zum Ausdruck bringt, wie z.B. bei manchen besonders umweltschädlichen Produkten und Ressourcenfressern, könnten die staatliche Plankommission gemeinsam mit den betroffenen Unternehmenvereinigungen (sozialistischen Konzernen) auch konkrete Produktionspläne, also Naturalpläne erarbeiten, durch welche die spontane Marktnachfrage in gewissem Umfang gesteuert werden könnte. Im Band 1 wurden Beispiele aufgeführt, die zeigen, daß die Marktnachfrage im kapitalistischen System in vielen Fällen des Umwelt- und Ressourcenschutzes versagt - z.B. bei der Umstrukturierung der Energiewirtschaft zugunsten der Solarenergie. Die zukünftige Gesellschaft könnte hier eventuell mit konkreten Produktionsplänen oder Fördermaßnahmen eingreifen. Die volkswirtschaftliche Produktionsplanung in Naturalform würde aber nur dort angewandt werden, wo dies unbedingt nötig ist, mit dem Ziel, durch planmäßige Anstöße die gesellschaftlich notwendige Marktnachfrage zu initiieren. Wenn z.B. nach einer staatlichen Vorschrift die Erdöl- Erdgas- Kohleproduktionen entsprechend den Notwendigkeiten des Umwelt- und Klimaschutzes verringert werden würde, dann würden in den Nachfolgeproduktionen, deren Basis bisher diese Rohstoffe waren, vielfältige Nachfragen nach Ersatzprodukten entstehen, die durch den Staat nicht gesteuert werden müßten. Es würde also genügen die Produktion von Erdöl, Erdgas und Kohle planmäßig zu verringern, um eine große Zahl von Nachfragen nach Ersatzprodukten zu initiieren.

Auf keinen Fall sollte ein allumfassender Naturalproduktionsplan der Staatszentrale erstellt werden, sondern zentralstaatliche Natural-Produktionsplanung sollte nur dort praktiziert werden, wo sie im Interesse der Erhaltung der Produktions- und Lebensgrundlagen und der nachhaltigen Produktion oder der Gesundheitserhaltung notwendig ist, bzw. nur dort wo der Markt auch auf Basis der neuen ökonomischen Verhältnisse versagt.

5. Rückführung der Kosten auf die aufgewandte Arbeitszeit

In den sechziger Jahren wurden in der DDR im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Neuen Ökonomischen Systems NÖS u.a. auch neue Formen der Preisbildung diskutiert. Hierbei traten Probleme auf, die damals nicht zufriedenstellend gelöst wurden. Der ehemalige stellvertretende Leiter der Staatlichen Plankommission der DDR Siegfried Wenzel sagt in seinem Buch "Plan und Wirklichkeit, Zur DDR-Ökonomie, Dokumentationen und Erinnerungen", St. Katharinen 1998, S.43ff, (LH 45).

"Die Konzeption und die Verwirklichung des NÖS stießen von Anfang an auf zwei entscheidende Probleme: Erstens: Die ökonomischen Kategorien Wert, Preis, Gewinn, Abschreibungen usw. hatten sich nicht auf der Grundlage von objektiven Marktbeziehungen herausgebildet, sondern waren durch willkürliche Festlegungen der Verwaltungswirtschaft deformiert. Demzufolge waren sie keine echten Maßstäbe. Es wurde deshalb auch von einer schrittweisen Einführung dieses Systems gesprochen, das die Durchführung einer umfassenden Preisreform sowie die Neubewertung aller Grund- und Umlaufmittel einschließen mußte. Das hätte einen Zeitraum von etwa 6-8 Jahren erfordert. Dabei zeigte sich eine kuriose Problematik, der in der bisherigen Literatur zur realsozialistischen Entwicklung kaum Beachtung geschenkt wurde: Da es in der zentralen Verwaltungswirtschaft keinen wirklichen, umfassenden Markt mit Angebot und Nachfrage gab, konnten sich die Wertkategorien nicht auf einer objektiven Basis herausbilden. Wie sollte unter diesen Bedingungen ihr objektiver Inhalt bestimmt werden? Es blieb nur übrig, z.B. bei der Preisbildung von der Entwicklung auf den kapitalistischen Weltmärkten auszugehen. ... Das hieß doch aber nichts anderes, als daß das sozialistische Wirtschaftssystem nicht die Voraussetzungen besaß, objektiv begründete Wertkategorien zu ermitteln und zur Grundlage ihrer Wirtschaftspolitik zu machen. Oder anders gesagt: Ohne den kapitalistischen Markt konnte das vielbeschworene Wertgesetz, konnten Werte und Preise im Sozialismus nicht funktionieren."

Man hatte in der DDR also keinen gleichwertigen oder überlegenen Ersatz für die Preisbildung auf den Warenmärkten gefunden. Das Problem blieb ungelöst. Die Folge war ein Wirrwarr von verschiedenen Methoden der Preisbildung. Nach einem ersten Prinzip sollten die Preise durch die Kosten bestimmt werden, nach einem zweiten Prinzip wurden die Preise nach sozialen und politischen Gesichtspunkten durch den Staat festgelegt, drittens, sollte die Qualität der Produkte preisbestimmend oder mitbestimmend sein, nach einem vierten Prinzip sollten die Preise zeitweilig oder ständig administrativ konstant gehalten werden u.a. Eine Entscheidung für ein einziges Prinzip fand keine durchgehende Zustimmung. Scheinbar verblieb als einzige Lösung die Kapitulation vor der alten Ökonomie, also die Wiederbelebung der Preisbildung durch das

Wertgesetz. Aber das gute alte Wertgesetz führt schlicht und einfach zurück zur kapitalistischen Warenwirtschaft mit allen ihren Widersprüchen.



Wenn die angewandten Preisbildungsprinzipien im neuen System nicht zu zufriedenstellenden Resultaten geführt haben, warum wurde dann Marxens Theorie der Wertbildung durch die individuell aufgewandte Arbeitszeit nicht weiterentwickelt? Sicher ist es richtig, daß das Geld mindestens in der ersten

Entwicklungsphase der sozialistischen Gesellschaft noch genutzt werden muß, und daß daher die Preise weiterhin im Geldmaß dargestellt werden müssen. Geldausdruck des Arbeitsaufwands ist der Kostenaufwand, und warum eigentlich soll es nicht möglich sein die Kosten auf die im Produkt enthaltene Arbeitszeit zurückzuführen? Das Problem wäre gelöst, wenn erstens, die Preise durch die betrieblichen Kosten C_K und durch einen administrativ vorgegebenen Kostenaufschlag ST nach der Beziehung $Y = C_K + ST$ bestimmt werden, und wenn zweitens, die gesellschaftlichen Kosten Y (betriebliche Kosten C_K und öffentliche Kosten ST) im gesellschaftlichen Durchschnitt mit der Rate der Arbeitszeit wachsen würden.

Im System der monetären Globalplanung kann das Problem durch gesamtwirtschaftliche Maßnahmen des Staates gelöst werden. Der Staat läßt im Globalzuteilungssystem im Normalfall die Gesamtzuteilung an den sozialistischen Unternehmensektor ohnehin mit der Rate der Arbeitszeit wachsen (siehe Abschnitte 3.2. und 4.). Damit wachsen die gesellschaftlichen Gesamtkosten $Y = C_C + C_V + ST$ (betriebliche Kosten $C_C + C_V$ und öffentliche Kosten ST) annähernd mit der Rate der Gesamtarbeitszeit, mit anderen Worten, die Gesamtzuteilung bestimmt den nominalen Betrag des Gesamtprodukts $Y = C_C + C_V + ST$. Und mit dem Wachstum der Gesamtkosten und des Gesamtprodukts Y_{ges} wachsen auch die Kosten der einzelnen Erzeugnisse Y_j im volkswirtschaftlichen Durchschnitt mit der Rate der Arbeitszeit. Mehr ist nicht nötig. Die allgemeinen Prinzipien, die das Wachstum des Werts im Geldmaß mit dem Wachstum der Arbeitszeit in Einklang bringen sind die folgenden:

Zunächst legt der Staat den Geldwert fest, also das Verhältnis der insgesamt neu aufgewandten Arbeitszeit t_n zum planmäßigen Neuwert N . Für den Geldwert gilt somit

$$w_G = \frac{t_n}{N}. \text{ Hieraus folgt } N = \frac{t_n}{w_G}. \text{ Und da der produzierte Gesamtneuwert sich aus dem}$$

Gesamtlohn des Unternehmensektors C_V und dem Aufschlag ST zusammensetzt, gilt auch

$N = \frac{t_n}{w_G} = C_V + ST$. Sieht der Arbeitszeitplan z.B. $t_n = 40$ Mrd.h im neuen Jahr vor, und wurde

der Geldwert auf $w_G = \frac{t_n}{N} = 0,02 \text{ h/DM}$ festgelegt, dann wird der Staat normalerweise ein

nominales Gesamteinkommen von $N = \frac{t_n}{w_G} = \frac{40 \text{ Mrd.h}}{0,02 \text{ h/DM}} = 2000 \text{ Mrd.DM}$ einplanen. Danach

kann die Gesamtlohnzuteilung an den sozialistischen Unternehmensektor C_V und der Gesamtaufschlag für den öffentlichen Sektor festgelegt werden, wobei die Summe von Löhnen

C_V und Aufschlag ST gleichgroß dem Neuwert $N = \frac{t_n}{w_G} = C_V + ST = 2000 \text{ Mrd.DM}$ sein muß.

Der planmäßig zu produzierende Neuwert N ist dann durch den Staat in Abhängigkeit von der Arbeitszeit festgelegt worden.

Und mit der Lohnzuteilung an den Unternehmensektor C_V liegen die Lohnkosten des sozialistischen Unternehmensektors in guter Näherung fest, weil ein starker Druck entsteht, den zugeteilten Lohn auch auszuzahlen. Es fehlt noch der Plan für die Zuteilung für den Produktionsmittelverbrauch (Produktionsmittelkosten) in Abhängigkeit von der Arbeitszeit, der mit dem späteren tatsächlichen Produktionsmittelverbrauch des sozialistischen Unternehmensektors hinreichend übereinstimmen soll. Auf Grund der gegebenen technischen und technologischen Verhältnisse ergibt sich ein Zusammenhang zwischen Produktionsmittelverbrauch und Gesamtprodukt sowohl im Geldmaß als auch im

Arbeitszeitmaß, der durch die Neuwertrate $n' = \frac{N}{Y} \approx \frac{t_n}{t}$ oder die

Produktionsmittelverbrauchsrate $c' = \frac{C_c}{Y} \approx \frac{t_c}{t}$ bestimmt ist. Zwar kann die Neuwertrate eines

einzelnen Produkts beispielsweise nach Änderungen der Konstruktion oder der Technologie sich innerhalb eines Jahres unter Umständen stark ändern, aber die gesamtwirtschaftliche Neuwertrate ändert sich auf Grund statistischer Gesetze von einem Jahr zum anderen nur relativ geringfügig. Es sind daher Prognosen der gesamtwirtschaftlichen Neuwertrate n' und damit der Produktionsmittelverbrauchsrate $c' = 1 - n'$ möglich, die in guter Näherung mit den tatsächlichen Beträgen übereinstimmen können. Und wenn der Neuwert N und die Neuwertrate

$n' = \frac{N}{Y}$ festliegen, dann berechnet sich der richtige Wert des Gesamtprodukts zu $Y = \frac{N}{n'}$. Und

wenn Gesamtprodukt Y und Neuwert N festliegen, dann liegen auch der

Produktionsmittelverbrauch bzw. die Produktionsmittelkosten $C_c = Y - N$ fest. Oder der

Produktionsmittelverbrauch kann nach der Formel $C_c = Y - N = \frac{N}{n'} - N$ bzw. $C_c = N \cdot \left(\frac{1}{n'} - 1\right)$

berechnet werden. Also der Neuwert N kann durch die Arbeitszeit der Jahresperiode t_n bestimmt werden, und mit der Prognose der Neuwertrate liegt auch der

Produktionsmittelverbrauch $C_c = N \cdot \left(\frac{1}{n'} - 1\right)$ fest. Wenn nun die Gesamtzuteilung an den

sozialistischen Unternehmensektor für den Produktionsmittelverbrauch mit diesem theoretischen Betrag übereinstimmt, dann bestimmen Lohnzuteilung und Zuteilung für den Produktionsmittelverbrauch die Gesamtkosten des sozialistisch Unternehmensektors in mehr oder weniger guter Näherung in Abhängigkeit von der Arbeitszeit. Mehr ist nicht nötig.

Wenn sich herausstellen sollte, daß die Zuteilung für den Produktionsmittelverbrauch an den sozialistischen Unternehmensektor insgesamt zu groß oder zu klein ausgefallen sind, so daß zuviel oder zu wenig Geld bereitgestellt wurde, dann kann im nächsten Planjahr die Prognose der Neuwertrate entsprechend der Erfahrung angepaßt werden.

Der sozialistische Staat kann in diesem System den Steuer- und Abgabensatz so festlegen, daß erstens, alle Kosten des öffentlichen Sektors und der sozialen Sicherungssysteme gedeckt werden können, und daß zweitens, auch für den Produktionsmittelverbrauch und auch für den Zuwachs des Anlagevermögens ΔP_a des sozialistischen Unternehmensektors genügend finanzielle Mittel bereitgestellt werden können. Bei einem Wert des Anlagevermögens des Unternehmensektors von z.B. $P_a(t) = 5000 \text{ MrdDM}$ und einem planmäßigen nominalen Wachstum des Gesamtprodukts um 3% müssen dem Nationaleinkommen etwa $\Delta P_a = P_a(t) \cdot 0,03 = 5000 \cdot 0,03 = 150 \text{ MrdDM}$ für den Zuwachs des Anlagevermögens ΔP_a entnommen werden. Die notwendigen Mittel für Investitionen des Unternehmensektors, mit anderen Worten, die Mittel für Anlage-Produktionsmittelkäufe K_a (im Unterschied zum Anlageproduktionsmittelverbrauch), sind in der Näherung um den Anlage-Produktionsmittelverbrauch C_a (Abschreibungen) größer als der Zuwachs des Anlagevermögens ΔP_a , d.h. die Investitionen können nach der Formel $K_a = C_a + \Delta P_a$ berechnet werden. Der Gesamtaufschlag ST kann also so bemessen werden, daß durch den Verkauf des Gesamtprodukts zum "Preis" von $Y = C_c + C_v + ST$ nicht nur genügend Mittel für den öffentlichen Sektor, sondern auch für Investitionen des Unternehmensektors zur Verfügung gestellt werden können. Ein Gewinnaufschlag ist damit überflüssig. Er wäre nur nötig, wenn, über die Einkommen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Sozialeinkommeneempfänger hinaus, in großem Umfang Ausbeutereinkommen bereitgestellt werden müßten.

6. Näheres zur Selbstregulation ohne Wertgesetz und Profit

6.1 Preisangleichungsmechanismus

Der Ersatz der Preisbildung durch das Wertgesetz durch die Kostenpreisbildung in Abhängigkeit von der Arbeitszeit (individueller Wert anstelle des Warenwerts) hat schwerwiegende Konsequenzen, die zu bedenken sind. Wenn die Preise durch die gesellschaftlichen Kosten bestimmt werden, dann stellen sich bei Produkten gleicher Sorte zunächst größere Preisunterschiede als im Warenwirtschaftssystem ein, weil die Herstellungskosten in der Regel große Unterschiede aufweisen. Innerhalb der sozialistischen Volkswirtschaft müssen Produkte höherer Kosten teurer verkauft werden, als gleiche Produkte, die mit niedrigeren Kosten produziert wurden. Sie dürfen nur im Fall von Kostenänderungen geändert werden, nicht jedoch bei Änderungen von Angebot und Nachfrage. In der Warenwirtschaft hingegen werden im Normalfall Produkte gleicher Qualität und Sorte zum gleichen Preis verkauft.

Im Schema A wurde vorausgesetzt, daß drei Betriebe A, B und C das gleiche Produkt (einen Getriebemotor) in der gleichen Menge von 1 Million Stück mit unterschiedlichen Kosten herstellen. In Spalte 2 sind die Produktionsmittel in der Annahme Eigentum kapitalistischer Unternehmer, es handelt sich also um warenproduzierende Unternehmen. In Spalte 3 hingegen sind die Produktionsmittel Eigentum der Betriebskollektive eines sozialistischen Kombinats, welches seine finanziellen Mittel durch Zuteilungen nach einem gesellschaftlichen Plan erhält. Alle Anlagen und Ausrüstungen, alle Technologien und alle anderen Umstände sollen in beiden Fällen genau die gleichen sein, und jeweils im Vergleich zwischen Spalte 2 zu Spalte 3 produziert der Betrieb A bzw. B bzw. C in der Annahme mit den gleichen Kosten. Die Stückkosten des Betriebes A betragen in beiden

Schema A

Betrieb	Warenwirtschaft Getriebemotoren (Mill.DM)	sozialistische Wirtschaft Getriebemotoren Mill.DM
1	2	3
A	$W = 80_K + 10_{st} + 10_m = 100$	$Y = 80_K + 20_{st} = 100$
B	$W = 60_K + 10_{st} + 30_m = 100$	$Y = 60_K + 15_{st} = 75$
C	$W = 100_K + 10_{st} + (-10_m) = 100$	$Y = 100_K + 25_{st} = 125$
	$W_{ges} = 240_K + 30_{st} + 30_m = 300$	$Y_{ges} = 240_K + 60_{st} = 300$

Fällen $K = 80\text{DM/Stck}$, die des Betriebes B hingegen $K = 60\text{DM/Stck}$, und die des Betriebes C betragen $K = 100\text{DM/Stck}$. Die Kosten weisen also im Vergleich zwischen den Betrieben A, B und C große Unterschiede auf.

In Spalte 2 sind die Produktionsmittel in der Annahme, wie gesagt, Eigentum kapitalistischer Unternehmer. Alle drei kapitalistischen Unternehmen A, B und C zahlen die gleichen Steuern und Abgaben pro Stück, und zwar in der Höhe von jeweils $st = 10\text{DM/Stck}$. Sie verkaufen das gleiche Produkt, den Getriebemotor, zu seinem Warenwert bzw. zum gleichen Preis $W = 100\text{DM/Stck}$. Der Gewinn des Betriebs A beträgt damit $m = 10\text{DM/Stck}$, und der Betrieb B realisiert den Gewinn $m = 30\text{DM/Stck}$. Die Kosten des Betrieb C hingegen sind höher als der Preis, er produziert mit dem Verlust $m = -10\text{DM/Stck}$.

Im Schema Spalte 3 sind die Produktionsmittel der Betriebe A, B und C, wie gesagt, Eigentum der Betriebskollektive, welche ihre finanziellen Mittel durch Zuteilungen nach einem gesellschaftlichen Plan erhalten. Alle Anlagen und Ausrüstungen, alle Technologien und alle anderen Umstände sollen in beiden Fällen genau die gleichen sein, und die Betriebe A, B und C produzieren in der Annahme auch im sozialistischen System mit den oben genannten gleichen Kosten. Im neuen Preisbildungssystem aber muß der Betrieb A, beim Aufschlagsatz von $st' = 0,25$, den Motor zum Preis von $Y = 100\text{DM/Stck}$, der Betrieb B zum Preis von $Y = 75\text{DM/Stck}$, und der Betrieb C zum Preis von $Y = 125\text{DM/Stck}$ verkaufen. Die unterschiedlichen Kosten führen im neuen Preisbildungssystem also zu unterschiedlichen Preisen.

Was geschieht nun im Zuteilungssystem (Schema A, Spalte 3) unter der Voraussetzung, daß die im "Wirtschaftssystem" insgesamt nachgefragte Menge der produzierten Gesamtmenge entspricht? Da jeder der drei Betriebe 1Mill. Stück produziert, werden im "Wirtschaftssystem" insgesamt 3Mill. Motoren angeboten, und eben so viele, also insgesamt 3Millionen Stück, sollen auch nachgefragt werden. In diesem Fall kann folgende Reaktion erwartet werden: Zunächst werden die Kunden die billigsten Motoren, also die Motoren des Betriebs B zum Preis von 75DM/Stück nachfragen. Wenn sie vergriffen sind, dann werden sie die nächstbilligen Produkte, also die Motoren des Betriebs C zum Preis von 100DM/Stück , und zuletzt die teuersten Produkte, also die Motoren des Betriebs A zum Preis von 125DM/Stück kaufen müssen. Die Kunden fragen im Idealfall von den billigsten Motoren zunächst $q_d^A = 3\text{Mill. Stck}$ nach, können aber nur $q_s^B = 1\text{Mill. Stck}$ (vom Betrieb B) kaufen, d.h. es entsteht nach den Produkten des Betriebs B eine Übernachfrage von $d' = \frac{q_d}{q_s} = \frac{3}{1} = 3$. Aufgrund der Übernachfrage hat der Betrieb

B Anspruch auf Investitionen zur Erweiterung seiner Produktion. Steigert er die Produktion außergewöhnlich schnell, dann steht ihm eine hohe Nachfrageanpassungsprämie zu. Außerdem produziert der Betrieb B mit der höchsten Arbeitsproduktivität. Im Beispiel sollen die Lohnkosten des Betriebs B in der Periode $C_v = 15 \text{ Mill. DM}$ betragen haben, bei einem durchschnittlichen Lohnsatz von $\hat{C}_v = 20 \text{ DM/h}$. Damit beträgt die Arbeitszeit

$$t_n = \frac{C_v}{\hat{C}_v} = \frac{15 \text{ Mill. DM}}{20 \text{ DM/h}} = 0,75 \text{ Mill. h.} \text{ Die Produktionsmittelverbrauchsrate sei } c' = \frac{C_c}{W} = \frac{60}{100} = 0,6.$$

Damit hat die Neuwertrate den Betrag $n' = 1 - c' = 0,4$. Die im Produkt enthaltene Arbeitszeit ist

$$\text{damit } t = \frac{t_n}{n'} = \frac{0,75 \text{ Mill. h.}}{0,4} = 1,875 \text{ Mill. h.} \text{ Der Betrieb B produziert also mit der Arbeitsproduktivität}$$

$$\varphi = \frac{q}{t} = \frac{1 \text{ Mill. Stck}}{1,875 \text{ Mill. h.}} = 0,53 \text{ Stck/h.}$$

Der Betrieb C verbrache den Lohn $C_v = 25 \text{ Mill. DM}$ beim gleichen Stundenlohnsatz von

$$20 \text{ DM/h.} \text{ Damit verbraucht der Betrieb C die Arbeitszeit } t_n = \frac{25 \text{ Mill. DM}}{20 \text{ DM/h}} = 1,25 \text{ Mill. h.} \text{ Die}$$

$$\text{Neuwertrate beträgt } n' = \frac{N}{Y} = \frac{C_v + ST}{Y} = \frac{(25 + 25) \text{ Mill. DM}}{125 \text{ Mill. DM}} = 0,4. \text{ Die im Produkt enthaltene}$$

$$\text{Arbeitszeit ist damit } t = \frac{t_n}{n'} = \frac{1,25 \text{ Mill. h.}}{0,4} = 3,125 \text{ Mill. h.} \text{ Und die Arbeitsproduktivität im Betrieb C}$$

$$\text{beträgt } \varphi = \frac{q}{t} = \frac{1 \text{ Mill. Stck}}{3,125 \text{ Mill. h.}} = 0,32 \text{ Stck/h.} \text{ Sie ist also sehr viel niedriger als im Betrieb B.}$$

Bei gleicher Qualität produziert der Betrieb B mit sehr viel höherer Arbeitsproduktivität und damit auch mit sehr viel niedrigerem Preis, was zur oben genannten starken Übernachfrage nach seinen Produkten geführt hat.

Nehmen wir an, daß der Betrieb B in der nächsten, der 1. Periode, die Produktion auf

$$q_1^B = 1,2 \text{ Mill. Stck} \text{ steigert, und daß die Gesamtnachfrage im "Wirtschaftssystem" die gleiche}$$

bleibt. Die Kunden können dann mehr Motoren mit dem niedrigsten Preis, nämlich 1,2 Mill. Stck des Betriebs B kaufen, so daß im einfachsten Fall die Nachfrage und die Produktion des Werks C um den Zuwachs der Produktion des Werks B, also um 0,2 Mill. Stck auf 0,8 Mill. Stück

zurückgehen werden. Bei andauernd niedrigerer Nachfrage muß ein Teil der

Produktionsanlagen des Betriebs C stillgelegt werden, weniger Investitionen werden benötigt,

und Arbeitskräfte werden freigesetzt. Dem wachsenden Investitionsgüterbedarf im Werk B steht

also der sinkende Bedarf im Werk C gegenüber, und der wachsende Arbeitskräftebedarf im

Werk B geht einher mit freigesetzten Arbeitskräften im Werk C. Im Resultat der

Anpassungsreaktionen werden schließlich mehr billige und weniger teure Produkte gleicher Qualität hergestellt. Die Produktion mit der höheren Produktivität bzw. den geringeren Kosten wird gesteigert, die mit der niedrigeren Produktivität hingegen verringert. Im Wirtschaftssystem steigt dadurch die Arbeitsproduktivität.

Wenn der Betrieb A infolge der Übernachfrage seine Produktion ständig steigert, und wenn die Arbeitsproduktivität in den Betrieben A und C nicht an die des Betriebs B angeglichen wird, dann übernimmt der Betrieb B schließlich die Gesamtproduktion, und die Getriebemotorenproduktion der Betriebe A und C wird ganz eingestellt. Die Motoren werden dann alle zum gleichen, und zwar dem niedrigsten Preis angeboten und verkauft. Das Ziel nachfragegerechte Produktion erzeugt also auf Basis der Kostenpreisbildung nicht nur eine Tendenz zur Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Steigerung der Produktion mit der höheren, und Verringerung der Produktion mit der niedrigeren Arbeitsproduktivität, sondern auch eine Preisausgleichstendenz.

Wenn die Nachfrage das Angebot übersteigt, wenn die Nachfrage z.B. 4Mill.Stück beträgt, insgesamt aber nur 3Mill.Stück produziert und angeboten werden, dann erkennen die Motorenwerker die veränderte Situation bzw. die allgemeine Übernachfrage nach ihrem Produkt in gleicher Weise. Solange noch eine Übernachfrage im Wirtschaftssystem besteht, wird man die Produktion der teuersten Motoren des Betriebs C zunächst noch nicht verringern, sondern man wird im Hauptfall die Produktion des Werks B mit den niedrigsten Kosten bzw. dem niedrigsten Preis erweitern. Erst wenn die volkswirtschaftliche Nachfrage vollständig befriedigt wurde, wird nach der Erwartung die Steigerung der Produktion des Werks B mit der Verringerung der Produktion des Werks C einhergehen (natürlich nur dann, wenn die nachholende Rationalisierung im Werk C als die unvorteilhaftere Variante angesehen wird).

Sind die Produkte des Werks C zwar die teuersten, aber auch die der höchsten Qualität und der besten Anpassung an die Kundenwünsche, so daß das Qualitäts-Preis-Verhältnis höher liegt als bei den anderen Herstellern, dann werden sie trotz des höheren Preises am stärksten nachgefragt. In diesem Fall sollte die Produktion des Werks C vorrangig gesteigert und Investitionen verstärkt dorthin gelenkt werden. Die Kunst der Investitionspolitik der sozialistischen Unternehmen besteht also darin, die finanziellen Mittel planmäßig so zu verteilen, daß sie verstärkt in Produktionen mit wachsender Nachfrage, und verringert in solche mit rückläufiger Nachfrage fließen.

6.2 Vergleich zwischen Selbstregulation in der Warenwirtschaft und im Zuteilungssystem

Im kapitalistischen System fließen die Investitionen primär in die Produktionen der höchsten Profitrate. Nehmen wir nun an, daß durch einen kapitalistischen Konzern Bremsmotoren und Schrittmotoren hergestellt werden, und daß ein sozialistischer Konzern sich vom ersteren in nichts unterscheidet, außer in den Eigentumsverhältnissen und der Preisbildung. Entsteht im kapitalistischen System ein Überangebot an einem Produkt 1 (Bremsmotoren) und eine Übernachfrage nach einem Produkt 2 (Schrittmotoren), dann steigen, unter sonst gleichen Umständen, die Preise der Schrittmotoren, und die Preise der Bremsmotoren sinken. Ceteris paribus sinken damit die Profitraten in der ersteren und steigen in der letzteren Produktion. Die kapitalistischen Anleger steigern dann die Investitionen in die Schrittmotorenproduktion, und verringern sie in der Bremsmotorenproduktion. Die Investitionen fließen verstärkt in die Produktion der größeren Profitrate und damit auch der größeren Nachfrage. Das Ziel "Profitmaximierung" enthält also indirekt das Ziel "Bedarfs- bzw. Nachfragebefriedigung".

Entsteht im sozialistischen System ein Überangebot bei Bremsmotoren und eine Übernachfrage nach Schrittmotoren, dann dürfen die Preise auf Grund dieser Vorgänge nicht geändert werden. Und Profit bzw. Gewinn fällt prinzipiell nicht mehr an. Da aber eine möglichst vollkommene Befriedigung der Nachfrage Grundziel (2. abgeleitetes Grundziel) der sozialistischen Produktion ist, steigert das Schrittmotorenwerk mit der Übernachfrage die Produktion, und erhält dafür eine Prämie, die um so höher bemessen wird, um so schneller die Produktion an die Nachfrage angepaßt, bzw. um so schneller die Produktionskapazität erweitert wurde (siehe Abschnitt 7.3).

Das Bremsmotorenwerk hingegen muß seine Produktion infolge des Überangebots bzw. bei dauernd mangelnder Nachfrage reduzieren. Es erhält eine um so höhere Prämie, um so schneller die überflüssigen Produktionsanlagen, Ausrüstungen und Arbeitskräfte abgebaut wurden.

Das Resultat ist das gleiche wie im kapitalistischen System, die Produktion der stärkeren Nachfrage wächst, und die Produktion der verringerten Nachfrage geht zurück. Der Unterschied ist hauptsächlich der, daß die Nachfragebefriedigung unmittelbares Ziel der sozialistischen der Produktion ist, und daß die Preise immer durch den individuellen Wert bestimmt werden, und nicht in Abhängigkeit von Überangeboten und Übernachfragen um den Wert schwanken, und daß die Nachfragebefriedigung nicht durch Steigerung des Profits des Kapitalbesitzers, sondern durch Steigerung der Prämie des Betriebskollektivs belohnt wird. Die Regelung der Produktion durch die Nachfrage wird dadurch nur direkter und sicherer. Der Umweg über Preisänderungen

bei Nachfrageänderungen, die anschließend die Profitraten ändern, und erst dann zu Anpassungsreaktionen führen, ist nicht mehr erforderlich.

Im kapitalistischen System kann bei einer Übernachfrage der Preis steigen und trotzdem die Profitrate sinken, z.B. weil die Preise von Zulieferprodukten und daher die Produktionsmittelkosten steigen, oder weil kämpferische Gewerkschaften Lohnerhöhungen durchsetzen konnten, und weil damit die Lohnkosten steigen. Die Kosten können dann schneller steigen als der Preis, so daß der Profit sinkt, trotz Übernachfrage. Es wird dann kein zusätzliches Geldkapital in die Produktion der Übernachfrage investiert, obwohl die Preise gestiegen sind. Oder es ist möglich, daß ein kapitalistischer Warenproduzent den Preis nicht erhöhen kann, weil die Konkurrenz nicht mitzieht und er andernfalls Marktanteile verlieren würde. Auch in diesem Fall fließt kein zusätzliches Kapital in die Produktion der Übernachfrage, weil die Profitrate nicht steigt. Oder es können umgekehrt bei Überangeboten die Preise und Profite nicht sinken, sondern steigen, z.B. weil die Löhne gedrückt oder Preisabsprachen durch Kartelle vorgenommen wurden. Die Preise müssen also im kapitalistischen System nicht in jedem Fall proportional mit Übernachfragen oder Überangeboten steigen oder sinken. Die direkte Regelung der Produktion zur Angleichung an die Nachfrage dürfte daher der indirekten Regelung durch das Ziel Profitratenmaximierung überlegen sein. Im antizipierten sozialistischen Zuteilungssystem bleibt also die Selbstregulation durch die Marktkräfte nicht nur erhalten, sondern sie wird weiterentwickelt und verbessert.

Allgemein kann der Mechanismus der Selbstregulation im sozialistischen Globalzuteilungssystem, der zur Angleichung der Preise und zur Steigerung der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität führt, wie folgt beschrieben werden:

Wenn in der Sozialwirtschaft bei gesamtwirtschaftlichem Ausgleich von Angebot und Nachfrage nach einem bestimmten Produkt j mehrere Hersteller mit unterschiedlichen Kosten und daher unterschiedlichen Preisen produzieren, dann werden die Kunden zunächst die Produkte mit den niedrigsten Preisen und damit der höchsten Arbeitsproduktivität nachfragen. Es entsteht daher eine Übernachfrage nach den Produkten mit den niedrigsten Preisen. Erst wenn die Produkte mit den niedrigsten Preisen vergriffen sind, werden die Kunden die Produkte mit den höheren Preisen kaufen müssen. Und da Nachfragebefriedigung im Modell Grundziel der sozialistischen Produktion ist, werden die Hersteller mit den niedrigsten Preisen (und daher der Übernachfrage) ihre Produktion steigern. Dadurch verringert sich, bei gleicher Gesamtnachfrage, die Nachfrage nach den Produkten mit den höchsten Preisen. Die Hersteller dieser Produkte werden einen Teil ihrer Produktion nicht absetzen können, und sobald die Lager überfüllt sind, müssen sie ihre Produktion reduzieren. Bei gleicher Gesamtnachfrage

wächst daher die Produktion mit den niedrigsten Preisen und der höchsten Arbeitsproduktivität, und die Produktion mit den höchsten Preisen und der niedrigsten Arbeitsproduktivität schrumpft. Können die Hersteller mit der höheren Arbeitsproduktivität die gesamte Nachfrage befriedigen, dann müssen die Herstellern mit der niedrigen Arbeitsproduktivität ihre Produktion sogar ganz einstellen; Arbeitskräfte und "Kapital" wandern in die wachsende und produktivere Produktion. Es werden im Idealfall nur noch Produkte mit den niedrigsten Preisen hergestellt. Damit gleichen sich die Preise spontan an die niedrigsten Preise an. Es entsteht ein Druck zur Angleichung der Arbeitsproduktivität an das höchste Niveau. Also auch ohne den Umweg über das Profitsystem erzeugt das direkte Ziel "Befriedigung der Nachfrage auf dem Markt" einen starken Druck zur Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Das Ziel der kapitalistischen Produktion ist nicht Anpassung des Angebots an die Nachfrage, sondern Profitmaximierung; der Ausgleich ist daher nur indirektes Resultat des kapitalistischen Produktionsgrundziels. Ist im marktsozialistischen System die nachgefragte Menge größer als die angebotene, dann lenken die Kombinate und Betriebe die Investitionen vorrangig in die Produktion der Übernachfrage und steigern damit das Angebot solange, bis es mit der Nachfrage übereinstimmt. Da die Preise durch die gesellschaftlichen Kosten festgelegt sind, steigern Übernachfragen die Preise nicht, so daß die nachgefragte Menge infolge dessen nicht sinkt. In der sozialistischen Marktwirtschaft wird daher der Angleich allein durch Steigerung der Produktion (produzierte Mengen), also ohne Preissteigerungen und ohne dadurch verringerte nachgefragte Mengen bewerkstelligt. Die Nachfrage ist gegeben und das Angebot wird an die Nachfrage angepaßt.

Stellt sich umgekehrt, beim festen, von Angebot und Nachfrage unabhängigen Preis, ein Überangebot ein, dann muß die Produktion, nach Überfüllung der Erzeugnislager, verringert werden. Die sozialistischen Unternehmen ziehen dann Investitionen aus der Produktion des Überangebots ab und verringern die Produktion und damit das Angebot solange, bis es wieder mit der Nachfrage übereinstimmt. Da das Überangebot die Preise nicht mehr drückt und infolge dessen die nachgefragte Menge nicht vergrößert wird, wird der Angleich in diesem Fall allein durch Verringerung der angebotenen Menge bewirkt. Also auch in diesem Fall ist die Nachfrage gegeben, und das Angebot wird an die Nachfrage angepaßt.

Durch das direkte Produktionsgrundziel "Ausgleich von Angebot und Nachfrage" wird die marktwirtschaftliche Selbstregulation rationalisiert und vereinfacht. Außerdem bewegt sich der Regelvorgang im Rahmen der finanziellen Globalzuteilungen an die Kombinate durch den Volkswirtschaftsplan. Die Steuerung der makroökonomischen Prozesse liegt damit ganz in der

Hand einer volkswirtschaftlichen Zentrale, während die mikroökonomischen Prozesse "spontan" durch die Marktkräfte geregelt werden.

Die Nachfrage nach Produktionsmitteln - Werk-, Hilfs- und Brennstoffen, Energie, Material, Bauten, Maschinen und Ausrüstungen usw. - steigt in der wachsenden Produktion mit Übernachfrage und sinkt in der reduzierten Produktion mit Überangebot. Im Ergebnis des allgemeinen Ziels "Befriedigung der Nachfrage auf dem Markt" werden daher auch in allen Zulieferproduktionen die gleichen Regelvorgänge in Gang gesetzt. Die Pläne der Betriebe aller Branchen und Zweige (Angebote) werden auf diese Weise an die Nachfrage angepaßt, und im Resultat aller Pläne aller Unternehmen entsteht, im Rahmen des globalen volkswirtschaftlichen Verteilungsplans (Ausgabenplans), selbsttätig ein optimaler volkswirtschaftlicher Naturalproduktionsplan.

Im System der "kapitalistischen Marktregulation" schließt die Nachfragebefriedigung die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse nur indirekt und unter Vorbehalt ein. Nicht Nachfragebefriedigung ist das Ziel der privatkapitalistischen Produktion, sondern Profitmaximierung. Der kapitalistische Unternehmer stellt sich nur dann das Ziel die Nachfrage zu befriedigen, wenn es ihm Profit verspricht. Realisiert er längerfristig keinen Profit, und wird er nicht vom Staat subventioniert, dann stellt er die Produktion ein. Verfügt er über eine im Weltvergleich hochentwickelte Produktion, die aber von der Konkurrenz übertroffen wird, bzw. produziert die Konkurrenz mit niedrigeren Kosten und drückt die Preise unter seine Kosten, so daß die hochproduktive, aber im Vergleich zu den am höchsten entwickelten Warenproduzenten etwas rückständige Produktion keinen Profit mehr abwirft, dann stellt er auch in diesem Fall die Produktion ein. Eine an sich bewunderswürdige, durch viele Generationen entwickelte automatisierte Produktion gilt im kapitalistischen System als "marode", wenn sie keinen Profit abwirft. Die Produkte des Unternehmens können durchaus nachgefragt werden, und es kann aus gesellschaftlicher Sicht sehr kostenaufwendig sein, die Arbeitskräfte auf die Straße zu setzen und das Anlagekapital brachliegen zu lassen, trotzdem wird die Produktion im kapitalistischen System eingestellt, wenn sie keinen Profit abwirft. Aus dem Profitziel folgt in der Privatwirtschaft in logischer Konsequenz das Ziel Bereicherung des Privateigentümers, nicht aber mit Notwendigkeit auch das Ziel Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse. Den kapitalistischen Privatmann interessiert im Geschäftsleben sein privater Profit, und nicht die Bedürfnisse aller Gesellschaftsmitglieder, schon gar nicht die Bedürfnisse der zahlungsunfähigen Armen anderer Länder. Er ist nur dann bereit zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse durch seine Geschäftstätigkeit beizutragen, wenn Profit für ihn garantiert ist. Die bürgerliche Apologetik behauptet zwar, daß das Ziel Profitmaximierung das Ziel Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse optimal impliziert, aber sie wird dies auch

dann noch behaupten, wenn die Zahl der jährlich 50 Millionen Hungertoden und der 1Milliarde Arbeitslosen und Marginalisierten vervielfacht worden ist, und wenn sich nicht nur in großen Regionen der Dritten Welt Hungersnöte, Kriege und soziales Chaos ausgebreitet haben, sondern in der ganzen Welt. Die beiden Produktionsziele "Maximierung des Profits" und "Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse" können also weit auseinanderklaffen. Wenn sich z.B. Giftmüll wie Altöl zur Tierfutterproduktion verwenden läßt, und wenn dieses Material nicht nur nichts kostet, sondern der Zulieferer noch Geld an den Abnehmer zahlen muß, und wenn damit Riesenprofite in der Tierfutterproduktion realisiert werden können, dann treibt die Profitlogik zu dieser Art der "umweltfreundlichen Entsorgung" des Giftmülls, solange sie nicht durch den Staat untersagt wird. Wird die Verwendung des Altöls für diesen Zweck nach einigen Jahren tatsächlich untersagt, weil Gesundheitsgefährdungen auch für den Menschen nachgewiesen werden konnten, dann wurde bis dahin das ökonomische Grundziel der kapitalistischen Produktion "Proftimaximierung" voll und ganz erreicht. Das scheue Reh, das Kapital, flieht dann in andere profitable Anlagen. Moral hin, Moral her, Profitmaximierung ist das Grundziel der kapitalistischen Produktion, und nicht Befriedigung von Lebensbedürfnissen der Bevölkerung.

7. Maß der Leistung des sozialistischen Betriebskollektivs

7.1 Steigerung der Arbeitsproduktivität als Erfolgsmaß

Das allgemeine Grundziel der sozialistischen Produktion ist, wie bereits mehrfach erwähnt, die optimale Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse aller Mitglieder der sozialistischen Gemeinschaft, und zur Befriedigung dieser Bedürfnisse streben die Verbraucher (Unternehmen, private und öffentliche Haushalte) den Erwerb von Gütern möglichst hohen Gebrauchswerts Q zu möglichst niedrigen Preisen an. Zu diesem Zweck müssen Güter



möglichst hohen Gebrauchswerts Q mit möglichst geringem Arbeitszeitaufwand t produziert werden - es muß hierzu also die Arbeitsproduktivität $\varphi = \frac{Q}{t}$ maximiert

werden. Maximierung der Arbeitsproduktivität ist das erste, aus dem allgemeinen Grundziel abgeleitete Ziel der sozialistischen Produktion.

Darüber hinaus soll die angebotene Menge q_S schnellstmöglich an die nachgefragte Menge q_D angepaßt werden. Die optimale Anpassung der angebotenen Naturalmengen an die nachgefragten Naturalmengen ist demnach das zweite abgeleitete Grundziel der sozialistischen Produktion.

In ihrer Grundform ist die Arbeitsproduktivität wie folgt definiert:

$$\varphi = \frac{Q}{t} = \frac{\text{Gebrauchswert}}{\text{Arbeitszeit}} \quad \begin{array}{l} \text{Arbeitsproduktivität} \\ \text{uneingeschränkte Grundform} \end{array}$$

Der Gebrauchswert pro Naturalmengeneinheit (pro Stück) erhalte die symbolische Bezeichnung \hat{Q} . Werden q Naturalmengeneinheiten mit einem Gebrauchswert von insgesamt Q

Werteinheiten hergestellt, dann hat der Gebrauchswert pro Stück den Betrag $\hat{Q} = \frac{Q}{q}$. Damit gilt

auch $Q = \hat{Q} \cdot q$. Ist der Gebrauchswert pro Mengeneinheit \hat{Q} konstant - was immer dann der Fall ist, wenn alle technischen und natürlichen Merkmale des Produkts unverändert bleiben, dann wächst der insgesamt produzierte Gebrauchswert proportional mit der Menge q . Zum Beispiel zwei Drei-Pfund-Mischbrote besitzen den doppelten Gebrauchswert wie eines von ihnen, oder z.B. 12Mill. 60Watt-Glühlampen besitzen den 1,2-fachen Gebrauchswert wie 10Mill. gleiche Glühlampen.

Die Definitionsgleichung der Arbeitsproduktivität $\varphi = \frac{Q}{t}$ ist schlicht und einfach, aber

insbesondere die Messung des Gebrauchswerts pro Mengeneinheit \hat{Q} in uneingeschränkter Form ist ein schwieriges Problem. Die Käufer und Verbraucher schätzen den Gebrauchswert des Produkts bzw. dessen Nützlichkeit für ihr Leben, sowie dessen Verhältnis zum Preis instinktiv ein. Genaue objektive Messungen des Gebrauchswerts sind nur in Sonderfällen möglich. Im allgemeinen muß der Gebrauchswert einer Produkteinheit \hat{Q} subjektiv eingeschätzt werden. Schätzwerte des Gebrauchswerts pro Mengeneinheit in Form einer einzigen Zahl sind jedoch prinzipiell nicht ausgeschlossen. Hierzu später.

Wenn der Gebrauchswert pro Mengeneinheit \hat{Q} sich innerhalb einer Periode nicht ändert, dann wächst der insgesamt produzierte Gebrauchswert Q , wie gesagt, proportional mit der Menge q . Bei einem einzigen Erzeugnistyp und unverändertem Gebrauchswert pro Stück gilt für die 0.Periode die Arbeitsproduktivitätsformel $\varphi_0 = \frac{q_0}{t_0}$, und für die 1.Periode gilt $\varphi_1 = \frac{q_1}{t_1}$. Und der Index der Steigerung der Arbeitsproduktivität zwischen der 0.Periode und der 1.Periode ist damit:

$$I_{\varphi 1} = \frac{\varphi_1}{\varphi_0} = \frac{q_1 \cdot t_0}{t_1 \cdot q_0}$$

Zumeist werden aber in der Jahresperiode i durch den Betrieb p mehrere Erzeugnisse j in den Mengen q_i^j hergestellt. Die aus mehreren Erzeugnissen zusammengesetzte "aggregierte Menge" bzw. "Quasi-Naturalmenge" des Betriebs p kann in diesem Fall in Form des Realprodukts $Y_{ri} = \sum_{j=1}^n q_i^j \cdot p_0^j$ dargestellt werden. Das Realprodukt Y_{ri} wird also ermittelt, indem die produzierten Mengen q_i^j der Periode i mit den Preisen p_0^j der Vorperiode bzw. der Basisperiode bewertet werden. Die Preise werden damit rechnerisch konstant gehalten. Solange sich die Qualitäten (Gebrauchswerte) pro Erzeugniseinheit (pro Stück) nicht ändern, wächst der Gebrauchswert Q der Menge q proportional mit dieser Menge. Und bei mehreren unterschiedlichen Erzeugnissen kann die "Quasi-Naturalmenge" durch das Realprodukt Y_r dargestellt werden. Mit dieser Einschränkung gilt für die Steigerung der Arbeitsproduktivität in der 1.Periode:

$$I_{\varphi 1} = \frac{Y_{r1} \cdot t_0}{Y_{r0} \cdot t_1}$$

Die insgesamt aufgewandte Arbeitszeit t setzt sich aus der lebendigen Arbeitszeit t_n (die in der Periode neu aufgewandte eigene Arbeitszeit des Betriebs p) und der vergegenständlichten Arbeitszeit t_c (die in den gekauften und verbrauchten Produktionsmitteln enthaltene Arbeitszeit) zusammen. Es gilt somit $t = t_c + t_n$.

Da in unserem System die staatliche Plankommission den Wert des Gesamtprodukts mit der Rate der Arbeitszeit wachsen läßt, wachsen auch die Werte der einzelnen Erzeugnisse im gesellschaftlichen Durchschnitt mit der Rate der aufgewandte Arbeitszeit t_j . Und damit wächst

der nominale Wert der einzelnen Produkte $Y_j = \frac{t_j}{w_G}$ in grober Näherung proportional mit der

aufgewandten Arbeitszeit t_j .

Durch Umformung der Beziehung $Y = \frac{t}{w_G}$ erhält man die im Produkt enthaltene Arbeitszeit

$t = Y \cdot w_G$. Im Produkt der 0.Periode ist etwa die Arbeitszeit $t_0 = Y_0 \cdot w_G$ und im Produkt der 1.Periode die Arbeitszeit $t_1 = Y_1 \cdot w_G$ enthalten.

Einsetzen dieser Beziehungen $t_0 = Y_0 \cdot w_G$ und $t_1 = Y_1 \cdot w_G$ in die Formel der Steigerung der

Arbeitsproduktivität $I_{\varphi 1} = \frac{Y_{r1} \cdot t_0}{Y_{r0} \cdot t_1}$ führt zu $I_{\varphi 1} = \frac{Y_{r1} \cdot Y_0}{Y_{r0} \cdot Y_1}$.

Als Basisperiode kann immer das Vorjahr gewählt werden, und in der Basisperiode stimmt das Produkt nominal Y_0 mit dem Produkt real Y_{r0} überein. Es gilt also in der Basisperiode $Y_0 = Y_{r0}$.

Die Formel der Steigerung der Arbeitsproduktivität $I_{\varphi 1} = \frac{Y_{r1} \cdot Y_0}{Y_{r0} \cdot Y_1}$ erhält damit folgende Form:

$I_{\varphi 1} = \frac{Y_{r1}}{Y_1}$	Index der Steigerung der Arbeitsproduktivität im Vergleich zum Vorjahr bei konstantem Gebrauchswert pro Mengeneinheit, Form 1
--------------------------------------	---

Y_{r1} betriebliches Gesamtprodukt real

Y_1 betriebliches Gesamtprodukt nominal

Das Produkt nominal Y wird in der Praxis ohnehin ermittelt, und das betriebliche Produkt real Y_r

kann durch Bewertung der produzierten Mengen mit konstanten Preisen ebenfalls in jedem Betrieb ermittelt werden. In der Form $I_{\varphi 1} = \frac{Y_{r1}}{Y_1}$, also unter der Einschränkung, daß erstens, sich die Gebrauchswerte der Erzeugnisse innerhalb des Jahres nicht ändern, und daß zweitens, die Plankommission den nominalen Wert des Gesamtprodukts mit der Rate der Gesamtarbeitszeit wachsen läßt, ist die Messung der Steigerung der Arbeitsproduktivität kein wirkliches Problem.

Auch ohne besondere Begründungen kann das Verhältnis der Produktion real Y_r ("Quasi-Naturalmenge") zur Produktion nominal Y ("Preis der Quasi-Naturalmenge"), also das

Verhältnis $I_{\varphi 1} = \frac{Y_{r1}}{Y_1}$, als Hauptkennziffer der Bewertung der Leistung des sozialistischen

Betriebskollektivs eingeführt werden. Es erfüllt den gleichen Zweck in gleicher Weise, d.h. der produzierte Naturalreichtum Y_r soll möglichst groß, und der Aufwand an lebendiger und vergegenständlichter Arbeitszeit und damit der nominale Wert $Y = C_K \cdot (1 + st')$ und damit die gesellschaftlichen Kosten Y (betriebliche Kosten C_K und öffentliche Kosten ST) möglichst klein sein. Man interessiert den Betrieb damit an möglichst niedrigen Kosten und Preisen. Um so mehr die Kosten C_{K1} gesenkt werden, um so mehr sinkt der Preis und individuelle Wert

$Y_1 = C_{K1} \cdot (1 + st'_1)$, und um so mehr steigt die Arbeitsproduktivität $I_{\varphi 1} = \frac{Y_{r1}}{Y_1} = \frac{Y_{r1}}{C_{K1} \cdot (1 + st'_1)}$. Es

entsteht ein um so stärkerer Druck zur Kosten- und Preissenkung, um so reichlicher Steigerungen der Arbeitsproduktivität belohnt werden.

Die betrieblichen Kosten C_{K1} setzen sich aus den Anlage-Produktionsmittelkosten C_{a1} , den Umlauf-Produktionsmittelkosten einschließlich Materialkosten C_{u1} , und den Lohnkosten C_{v1}

zusammen. Und zur maximalen Steigerung der Arbeitsproduktivität $I_{\varphi 1} = \frac{Y_{r1}}{C_{K1} \cdot (1 + st')}$ müssen,

wie gesagt, die Gesamtkosten $C_{K1} = C_{a1} + C_{u1} + C_{v1}$ minimiert werden. Es gilt also auch:

$I_{\varphi 1} = \frac{Y_{r1}}{C_{K1} \cdot (1 + st')}$	Index der Steigerung der Arbeitsproduktivität bei konstantem Gebrauchswert pro Mengeneinheit Form 2
---	---

Der Umlauf-Produktionsmittelverbrauch C_u (Vorleistungen) enthält den Materialverbrauch; das Ziel "maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität" schließt also das Ziel "Minimierung der Materialkosten" in logischer Konsequenz ein.

Außerdem steigt unter sonst gleichen Umständen die Arbeitsproduktivität, wenn der Anlage-Produktionsmittelverbrauch C_a sinkt (Abschreibungen, Anlage-Produktionsmittelkosten). Der Anlage-Produktionsmittelverbrauch pro Periode $C_a = \chi \cdot P_a(t)_{\text{neu}}$ ist, bei gleichem

Abschreibungssatz $\chi = \frac{C_a}{P_a(t)_{\text{neu}}}$, um so kleiner, um so kleiner der Neuwert der Bauten und

Ausrüstungen $P_a(t)_{\text{neu}}$ ist. Zur maximalen Steigerung der Arbeitsproduktivität muß daher auch der nominale Wert der Anlagen und Ausrüstungen $P_a(t)_{\text{neu}}$ minimiert werden. Zusätzliche Kennziffern zur Kostensenkung, darunter Materialkennziffern und Kennziffern der Grundfondsrentabilität, werden damit überflüssig oder sogar kontraproduktiv. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität als Erfolgsmaß bewertet Einsparungen von Produktionsmittelkosten, darunter Kosten der Bauten und Ausrüstungen und Materialkosteneinsparungen, im ganzheitlichen Zusammenhang. Gesonderte Kennziffern als Anreiz zur Materialeinsparung und zur Grundfondsrentabilität sind damit nicht erforderlich.

Die Formel der Steigerung der Arbeitsproduktivität $I_{\varphi 1} = \frac{Y_{r1}}{Y_1}$ ist, wie gesagt, nur dann

uneingeschränkt gültig, wenn die Gebrauchswerte Q_j (Qualitäten) aller Produkte innerhalb des Jahres unverändert bleiben. Ändern sich die Qualitäten Q_j hingegen ganz beträchtlich, dann können die Qualitätssteigerungen entweder in der Gesamtheit subjektiv eingeschätzt, oder nach Gebrauchswertanalysen als Schätzwerte für jedes Produkt oder für bestimmte Produktgruppen ermittelt werden. Die Formel der Steigerung der Arbeitsproduktivität erhält damit die Form:

$I_{\varphi 1} = \frac{Y_{r1} \cdot I_{Q1}}{Y_1}$	<p>Index der Steigerung der Arbeitsproduktivität, bei sich ändernden Gebrauchswerten pro Mengeinheit</p>
---	--

Y_{r1} betriebliches Gesamtprodukt real

Y_1 betriebliches Gesamtprodukt nominal

I_{Q1} Index der Gebrauchswertsteigerung (Qualitätssteigerungsindex)

Zum Beispiel eine Prämienkommission des Kombinats kann dem Betriebskollektiv für eine Einführung eines neuen Erzeugnisses mit Weltniveau einen hohen Index der Gebrauchswertsteigerung bewilligen, welcher die Prämie "Steigerung der Arbeitsproduktivität" entsprechend erhöhen würde. Außerdem kann das Betriebskollektiv, welches zuerst neue und sehr viel bessere Produkte auf den Markt bringt, unbedingt mit einer schnell wachsenden Nachfrage als Voraussetzung für eine schnell wachsende Produktion rechnen, weil in diesem Fall die produzierte Menge schnell wachsen kann, und weil beim Übergang zu größeren Serien, und erst recht beim Übergang zur Massenproduktion, die Arbeitsproduktivität schneller gesteigert werden kann. Also bereits mit der einfacheren Kennziffer Steigerung der

Arbeitsproduktivität der Form $I_{\varphi 1} = \frac{Y_{r1}}{Y_1}$ werden starke Anreize für Erzeugnisverbesserungen

oder für Einführungen sehr viel besserer Erzeugnisse gegeben. Wenn sich jedoch herausstellen sollte, daß diese Anreize zur Einführung besserer und neuer Erzeugnisse (ohne Qualitätskennziffer) zu gering sind, dann kann der Index der Steigerung des Gebrauchswerts I_Q für zusätzliche Stimuli genutzt werden.

Es kann also Fälle geben, bei welchen Ermittlungen von Gebrauchswertkennziffern für einzelne Erzeugnisse vorteilhaft sein können. Bei n verschiedenen Erzeugnistypen oder Erzeugnisgruppen im Produktionsprogramm kann zur Ermittlung des Gesamtindex der Steigerung der Arbeitsproduktivität unter Einbeziehung eines Qualitätssteigerungsindex folgende Formel benutzt werden:

$$I_{\varphi 1} = \frac{\sum_{j=1}^n Y_1^j \cdot I_{Q_1}^j}{Y_1^{\text{ges}}}$$

Gesamtindex der Steigerung der Arbeitsproduktivität
bei Gebrauchswertänderungen von n Typen oder Gruppen

Problematisch ist hierbei nur die Quantifizierung der Gebrauchswertsteigerungen, also die Ermittlung der Indizes $I_{Q_1}^j$ für jedes Produkt j.

In vielen Fällen sind einige oder alle Gebrauchswerteigenschaften des Produkts meßbare physikalische Größen. Zum Beispiel kann die Lichtausbeute oder die Lebensdauer von Glühlampen gemessen und damit die jeweilige Steigerungsrate I_{Q_k} der Eigenschaft k objektiv bestimmt werden. Wird die Lichtausbeute z.B. um 1% gesteigert, dann hat der Index der Qualitätssteigerung dieser Eigenschaft k den Betrag $I_{Q_k} = 1,01$. Jeder

Gebrauchswerteigenschaft k kann entsprechend ihrer Bedeutung ein Gewicht g_k zugeordnet

werden. Die Summe der gewichteten Gebrauchswertsteigerungen ergibt dann den Gesamtindex der Qualitätssteigerung

$I_{Q_1} = \sum_{k=1}^n I_{Q_k} \cdot g_k$	Index der Gebrauchswertsteigerung eines einzigen Erzeugnisses mit in jedem Fall meßbaren Gebrauchswerteigenschaften
--	---

In manchen Fällen sind die Gebrauchswerteigenschaften also meßbare Größen, so daß sich objektive Indizes der Qualitätssteigerung ermitteln lassen. In anderen Fällen hingegen wird der Index der Steigerung des Gebrauchswerts I_{Q_1} rein subjektiv eingeschätzt werden müssen.

Wird ein neues Erzeugnis entwickelt, welches sich vom vergleichbaren Vorgänger stark unterscheidet, dann kann trotzdem ein guter Gebrauchswertvergleich möglich sein. Wird z.B. eine Energiesparlampe (Leuchstoffkompaktlampe) entwickelt und mit den herkömmlichen Allgebrauchs-Glühlampen verglichen, dann kann z.B. nur die Lichtausbeute und die Lebensdauer bewertet werden. Steigt die Lichtausbeute im Vergleich zur Glühlampe auf $I_{Q_1}^1 = 4$, also um das Vierfache, und wird diese Eigenschaft mit dem Gewicht von $g_1 = 0,6$

bewertet, und steigt die Lebensdauer um $I_{Q_1}^2 = 4$, beim Gewicht von $g_2 = 0,4$, dann steigt der Gebrauchswert der Sparlampe im Vergleich zur Glühlampe um den Faktor

$I_{Q_1} = I_{Q_1}^1 \cdot g_1 + I_{Q_1}^2 \cdot g_2 = 4 \cdot 0,6 + 4 \cdot 0,4 = 4$. Für das Realprodukt des Erzeugnisses $j=1$ gilt die Beziehung $Y_{r_1} = q_1 \cdot p_0$ und für das Produkt nominal des gleichen Erzeugnisses gilt

$Y_1 = q_1 \cdot p_1$. Die Formel der Steigerung der Arbeitsproduktivität $I_{\varphi_1} = \frac{Y_{r_1} \cdot I_{Q_1}}{Y_1}$ erhält damit die

Form $I_{\varphi_1} = \frac{p_0 \cdot I_{Q_1}}{p_1}$. Das Symbol p_0 bezeichnet hierin den Preis des Erzeugnisses vor, und p_1

den Preis des ähnlichen Erzeugnisses nach der Gebrauchswertsteigerung. Im Beispiel hat der Index der Gebrauchswertsteigerung durch den Ersatz der Glühlampe durch die Energiesparlampe den Betrag $I_{Q_1} = 4$. Steigt außerdem der Preis der Sparlampe im Vergleich

zur Glühlampe um das 4-fache, sagen wir von $p_0=2\text{DM/Stck}$ auf $p_1=8\text{DM/Stck}$, dann steigt die

Arbeitsproduktivität zwar nicht, d.h. es gilt dann $I_{\varphi_1} = \frac{p_0 \cdot I_{Q_1}}{p_1} = \frac{2\text{DM/Stck} \cdot 4}{8\text{DM/Stck}} = 1$, aber es wird

Energie gespart. Steigt der Preis um das 5-fache, dann sinkt die Arbeitsproduktivität auf

$$I_{\varphi_1} = \frac{p_0 \cdot Q_1}{p_1} = \frac{2\text{DM/Stck} \cdot 4}{10\text{DM/Stck}} = 0,8, \text{ also um } 20\%. \text{ Es fragt sich dann, ob die durch sinkende}$$

Arbeitsproduktivität erkaufte Energieeinsparung noch gerechtfertigt ist, abgesehen davon, daß aus gesellschaftlicher Sicht auch die Energiebilanz bei der Herstellung der Zuliefererzeugnisse in beiden Fällen eine Rolle spielt.

Die Arbeitsproduktivität der 1. Periode ist in der uneingeschränkten Grundform, wie gesagt,

durch die Formel $\varphi_1 = \frac{Q_1}{t_1}$ definiert. Bei arbeitszeitbestimmten Preisen ändert sich der

Arbeitszeitaufwand t_1 proportional zum individuellen Wert Y_1 . Die Kennziffer $\varphi' = \frac{Q_1}{Y_1}$ kann dann

als eine spezifische Größe zur Kennzeichnung der Arbeitsproduktivität benutzt werden. Dividiert

man sie im Zähler und Nenner durch die Menge q_1 , dann erhält man (mit $\frac{Q_1}{q_1} = \hat{Q}_1$ und

$$\frac{Y_1}{q_1} = p_1):$$

$$\varphi'_1 = \frac{\hat{Q}_1}{p_1} \quad \text{Qualitäts-Preis-Verhältnis}$$

Also um so höher der Gebrauchswert der Produkteinheit \hat{Q} , und um so niedriger der Preis p , um so höher die Arbeitsproduktivität. Das Qualitäts-Preis-Verhältnis stellt somit nur eine spezielle Form der Arbeitsproduktivität dar. Der Käufer "mißt" die Arbeitsproduktivität instinktiv an Hand des Qualitäts-Preis-Verhältnisses. Er kann in den meisten Fällen das Qualitäts-Preis-

Verhältnis $\varphi' = \frac{\hat{Q}}{p}$ und damit die Arbeitsproduktivität $\varphi = \frac{\hat{Q}}{t}$ nicht wie eine physikalische Größe

messen, er kann sie nur einschätzen - aber die Einschätzung des Kunden ist die

entscheidende. **Sind die Kunden mit Qualität und Preis rundum zufrieden, und wird nach dem zweiten abgeleiteten Grundziel der sozialistische Produktion die Nachfrage prompt befriedigt, dann stimmt die Ökonomie.**

Wird durch den Betrieb nur ein Erzeugnistyp innerhalb des Jahres produziert, dann gilt für das Realprodukt die Beziehung $Y_{r1} = q_1 \cdot p_0$, und für das Nominalprodukt gilt $Y_1 = q_1 \cdot p_1$. Die

Formel der Steigerung der Arbeitsproduktivität $I_{\varphi_1} = \frac{Y_{r1}}{Y_1}$ erhält damit die Form:

$I_{\varphi_1} = \frac{p_0}{p_1}$	Index der Steigerung der Arbeitsproduktivität bei konstantem Gebrauchswert pro Mengeneinheit und einem einzigen Erzeugnistyp
-----------------------------------	--

Es zeigt sich damit ganz deutlich, daß Preissenkungen Steigerungen der Arbeitsproduktivität darstellen, vorausgesetzt die Qualität der Erzeugnisse bleibt unverändert und die Preise werden durch die individuellen Kosten und diese durch die individuelle Stückzeit bestimmt. Steigt die Arbeitsproduktivität, dann sinkt bei konstantem Geldwert die Stückzeit, und damit sinken die Kosten und der Preis.

Im Baugewerbe werden häufig in jeder Periode sehr verschiedene Bauwerke erstellt (Einzelfertigung), so daß kein vergleichbarer Preis der Vorperiode vorliegt. Die produzierte Menge q_1 kann dann nur mit dem jeweils neuen Preis p_1 bewertet werden. Damit versagt die Formel der Steigerung der Arbeitsproduktivität $I_{\varphi_1} = \frac{Y_{r1}}{Y_1}$, weil des Realprodukt Y_{r1} nicht vom Nominalprodukt Y_1 unterschieden werden kann. Aber in der Näherung gibt es meines Erachtens eine Lösung für dieses Problem. Die Sache kann so betrachtet werden, als ob nur ein einziges gleichartiges Produkt produziert wird, nämlich in Quadratmetern gemessene Wohn- oder Gewerberaumfläche. Damit gilt die Formel $I_{\varphi_1} = \frac{p_0}{p_1}$. In diesem Fall wäre p_0 also der Quadratmeterpreis der Vorperiode (0.Jahr), und p_1 der Preis in der neuen Periode (1.Jahr). Sinkt der Preis pro Quadratmeter p_1 im Vergleich zum Preis der Vorperiode p_0 , dann steigt die Arbeitsproduktivität, die dann, wie gehabt, als Kennziffer der Leistungseinschätzung verwendet werden kann.

Voraussetzung hierfür sind allerdings arbeitszeitbestimmte Preise, d.h. es muß vorausgesetzt werden, daß der Staat den marxistisch bestimmten Geldwert konstant hält.

Steigt der Gebrauchswert pro Wohnung, werden z.B. Ofenheizungen durch Zentralheizungen ersetzt, ändert sich also der Gebrauchswert der Wohnung, dann sollte die Formel $I_{\varphi_1} = \frac{p_0 \cdot I_{Q_1}}{p_1}$ verwendet werden. Es ist dann möglich, daß trotz steigendem Preis die Arbeitsproduktivität steigt (falls der Gebrauchswertindex I_Q entsprechend steigt). Wenn also die Formel der Steigerung der Arbeitsproduktivität $I_{\varphi_1} = \frac{p_0}{p_1}$ benutzt wird, dann sollten möglichst nur Wohn- und Gewerberaumflächen mit unverändertem Gebrauchswert verglichen werden.

Ästhetische Merkmale von Bauwerken können wie Gebrauchswertmerkmale behandelt und eingeschätzt werden. Verbessert ein Bauunternehmen die Ästhetik eines Bauwerks, dann kann dies im Prinzip durch den Index der Steigerung des Gebrauchswert I_{Q_1} berücksichtigt werden.

Fragen die Mieter z.B. Wohnungen in Hochhäusern der Plattenbauweise stark nach, weil dort die niedrigen Baupreise pro Quadratmeter Wohnfläche zu niedrigen Mieten im Vergleich zu Wohnbauten der Mauerziegelbauweise führen, dann müssen sie durch die Bauunternehmen auch produziert werden. Nachfragebefriedigung ist Grundziel der sozialistischen Produktion. Der Nachfrager entscheidet - er sollte König in der sozialistischen Marktwirtschaft sein.

Es ist zwar möglich, daß im Baugewerbe objektive Quantifizierungen der Gebrauchswertsteigerungen und damit der Arbeitsproduktivität nicht in jedem Fall allgemein vergleichbar möglich sind, aber auch in der kapitalistischen Wirtschaft steigt die Arbeitsproduktivität keineswegs immer genau proportional mit dem Profit. Bei einmaligen Bauwerken hängt der Gewinn in erster Linie von den Preisverhandlungen ab. Insbesondere dann, wenn es keine gleichen Bauwerke für den Preisvergleich gibt, entscheidet "der Ellenbogen" darüber, wie weit der Preis über den Kosten liegt. Der Profit steigt also auch im kapitalistischen Baugewerbe nicht immer objektiv und genau mit der Arbeitsproduktivität.

Durch die oben genannte Formel der Steigerung der Arbeitsproduktivität werden im Globalzuteilungssystem, wie gesagt, bei gleichem Gebrauchswert pro Produkteinheit, Preissenkungen als Haupterfolg gewertet. Würde man anstelle der Steigerung der Arbeitsproduktivität das nominale Produktionswachstum Y als Erfolgsmaß verwenden, dann würden umgekehrt Preiserhöhungen als Erfolg gewertet werden. Man würde damit Anreize für möglichst hohe Kosten und Preise setzen, denn um so höher der Preis p , um so höher, bei gegebener Menge q , der nominale Wert $Y = q \cdot p$.

Würde man die Steigerung der Produktion real Y_r (Mengen bewertet mit konstanten Preisen) zum Hauptziel setzen und belohnen, dann würde zwar das Motiv der Preistreiberei entfallen, aber man kommt dann zur "Tonnenideologie" - der Aufwand an Arbeitszeit und Material spielt dann keine Rolle - nur möglichst große Mengen sollen in diesem Fall produziert werden.

Die Mängel beider Bewertungsmethoden, also entweder die Bewertung des nominalen Wachstums des Produkts Y_1 , oder des realen Wachstum des Produkts Y_{r1} , werden

aufgehoben, wenn die Steigerung der Arbeitsproduktivität $l_{\varphi 1} = \frac{Y_{r1}}{Y_1}$ als Hauptkriterium der Leistungsbewertung verwendet wird, wenn also beide Größen ins Verhältnis zueinander gesetzt werden. Dazu muß allerdings eine neue Wert- und Preisbildung eingeführt werden, d.h. die Preise müssen durch die individuellen Kosten und diese im Durchschnitt durch die individuell aufgewandte Arbeitszeit bestimmt werden, was dann gewährleistet ist, wenn der Staat den marxistisch bestimmten Geldwert w_G konstant hält, wenn der Staat also den Wert des Gesamtprodukts mit der Rate der Gesamtarbeitszeit wachsen läßt.

Der Wert des Produkts j im Zeitmaß ist t_j , und im Geldmaß hat der Wert den Betrag $Y_j = \frac{t_j}{w_G}$.

Bei einem Wert im Zeitmaß von z.B. $t_j = 4h$ und einem Geldwert von $w_G = 0,02h/DM$ beträgt

der Wert im Geldmaß $Y_j = \frac{t_j}{w_G} = \frac{4h}{0,02h/DM} = 200 DM$. Durch eine Geldwertfestlegung, im

Beispiel $w_G = 0,02h/DM$, kann also der Wert und Preis Y_j auf die Arbeitszeit t_j zurückgeführt werden.

7.2 Prämie "Steigerung der Arbeitsproduktivität"

Das allgemeine Grundziel der sozialistischen Produktion "optimale Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse aller Mitglieder der sozialistischen Gemeinschaft" enthält, wie gesagt, das erste abgeleitete Grundziel Maximierung der Arbeitsproduktivität $\varphi = \frac{Q}{t}$. Die Natur hat uns die Fähigkeit die Nützlichkeit bzw. den Gebrauchswert Q von Naturgegenständen und Arbeitsprodukten einzuschätzen in die Wiege gelegt. Außerdem möchten wir instinktiv Produkte möglichst hoher Nützlichkeit Q mit möglichst geringem Arbeitsaufwand t herstellen. Den wichtigsten Anreiz zur hochproduktiven Arbeit und zur Steigerung der Arbeitsproduktivität $\varphi = \frac{Q}{t}$ setzt also die Natur. Aber natürlich ist auch eine finanzielle und moralische Belohnung für überdurchschnittliche Steigerungen der Arbeitsproduktivität durch das Betriebskollektiv von erstrangiger ökonomischer Bedeutung. Meines Erachtens sollte hierfür eine jährliche Prämie ausgeschrieben werden. Diese Prämie sollte reichlich bemessen sein, so daß sich die Mühen und Risiken lohnen, welche Steigerungen der betrieblichen Arbeitsproduktivität, z.B. durch Modernisierungen der Produktionsanlagen, erfordern.



Die Höhe der Prämie für einen bestimmten Betrieb ist zunächst von den Mitteln im Prämienfonds des Kombinats (der VSU) abhängig. Nehmen wir im Beispiel an, daß die Gesamtlohnzuteilung der staatlichen Plankommission an das Kombinat 600Mill.DM betragen hat, und daß davon 60Mill.DM für die

Jahresprämien "Steigerung der Arbeitsproduktivität" der Betriebe eingeplant wurden. Nehmen wir weiterhin an, daß dem Kombinat nur drei Betriebe $p=1,2,3$ angehören. Bei einer Arbeitskräftezahl des Kombinats von insgesamt $n=10000$ steht damit im Durchschnitt jeder (vollbeschäftigten) Arbeitskraft eine Prämie "Steigerung der Arbeitsproduktivität" von $\hat{P} = 6000 \text{ DM/ AK}$ zur Verfügung. Der Betrieb 1 beschäftigt $n_1 = 6000 \text{ AK}$, der Betrieb 2 $n_2 = 1000 \text{ AK}$ und der Betrieb 3 $n_3 = 3000 \text{ AK}$. Realisiert einer der Betriebe eine durchschnittliche Steigerung der Arbeitsproduktivität, dann hat er Anspruch auf eine durchschnittliche Prämie pro Arbeitskraft, im Beispiel auf eine Prämie von $\hat{P} = 6000 \text{ DM/ AK}$. Bei einem Index der Steigerung der Arbeitsproduktivität über dem Kombinatdurchschnitt steht dem Betrieb eine überdurchschnittliche Prämie, und bei einem unterdurchschnittlichen Index eine unterdurchschnittliche Prämie zu. Durch die Prämienkennziffer $k = \frac{I_\varphi}{\bar{I}_\varphi}$ kann dieser Sachverhalt berücksichtigt werden. War die durchschnittliche Steigerung der Arbeitsproduktivität des Kombinats z.B. $\bar{I}_\varphi = 1,03$ und realisiert der Betrieb 1 eine Steigerung von $I_{\varphi 1} = 1,06$, dann

berechnet sich die Prämienkennziffer zu $k_1 = \frac{l_{\varphi 1}}{\bar{l}_{\varphi}} = \frac{1,06}{1,03} = 1,0291$. Der Betrieb 1 mit n_1

vollbeschäftigten Arbeitskräften erhält dann eine Prämienzuteilung von $P_1 = \hat{P} \cdot n_1 \cdot k_1$. Die Gesamtprämienzuteilung des Kombinats summiert sich zu

$$P = \hat{P} \cdot k_1 \cdot n_1 + \hat{P} \cdot k_2 \cdot n_2 + \hat{P} \cdot k_3 \cdot n_3.$$

Nehmen wir an, daß die drei Betriebe in der betrachteten Periode folgende Steigerungen der Arbeitsproduktivität realisiert haben:

Betrieb 1: $l_{\varphi 1} = 1,06$

Betrieb 2: $l_{\varphi 2} = 0,88$

Betrieb 3: $l_{\varphi 3} = 1,02$

Die durchschnittliche Steigerung der Arbeitsproduktivität des Kombinats soll $\bar{l}_{\varphi} = \frac{Y_1^{\text{ges}}}{Y_1^{\text{ges}}} = 1,03$

betragen haben. Die Prämienkennziffern berechnen sich damit zu:

Betrieb 1: $k_1 = \frac{l_{\varphi 1}}{\bar{l}_{\varphi}} = \frac{1,06}{1,03} = 1,02913$

Betrieb 2: $k_2 = \frac{l_{\varphi 2}}{\bar{l}_{\varphi}} = \frac{0,88}{1,03} = 0,85437$

Betrieb 3: $k_3 = \frac{l_{\varphi 3}}{\bar{l}_{\varphi}} = \frac{1,02}{1,03} = 0,99029$

Wenn diese Prämienkennziffern nicht "verstärkt" werden, dann ergeben sich folgende Prämienzuteilungen pro Arbeitskraft an jeden Betrieb:

Betrieb 1: $\hat{P}_1 = \hat{P} \cdot k_1 = 6000\text{DM} \cdot 1,02913 = 6174,78\text{DM} / \text{AK}$

Betrieb 2: $\hat{P}_2 = \hat{P} \cdot k_2 = 6000\text{DM} \cdot 0,85437 = 5126,22\text{DM} / \text{AK}$

Betrieb 3: $\hat{P}_3 = \hat{P} \cdot k_3 = 6000\text{DM} \cdot 0,99029 = 5941,74\text{DM} / \text{AK}$

Bei den oben genannten Arbeitskräftezahlen würden die Betriebe folgende Prämienzuteilungen erhalten:

Betrieb 1: $P_1 = \hat{P}_1 \cdot n_1 = 6174,78\text{DM/ AK} \cdot 6000\text{AK} = 37,048680\text{MillDM}$

Betrieb 2: $P_2 = \hat{P}_2 \cdot n_2 = 5126,22\text{DM/ AK} \cdot 1000\text{AK} = 5,126220\text{MillDM}$

Betrieb 3: $P_3 = \hat{P}_3 \cdot n_3 = 5941,74\text{DM/ AK} \cdot 3000\text{AK} = 17,825220\text{MillDM}$

Die Zuteilungen an die Betriebe summieren sich zur vorgesehenen Gesamtsumme

$P = P_1 + P_2 + P_3 = 60\text{MillDM}$. Die insgesamt zur Verfügung stehende Prämien­summe von 60Mill.DM wird damit vollständig und leistungsgerecht auf die Betriebe aufgeteilt.

Die Differenz zwischen der größten und kleinsten durchschnittlichen Jahresprämie der drei Betriebe pro Arbeitskraft ist im Beispiel 1049DM/ AK. Sagt man, daß sich bei diesen

Prämienunterschieden kein lohnender Anreiz für die großen Mühen und das Risiko der Änderungen der Produktionsanlagen, Technologien, Erzeugnis­konstruktionen usw. ergibt, dann kann die Prämienkennziffer k verstärkt werden. Die Prämienkennziffer k könnte beispielsweise

nach der Formel $k = \left(\frac{l_{\text{op}}}{\bar{l}_{\text{op}}}\right)^x$ verstärkt werden. Mit $x=5$ wären die Prämienkennziffern im Beispiel:

Betrieb 1: $k_1 = 1,02913^5 = 1,1544$

Betrieb 2: $k_2 = 0,85437^5 = 0,4552$

Betrieb 3: $k_3 = 0,99029^5 = 0,9524$

Zur Aufteilung der Gesamtprämien­summe des Kombinats ohne Rest kann in diesem Fall die Ausgleichszahl b eingeführt werden:

$$b = \frac{n}{k_1 \cdot n_1 + k_2 \cdot n_2 + k_3 \cdot n_3} \quad \text{Ausgleichszahl } b$$

Im Beispiel hat sie den Betrag

$$b = \frac{10000}{1,1544 \cdot 6000 + 0,4552 \cdot 1000 + 0,9524 \cdot 3000} = 0,976676954$$

Die Gesamtprämien für die Betriebe des Kombinats berechnen sich damit zu:

$$P_1 = b \cdot \hat{P} \cdot k_1 \cdot n_1 = 5860,06\text{DM/ AK} \cdot 1,1544 \cdot 6000\text{AK} = 40,589120\text{MillDM}$$

$$P_2 = b \cdot \hat{P} \cdot k_2 \cdot n_2 = 5860,06\text{DM/ AK} \cdot 0,4552 \cdot 1000\text{AK} = 2,667499\text{MillDM}$$

$$P_3 = b \cdot \hat{P} \cdot k_3 \cdot n_3 = 5860,06 \text{DM} / \text{AK} \cdot 0,9524 \cdot 3000 \text{AK} = 16,743363 \text{Mill.DM}$$

Die Summe wäre mit $P = P_1 + P_2 + P_3 = 60 \text{Mill.DM}$ die gleiche, aber die Prämie pro Arbeitskraft des Betriebs 2 mit der niedrigsten Steigerung der Arbeitsproduktivität wäre dann

$$\hat{P}_2 = 5860,06 \text{DM} / \text{AK} \cdot 0,4552 = 2667 \text{DM} / \text{AK},$$

und die des Betriebs 1 mit der größten Steigerung wäre $\hat{P}_3 = 5860,06 \text{DM} / \text{AK} \cdot 1,1544 = 6765 \text{DM} / \text{AK}$. Die Unterschiede wären mit 4098 DM/AK sehr viel größer.

Es gibt allerdings Sonderfälle, in welchen die strikte Anwendung solcher Prämienkennziffer zu Ungerechtigkeiten führen würde. Wenn die Arbeitsproduktivität eines Betriebs weit unterdurchschnittlich oder negativ wächst, dann sollte durch die Prämienkommission des Kombinats zunächst geprüft werden, ob das Ergebnis unverschuldet durch das Betriebskollektiv, beispielsweise durch externe Umstände verursacht wurde. Wenn z.B. die Arbeitsproduktivität eines landwirtschaftlichen Betriebs infolge schlechter Wetterverhältnisse negativ gewachsen ist, dann wurde dies nicht durch schlechte Arbeitsleistungen, sondern eben durch unbeeinflussbare externe Umstände verursacht. In solchen Fällen kann die Leistung des Betriebskollektivs subjektiv eingeschätzt werden. Andererseits wäre es denkbar, daß bei besonders günstigen Wetterverhältnissen und infolge dessen, im Vergleich zu anderen Unternehmen, sehr stark steigender Arbeitsproduktivität, zwar überdurchschnittliche aber doch etwas geringere Prämien gezahlt werden, als sie durch den formalen Index der Steigerung der Arbeitsproduktivität ausgewiesen werden.

7.3 Nachfrageanpassungsprämie

Nach dem zweiten abgeleiteten Grundziel der sozialistischen Produktion sollen die angebotenen Mengen, also in erster Linie die produzierten Mengen, schnellstmöglich an die nachgefragten Mengen angepaßt werden. Finanzielle Anreize, die das Betriebskollektiv zu hohen Leistungen zur Anpassung der produzierten Mengen an die nachgefragten Mengen anregen, sind daher von großer Bedeutung für die sozialistische Wirtschaftsführung. Eine Prämie für gute Anpassungen des Angebots an die Nachfrage wäre meines Erachtens am besten geeignet.

Wenn eine starke Übernachfrage nach den Produkten des Betriebs p besteht, und wenn nur die bereits vorhandenen Produktionsanlagen genutzt werden, wenn also keine neuen hinzukommen, dann kann die Produktion nur mit der Rate der Steigerung der Arbeitsproduktivität in jeder vorhandenen Anlage und damit nur in relativ geringem Umfang gesteigert werden. War die Produktion der Vorjahresperiode z.B. $Y_{r0} = Y_0 = 100 \text{ Mill.DM}$, und bleibt die aufgewandte Arbeitszeit $t_1 = t_0$, und damit, bei arbeitszeitbestimmten Preisen, die Produktion nominal $Y_1 = Y_0$ unverändert, und ist in jeder Produktionsanlage des Betriebs keine größere Steigerung der Arbeitsproduktivität als $I_{\varphi 1} = \frac{Y_{r1}}{Y_1} = 1,04$ erreichbar, dann wächst auch die Produktion real nicht schneller als die Arbeitsproduktivität, d.h. sie wächst im Beispiel auf $Y_{r1} = 104 \text{ Mill.DM}$, also ebenfalls nur um 4%. Diese Leistung des Betriebskollektivs wird durch die "Prämie Steigerung der Arbeitsproduktivität" belohnt.

Werden im neuen Jahr hingegen zusätzliche Produktionsanlagen in Betrieb genommen, dann kann die Produktion sehr viel schneller wachsen, und damit, bei einer außerordentlich starken Übernachfrage, sehr viel schneller an die Nachfrage angepaßt werden. Verfügte der Betrieb im Vorjahr in der Endfertigung z.B. über 5 Fließreihen der gleichen Art, und wird im neuen Jahr eine zusätzliche sechste gleiche Fließreihe in Betrieb genommen, und steigt die Arbeitsproduktivität in allen sechs Anlagen um 4%, dann steigt auch die Gesamtarbeitsproduktivität im Betrieb insgesamt um 4%. Durch die Prämie Steigerung der Arbeitsproduktivität wird demnach die Mühe der Erweiterung der Anlagekapazität und der Produktionsausdehnung über die Kapazität der alten Anlagen hinaus nicht belohnt. Die in diesem Fall wichtigste Maßnahme zur schnellen Anpassung der Produktion an die Nachfrage wird durch die Prämie Steigerung der Arbeitsproduktivität also nicht finanziell belohnt. Es sollte daher eine zusätzliche Prämie eingeführt werden, durch welche, bei starken Übernachfragen bzw. bei sehr schnell wachsender Nachfrage, Kapazitätserweiterungen belohnt werden.

Aber nicht der nominale Zuwachs sollte Bemessungsgrundlage sein, sondern das zusätzliche Wachstum der Produktion real bei möglichst niedrigen nominalem Wert der zusätzlichen Anlagen. Es sollte ein möglichst günstiges Verhältnis der realen Produktionserweiterung ΔY_r^{kap} durch die zusätzlichen Anlagen zur insgesamt durch den Betrieb aufgewandten Arbeitszeit $t = t_c + t_n$ und damit zum Aufwand $Y \sim t$ angestrebt werden. Für diesen Zweck kann folgende Kennzahl definiert werden:

$$\chi_1 = \frac{\Delta Y_r^{\text{kap}}}{Y_1} + 1 \quad \text{Kapazitätserweiterungskennziffer}$$

Um so kleiner der nominale Wert der zusätzlichen Produktionsanlagen $\Delta P_a(t)_{\text{ZUS}}$ ist, um so kleiner wird, bei konstantem Abschreibungssatz χ' , die Abschreibung (der Anlageproduktionsmittelverbrauch) $C_a = \chi' \cdot P_a(t)_{\text{ZUS}}$, und um so kleiner der Materialverbrauch bzw. der gesamte Umlauf-Produktionsmittelverbrauch C_u und die Lohnkosten C_v in den zusätzlichen Anlagen gehalten werden können, um so kleiner wird der Gesamtaufwand (Gesamtprodukt) $Y_1 = (C_{a1} + C_{u1} + C_{v1}) \cdot (1 + st')$. Und um so kleiner dieser Gesamtaufwand Y_1 gehalten werden kann, um so größer wird, bei gegebener Erweiterung der Produktion ΔY_r^{kap} ,

die Kapazitätserweiterungszahl $\chi_1 = \frac{\Delta Y_r^{\text{kap}}}{Y_1} + 1$. Wird im neuen Jahr z.B. eine zusätzliche

Fließreihe der Endfertigung in Betrieb genommen, und werden in dieser Fließreihe 10Mill.Stück zum konstanten Preis (Preis der Vorperiode) von 5DM/Stck produziert, so daß die Produktion um real $\Delta Y_r^{\text{kap}} = 10\text{Mill.Stck} \cdot 5\text{DM/Stck} = 50\text{Mill.DM}$ erweitert wird, und wurde ein Gesamtprodukt nominal von $Y_1 = 500\text{Mill.DM}$ realisiert, dann berechnet sich die Kapazitätserweiterungszahl zu

$$\chi_1 = \frac{\Delta Y_r^{\text{kap}}}{Y_1} + 1 = \frac{50 \text{ Mill.DM}}{500 \text{ Mill.DM}} + 1 = 1,1. \text{ Die Sache kann damit so betrachtet werden, als ob die}$$

Produktionskapazität um 10% erweitert worden wäre.

Die Kennziffer für die Nachfrageanpassungsprämie k_d kann wie folgt definiert werden:

$$k_{d1} = \frac{\chi_1}{\bar{\chi}_1} \quad \text{Kennziffer Nachfrageanpassungsprämie}$$

Die durchschnittliche Kapazitätserweiterungszahl des Kombinats $\bar{\chi}$ kann ermittelt werden, indem die Produktion real in den zusätzlichen Anlagen aller Betriebe p des Kombinats durch das nominale Gesamtprodukt aller Betriebe dividiert und um 1 vergrößert wird. Damit gilt also:

$$\bar{\chi} = \frac{\sum_{p=1}^n \Delta Y_{r,p}^{\text{kap}}}{\sum_{p=1}^n Y_p} + 1 \quad \text{durchschnittliche Kapazitätserweiterungszahl des Kombinats}$$

Nehmen wir an, die durchschnittliche Kapazitätserweiterungszahl aller Betriebe des Kombinats war $\bar{\chi} = 1,02$. Die Kennziffer "Nachfrageanpassungsprämie" des erstens Betriebs mit der

Kapazitätserweiterungszahl $\chi_1 = 1,1$ hat damit den Betrag $k_{d1} = \frac{\chi_1}{\bar{\chi}} = \frac{1,1}{1,02} = 1,078$. Diese Prämie

liegt damit etwa 5,7% über dem Kombinatdurchschnitt. Wenn durch das Kombinat, außer den 6000DM pro Arbeitskraft für den Prämienfonds "Steigerung der Arbeitsproduktivität", 2000DM pro Arbeitskraft für den Prämienfonds "Nachfrageanpassung" bereitgestellt wurden, dann erhält der Betrieb im einfachsten Fall eine Nachfrageanpassungsprämie von $2000\text{DM} \cdot 1,057 = 2114\text{DM}$. Durch ein solches Prämiensystem wird das Betriebskollektiv also für einen Beitrag zum schnellen Abbau von Übernachfragen durch den Bau zusätzlicher Produktionsanlagen belohnt.

Die Leistungsanreize durch das Kennziffersystem der ehemaligen zentralstaatlichen Verwaltungswirtschaften sowjetischen Typs waren verwirrend - zeitweilig 20 bis 60 verschiedene, teilweise gegenläufige Kennziffern wurden angewandt - so daß unklar war, was letztlich belohnt werden sollte. Beispielsweise belohnte die Materialkennziffer jede Verringerung des Materialverbrauchs, aber die Kennziffer "Warenproduktion" belohnte das Gegenteil, ein möglichst schnelles Wachstum des Gesamtprodukts nominal und damit auch des Materialverbrauchs und insgesamt des Produktionsmittelverbrauchs nominal. Oder wenn z.B. eine Einsparung von Materialkosten finanziell belohnt wird, und wenn diese Materialkosteneinsparung zu höheren Lohnkosten führt, so daß die Gesamtkosten steigen, dann wird letztlich die Verringerung der Arbeitsproduktivität belohnt. Ein zusammenhangloses Kennziffersystem kann also kontraproduktiv sein.

7.4 Realproduktermittlung

Das Realprodukt der 1. Periode Y_{r1} des Betriebes p wird ermittelt, in dem, erstens, die Preise p_0^j der Vorperiode (0. Periode bzw. Basisperiode) aller Produkte j rechnerisch konstant gehalten und mit den produzierten Mengen der 1. Periode q_1^j multipliziert werden, und indem zweitens, die Ergebnisse addiert werden. Man bewertet also zunächst die produzierten Mengen der 1. Periode mit den Preisen der Vorperiode (0. Periode, Basisperiode), und summiert dann die Geldbeträge. Die Produktion real des Unternehmens ist demnach wie folgt definiert:

$$Y_{r1} = \sum_{j=1}^n p_0^j \cdot q_1^j \quad \text{Realprodukt ("Quasimenge")}$$

Betrachtet man zunächst nur ein Erzeugnis, dann erhält man bei einer Menge von $q_0=300$ Mill. Stck in der 0. Periode (Vorperiode) und einem konstanten Preis von $p_0=2$ DM/Stck eine "Quasimenge" von $Y_{r0} = q_0 \cdot p_0 = 300 \text{ Mill. Stck} \cdot 2 \text{ DM/Stck} = 600 \text{ Mill. DM}$. Wächst die Naturalmenge in der 1. Periode auf $q_1=1100$ Stck, dann wächst das Realprodukt auf $Y_{r1} = q_1 \cdot p_0 = 660 \text{ Mill. Stck} \cdot 2 \text{ DM/Stck} = 1320 \text{ Mill. DM}$. Die "Quasimenge" wird also in Geldeinheiten dargestellt.

Nehmen wir nun an, daß in der Basisperiode 0 die drei Erzeugnistypen $j=1,2,3$ in den Mengen

$$q_0^1 = 10 \text{ Mill. Stck}$$

$$q_0^2 = 5 \text{ Mill. kg}$$

$$q_0^3 = 26 \text{ Mill. m}^2$$

hergestellt wurden, und daß die Preise der Periode 0

$$p_0^1 = 2 \text{ DM/Stck}$$

$$p_0^2 = 10 \text{ DM/kg}$$

$$p_0^3 = 5 \text{ DM/m}^2$$

betragen haben. In der folgenden 1. Periode sollen die gleichen Typen in den Mengen

$$q_1^1 = 12 \text{ Mill. Stck}$$

$$q_1^2 = 6 \text{ Mill. kg}$$

$$q_1^3 = 28 \text{ Mill. m}^2$$

produziert worden sein. Die produzierte Quasimenge der Basisperiode, also das Realprodukt der 0.Periode, war damit

$$Y_{r0} = q_0^1 \cdot p_0^1 + q_0^2 \cdot p_0^2 + q_0^3 \cdot p_0^3$$

$$Y_{r0} = 10 \cdot 2 + 5 \cdot 10 + 26 \cdot 5 = 200 \text{ Mill.DM}$$

Sie stimmt mit dem nominalen Wert der 0.Periode überein, d.h. es gilt grundsätzlich $Y_{r0} = Y_0$.

Und die Quasimenge der 1.Periode war

$$Y_{r1} = q_1^1 \cdot p_0^1 + q_1^2 \cdot p_0^2 + q_1^3 \cdot p_0^3$$

$$Y_{r1} = 12 \cdot 2 + 6 \cdot 10 + 28 \cdot 5 = 224 \text{ Mill.DM}$$

Die Quasimenge bzw. das Realprodukt ist demnach um $\frac{Y_{r1}}{Y_{r0}} - 1 = \frac{224 \text{ Mill.DM}}{200 \text{ Mill.DM}} - 1 = 0,12 = 12\%$

gewachsen.

In der nächsten Jahresperiode kann eine neue Basis gesetzt werden, d.h. man muß nicht unbedingt mehrjährige, z.B. fünfjährige Perioden auswählen, es reicht aus, die Arbeitsproduktivität des aktuellen Jahres immer mit der Arbeitsproduktivität des Vorjahres zu vergleichen.

Wird in der 1.Periode ein Teil der Erzeugnistypen der 0.Periode nicht mehr produziert, dann fallen sie einfach aus der Realproduktberechnung heraus. Kommen neue Erzeugnistypen hinzu, kommt z.B. in der 1.Periode das Produkt j=4 in der Menge $q_1^4 = 20 \text{ Mill.Stck}$ hinzu, dann kann der Verkaufspreis der Einführungsperiode, also der 1.Periode, benutzt werden. Also nicht in jedem Fall entspricht der "konstante rechnerische Preis" dem Preis der Basisperiode bzw. Vorperiode.

War im obigen Beispiel der Preis des Produkts j=4 in der Einführungsperiode z.B.

$p_1^4 = 4 \text{ DM/ Stck}$, und fällt im Beispiel des Produkt j=2 ab dem 1.Jahr nicht mehr an und damit aus der Realproduktrechnung heraus, dann berechnet sich das betriebliche Realprodukt der 1.Periode zu

$$Y_{r1} = q_1^1 \cdot p_0^1 + q_1^3 \cdot p_0^3 + q_1^4 \cdot p_0^4$$

$$Y_{r1} = 12 \cdot 2 + 28 \cdot 5 + 20 \cdot 4 = 244 \text{ Mill.DM}$$

Das Realprodukt ist im Beispiel durch das neue Produkt gewachsen, weil das Produkt, welches herausgefallen ist, einen kleineren realen Wert besaß. Nicht das Mengenwachstum eines gleichen Warenkorbs, sondern das Wachstum der insgesamt durch den Betrieb produzierten Mengen auch für den Fall eines sich verändernden Sortiments soll so gut wie möglich abgebildet werden.

Bei ausschließlicher Einzelfertigung ist jedes Produkt der 1.Periode ein neues Produkt. Der "konstante Preis" ist dann der jeweilige Preis des neuen Jahres (1.Jahres), und das Produkt real stimmt mit dem Produkt nominal überein.

Damit gilt $I_{p_1} = \frac{\hat{Q}_1 \cdot p_0}{\hat{Q}_0 \cdot p_1} = \frac{\hat{Q}_1 \cdot \hat{t}_0}{\hat{Q}_0 \cdot \hat{t}_1} = \frac{Q_1 \cdot t_0}{Q_0 \cdot t_1}$. Das erweiterte Nachfragegesetz besagt also auch,

daß die nachgefragte Menge steigt, wenn die Arbeitsproduktivität steigt.

Trägt man die unabhängige Variable p_i des klassischen Nachfragegesetzes $q_i = m \cdot p_i + b$ auf der Abszisse (x-Achse) ab, dann erhält man das Funktionsschaubild nach **ABB 4**.

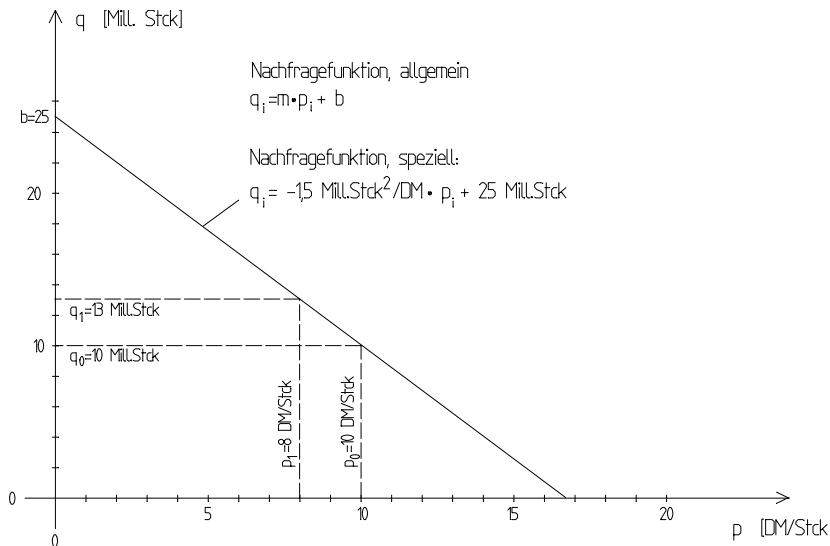


ABB4 Klassische Nachfragefunktion

Im Beispiel wird beim Preis von $p_0=10\text{DM/Stck}$ die Menge

$q_0 = -1,5\text{Mill.Stck}^2 / \text{DM} \cdot 10\text{DM/Stck} + 25\text{Mill.Stck} = 10\text{Mill.Stck}$ nachgefragt. Sinkt der Preis auf

$p_1=8\text{DM/Stck}$, dann steigt die nachgefragte Menge auf

$q_1 = -1,5\text{Mill.Stck}^2 / \text{DM} \cdot 8\text{DM/Stck} + 25\text{Mill.Stck} = 13\text{Mill.Stck}$.

Im Unterschied zu dieser klassischen Darstellung des Nachfragegesetzes wurde in **ABB 5** eine spezielle erweiterte Nachfragefunktion grafisch dargestellt.

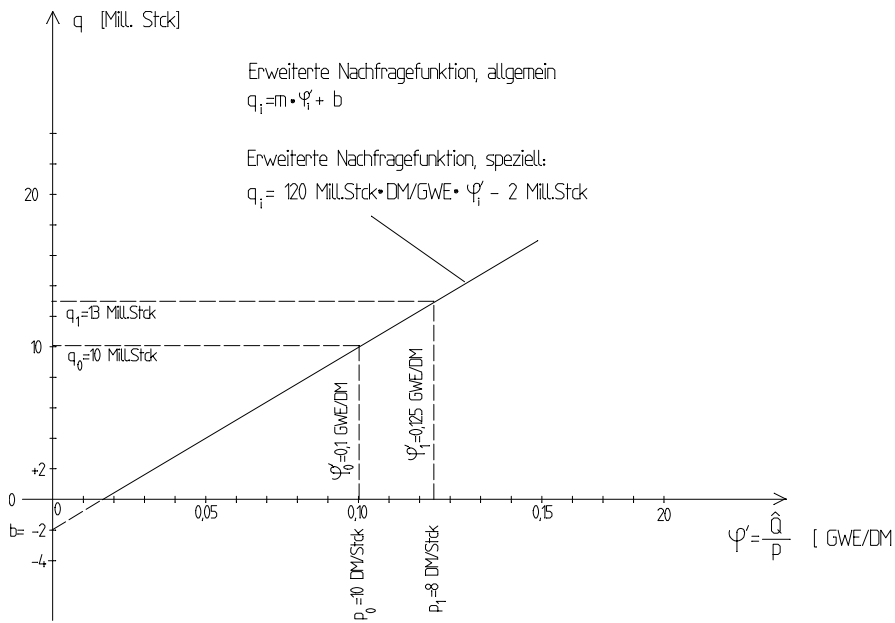


ABB5: Erweiterte Nachfragefunktion

Sowohl in der klassischen Nachfragefunktion $q_i = m \cdot p_i + b$ also auch in der erweiterten Nachfragefunktion $q_i = m \cdot \varphi'_i + b$ sind die Größen m und b Konstanten. In beiden Funktionen kennzeichnet die Größe m den Anstieg der Geraden im Koordinatensystem, und die Größe b den Schnittpunkt mit der q -Achse (y -Achse). In der klassischen Nachfragefunktion ist der Preis p_i die variable Größe, in der erweiterten Nachfragefunktion hingegen übernimmt diese Rolle das Qualitäts-Preis-Verhältnis $\varphi'_i = \frac{\hat{Q}_i}{p_i}$. Im Beispiel der erweiterten Nachfragefunktion nach ABB 5 wird der Gebrauchswert des Produkts im Ausgangszustand mit einer Gebrauchswerteinheit GWE gleichgesetzt, so daß $\hat{Q}_0 = 1 \text{ GWE / Stck}$ gilt. Die Qualität ändert sich im Beispiel zwischen der 0. Periode und der 1. Periode nicht, d.h. auch in der 1. Periode ist der Gebrauchswert der Mengeneinheit $\hat{Q}_1 = 1 \text{ GWE / Stck}$. Der Preis in der 0. Periode ist $p_0 = 10 \text{ DM / Stck}$. Damit berechnet sich das Qualitäts-Preis-Verhältnis im Ausgangszustand zu

$$\varphi'_0 = \frac{\hat{Q}_0}{p_0} = \frac{1 \text{ GWE / Stck}}{10 \text{ DM / Stck}} = 0,1 \text{ GWE / DM} . \text{ Die nachgefragte Menge in der 0. Periode beträgt damit}$$

$$q_0 = 120 \text{ Mill. Stck DM / GWE} \cdot 0,1 \text{ GWE / DM} - 2 \text{ Mill. Stck} = 10 \text{ Mill. Stck} .$$

In der 1. Periode sinkt der Preis im Beispiel auf $p_1 = 8 \text{ DM/Stck}$ und damit steigt das Qualitäts-

Preis-Verhältnis auf $\varphi_1' = \frac{\hat{Q}_1}{p_1} = \frac{1 \text{ GWE / Stck}}{8 \text{ DM / Stck}} = 0,125 \text{ GWE / DM}$. Und mit dem sinkenden Preis (bei

gleicher Qualität) steigt die nachgefragte Menge auf

$$q_1 = 120 \text{ Mill. Stck DM / GWE} \cdot 0,125 \text{ GWE / DM} - 2 \text{ Mill. Stck} = 13 \text{ Mill. Stck} .$$

Aus der erweiterten Nachfragefunktion $q_i = m \cdot \varphi_i' + b$ geht hervor, daß sich die nachgefragte

Menge q_i nur dann ändert, wenn sich das Qualitäts-Preis-Verhältnis φ_i' ändert (m und b sind

Konstanten). Die nachgefragte Menge bleibt die gleiche, wenn der Preis steigt und wenn die Qualität des Erzeugnisses mit dem gleichen Prozentsatz steigt.

Will man das Wachstum der nachgefragten Menge durch betriebliche Maßnahmen maximieren,

dann geht aus der erweiterten Nachfragefunktion $q_i = m \cdot \frac{\hat{Q}_i}{p_i} + b$ hervor, daß hierzu der Preis p_i

minimiert und die Qualität pro Produkteinheit \hat{Q}_i maximiert werden muß.

Die Qualität des Produkts wird durch Verbesserungen der Erzeugniskonstruktion oder anderer

Erzeugniseigenschaften maximiert. Und zur Minimierung des Preises müssen im System der

Kostenpreisbildung $p = \hat{C}_K \cdot (1 + st')$ die Gesamt-Stückkosten $\hat{C}_K = \hat{C}_a + \hat{C}_u + \hat{C}_v$ minimiert

werden. Kostenminimierung ist daher ein logisches, aus dem Ziel "maximale Verbesserung des Qualitäts-Preis-Verhältnisses" und damit "maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität" abgeleitetes Ziel.

Letztlich sollen nicht einzelne Kostenarten, sondern die Gesamtkosten pro Stück

$\hat{C}_K = \hat{C}_a + \hat{C}_u + \hat{C}_v$ minimiert werden. Es ist z.B. möglich die Materialkosten einer

Maschinentischplatte, die bisher als Gußteil hergestellt wurde, zu senken, indem eine

Dünoblech-Schweißkonstruktion mit einer großen Zahl von Rippen eingesetzt wird. Die

Stabilität der Tischplatte kann durchaus ausreichend bleiben, trotz sehr viel dünnerer

Blechrippen, aber die Zahl der Rippen und der Aufwand an Arbeit muß dafür vergrößert

werden, so daß Lohnkosten sehr viel schneller steigen können, als die Materialkosten sinken.

Die Materialkosten können also unter Umständen sinken, aber die Gesamtkosten gerade

deshalb steigen. Also nicht die Materialkosten oder andere Einzelkosten des Produkts sollen

minimiert werden, sondern die Gesamtkosten und damit der Preis.

Außerdem sollen die Stückkosten nicht in jedem Fall sinken, sondern es soll ein optimales Verhältnis zwischen Qualität (Gebrauchswert) und Preis erreicht werden. Es ist in manchen Fällen möglich, daß durch steigende Stückkosten und damit durch einen steigenden Preis, die Qualität bzw. der Nutzen des Produkts sehr viel schneller gesteigert werden kann, als der Preis steigt. Wenn z.B. eine Maschine mit zusätzlichen Steuer- und Regeleinrichtungen ausgerüstet wird, dann steigt zwar, unter sonst gleichen Umständen, der Material- und Lohnkostenaufwand und damit der Preis, aber die Leistungsparameter (der Gebrauchswert) der Maschine können dadurch unter Umständen in weit höherem Maße verbessert werden, als der Preis steigt. Durch zusätzliche Regeleinrichtungen, die den Preis der Maschine erhöhen, kann unter Umständen der Automatisierungsgrad beim Anwender so erhöht werden, so daß die Arbeitsproduktivität beim Käufer ganz enorm steigt. Die Kosten- und Preiserhöhung kann also in manchen Fällen zu einem sehr viel besseren Qualitäts-Preis-Verhältnis bzw. zu einem sehr viel höheren Nutzen beim Anwender des Produkts führen. Die Nutzensteigerung kann die Kostensteigerung bei weitem übersteigen. Also nicht zusammenhanglose Einzelkostensenkungen oder Preissenkungen schlechthin, sondern Optimierung des Qualitäts-Preis-Verhältnisses ist das allgemeine Ziel der Rationalisierungsmaßnahmen.

Materialkennziffern werden überflüssig oder sogar kontraproduktiv, wenn die Steigerung des Qualitäts-Preis-Verhältnis und damit der Arbeitsproduktivität zum Grundziel erhoben wird. Die Erzeugnientwickler, Arbeitsmittelkonstrukteure, Technologen und Facharbeiter sind sich darüber im klaren, daß das ganzheitliche Ziel der Produktion die Optimierung des Qualitäts-Preis-Verhältnisses sein muß. Zusätzliche staatlich verordnete Materialkennziffern hemmen die produktive Arbeit der Fachleute der Betriebe anstatt sie zu fördern.

Die nachgefragte Menge q_j des Erzeugnisses j ist, wie gesagt, vom Qualitäts-Preis-Verhältnis

$\varphi' = \frac{\hat{Q}_j}{p_j}$ und damit von der Arbeitsproduktivität $\varphi_j = \frac{\hat{Q}_j}{\hat{t}_j}$ des Herstellers p und demzufolge von

betriebsinternen Umständen abhängig. Es gilt $q_j = m \cdot \frac{\hat{Q}_j}{p_j} + b$. Aber es ist auch klar, daß die

Nachfrage nach den Produkten eines Betriebes auch von externen Umständen im wirtschaftlichen Gesamtsystem abhängig sein kann, und nicht nur von Vorgängen im Betrieb selbst. Also auch bei konstantem Qualitäts-Preis-Verhältnis und damit konstanter betrieblicher Arbeitsproduktivität kann sich die nachgefragte Menge q_j ändern. Es können erstens, die Gesamtausgaben $A_j^{ges} = \bar{p}_j \cdot q_j^{ges}$ der Käufer der Ware j wachsen, insbesondere dann, wenn Gesamtarbeitszeit, Gesamtprodukt, sowie Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben A_{ges} im

Wirtschaftssystem wachsen. Schließt man zunächst Zirkulationsstörungen aus, dann gilt im Globalzuteilungssystem $A_{\text{ges}} = K_{\text{ges}} = E_{\text{ges}} = V_{\text{ges}} = Y_{\text{ges}} = \frac{t_{\text{ges}}}{w_G}$, d.h. die Gesamtausgaben A_{ges} für alle Käufe aller Erzeugnisse wachsen in diesem Fall, bei konstantem Geldwert w_G , mit der gleichen Rate wie das Gesamtprodukt Y_{ges} und die Gesamtarbeitszeit t_{ges} . Zweitens, kann

sich die Bedarfsstruktur $\alpha'_j = \frac{A_j^{\text{ges}}}{A_{\text{ges}}}$ ändern, ohne Änderungen der betrieblichen

Arbeitsproduktivität. Bleibt der Prozentsatz α' der Gesamtausgaben für jedes Gut j in Bezug auf die Gesamtausgaben für Güterkäufe aller Art konstant (konstante Bedarfsstruktur), dann wachsen die Gesamtausgaben A_j^{ges} für jedes Gut j mit der Rate der Gesamtausgaben A_{ges} , und letztere wachsen mit der Rate des Gesamtprodukts Y_{ges} und der Gesamtarbeitszeit t_{ges} , solange Zirkulationsstörungen ausgeschlossen werden. Die Gesamtausgaben A_j^{ges} für das Gut j wachsen also letztlich mit der Rate der Gesamtarbeitszeit, wenn sich die Bedarfsstruktur nicht ändert, wenn also in jedem Fall $\alpha'_j = \text{konst.}$ gilt, und wenn man Zirkulationsstörungen ausschließt.

Für den Durchschnittspreis des Erzeugnisses j gilt $\bar{p}_j = \frac{A_j^{\text{ges}}}{q_j^{\text{ges}}}$. Bei einer bestimmten

Gesamtausgabensumme A_j^{ges} für das Erzeugnis j und einem bestimmten Durchschnittspreis

\bar{p}_j wird im Wirtschaftssystem insgesamt die Menge $q_j^{\text{ges}} = \frac{A_j^{\text{ges}}}{\bar{p}_j}$ nachgefragt. Bleibt der Preis

\bar{p}_j konstant, dann bleibt auch die Durchschnittsstückzeit $\hat{t}_j = \frac{t_j^{\text{ges}}}{q_j^{\text{ges}}}$ konstant, und bei

unveränderten Erzeugnisqualitäten \hat{Q}_j ändert sich dann auch die Arbeitsproduktivität $\varphi_j = \frac{\hat{Q}_j}{\hat{t}_j}$

nicht. Der Durchschnittspreis, die Durchschnittsstückzeit und die Arbeitsproduktivität können innerhalb von zwei aufeinanderfolgenden Perioden unverändert bleiben, aber die Gesamtausgaben A_j^{ges} für das Erzeugnis j können, bei unveränderter Bedarfsstruktur, mit der Rate der Gesamtarbeitszeit t_{ges} wachsen. In diesem Fall wachsen die nachgefragten Mengen jedes Produzenten des Gutes j mit der Rate der Gesamtarbeitszeit, obwohl sich das Qualitäts-Preis-Verhältnis in keinem Betrieb verändert hat. Das erweiterte Nachfragegesetz

$q_j = m \cdot \frac{\hat{Q}_j}{p_j} + b$ berücksichtigt solche externen Änderungen also nicht (bleibt das Qualitäts-

Preis-Verhältnis $\frac{\hat{Q}_j}{p_j}$ konstant, dann ändert sich entsprechend der erweiterten

Nachfragefunktion die nachgefragte Menge, wie gesagt, nicht). Aber die nachgefragte Menge wächst, wenn sich bei konstantem Preis die Gesamtausgaben der Käufer des Gutes j vergrößern. Und letztere wachsen, nach den bisherigen Voraussetzungen (konstante Bedarfsstruktur und Ausschluß von Zirkulationsstörungen), mit der Rate des Gesamtprodukts und der Gesamtarbeitszeit. Das erweiterte Nachfragegesetz gilt daher bei wachsendem Arbeitszeitfonds im Marktsystem nicht mehr uneingeschränkt, d.h. nicht nur die Steigerung der Arbeitsproduktivität (bzw. Verbesserung des Qualitäts-Preis-Verhältnisses), sondern auch das Wachstum der volkswirtschaftlichen Gesamtarbeitszeit und damit des Gesamtprodukts und der Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben beeinflussen die nachgefragte Menge.

Das Ziel Profitmaximierung ist dem Ziel maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität im sozialistischen Globalzuteilungssystem keineswegs überlegen, sondern umgekehrt, unterlegen. Nur in Sonderfällen bestehen im kapitalistischen System eindeutige Zusammenhänge zwischen Profit und Arbeitsproduktivität. Der Profit $M = N - L$ kann steigen, nicht weil die Arbeitsproduktivität steigt, sondern weil der Lohn L infolge von Stundenlohnsenkungen sinkt. Oder der Profit kann steigen, weil durch Kartelle Preisabsprachen getroffen wurden. Und Profitsteigerungen infolge überhöhter Preise haben offensichtlich nichts mit Steigerungen der Arbeitsproduktivität zu tun. Oder der Profit kann steigen, weil im Zuge einer Übernachfrage die Preise steigen. In Notsituationen beispielsweise infolge von Naturkatastrophen können starke Übernachfragen entstehen, die weit über den Wert steigende Preise (Wucherpreise) nach sich ziehen können. Oder der Zins und damit der Preis der Geldverleihung kann über den Wert der Bankdienstleistung steigen, weil die Kreditnehmer in Schuldabhängigkeit geraten sind, und Wucherzinsen erhoben werden. Oder der Profit kann steigen, weil eine Verpackung durch Werbepsychologen so verändert wurde, daß sie eine höhere Qualität suggeriert, ohne daß die Ware verändert wurde. Oder der Profit kann infolge von anderen Werbemaßnahmen steigen. Oder der Profit vieler Unternehmen einer Volkswirtschaft kann steigen, weil durch einen Krieg Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlage-Sphären eines anderen Land erobert und diesem Land Bedingungen des Siegerlandes aufgezwungen wurden. Außerdem kann bei konkurrenzlosen Einzelfertigungen der Preis betrügerisch über den Wert des Produkts erhöht werden. Für den Käufer ist es oft unmöglich den tatsächlichen Aufwand an Material und Löhnen des Herstellers zu prüfen. Durch Beeinflussungen von Politikern und Beamten, einschließlich Geldbestechung und Zuspielen von Ämtern im Fall der "Loyalität", können Preise von öffentlichen Gütern "ausgehandelt" werden, die ebenfalls weit über dem Wert der Produkte

liegen, zum Beispiel Preise von Rüstungsgütern oder Bauten für den Staat. Oder z.B. Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug können sehr viel profitabler als die sehr viel schwierigere Steigerung der Arbeitsproduktivität sein. Das Ziel der kapitalistischen Produktion ist nicht maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität und des gesellschaftlichen Reichtums, sondern Maximierung des privaten Profits. Zur Steigerung der Arbeitsproduktivität muß der Kapitalist durch den Konkurrenzkampf gezwungen werden, der aber erstens, in der Groß- und Massenproduktion mit dem Wachstum der Monopole mehr und mehr ausgeschaltet wird, und zweitens, gibt es für einen Großteil der Erzeugnistypen einer Volkswirtschaft, insbesondere solche der Einzelfertigung, überhaupt keine Konkurrenzprodukte. Es gibt also viele Umstände, die den Profit steigern können, ohne daß der Kapitalist das Risiko von Änderungen der überaus komplizierten Produktionsanlagen und zur wirklichen Steigerung der Arbeitsproduktivität eingehen muß. Von einer Überlegenheit des Ziels "Maximierung des Profits" im Vergleich zum Ziel "Maximierung des produzierten Naturalreichtums durch Steigerung der Arbeitsproduktivität" kann schon deshalb keine Rede sein.

Im kapitalistischen System erhöht sich in der historischen Tendenz die Konzentration und Zentralisation des Kapitals, was insbesondere Monopol- und Kartellbildungen fördert, und Preisabsprachen in Monopolen können, wie gesagt, sehr viel leichter zu schnellen Steigerungen der Profitraten führen, ohne jede Steigerung der Arbeitsproduktivität. Die wachsende Monopolisierung schwächt daher die Triebkraft zur Steigerung der Arbeitsproduktivität durch den Profitmechanismus ab. Aber auch unter Voraussetzung einer idealen Konkurrenz auf einem freien Warenmarkt ist das Ziel "Steigerung der Arbeitsproduktivität" dem Ziel "Profitmaximierung" klar überlegen. Auch in einem kapitalistischen System der freien Konkurrenz gibt es zahlreiche Fälle, in welchen der Profit sinkt, obwohl die Arbeitsproduktivität steigt, worauf Marx ausdrücklich hingewiesen hat. Im Kapital, Dritter Band, Seite 271 unten (**LH 46**)

sagt Marx:



"Diese Verminderung des in der Ware eingehenden Gesamtarbeitsquantums scheint hiernach das wesentliche Kennzeichen gesteigerter Produktivkraft der Arbeit zu sein, gleichgültig unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen produziert wird. In einer Gesellschaft, worin die Produzenten ihre Produkte nach einem voraus entworfenen Plan regeln, ja selbst in der einfachen Warenproduktion würde die Produktivität der Arbeit auch unbedingt nach diesem Maßstab gemessen. Wie steht es aber in der kapitalistischen Produktion?"

Anschließend erläutert Marx ein Beispiel, in welchem die Arbeitsproduktivität durch Einführung neuer, produktiverer aber teurerer Maschinen gesteigert wird, ohne daß die Profitrate steigt, und er kommt zu folgendem Resultat:



"Für eine unter kapitalistischen Bedingungen produzierende Gesellschaft ist die neue Maschine keine Verbesserung. Der Kapitalist hat also kein Interesse daran, die neue Maschine einzuführen. Und da er durch ihre Einführung seine bisherige, noch nicht verschlissene Maschinerie einfach wertlos, sie in bloßes altes Eisen verwandeln, also positiven Verlust erleiden würde, hütet er sich sehr vor dieser, für ihn utopischen Dummheit. Für das Kapital gilt also das Gesetz der gesteigerten Produktivkraft der Arbeit nicht unbedingt." (LH 47 Das Kapital, Dritter Band, S.272).

7.6 Persönlicher Leistungslohn

Die zweite Kategorie der Leistungsanreize, neben der Belohnung des Betriebskollektivs für gute gemeinschaftliche Leistungen, ist die Stimulation durch den persönlichen Leistungslohn. Sie kann, beispielsweise im Vergleich zur ehemaligen DDR, verbessert werden, indem in erster Linie die Leistung für die Gemeinschaft anerkannt wird, und weniger die Loyalität gegenüber den Staatsfunktionären und den Betriebsmanagern. Erhält der "Loyale" den höheren Lohn, die höhere Prämie und die bequemere Arbeit, dann ist die demotivierende Wirkung auf den fleißigen Arbeiter eine gewaltige. Der "Loyale" ist der Schlaue, und der Fleißige der Dumme. Die Mühe der harten Arbeit wird nicht belohnt, sondern bestraft.

8. Sicherung der Arbeitsplätze durch das Zuteilungssystem



Im Abschnitt 4.3 hat man gesehen, mit welchen Mitteln man im Zuteilungssystem Abweichungen zwischen volkswirtschaftlichen Gesamtangeboten und Gesamtnachfragen entgegen wirken kann, im folgenden hingegen stehen externe Störungen in den Basissystemen, hauptsächlich Differenzen zwischen Verkäufen und Käufen sowie Einnahmen und Ausgaben einzelner Unternehmen im Fokus der Betrachtungen. Ausgleich finanzieller Störungen sichert die Existenz des Unternehmens und die Arbeitsplätze der Belegschaft.

Schwankungen der Nachfrage auf dem Markt und infolge dessen Umsatzschwankungen und damit Einnahmen und Ausgabenschwankungen sind im allgemeinen Prinzip unvermeidliche Vorgänge. Innerhalb bestimmter Schwankungsbreiten und Schwankungsdauern können Störungen der betrieblichen Geldzu- und -abflüsse durch Abbau von eigenen Geldvorräten der Betriebe ausgeglichen werden. Vorübergehende Nachfrageeinbrüche und daraus resultierende Einnahmefälle lassen sich in der Warenwirtschaft auch teilweise oder ganz durch Kreditaufnahmen des Unternehmens überbrücken. Übersteigen aber die Nachfragerückgänge bestimmte Beträge und Zeitdauern, dann stellen sich Störungen ein, welche durch die Speicherkapazitäten der Betriebe (Güter- und Geldvorräte) nicht mehr ausgeglichen werden können. Die Geldversorgung des Unternehmens wird dann nachhaltig gestört - private Warenproduzenten stehen vor dem Bankrott. Massenhafte Bankrotte drohen in der Warenwirtschaft vor allem dann, wenn sich im Konjunkturzyklus gesamtwirtschaftliche Überangebote und Wachstumseinbrüche einstellen, die mehrere Jahre andauern.

Solange nach einem Nachfrageeinbruch in relativ kurzer Zeit wieder eine Nachfragesteigerung erwartet werden kann, sind der Abbau oder die Verschrottung der Bauten und Ausrüstungen und die Entlassung der Arbeitskräfte an sich nicht erforderlich - produktives Vermögen würde unnötig vernichtet werden, wenn die Produktionsanlagen z.B. nach drei Jahren wieder gebraucht werden würden. Kann der private Produzent diese Zeit, die ihm unbekannt ist, aber nicht überbrücken, dann ist die Vernichtung von produktivem Kapital im privatkapitalistischen System unvermeidlich.

Die Überbrückung mehrerer Jahre andauernder starker Nachfragerückgänge wäre auch in der sozialistischen Wirtschaft für viele Unternehmen nicht möglich, wenn das Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel strikt angewandt werden würde. Stünden dem sozialistischen Betrieb nur Einnahmen aus dem Verkauf seiner eigenen Produkte zur Verfügung, dann wäre er

bei länger dauernden Absatzeinbrüchen in finanzieller Hinsicht in der gleichen Lage wie der private Warenproduzent.

Verschaffen wir uns im folgenden eine Vorstellung von den quantitativen Grenzen der Eigenerwirtschaftung der Mittel bei zeitweiligen Einbrüchen der Einnahmen aus Produktverkäufen infolge von Nachfrageeinbrüchen. Nehmen wir an, daß die Nachfrage nach den Produkten eines Unternehmens lange Zeit um 20% unter dem letzten Stand bei Vollauslastung verharrt, so daß, nach Füllung der Erzeugnislager, sagen wir nach 4 Wochen, auch die Produktion um etwa 20% verringert werden muß. Bei Vollauslastung sollen durch das Unternehmen zuletzt Produkte im Wert von $Y_0 = C_{c_0} + C_{v_0} + ST_0 = 60 + 20 + 20 = 100$ Mill.DM

produziert worden sein. Die Gesamtkosten waren also $C_{K_0} = C_{c_0} + C_{v_0} = 60 + 20 = 80$ Mill.DM .

Der Steuer- und Abgabensatz auf die Kosten soll $st'_0 = \frac{ST_0}{C_{K_0}} = \frac{20}{80} = 0,25 = 25\%$ betragen. Die

Gesamtkosten setzen sich aus den fixen Produktionsmittelkosten $C_{c_{fix}}$ und den variablen Produktionsmittelkosten $C_{c_{var}}$ zusammen. Die fixen Kosten ändern sich nicht (solange keine Kapazitätsanpassung erfolgt), wenn die Produktion infolge von Umsatz- und Nachfragerückgängen sinkt. Die variablen Kosten hingegen sinken synchron mit der Produktion. Im einfachsten Fall geht man davon aus, daß sie mit dem gleichen Prozentsatz zurückgehen wie der Wert des Produkts Y. Im Beispiel sollen die variablen Produktionsmittelkosten bei Vollauslastung in der 0.Periode $C_{c_{var0}} = 30$ Mill.DM betragen haben.

Bei proportionalem Rückgang der variablen Kosten im Vergleich zur Produktion Y bleibt das

Verhältnis $k = \frac{C_{c_{var}}}{Y}$ konstant. Die Zahl k ist der Proportionalitätsfaktor. Durch Umformung

erhält man $C_{c_{var1}} = k \cdot Y_1$. Für die Gesamtproduktionsmittelkosten gilt damit, also bei

Unterscheidung von fixen und variablen Kosten, $C_{K_1} = C_{c_{fix1}} + k \cdot Y_1 + C_{v_1}$. Die Wertformel des

Produkts $Y_1 = C_{K_1} \cdot (1 + st'_1)$ nimmt damit die Form $Y_1 = (C_{c_{fix1}} + k \cdot Y_1 + C_{v_1}) \cdot (1 + st'_1)$ an.

Durch Umformung nach den Lohnkosten erhält man $C_{v_1} = \frac{Y_1}{1 + st'_1} - k \cdot Y_1 - C_{c_{fix1}}$. Die für Löhne

zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel hängen also von den Konstanten st' , k und $C_{c_{fix}}$,

sowie der sich ändernden Produktion Y ab.

Geht im Beispiel die Produktion der 1.Periode auf Grund eines Nachfragerückgangs um 20% auf $Y_1 = 80$ Mill.DM zurück, dann bleiben, beim Aufschlagsatz $st'=0,25$, beim konstanten Faktor

der variablen Kosten von $k = \frac{C_{c_{var1}}}{Y_1} = \frac{30}{100} = 0,3$, und bei den fixen Kosten $C_{c_{fix1}} = 30$ Mill.DM,

für Lohnzahlungen noch $C_{V1} = \frac{Y_1}{1 + st'_1} - k \cdot Y_1 - C_{c_{fix1}} = \frac{80}{1,25} - 0,3 \cdot 80 - 30 = 10 \text{ Mill.DM}$. Für

Lohnzahlungen steht also infolge des 20%-igen Nachfragerückgangs nur noch die Hälfte der vorherigen finanziellen Mittel zur Verfügung.

Gehen Nachfrage, Umsatz und Produktion um 40% auf $Y_1 = 60 \text{ Mill.DM}$ zurück, dann bleiben für

Lohnzahlungen noch $C_{V1} = \frac{60}{1,25} - 0,3 \cdot 60 - 30 = 0 \text{ DM}$. Bei einem solchen Rückgang der

Produktion infolge externer Störungen stehen also, bei reiner Eigenerwirtschaftung der Mittel, abgesehen von Geldreserven und Kreditaufnahmen, überhaupt keine Gelder mehr für Löhne zur Verfügung.

Bei vergleichbaren finanziellen Ausfällen erhielten die VEB-Betriebe in der DDR Zuteilungen aus dem Geldfonds des Staates, so daß Lohnzahlungen und Arbeitsplätze jederzeit gesichert waren. Durch das Zuteilungssystem wurden also Störungen der betrieblichen Geldzirkulation ausgeglichen. Der große Nachteil dieser Subventionen in der DDR, die Bankrotte verhinderten und Arbeitsplätze sicherten, war der große Aufwand der bürokratischen Klein-Klein-Zuteilungen und die Abhängigkeit der Betriebe von Entscheidungen übergeordneter Staatsorgane. Das Globalzuteilungssystem hingegen macht Eingriffe des Staates für diesen Zweck überflüssig. In diesem System ist die planmäßige Geldzuteilung an die VSU (Konzern, Genossenschaftsvereinigung) immer gesichert, ohne daß zahlreiche, aufwendige Einzelentscheidungen von Beamten oder Politikern nach dem Vorbild der Umverteilungen des bürgerlichen Staats notwendig sind, und ohne daß das Leistungsziel, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, verfälscht wird. Zeitweilige Einnahmefälle bei einzelnen Betrieben verringern die planmäßige Gesamtlohnzuteilung an die sozialistische Unternehmenvereinigung VSU aus dem volkswirtschaftlichen Gesamtfonds nicht. Auch die finanziellen Mittel für Produktionsmittelkäufe der VSU sind im Globalzuteilungssystem immer gesichert. Auch dann, wenn die reale volkswirtschaftliche Produktion zeitweilig negativ wächst, und wenn die Gesamteinnahmen der Volkswirtschaftszentrale aus Produktverkäufen unter den geplanten Einnahmen liegen, können durch Abbau zentraler Geldreserven oder durch Geldschöpfung die planmäßigen Zuteilungen immer gewährleistet werden. Damit ist die ökonomische Existenz aller sozialistische Unternehmen immer gesichert, und damit sind auch die Arbeitsplätze sicher. Das Arbeitslosenproblem wurde also in der DDR durch das staatliche Zuteilungssystem gelöst, und es war dies, abgesehen von einigen grundsätzlichen Mängeln im ökonomischen System, durchaus eine große soziale Errungenschaft.

Wenn die Nachfrage ständig unter der Kapazität des Betriebes verharrt, dann müssen Bauten und Ausrüstungen abgebaut oder verschrottet und Arbeitskräfte an andere sozialistische

Betriebe vermittelt werden. Auch während solcher Umstrukturierungen sind im Globalzuteilungssystem die Löhne aus dem Fonds der Gemeinschaft gesichert, so daß der notwendige Kapazitätsabbau ohne große Einkommenverluste, ohne übermäßige Hast und ohne soziale "Brutalitäten" bewerkstelligt werden kann.

Nicht nur die Nachfrage nach den Produkten einzelner Betriebe, sondern auch die Nachfrage



nach den Produkten eines Konzerns kann starken Schwankungen ausgesetzt sein. So können z.B. die Aufträge eines Schiffbaukonzerns plötzlich zurückgehen oder zeitweilig ganz ausbleiben. Und auch in solchen Fällen sichert "der große

Topf" des Volkes die notwendigen Zuteilungen zu jeder Zeit und in jeder Situation. Die soziale Sicherheit erhöht sich insgesamt radikal. Nur wenn die Nachfrage dauerhaft ausbleibt, muß die Produktion aufgegeben werden. Und auch dann können im Zuteilungssystem die Arbeitsplätze solange gesichert werden, bis in anderen Produktionslinien oder Branchen Ersatzarbeitsplätze gefunden wurden. Trotzdem werden die progressiven Elemente der Marktwirtschaft nicht über Bord geworfen - durch das direkte Ziel "Nachfragebefriedigung" können die Regelmechanismen des Marktes auch weiterhin voll genutzt werden.

Literaturverzeichnis

LH 01 MEW Bd.19, S.19/20	5
LH 02 MEW Bd.19, S. 226	5
LH 03 MEW Bd.19, S. 222	7
LH 04 MEW, Bd.17, S.339	8
LH 05 MEW Bd. 17, S.343	8
LH 06 MEW. Bd.17, S. 341	9
LH 07 MEW, Bd.17, S.340	9
LH 08 Karl Marx, MEW Bd.19, S.28.....	10
LH 09 Lenin, Werke Bd.25, Dietz Berlin, S.339/340	12
LH 10 Lenin Werke Bd.27, S.327	13
LH 11 MEW Bd.20, S. 282, Marxzitate im Engelszitat siehe Anmerkungen MEW, Bd.23, S.109 und 110.....	16
LH 12 MEW, Bd.19, S. 20	16
LH 13 MEW Bd.20, S.185	17
LH 14 MEW Bd.20, S.187	18
LH 15 MEW, Bd.20, S.282	18
LH 16 Friedrich Engels, MEW Bd.20, S. 248	18
LH 17 MEW Bd.20, S.136	19
LH 18 MEW Bd.20, S.283/284	20
LH 19 MEW, Bd.20, S.285	23
LH 20 Das Kapital, Erster Band, Seite 336	24
LH 21 Das Kapital, Dritter Band, S.859	24
LH 23 MEW Bd.19, S.21	27
LH 24 MEW, Bd.19, S.18	29
LH 25 MEW Bd.19, S.18/19	29
LH 26 Sik, Ota, Die sozialgerechte Marktwirtschaft, S. 27, Freiburg im Breisgau 1990	31
LH 27 MEW, Bd.19, S.20	33
LH 28 Das Kapital, Dritter Band, S.859.....	33
LH 29 Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, S.59	34
LH 30 Sahra Wagenknecht, Jürgen Elsässer, Vorwärts und vergessen?, S.68 und S.72, Hamburg 1996.....	40
LH 31 Brus, Laski, Von Marx zum Markt, Marburg 1990, S.127/128	41
LH 32 Brus, Laski, Von Marx zum Markt, Marburg 1990, S. 130	41
LH 33 Nehring, Hartmut, Von vorn beginnen, aber nicht bei Null, Beitrag in Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 11, 1990, S. 1103	50

LH 34 Ernest Mandel, Zur Verteidigung der sozialistischen Planwirtschaft. Eine Kritik des Marktwirtschaftlichen Sozialismus, Oktober-Texte 2, S.29/30, zuerst erschienen in der Zeitschrift Inprekorr, Nr. 200, Februar 1988	50
LH 35 Horst Müller, Sozialwirtschaft als Alternative zur Kapitalwirtschaft, Internetadresse http://www.praxisphilosophie.de/kapsozwi.doc	51
LH 36 Claus Krömke, Anatomie einer Pleite, S. 15, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin	59
LH 37 Wenzel, Siegfried, Plan und Wirklichkeit, S.140, St.Katharinen 1998	84
LH 38 Niemann, Herbert, UTOPIE kreativ, Juli 1999, S.29.....	85
LH 39 Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, S.161 ff, Verwandlung von Geld in Kapital, oder MEW Bd.23, S.161 ff	86
LH 40 Wal Buchenberg in Marxistische Blätter, Heft 2, 2002, S.65 ff	87
LH 41 MEW Bd26.1, S.386f	88
LH 42 Wenzel, Siegfried, Plan und Wirklichkeit, S. 140, St. Katharinen 1998	106
LH 43 Brus, Laski, Von Marx zum Markt, S.65, Marburg 1990	111
LH 44 Kornai, János, Das sozialistische System, S. 125, Baden-Baden 1995	112
LH 45 Wenzel Siegfried, Plan und Wirklichkeit, S.43 ff, St. Katharinen 1998	124
LH 46 Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, S. 271	165
LH 47 Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, S. 272	166

Abbildungenverzeichnis

ABB 1 schematischer Überblick über das Globalzuteilungssystem	55
ABB 2 sozialistische Volkswirtschaft mit Sektorendifferenzierung, geschlossenes System	89
ABB 3 sozialistische Volkswirtschaft mit Sektor private Warenwirtschaft, offenes System	95
ABB 4 Klassische Nachfragefunktion.....	159
ABB 5 Erweiterte Nachfragefunktion	159

Stichwortverzeichnis

Abgabenaufschlag.....	49
abgeleitetes Grundziel der sozialistischen Produktion	77
Abschreibungen	59
allgemeines Grundziel der sozialistischen Produktion	77
Arbeitsplatzsicherung durch das Zuteilungssystem	170
Arbeitszertifikate.....	33

Aufhebung der Warenproduktion	65
Aufhebung des Ausbeutereinkommens	74
Aufhebung des Warenaustauschs	65
Aufhebung des Wertgesetzes	74
Aufschlag auf die betrieblichen Kosten	67
Aufteilregel	63
Aufteilungen der finanziellen Mittel auf die konkreten Produktionsprojekte	60
Bereitstellung finanzieller Mittel für die Modernisierung	59
bessere Nutzung der internationalen Arbeitsteilung.....	58
betriebskollektives Eigentum an den Produktionsmitteln	49
Fähigkeit zu einer planvollen, gerechten, letztlich vernünftigen Gemeinschaft.....	50
finanzielle Rahmenbedingungen	57
Formen der Preisbildung im NÖS der DDR	124
freie sozialistische Konzerne (Kombinate und Genossenschaftsvereinigungen).....	48
Geld als Wertmaß und Verteilungsmittel.....	65
Gewerkschaften der VSUs	62
Gewinnauszahlungen in Abhängigkeit vom Kapitalbesitz	75
globale Einkommenszuteilungen	61
Globalzuteilung an den öffentlichen Sektor.....	63
Globalzuteilung für Löhne und Produktionsmittel.....	48
Globalzuteilungssystem	47
Grundziel Reallohnmaximierung durch maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität.....	50
höheres Wachstum durch Zuwachs des produktiven Vermögens	120
Index der Steigerung der Arbeitsproduktivität bei konstantem Gebrauchswert pro Mengeneinheit und einem einzigen Erzeugnistyp.....	145
Index der Steigerung der Arbeitsproduktivität bei sich ändernden Gebrauchswerten pro Mengeneinheit.....	141
Index der Steigerung der Arbeitsproduktivität im Vergleich zum Vorjahr bei konstantem Gebrauchswert pro Mengeneinheit.....	139
individuelle Arbeitszeit.....	33
jugoslawisches Arbeiterselbstverwaltungssystem.....	40
Konkurrenzkampf als Druckmittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität	76
Konsumverzicht.....	59
Kostenpreisbildung.....	68
Langsam- oder Nullwachstum im kapitalistischen System.....	122
Lohnarbeiterkapitalist	38
Lohnprofit	75

makroökonomische Gleichverteilung	63
marktwirtschaftliche Selbstregulation im Globalzuteilungssystem	78
Mitbestimmungsrecht der Gemeindemitglieder, einschließlich Bürgerinitiativen	64
Modernisierung.....	58
monetäre Rahmenbedingungen.....	48
Motivation zur planmäßigen Verringerung des realen Wachstums.....	122
Naturalproduktionsplan einer Staatszentrale	8
Naturalproduktionsplanung	57
Paradoxon der Aufhebung des Gewinns.....	73
Plandiskussion	63
Planentwurf	63
Prämie Anpassung des Angebots an die Nachfrage.....	152
Prämie Steigerung der Arbeitsproduktivität.....	59, 148
Prämie Steigerung der Arbeitsproduktivität, Bemessung.....	148
Preis des Produkts im Zuteilungssystem	68
Preisformel in der Sozialwirtschaft	73
progressive Elemente der Warenwirtschaft.....	65
Recht der Produktionsleitung	48
Regelung der Produktion nach einem gemeinsamen Plan	8
Rückführung des Werts des sozialistischen Produkts auf die Arbeitszeit	68
Sektor sozialwirtschaftliche Dienste	49
sozialbürokratische Maßnahmen des Staates	76
sozialistische Demokratie.....	64
Sozialwirtschaft	67
Sozialwirtschaft als Alternative zur Kapitalwirtschaft.....	51
Staat als Übervater der Planung und Leitung der Produktion	9
Steuerung und Regelung der Zirkulationsprozesse im Globalzuteilungssystem	112
Triebkraft Bereicherung des Kapitalbesitzers durch Profitmaximierung.....	74
Überflüssigkeit des Gewinns	74
Umverteilung des Gewinns durch den Staat.....	75
Umverteilung durch den Staat.....	74
unvermeidliche Störungen der Zirkulationsprozesse	111
Vereinfachung der Leitungssysteme	12
Vereinfachung des Steuer- und Abgabensystems	64
Vermischung von Lohn und Profit	38
Verschlanung des Staates.....	64
Verteilungsfaktor	63

Volkseigentum an den Produkten	49
Volkseigentum und kommunales Eigentum	64
VSU (sozialistischer Konzern, Kombinat, Genossenschaftsvereinigung)	47
Wert des Gesamtprodukts	68
Wert des sozialistischen Produkts	67
Widersinn des Profitziels auf Grundlage der neuen Preisbildung	73
Zirkulationsstörungen	111
Zuteilung der Globalsumme an das Kombinat	48
Zuteilungen in Form von Subventionen	49
Zuwachs des produktiven Vermögens	58